

Budget 2009/2010

Die erste Budgetrede von Finanzminister Josef Pröll war überschattet von der Wirtschaftskrise und deren kaum abzuschätzenden Auswirkungen.



Foto: Parlament / Mike Ranz

v.l.: Wirtschafts-StS Christine Marek (V), Finanz-StS Reinhold Lopatka (V), Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (S), Landwirtschaftsminister Niki Berlakovich (V), Sozialminister Rudolf Hundstorfer (S), Infrastrukturministerin Doris Bures (S), Wissenschaftsminister Johannes Hahn (V), Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll (V), Bundeskanzler Werner Faymann (S), Unterrichtsministerin Claudia Schmied (S), Verteidigungsminister Norbert Darabos (S), Innenministerin Maria Fekter (V), Außenminister Michael Spindelegger (V), Gesundheitsminister Alois Stöger (S), Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (V), Justizministerin Claudia Bandion-Ortner (parteilos), Finanz-StS Andreas Schieder (S) und Medien-StS Josef Ostermayer (S); in der Bildmitte hinter der Regierungsbank Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (S).

Knapp fünf Monate nach Regierungsantritt hielt Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) am 21. April seine erste Budgetrede im Parlament. Auch wenn sich die Wirtschaftskrise im Dezember 2008 schon deutlich abgezeichnet hatte, waren doch deren wahrscheinliche Auswirkungen noch nicht so unabschätzbar, wie sie sich heute

darstellt. Die weisesten Wirtschaftsexperten der Welt sind sich uneins, wie sich die globale Wirtschaftslage weiter entwickeln wird. Die Prognosen, sofern solche derzeit überhaupt ernsthaft belegbar sind, haben für jeden etwas zu bieten: für den Optimisten ebenso wie für den Pessimisten. Aber nicht nur Psychologen sind einander darin einig,

daß pessimistisches Herangehen an eine Krise nicht allzuviel zu deren Bewältigung beiträgt. Übertriebener Optimismus allerdings auch nicht. So wird, zum Beispiel, eine Budgetrede zur Gratwanderung zwischen scheinbarem Schönreden der Situation und unnötiger, zusätzlicher Beunruhigung der Bevölkerung
Lesen Sie weiter auf der Seite 3 ➤

Die Seite 2



Asylfrage im Parlament debattiert S 18



Europa wählt am 7. Juni S 21



Wirtschaft: Erfolge und Talfahrt S 40



Botanica in Bad Schallerbach S 57



Frühling in Wien – HDR-Impressionen S 60

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos: Parlament/Mike Ranz; bilderbox.biz; EU-Parlament; Land OÖ/Kraml; Michael Mössmer; ÖÖVP; Ecowin Verlag, Martin Vukovits; Stift St. Paul; Terry Pawson Architects; Weinkirn; OÖ-Tourismus/Weissenbrunner

Aus dem Inhalt

LH Gerhard Dörfler angelobt	8
LH Gabi Burgstaller angelobt	10
Oberösterreich steht gut da	12
Pensionsregelung für Kommunalpolitiker ist überfällig	14
Halbzeit-Pressekonferenz der Innsbrucker Stadtregerung	16
OÖ: Fit fürs Wählen	17
Asylfrage im Parlament debattiert	18
Jean-Claude Juncker in Wien	20
Europa wählt	21
Die Spitzenkandidaten von SPÖ, ÖVP, FPÖ, BZÖ und den Grünen	22
Wahlkalender für die Europa-Wahl	27
Europawahl am 7. Juni 2009 – Ihre Entscheidung! Von W. Hiller.	30
Renner-Institut. Von B. Marcher	32
»Alte Nachbarn, junge Freunde« Das IDM. Von S. Milford.	36
Der »Eiserne Vorhang« 20 Jahre danach	37
Klare Ergebnisse der AÖ-Prioritätenumfrage	38
Holocaust-Gedenken in Tel Aviv	39
Außenwirtschaftliche Erfolge in turbulenten Zeiten	40
Die Talfahrt geht weiter	42
Industriekonjunktur	44
»Energiesstrategie Österreich«	45
Oberösterreich ist Patentkaiser	46
Brauner: Erster Mingo Award	47
OÖ: Vier Gemeinden, ein Ziel	49
Saisonstart der Twin City Liner	52
800 Jahre Neusiedl am See	54
Botanica in Bad Schallerbach	57
Wien mit höchster Lebensqualität	59
Frühling in Wien	60
Österreicher im Rathauskeller	63
Alt-LH Ratzenböck feiert 80er	65
Wien: H. Tumpel und J. Ettl geehrt	67
Lebenserwartung steigt an – auch bei Quantenzuständen	68
Prostata, Protein & Proliferation	69
»Lipometer« zertifiziert	70
Aberglaube? Nicht mit uns!	71
2000 Jahre altes Haus gefunden	72
Macht des Wortes im Stift St. Paul	73
Linz: Spatenstich für Musiktheater	76
Hofer Wanted	78
50 Jahre Wien Museum Karlsplatz	79
Zwischen Tränen und Gelächter	81
Die Welt auf dem Mond	82
Kompetenzzentrum für Volksmusik	83
Filmfestival CROSSING EUROPE	85
Serie »Österreicher in Hollywood«: diesmal die Autorin Vicki Baum	86
Wien ist groß in Mode	89
Mit bestem Gebäck im Gepäck	92
Ein reicher Quell der Inspiration	94



Alt-LH Ratzenböck feierte 80er S 65



Aberglaube? Nicht mit uns! S 71



Macht des Wortes im Stift St. Paul S 73



Linz: Spatenstich für Musiktheater S 76



Wien ist groß in Mode S 89



Ein reicher Quell der Inspiration S 94

► Pröll: Kampfansage an die Krise und ein Fahrplan für die Zukunft

„Mit der Präsentation dieses Budgets schlägt die Stunde der Wahrheit“, erklärte Finanzminister Josef Pröll am Beginn seiner Budgetrede. Das Doppelbudget 2009/2010 stehe im Zeichen einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und Österreich könne sich dem schwierigen internationalen Umfeld nicht entziehen. „Aber Österreich hat gerade in dieser Zeit gezeigt, wie eine Regierung rasch, kraftvoll und punktgenau helfen kann.“

Mit dem Bankenpaket würden die Einlagen der Sparer gesichert, der Kreditmarkt aufrecht gehalten und unsere Geldwirtschaft stabilisiert. Mit den Konjunkturpaketen im Wert von knapp 3 Milliarden Euro würden spürbare und starke Impulse in die Wirtschaft gegeben sowie Rezession und Arbeitslosigkeit bekämpft. Die Steuerreform mit einem Gesamtvolumen von 3,2 Milliarden Euro stärke Kaufkraft und Konsum.

„Mit diesem Budget stellen wir sicher: Niemand wird im Regen stehen gelassen. Daher stehen jeweils über 5,5 Milliarden Euro in den nächsten beiden Jahren für Arbeitsmarktpolitik bereit.“

„In der inneren und äußeren Sicherheit sorgen wir für Stabilität und Verlässlichkeit: 5,6 Milliarden Euro im Jahr 2009 und 5,7 Milliarden Euro im Jahr 2010 sind ein Garant dafür, daß wir es ernst meinen.“

In der Bildung werde das Budget in den kommenden fünf Jahren um nahezu 1 Milliarde Euro steigen. Für Wissenschaft und Forschung würden die Ausgaben bis 2013 um über 40 Prozent steigen. Das seien allein in den kommenden beiden Jahren plus 400 Millionen Euro. „Investitionen in das geistige und kreative Potential unseres Landes sind der unverzichtbare Treibstoff, der unsere Konjunktur antreibt“, so Pröll.

„Wir wollen Österreich rasch aus der Krise und stark in den nächsten Aufschwung führen.“ Zur Finanzkrise meinte Pröll: „Wir brauchen nicht *mehr* Regeln, sondern *bessere* Regeln. Wir müssen die Lücken im Regulierungssystem schließen.“

„Österreich gehört zu jenen Ländern, in denen es europaweit die geringste Ungleichheit bei der Einkommensverteilung und eine der höchsten Sozialquoten gibt“, meinte Pröll zum Thema Verteilungsgechtigkeit. Durch die Steuerreform 2009 zahlten 2,7 Millionen Menschen in Österreich seit diesem Jahr überhaupt keine Steuern mehr. Auf jeden Steuerzahler komme damit einer, der keine Steuern zahle.



Foto: Parlament / Mike Ranz

Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll bei seiner Budgetrede am 21. April

„Wir brauchen Wachstum und Sparsamkeit. Wir brauchen effiziente Strukturen für niedrigere Ausgaben. Wann, wenn nicht jetzt, ist der Zeitpunkt für eine echte tief greifende Verwaltungsreform. Krisenbewältigung nach dem Floriani-Prinzip wird nicht funktionieren“, so Pröll, der ergänzte, es müsse zusätzliches Geld in die Hand genommen werden, weil die Regierung in der Krise kraftvoll helfen wolle.

Das Maastricht-Defizit des Bundes wird in den kommenden Jahren deutlich ansteigen: auf 3,2 Prozent im Jahr 2009, weiter auf 4,1 Prozent 2010 und 2011, weiter auf 4,2 Prozent im Jahr 2012. Stimmen die Prognosen, so wird es erst 2013 einen leichten Rückgang des Defizits auf 3,7 Prozent geben.

Gesamtstaatlich, also einschließlich der Länder, rechnen die Experten 2009 mit 3,5 Prozent, 2010, 2011 und 2012 mit 4,7 Prozent, um 2013 den Wert von 3,9 Prozent zu erreichen. Die öffentliche Verschuldung wird voraussichtlich auf 68,5 Prozent 2009 und auf 78,5 Prozent im Jahr 2013 steigen.

Gleichzeitig bekräftigte Pröll: „Diese Zahlen verlangen von uns vor allem eines:

Wir müssen diszipliniert haushalten und vor allem bei uns selbst, der öffentlichen Verwaltung, sparen. Hier gilt: Weniger ist mehr – mehr Effizienz bei gleichzeitiger Kostenersparnis für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler! Daher: Ich appelliere an Sie alle, auch in den Bundesländern: erkennen Sie den Ernst der Lage und gehen wir den konsequenten Weg der Reformen gemeinsam – und zwar *jetzt*.“

Abschließend hielt Pröll fest: „Unsere Heimat steht nicht zum ersten Mal vor großen Herausforderungen. Gemeinsam haben wir sie immer gemeistert. Auch diesmal wird uns das gelingen.“ Das Doppelbudget 2009/2010 und für die nächsten Jahre sei ein Budget der Entschlossenheit. „Mit diesem stabilen Fundament schaffen wir es aus eigener Kraft.“

Faymann: Krise bekämpfen und Arbeitsplätze sichern

Bundeskanzler Werner Faymann bekräftigte, die Regierung habe mit der Erstellung des vorliegenden Doppelbudgets eine große Kraftanstrengung unternommen. „Derart hohe Budgetausgaben wie in den kommenden Jahren sind nicht auf alle Ewigkeit machbar“, betonte er, in der nunmehrigen krisenhaften Situation müßten aber zusätzliche Investitionen in Beschäftigung und Konjunktur getätigt werden. „Nur so kann man die Krise bekämpfen und Arbeitsplätze sichern.“ Faymann wies beispielsweise auf die geplanten Maßnahmen zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit hin: Die grundlegende Frage werde sein, „wer arbeitet mit und gelingt es uns, in diesem Haus gemeinsam dafür zu sorgen, daß wir dort sparen, wo wir sparen können, dort zu verändern, wo es zwar kontroversiell, aber richtig ist. Und sind wir gemeinsam stark genug, uns für eine gerechte Steuer einzusetzen und uns von gegenseitigen Vorwürfen der Steuererhöhung zu lösen“, so der Bundeskanzler. Es gelte, sich hinzusetzen, und „sparsam und konsequent das zu verfolgen, was uns der Rechnungshof unzählige Male vorgeschlagen hat. Dazu lade ich Sie ein, und davon bin ich überzeugt, würde die Bevölkerung sehr profitieren, wenn sie das Gefühl hätte, wir sind nicht Meister in gegenseitigen Vorwürfen, sondern wir sind Meister in der Umsetzung von klaren Reformen in wirtschaftlichen Krisenzeiten für ein starkes Österreich und für eine gerechte Gesellschaft.“

Klargestellt hat Faymann auch, „daß wir wieder zurückkehren zu jenen Prinzipien, die unser Land stark gemacht haben“ – und

Innenpolitik

das seien z. B. Klein- und Mittelbetriebe, realwirtschaftliche Grundsätze und Bilanzrichtlinien, die die Realwirtschaft und nicht die Spekulation stärken und eine europäische Finanzmarktkontrolle, die rechtzeitig auf Fehlentwicklungen hinweise. All das seien Konsequenzen, die aus der Krise gezogen werden müßten. Auch kämpfte die SPÖ-geführte Regierung „mit entschlossenen Mitteln gegen die Krise“ – und das etwa mit der Sicherung des Finanzmarkts und der Spareinlagen durch den einstimmigen Beschluß des Bankenpakets, das auch der Sicherstellung der Kreditvergabe für Betriebe diene, so Faymann.

Überdies werde auch entschlossen gegen die Arbeitslosigkeit vorgegangen, hier werde „alles mobilisiert, was national, auf EU-Ebene und international möglich ist“, bekräftigte Faymann. Dazu gehörten etwa die Tarifsteuersenkung, die Stärkung der Kaufkraft und die Unterstützung der Familien. Klar sei auch, daß diese Steuersenkung „mit Sparsamkeit in unserem Haushalt finanziert“ werde und nicht mit einer Steuererhöhung, machte Faymann deutlich.

Genauso klar sei auch, daß „schon gar nicht Mittelschichten zusätzlich belastet werden, und schon gar nicht Menschen, die ein kleines Häuschen bewohnen“. Vielmehr sollte es bezüglich der Grundsatzfrage in Sachen Steuergerechtigkeit darum gehen, „in der Steuerreform-Kommission zu fragen, wie die Kurve bei der Belastung mit Lohn- und Einkommensteuer flacher wird, die gesamte Belastung von Arbeit geringer werden kann und dafür andere Möglichkeiten des Vermögens etwa an der Börse in jenen Zeiten wieder herangezogen werden, in denen auch Erträge zu erwarten sind“. Diese grundsätzliche Strukturdiskussion für Steuergerechtigkeit, die letztendlich eine Form der Entlastung darstellen soll, sei freilich eine „Diskussion, die nicht einfach ist“, so Faymann, der hier auch an die schwierigen Verwaltungs- und Verfassungsreformdiskussionen erinnerte.

Der Rechnungshof habe viele Vorschläge zur Sparsamkeit gemacht, so Faymann, der sich diesbezüglich dafür aussprach, die Sozialpartner in diese Diskussion einzubeziehen. Auch sei eine „offene und faire“ Diskussion mit den Verantwortlichen aus den Bundesländern und den Interessensgruppen zu führen. Insgesamt sei die Frage zu stellen, wie stark die politisch Verantwortlichen seien und wie stark die Zusammenarbeit sei, um „in Zeiten der wirtschaftlichen Krise konkrete Maßnahmen zur Verwal-

tungs- und Verfassungsreform durchzusetzen und dort zu sparen, wo Sparen möglich ist“. Um nichts einfacher als diese Frage werde freilich auch die Frage der Strukturreform bei der Steuer und eine Steuerreformkommission sein, die über gerechte Steuern zu befinden hat, stellte Faymann abschließend klar.

Strache: Regierung steht Herausforderungen völlig hilflos gegenüber

Wenig Erwartungen hatte FPÖ-Bundesparteiohmann Heinz-Christian Strache an die Budgetrede von Finanzminister Pröll. „Pröll und die Bundesregierung haben schon

Es sei deprimierend, daß Österreich in Zeiten einer Weltwirtschaftskrise von derart unfähigen Personen regiert werde.

Mit scharfer Kritik an Bundeskanzler und Finanzminister wartete Strache in seiner Begründung eines Dringlichen Antrags im Parlament auf, der unter dem Titel „Solidarität statt Klassenkampf“ trug. Faymann bezeichnete er als „Grinsekanzler“, der nun, nachdem auch die SPÖ-Werbestrategen gemerkt hätten, daß es eine Finanzkrise gebe, plötzlich ernst von den Plakaten blicke. Die Sorgenfalten würden Faymann noch nicht so gut gelingen, aber spätestens nach den EU-Wahlen kämen auch diese.



Bundeskanzler Vizekanzler Werner Faymann (re.) dürfte hier wohl seinem Stellvertreter und Finanzminister Josef Pröll zu dessen Budgetrede gratulieren.

bei der Steuerreform kläglich versagt, es ist daher kaum zu erwarten, daß sie jetzt den Stein der Weisen gefunden haben“, erklärte er tags zuvor. Im übrigen habe man dem Hickhack der vergangenen Tage mit den Drohungen von SPÖ-Bundeskanzler Faymann, dem Budget nicht zuzustimmen, entnehmen können, daß bei der Erstellung des Budgets wohl kaum eitel Wonne geherrscht haben dürfte.

„Diese Bundesregierung steht den Herausforderungen der Gegenwart völlig hilflos gegenüber“, meinte Strache. Anstatt den Mittelstand endlich wirklich zu entlasten, werde seit Wochen über neue Steuern diskutiert. Der Finanzkrise könne man mit den halbgenannten Methoden Prölls sicher nicht Herr werden. Vom Budget sei zu erwarten, daß es sich einmal mehr nur um ein dilettantisches Umschichten handeln werde, wie man das von dieser Regierung ja schon gewohnt sei.

Die SPÖ reagiere auf die Wirtschaftskrise mit ihrer alten Methode, nämlich mit neuen Steuern und Belastungen, wie die Diskussion der vergangenen Wochen gezeigt habe. Das sei aber der falsche Weg: „Wir brauchen Solidarität und Steuersenkungen statt neuen Steuerbelastungen“, betonte Strache, der eine Mittelstandstärkung einforderte. Aber in der Bundesregierung wisse die Linke wieder einmal nicht, was die Rechte tue.

„Diese Regierung ist nichts anderes als die personifizierte Hilflosigkeit“, sagte Strache. „Heute vormittag hat der Finanzminister eine Budgetrede gehalten, in der außer Floskeln nichts enthalten gewesen ist“, mit Worthülsen habe er versucht, sein Scheitern zu kaschieren. Dieses Budget sei weder eine Kampfansage an die Krise noch ein Fahrplan für die Zukunft. Und die SPÖ wolle neue Steuern. Statt der Krise mit echten strukturellen Maßnahmen zu begegnen, versuche

Innenpolitik

Foto: Parlament / Mike Ranz



Verfolgten die Budgetrede auf der Besuchergalerie: Bundespräsident Heinz Fischer, rechts neben ihm Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl und der frühere Nationalrats- und jetzige Seniorenbundpräsident Andreas Khol

sie, ein wenig Klassenkampf zu spielen. Jahrelang sei die SPÖ ein williger Erfüllungshelfer des Neoliberalismus gewesen, und jetzt tue sie so, als ob sie damit nichts zu tun gehabt hätte.

FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl sah in seinem Debattenbeitrag einen roten Faden, der sich eindeutig durch das vorliegende Budget ziehe, nämlich, daß es sich um ein Krisenbudget handle, so in der Debatte. Diese Krise, die zum einen ihren Ausgang in den USA habe, sei allerdings von der EU – mit ihrem Tanz um das goldene Kalb des Neoliberalismus – maßgeblich in ihrem Zustandekommen unterstützt worden. Die Opfer dieser Entwicklung seien nun die zahlreichen Kurzarbeiter, Arbeitslosen und von Armut betroffenen Pensionisten „und die Latte der Leidtragenden steigt von Tag zu Tag“, so Kickl.

Das sei allerdings nur die eine Seite der Krise. Das vorliegende Budget stelle nämlich eine in Worte und Zahlen gegossene tiefe inhaltliche Krise dieser Regierung selbst dar. „Es ist Ausdruck eines Zustandes der Hilflosigkeit“, meinte Kickl. Einen Fehler der Regierung ortete er dahingehend, dass die Regierung von der „schlimmsten Krise“ spreche. „Ja, dem kann man beipflichten“, so Kickl. Aber man dürfe jetzt nicht die Freiheitlichen dafür brandmarken, daß „wir verlangen, angemessen zu reagieren“.

„Die Regierung wurschtelt irgendwie hinter der Krise her und begegnet ihr mit Placebos“, stellte Kickl fest, aber dadurch sei niemandem geholfen, außer ein paar Managern

im Bankenbereich. Durch das Bankenpaket in dieser Form werde bloß Geld geparkt, das für eine angemessene Mittelstandshilfe fehle. Und ein weiterer Fehler sei, daß Rot und Schwarz in Zeiten der guten Konjunktur permanent geögert hätten und nicht entsprechende Stützungsmaßnahmen – wie von der FPÖ laufend gefordert – eingeleitet hätten. Kickl erwähnte in diesem Zusammenhang die zahlreichen FPÖ-Anträge, den Familienbereich, die Kaufkraftsteigerung und vieles mehr betreffend. Er könne in diesem Papier jedenfalls kein tragfähiges Fundament erkennen.

Bucher: Pröll wird budgetpolitische Bruchlandung hinlegen

„Das einzige, wo ich eine christlich-soziale Handschrift an diesem Budget sehe, sind die 200 Euro Steuerabsetzbetrag, den die Steuerzahler geltend machen können, wenn sie die Kirchensteuer entrichten“, stellte BZÖ-Klubobmann Josef Bucher in der Budgetdebatte fest.

Kritik übte der BZÖ-Klubobmann auch daran, daß sich Finanzminister Pröll fünf Monate Zeit gelassen hat, ein Budget vorzulegen. „Das ist keine verantwortungsvolle Politik für unser Land. In Anbetracht dieser schweren Wirtschaftskrise erwarte ich mir von einem Finanzminister, daß dieser sorgsam und verantwortungsvoll ein Budget vorlegt, das auch Handlungsspielräume sowie Planbarkeit setzt, und das vor allem ein Signal an die Wirtschaft ist“, meinte Bucher. „Es ist mangelhaft, wenn weder der Bundeskanzler, der Finanzminister noch die beiden

Staatssekretäre in der privaten Wirtschaft tätig waren. Sie werden auf diesem budgetpolitischen Blindflug, auf dem Sie sich befinden, eine enorme Bruchlandung hinlegen“, prophezeite Bucher dem Finanzminister.

Wie könne Pröll ein zweijähriges Budget erstellen, wenn sein Klubobmann Kopf meine, daß sich die budgetrelevanten Kennzahlen beinahe täglich ändern. „Wie kann dann der Finanzminister zwei Jahre vorausblicken? Sie sind ein Hellseher, Herr Finanzminister! Ändern Sie Ihren Beruf, gehen Sie in die Privatwirtschaft und werden Sie Hellseher, dann können Sie die Aktienkurse der nächsten Jahre voraussehen und dann für sich vielmehr Profit daraus schlagen!“, schlug Bucher dem Finanzminister vor.

Überdies habe diese Regierung das völlig falsche Motto: „Wir lächeln uns über die Krise hinweg, Hauptsache Frieden in diesem Land. Wir haben es bei der Bildungsreform gesehen, koste es, was es wolle“, kritisierte Bucher. Pröll solle nicht immer sagen, „wir machen, wir tun“. „Der Finanzminister darf nicht vergessen, daß das Geld, das er verwaltet, das Geld der Steuerzahler ist, die sehr hart dafür arbeiten“, erinnerte Bucher.

„Wenn man diese Mehrkosten und die Zinsen für die neuen Schulden ins Budget einrechnet, dann wird Österreich ein Problem im rating, in der Bonität, bekommen. Auch die Bewegungsräume werden immer enger“, sagte Bucher. „Pröll ist dann nicht ein Krisengestalter, sondern er mutiert zum Massenverwalter der Republik. Das dürfen wir nicht zu lassen, denn wir wollen einen modernen, einen leistungsfähigen Staat.“

„Wir brauchen endlich ein gerechtes Steuersystem. SPÖ und ÖVP wollen aber die Bürger belasten und sie beginnen gleich mit der Erhöhung des Vignettenpreises und der ÖBB-Tickets“, kritisierte Bucher. „Die Konjunkturpakete haben nicht gegriffen und das Bankenpaket hat seine Wirkung verfehlt. Die Wirtschaft braucht aber Impulse, Hoffnung und Zuversicht“, so Bucher. Die Regierung solle endlich den Ernst der Lage erkennen, die Kurzarbeit beenden und zur Tat schreiten, schloß Bucher.

Kogler: Grüne pochen auf Investitionen und Vermögenssteuer

Anläßlich der Budgetrede haben die Grünen ihre Vorstellungen einer „gerechten“ Budgetverteilung präsentiert. Finanzsprecher Werner Kogler sprach sich am Tag davor bei einer Pressekonferenz trotz Wirtschaftskrise für Investitionen aus, vor allem

Innenpolitik

im Bereich Gebäudesanierung und beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Zur Finanzierung pochen die Grünen auf eine schärfere Vermögensbesteuerung.

Für das laufende Jahr gehen die Grünen von einem Budgetdefizit von 3,5 Prozent aus, 2010 rechnet man mit einem Defizit von 4,5 bis 5 Prozent. Durch steigende Arbeitslosigkeit könnte es sogar noch größer werden, meinte Kogler. Auf Dauer könne man sich derart hohe Defizite aber nicht leisten. „Unser Motto lautet: Richtig investieren und die Lasten der Krisenbekämpfung gerecht verteilen“, so der Grüne Finanzsprecher.

Investieren müsse man vor allem in die Gebäudesanierung sowie in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. „Es geht hier um baureife Projekte, die morgen begonnen werden können“, so Kogler. „Warum das nicht passiert, ist mir schleierhaft.“ Diese Investitionen würden eine „doppelte Dividende“ bieten: Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen würde man sich laut Kogler nach der Krise wegen der positiven Auswirkungen auf die Energiebilanz „einiges ersparen“.

Er mache sich natürlich auch über die Finanzierung Gedanken, erklärte Kogler. Es sei „völlig klar“, daß man die Steuern der ArbeitnehmerInnen nicht mehr erhöhen könne, da deren Einkommen ohnehin schon sehr hoch besteuert seien. Auch von Kürzungen des Staates etwa bei Sozialleistungen hält der Grüne nichts. „Also bleibt sinnvollerweise nur, daß die oberen zehn Prozent deutlich mehr Beiträge zu leisten haben.“

Das österreichische Steuersystem müsse „endlich“ reformiert werden, forderte Kogler. Würde man die Besteuerung von Vermögen auf die Hälfte des OECD-Schnitts angleichen, könnte der Staat laut Kogler zwei Milliarden Euro pro Jahr lukrieren, würde man den Schnitt ganz erreichen, seien sogar 3,5 bis 4 Milliarden zu holen. Neben der Finanzierung der Investitionen solle auch eine Milliarde für die „untersten“ 2,7 Millionen ÖsterreicherInnen verwendet werden, die von den jetzigen Maßnahmen der Regierung „nicht profitieren“. Konkret will Kogler etwa bei den Privilegien der Stiftungen ansetzen. So sollen beispielsweise die Eingangssteuersätze von derzeit 2,5 Prozent „wieder auf fünf Prozent angehoben werden“. Außerdem sollen Erbschaften „in Millionenhöhe erfaßt“ und die Regelungen für Aktiengewinne und Immobilienwertzuwächse „müssen korrigiert werden“.

Als visionslos bezeichnet die Umweltsprecherin der Grünen, Christiane Brunner, das Umweltbudget 2009/2010. „Da werden

alte Politiken fortgeschrieben und Spielräume für Innovationen dicht gemacht. Die auf den ersten Blick große Erhöhung des Umweltbudgets relativiert sich beim näheren Hinsehen dramatisch“, kritisiert Brunner und greift die größten Änderungen durch das Doppelbudget heraus: „Im Bereich der Umweltförderung etwa stehen Energie- und Klimaschutzprojekte mit einem Investitionsvolumen von 1 Milliarde Euro in der Warteschlange, mit den im Budget vorgesehenen Mitteln wird dieser Überhang aber nicht abzubauen sein. Eine vergebene Chance zum Klimaschutz und zur Konjunkturbelebung“, meint Brunner. Zwar seien für 2009 einmalig Mittel für den Sanierungsscheck für Haushalte und Gewerbebetriebe vorgesehen, diese seien aber angesichts der Situation insgesamt nur ein Tropfen auf den heißen Stein, „und einen Faktor zehn von dem entfernt was notwendig wäre“, so Brunner.

Spindelegger: Budget ermöglicht, die Kernaufgabe weiterhin erfüllen können

Für das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten stehen für das Jahr 2009 435,6 und für das Jahr 2010 441 Millionen Euro an Budgetmitteln zur Verfügung. Das entspricht einer Steigerung zum Budgeterfolg des vergangenen Jahres, der rund 415 Millionen Euro betrug.

Außenminister Michael Spindelegger erklärte anlässlich der Budgetrede des Finanzministers, „dieses Budget ermöglicht, daß wir unsere Kernaufgabe weiterhin erfüllen können: die Interessen Österreichs weltweit bestmöglich zu vertreten und die konsularischen Serviceleistungen für alle Österreicherinnen und Österreicher im Ausland sicherzustellen. Wesentliches Anliegen war es für mich, dass die Mittel für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit trotz der angespannten Finanzlage konstant bleiben. Das konnte sichergestellt werden“, so Spindelegger.

„Um das Niveau unserer internationalen Beiträge und die Qualität unserer Arbeit halten zu können, müssen aber auch wir – so wie die gesamte Bundesregierung – einen Sparkurs einschlagen“, betonte Spindelegger. Dabei stünden drei Ziele im Vordergrund: die Erhaltung der Leistungsfähigkeit in allen Bereichen, die Aufrechterhaltung eines effektiven Netzes an Auslandsvertretungen und die Bewahrung der individuellen Karrierechancen der Mitarbeiter des Hauses. „Wir werden bei der Struktur, nicht aber bei den Mitarbeitern sparen“, unterstrich der Minister.

Konkrete Sparmaßnahmen sind im Bereich des Verwaltungsaufwandes im In- und Ausland geplant, insbesondere bei der Infrastruktur, etwa beim Immobilienmanagement, und beim Budget für internationale Konferenzen. Spindelegger: „Unsere Strukturanpassung wird auch das österreichische Vertretungsnetz im Ausland erfassen. Die notwendigen Schließungen einzelner Standorte werden wir für eine strategische Neuorientierung nützen. Wir wollen durch Eröffnung neuer Vertretungsbehörden politisch und wirtschaftlich wichtige Zukunftsregionen für uns erschließen.“

Leitl: Verfehlen der Maastricht-Kriterien in Krise kein Beinbruch

„Wenn beim Doppelbudget 2009/2010 die Maastricht-Kriterien der EU verfehlt werden, so ist das kein Beinbruch. In der Krise muß Geld in die Hand genommen werden. Da müssen wir klotzen und dürfen nicht kleckern, um Beschäftigung und Wirtschaftswachstum bestmöglich abzusichern“, verweist WKÖ-Präsident Christoph Leitl auf die Steuerreform und die bisherigen Konjunkturpakete. Das gesamtstaatliche Defizit von Österreich von 3,5 im heurigen und von 4,7 Prozent im Jahr 2010 sind deshalb vertretbar.

Leitl: „Diese Defizite sollten sich auf die Bonitätsbewertung Österreichs nicht negativ auswirken, weil wir uns mit diesen Werten noch immer unter den besseren Industrieländern befinden. So liegt die OECD gesamt bei einer Neuverschuldung von 7,2 Prozent im Jahr 2009 und 8,7 Prozent im kommenden Jahr. Mir ist wichtig, daß sich Österreich in Relation zu anderen Ländern sowohl bei der Beschäftigung, beim Export, beim Wirtschaftswachstum und beim Budgetdefizit auch in diesen schwierigen Zeiten im vorderen Feld befindet. Wir müssen besser sein als andere Staaten.“

Leitl begrüßt, daß Finanzminister Josef Pröll bei allem Gebot einer sparsamen Haushaltsgebarung in zukunftsorientierten Bereichen wachstumsfördernde Ausgaben tätigt. So steigen die Ausgaben bei Schule und Bildung ebenso wie bei Innovation und Technologie, Wissenschaft und Forschung. Und in Richtung sozialer Stabilität werden die Staatsausgaben für Soziales, Sozialversicherung, Familie und Jugend sowie Pensionen deutlich erhöht.

Der WKÖ-Präsident verlangt aber dringend, daß schon jetzt die notwendigen Maßnahmen in die Wege geleitet werden, um die prognostizierte Staatsverschuldung von bis zu 78,5 Prozent im Jahr 2013 in dieser Höhe

Innenpolitik

abzuwenden: „Wir müssen schon jetzt an die Zeit nach der Wirtschaftskrise denken. Daher müssen wir jetzt endlich die jahrelang verschleppte Verfassungs- und Verwaltungsreform ebenso konkret angehen wie die Verschlinkung der Gesundheitsbürokratie und der Schulbürokratie. Hier liegen Milliarden Euro an Einsparungspotential. Das müssen wir im Interesse des Steuerzahlers heben.“ Leitl drängt auch, die Bürokratiebelastung für Unternehmen deutlich zu senken: „Das wäre ein wichtiger Beitrag zur Entlastung der Betriebe.“ Zudem müssen unnötige oder überschüssige Ausgaben wie etwa die „Hacklerregelung“ auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden.

Überlegungen von einzelnen Politikern nach Wiedereinführung von Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer erteilte Leitl neuerlich eine klare Absage: „Das würde nur die Masse der kleinen Vermögen und die Häuslbauer in einer ohnehin schon schwierigen Zeit zusätzlich belasten.“ Vorstellbar ist für ihn die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene: „Kurzfristige Spekulationsgewinne sollen durchaus zur Verbesserung der budgetären Lage beitragen.“

Foglar: Sparbudget wäre in der Krise das Falsche

„Erste Details zum Budget, die heute im Kurier veröffentlicht wurden, stimmen uns optimistisch, daß die Regierung in der Krise die richtigen Schwerpunkte setzt“, sagte der geschäftsführende Präsident des ÖGB, Erich Foglar, einen Tag vor der Budgetrede Prölls. „Bei steigender Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung wäre ein strenges Sparbudget der völlig falsche Weg und würde langfristig mehr Schaden anrichten. Daß gerade im Sozialbudget nicht gespart wird, sondern mehr Geld in die Hand genommen wird, um schlimme soziale Folgen der Krise zu verhindern, sieht der ÖGB als richtiges Signal.“

Zentrale Bereiche wie der Arbeitsmarkt, die Pensionen oder die Pflege dürften gerade in schwierigen Zeiten nicht kurz gehalten werden, sagt Foglar. „Wenn Menschen kurz arbeiten müssen oder arbeitslos werden und dadurch die Armutsgefährdung steigt, ist es die Pflicht der Politik, sie rasch wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Daß das etwas kostet, ist klar.“ Die bereits beschlossene Steuersenkung, die kaufkraftstärkend wirken wird, die beiden Beschäftigungspakete und die geplanten Infrastrukturinvestitionen waren richtige erste Schritte, sagt Foglar weiter. „Wie es aussieht, steht die

Stärkung der Beschäftigung im Mittelpunkt des Budgets, das ist die richtige Richtung.“

Mit dem Budget werde dafür gesorgt, daß die vereinbarten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch tatsächlich umgesetzt werden können. „Kurzarbeit, Arbeitsstiftungen, Qualifizierung und aktive Arbeitsmarktpolitik vor allem für junge Menschen und für Frauen sind wesentliche Elemente eines Budgets, das direkt und spürbar den von der Krise schwer getroffenen ArbeitnehmerInnen zugute kommt“, sagt Foglar. „Mehr Personal im AMS wird dafür sorgen, daß die Maßnahmen rasch und zielgenau umgesetzt werden können.“ Daß die Regierung aus dem Budget kein „Sparbudget“ gemacht habe, begrüßt Foglar: „Denn Kürzungen im Arbeitsmarkt- und Sozialbudget würden unweigerlich zu sozialen Spannungen führen.“

Tamandl: Schwierige Zeiten erfordern besondere Schwerpunkte

„In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist auch die Erstellung eines Budgets äußerst schwierig. Es müssen Schwerpunkte gesetzt werden, die der Krise gegensteuern und diese auch bewältigen“, so Nationalrätin Gabriele Tamandl, Spitzenkandidatin der Fraktion ÖAAB-Christliche Gewerkschafter in der Sitzung des Nationalrates.

Finanzminister Pröll habe mit dem Doppelbudget 2009 und 2010 ein Budget vorgelegt, das der Krise den Kampf ansagt und alle Anstrengungen unternehme, die Menschen in Beschäftigung zu halten. „Denn es ist unbestrittenmaßen, ungemein schwieriger Menschen wieder in Arbeitsverhältnisse zu bringen, als einen Arbeitsplatz zu erhalten.“ Die ÖVP gehe damit den konsequenten Weg der Entlastung der Menschen: „Hätte die Regierung von Wolfgang Schüssel die Entlastung im Jahre 2004/2005 nicht bereits begonnen, hätten wir heute eine weit höhere Arbeitslosigkeit.“ Die Arbeitslosenraten waren am Beginn des Jahres 2008 nahe der Vollbeschäftigung – also nahe an 3 %. Gleichzeitig war ein Beschäftigungsrekord zu verzeichnen, der mit 3,5 Mio. Menschen in Beschäftigte einen Spitzenplatz innerhalb der Europäischen Union ermöglicht hat.

„Die nunmehrige Steuerentlastung, die in den nächsten paar Wochen zu den Menschen gelangt, wird den Menschen die Kaufkraft stärken, sodaß die Konjunktur wieder in Schwung kommt und die Betriebe wiederum Arbeitsplätze erhalten können“, so Tamandl weiter. „Die Familien, die am allermeisten belastet sind, bekommen einen guten Teil

ihrer Steuerleistung und ein Schwerpunkt für die Solidarität wird mit der Spendenabsetzbarkeit gesetzt, damit jene Menschen, die sich es auch leisten können einen Teil an Hilfsbedürftige leisten und dafür einen Teil ihrer Steuerleistung zurückbekommen.“ „Allerdings ist auch eines klar, daß die Wirkung der Maßnahmen wie Kurzarbeit, Konjunkturpakete, etc. eine Besserung des Arbeitsmarktes sichtbar erkennen lassen müssen. Wenn nicht, müssen von der Politik neue Maßnahmen entwickelt werden.“

Landau: In der Krise nicht auf die Ärmsten vergessen

Die Caritas begrüßt die in der Budgetrede angekündigten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Sie sind richtig und wichtig. Caritasdirektor Michael Landau betont: „Arbeitslosigkeit bedeutet für die Menschen eine hohe Armutsgefährdung und in Folge auch soziale Isolierung und Vereinsamung. Mit den angekündigten Maßnahmen zeigt die Bundesregierung hier soziale Verantwortung, indem sie die aktive Arbeitsmarktpolitik forciert.“

„Wir sehen in unserer täglichen Arbeit, daß die Armut und Not in Österreich ein Stück Realität sind. Die Schere zwischen Arm und Reich geht gerade in der aktuell wirtschaftlich angespannten Situation immer weiter auseinander. Das ist eine Entwicklung, die mich persönlich mit großer Sorge erfüllt. Armutsbekämpfung und Armutsvermeidung müssen ganz oben auf die politische Agenda!“, so Landau. Er warne die Bundesregierung dringend davor, in Zeiten der Not nur für Banken und Unternehmen Notfallpakete zu schnüren und auf die sozial schwächsten Menschen zu vergessen...

„Ein Konjunkturpaket für die Ärmsten muß daher drei Schwerpunkte umfassen. Erstens ist der Kampf gegen Arbeitslosigkeit sicher ein richtiger Ansatz der Bundesregierung. Was die Menschen jedoch wirklich brauchen, ist eine Arbeit von der man auch leben kann. Zweitens erwarte ich mir eine rasche Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung – die diesbezüglichen Beschlüsse müssen jetzt gefaßt werden und nicht irgendwann. Drittens muß der faire und leistbare Zugang zu sozialen Dienstleistungen für alle gewährleistet sein: Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung oder Bildung spielen eine große Rolle, wenn es um Armutsvermeidung und Chancengerechtigkeit geht.“ ■

http://www.bmf.gv.at/Allgemeines/Flashmeldung/KampfansageandieKri_9964/_start.htm
Wenn auch kaum lesbar, der Link auf die Budget-Informationen funktioniert!

Es ist viel zu tun in diesem Land

Am 30. März wurden in Kärnten der Landeshauptmann, dessen zwei Stellvertreter und vier Regierungsmitglieder im Landtag gewählt und angelobt.

Exakt 30 Tage nach der Landtagswahl konstituierte sich am 31. März der neue Kärntner Landtag zu seiner 30. Gesetzgebungsperiode. Dabei wurden die 36 Landtagsabgeordneten angelobt. Gleichzeitig kam es zur Wahl und Angelobung des Landeshauptmannes, seiner zwei Stellvertreter, der Regierungsmitglieder und der drei Landtagspräsidenten. Angelobt wurden auch die Mitglieder des Bundesrates.

Mit 23 von möglichen 36 Stimmen wurde Gerhard Dörfler zum Landeshauptmann gewählt. Landeshauptmannstellvertreter in der neuen Legislaturperiode sind Uwe Scheuch und Reinhart Rohr. Sie erhielten 23 bzw. 20 Stimmen. Als Regierungsmitglieder und Landesräte wurden Josef Martinz (28 Stimmen), Harald Dobernig (23 Stimmen), Peter Kaiser (22 Stimmen), Christian Ragger (28 Stimmen) gewählt. Als Landtagspräsident wurde Josef Lobnig gewählt. Seine beiden Stellvertreter sind Rudolf Schober und Johann Gallo. Im Bundesrat ist Kärnten in den nächsten fünf Jahren mit Peter Mitterer, Walter Ebner, Anna Blatnik und Karl Petritz vertreten.

In seiner ersten Erklärung sagte Dörfler, daß er ein Landeshauptmann für alle sein werde, wobei die Basisarbeit im Vordergrund stehen werde. „Um die Probleme des



Foto: Landespressdienst Kärnten

Kollegium Kärntner Landesregierung v.l. vorne: LHStv. Uwe Scheuch, LH Gerhard Dörfler, LHStv. Reinhart Rohr; v.l. hinten: LR Christian Ragger, LR Harald Dobernig, LR Josef Martinz und LR Peter Kaiser.

Landes zu lösen, bedarf es eines gemeinsamen Optimismus, des Vertrauens, der Stabilität und der Verlässlichkeit“, so Dörfler.

Angesichts der schwieriger werdenden Zeiten sei die Zusammenarbeit und Einigkeit in allen Bereichen wichtig und gefragt. Mit neuen Strategien wolle man in den Be-

reichen Familie, Gesellschaft, Wirtschaft, am Arbeitsmarkt, Infrastruktur- und Gesundheit wichtige Akzente in den nächsten fünf Jahren setzen. „Als ehemaliger Sportler bin ich es gewohnt, gesteckte Ziele zu erreichen“, bekräftigte der Landeshauptmann.

Einen großen Stellenwert werde in den nächsten Jahren die Familie erhalten. Für sie müsse in den nächsten Jahren noch bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden und es müsse auch neue Akzente in der Familienförderung geben, betonte Dörfler. Der Landeshauptmann sprach sich auch für eine neue Form der Sozialarbeit in den Familien aus, die auch dementsprechend honoriert werden sollte. Geht es nach Dörfler, sollen in dieser Legislaturperiode auch die Bildungskarenz und der „Jugend-Tausender“ forciert werden.

In Bezug auf die Finanzen des Landes verteidigte Dörfler den Verkauf der Hypo Alpe Adria Bank. Gleichzeitig verhehlte er nicht, daß alle Sparpotentiale zu aktivieren aber auch alle öffentlichen Abgaben zu hinterfragen seien. Klare Worte gab es auch zum Großprojekt LKH Klagenfurt Neu. „Es muß ins Ziel gebracht werden, und die flächendeckende medizinische Versorgung Kärntens muß gewährleistet sein.“



Foto: Landespressdienst Kärnten / Bodner

LH Gerhard Dörfler nach seiner Angelobung im Landtagssitzungssaal in Klagenfurt; links im Bild: Landtagspräsident Josef Lobnig

Innenpolitik

Der Landeshauptmann strich auch die gute Bilanz der letzten zehn Jahre im Infrastrukturbereich, dem Tourismus und im Bildungsbereich hervor. Als vorrangige Ziele nannte Dörfler dabei den Ausbau der S 37, das klare Bekenntnis zur Adriatisch-Baltischen Achse und den Ausbau der Elektromobilität. Im Tourismus soll es eine Fortsetzung des touristischen Comebacks Kärntens durch den Ausbau der natürlichen Ressourcen geben, durch weitere Qualitätssteigerung im Angebotsbereich und die Forcierung des Ganzjahrestourismus. Im Bildungsbereich sollen das verpflichtende Vorschulkindergartenjahr, die Neue Mittelschule, die Lehre mit Matura und das Schulstartgeld beibehalten werden.

Ein klares Bekenntnis gab es von Dörfler zur weiteren, aktiven Nachbarschaftspolitik mit Friaul-Julisch Venetien und Slowenien. „Die Drei-Länder-Ski-WM ist die Chance, die drei Regionen ins Scheinwerferlicht zu stellen“, so Dörfler.

In bezug auf die Sicherheit forderte der Landeshauptmann für Kärnten mehr Polizisten. In der Asylfrage werde Kärnten vor den Menschen stehen und lehne ein neues Asylaufnahmезentrum in Kärnten ab.

Im Anschluß an die Wahl fand die konstituierende Sitzung der neuen Landesregierung statt. Dabei wurde die neue Referatsaufteilung beschlossen:

Landeshauptmann Gerhard Dörfler ist für Straßenbau und Verkehr ebenso zuständig wie für Kinder und Familien, den Sport sowie die direkten Agenden des Landeshauptmannes, vom Katastrophenschutz bis zum Inneren Dienst.

LHStv. Uwe Scheuch (BZÖ) ist für Bildung, Schule, Naturschutz und Raumordnung, Nationalparks, für die Jugendagenden und die Feuerwehren zuständig.

LHStv. Reinhart Rohr (SPÖ) ist für Umwelt, Energie- und Wasserwirtschaft und Frauen zuständig.

LR Josef Martinz (ÖVP) erhielt zu seinen bisherigen Agenden Landwirtschaft, EU und Gewerbe die Bereiche Tourismus, Wirtschaft und Gemeinden.

LR Harald Dobernig (BZÖ) erhielt die Finanz-, Kultur- und Personalagenden und den Arbeitsmarkt. Die Bereiche Personal und Sonderbedarfzuweisungen teilt er sich mit LR Josef Martinz.

LR Peter Kaiser (SPÖ) bekam die Spitals- und Gesundheitsagenden übertragen.

LR Christian Ragger (BZÖ) übernimmt das Sozialreferat und das Wohnbaureferat.



Foto: Landespressdienst Kärnten

Bundespräsident Heinz Fischer bei der Angelobung von Landeshauptmann Gerhard Dörfler in der Wiener Hofburg. Links im Bild: Bundeskanzler Werner Faymann.

Vom Bundespräsidenten angelobt

Kärntens „neuer“ Landeshauptmann Gerhard Dörfler wurde dann, eine Woche später, am 7. April, von Bundespräsident Heinz Fischer in der Wiener Hofburg angelobt. Das Gelöbnis wurde mit Handschlag und Unterschrift bekräftigt. Auch Bundeskanzler Werner Faymann war anwesend und gratulierte dem Landeshauptmann, der von Gattin Margret und Tochter Stefanie begleitet wurde.

Vor der Angelobung führten der Landeshauptmann und der Bundespräsident ein halbstündiges, sachliches und angenehmes Gespräch, wie Dörfler berichtete. Fischer sagte, daß er die Zusammenarbeit mit den Ländern sehr schätze. Er wünsche sich weiterhin eine konstruktive, sachorientierte Kooperation im Interesse des Landes Kärnten und der Republik Österreich.

Besprochen wurden viele Themen, u.a. die Ortstafelfrage und die Mindestsicherung.

Zur Ortstafelfrage sagte Dörfler, dass eine vernünftige Lösung gesucht werde, die niemanden überfordern dürfe. Für ihn gebe es viel wichtigere Themen als Ortstafeln, wie etwa die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Lösung von sozialen Problemen. Dörfler bekräftigte nochmals, daß er parteiübergreifend ein Landeshauptmann für alle Kärntnerinnen und Kärntner sein wolle. Zur Mindestsicherung meinte er, daß der Bund das Kärntner Modell mit den höheren Kinderzuschlägen übernehmen sollte.

Auch Bundeskanzler Faymann sagte gegenüber den Medien, daß es keine Ortstafellösung ohne Kärnten geben werde und daß es keinen vorgegebenen Zeitplan gebe.

Der Landeshauptmann überreichte dem Bundespräsidenten Präsente aus Kärnten, darunter war für den begeisterten Bergsteiger und Wanderer auch ein wunderschönes Großglockner-Buch.

<http://www.kaernten.gv.at>

Im Zentrum der Anstrengungen steht der Einsatz für Arbeitsplätze

Die Salzburger Regierungsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP wurden am Nachmittag des 14. April erfolgreich abgeschlossen.



Foto: Franz Neumayr LPB

v.l. LR Erika Scharer, LR Doraja Eberle, Landeshauptmannstellvertreter Wilfried Haslauer (ÖVP), Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (SPÖ), Landesrat Walter Blachfellner und Landeshauptmannstellvertreter David Brenner (beide SPÖ)

Ein klaren Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Ankurbelung der Wirtschaft wollen die Ver-

handlungsteams von SPÖ und ÖVP setzen. Wie dieser ausgestaltet ist, haben die SPÖ und ÖVP neben anderen wichtigen Themen

bei den Gesprächen über die Bildung einer neuen Landesregierung am 14. April vereinbart. Daneben gab es Einigung über mehr als 100 Seiten an Inhalten und über die Ressortverteilung.

Ein abgestimmtes 100 Millionen Euro schweres Investitionspaket zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Ankurbelung der Wirtschaft sieht unter der Marke „Salzburg Anleihe“ zusätzliche Investitionen vor. Der „Schlechte-Zeiten-Schutz“, der zusätzliches Geld für den Arbeitsmarkt bringt, wird vorgezogen. Dazu kommen mehr Aufnahmen von Lehrlingen und Langzeitarbeitslosen im Landesdienst. Weiters wurde Übereinstimmung erzielt, bis 2014 den kostenlosen Kindergarten in Salzburg zu verwirklichen. Auch bei der Pflege gibt es Konsens: Die Landesregierung möchte den Zugriff auf Immobilien, die von nahen Verwandten als Wohnraum genutzt werden, in Zukunft abschaffen.

„Zeiten wie diese erfordern die Zusammenarbeit der großen Kräfte. Nur so können die wirtschaftlichen Herausforderungen gemeistert werden. Wir haben ein detaillier-



Foto: Franz Neumayr LPB

Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und ihr Stellvertreter Wilfried Haslauer präsentieren am 15. April im Rahmen einer Pressekonferenz im Chiemseehof Salzburg die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen zur Bildung der Salzburger Landesregierung.

Innenpolitik

tes Programm mit den richtigen Schwerpunkten und eine gerechte Ressortverteilung vereinbart. Dabei bleibt Salzburg unter sozialdemokratischer Führung. In breiter Zusammenarbeit wollen wir in Salzburg um jeden Arbeitsplatz kämpfen, Gerechtigkeit als Maßstab in allen Politikbereichen anlegen und das Land fit für die Zukunft machen“, so Landeshauptfrau Gabi Burgstaller.

„Diese Einigung spiegelt den Willen beider Parteien zur Zusammenarbeit und zur Lösung der großen Herausforderungen der kommenden Jahre wider. Die Ankurbelung der Wirtschaft und der Kampf um jeden Arbeitsplatz stehen dabei klar im Vordergrund. Die ÖVP konnte bei diesen Verhandlungen ihre Vorstellungen in diesen zentralen inhaltlichen Fragen verankern und hat bei der Ressortverteilung auch die notwendigen Zuständigkeiten erhalten, um ihre Vorstellungen umzusetzen. Die Handschrift der ÖVP in der Landesregierung wird in Zukunft noch deutlicher erkennbar sein“, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter Wilfried Haslauer.

Wahl im Landtag

Im Anschluß an die Konstituierung des Salzburger Landtages und die Wahl der Landesregierung sowie der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Bundesrates trat dann am 22. April die Salzburger Landesregierung im Sitzungszimmer der Landesregierung zu ihrer ersten Arbeitssitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand dabei zuerst die Angelobung der Mitglieder der Landesregierung durch Landeshauptfrau Gabi Burgstaller auf die Bundesverfassung. Danach erteilten die Mitglieder der Landesregierung einer Verordnung der Landesregierung, mit der die Geschäftsordnung der Landesregierung geändert wird, sowie einer Verordnung der Landeshauptfrau, mit der die Geschäftseinteilung des Amtes der Salzburger Landesregierung geändert wird, ihre Zustimmung. Die Änderung der Geschäftsordnung wurde im Salzburger Landesgesetzblatt, Nr. 49 Jahrgang 2009, kundgemacht.

Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (SPÖ) ist in der neuen Landesregierung für Bildung, Frauen und Chancengleichheit, Erwachsenenbildung und Bildungsmedien, Arbeitsmarktpolitik, Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz sowie für die Landesamtsdirektion und Europaangelegenheiten zuständig.

Landeshauptmann-Stv. Wilfried Haslauer (ÖVP) ist für Wirtschaft, Tourismus, Verkehr, Infrastruktur (Bauangelegenheiten), Gemein-



Angelobung von Gabi Burgstaller als Landeshauptfrau von Salzburg durch Bundespräsident Heinz Fischer in dessen Amtsräumen in der Wiener Hofburg; in der Bildmitte: Bundeskanzler Werner Faymann.

den, Museen, Kulturelle Sonderprojekte und unternehmensnahe Forschung verantwortlich.

Landeshauptmann-Stv. David Brenner (SPÖ) übernimmt weiterhin Ressortverantwortung für Finanzen und Vermögensverwaltung sowie für Kultur und Sport.

Landesrat Sepp Eisl (ÖVP) ist zuständig für Land- und Forstwirtschaft, Wasserrecht und Wasserwirtschaft, Bau-, Feuerpolizei- und Straßenrecht, Naturschutz, Personal sowie für Energie. Landesrat Walter Blachfellner ist verantwortlich für Wohnbauförderung, Raumordnung, Umweltschutz, Umweltmedizin, Gewerbe und Verbraucherschutz.

Landesrätin Doraja Eberle (ÖVP) übernimmt die Ressorts Familien, Kinder, Jugend, Integration, Senioren, Kulturelles Erbe, Gemeindeentwicklung, Volkskultur und Nationalparke.

Landesrätin Erika Scharer (SPÖ) ist zuständig für Soziales, Gesundheit und Landesanstalten.

Vom Bundespräsidenten angelobt

Mit der Angelobung durch Bundespräsident Heinz Fischer in der Präsidialkanzlei in der Wiener Hofburg ist Gabi Burgstaller seit dem Nachmittag des 29. April offiziell erneut Landeshauptfrau von Salzburg. Sie wurde vom Staatsoberhaupt feierlich angelobt: „Ich gelobe und werde mein Bestes geben“, erklärte Burgstaller im Beisein von Bundeskanzler Werner Faymann. Heinz Fischer gratulierte der Landeshauptfrau, die laut eigenen Aussagen „ganz allein“ nach Wien gekommen war, und wünschte viel Erfolg. Anschließend bekräftigte Burgstaller das Gelöbnis per Handschlag und Unterschrift. Burgstaller betonte bei der Angelobung, sich in ihrer Amtszeit schwerpunktmäßig der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Impulsen für die Salzburger Wirtschaft zu widmen.

2004 hatte noch Bundespräsident Thomas Klestil die damals erstmals zur Landeshauptfrau gewählte Burgstaller als letzte Angelobung seiner zwölfjährigen Amtszeit auf die Bundesverfassung angelobt. ■

<http://www.salzburg.gv.at>

Oberösterreich steht gut da

Die wirtschaftlich schwierige Situation weltweit ist auch für den oberösterreichischen Arbeitsmarkt 2009 eine immense Herausforderung. Denn das Industrieland Oberösterreich ist geprägt durch eine starke Exportquote und daher eng verknüpft mit den internationalen Märkten.

Oberösterreich steht gut da: Durch gut aufgestellte Unternehmen konnte Oberösterreich im Jahr 2008 erneut Vollbeschäftigung und einmal mehr mit 3,4 Prozent die niedrigste Arbeitslosenquote und zugleich die niedrigste Quote seit 26 Jahren aller Bundesländer erreichen. „Diese Zahlen sind ein guter Polster für schwierige Zeiten, aber überhaupt kein Grund sich zurückzulehnen, weil wir um die großen Herausforderungen am Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren wissen. Daher werden wir ganz offensiv unsere aktive Arbeitsmarktpolitik fortsetzen“, betont Landeshauptmann Josef Pühringer, denn: „Arbeit für die Menschen im Land ist und bleibt oberstes politisches Ziel. Wir müssen und werden um jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpfen“, gibt Pühringer die Stoßrichtung vor.

Krise als Chance

Die weltweite Wirtschaftskrise macht auch an Oberösterreichs Grenzen nicht halt und betrifft Oberösterreich als das Industriebundesland besonders. Daher hat das Land Oberösterreich bereits ein Bündel an Maßnahmen geschnürt, um die Wirtschaft anzukurbeln. Der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt dabei auf der Ankurbelung der regionalen Wirtschaft.

Mit Stand 30. März 2009 waren in Oberösterreich insgesamt 17.028 Mitarbeiter/innen von Kurzarbeit betroffen. Betrachtet man die von Kurzarbeit am stärksten betroffenen Arbeitsmarktbezirke, so sieht man, daß sich drei Bezirke stark abheben. Braunau und Linz sind als Industriestandorte mit 4.071 bzw. 3.653 Personen natürlich am meisten von dieser Krise betroffen. Steyr hat durch den Einbruch am Automobilsektor mit 2.999 Personen einen hohen Anteil. Im Bezirk Gmunden sind derzeit 862 Personen in Kurzarbeit gemeldet.

Land Oberösterreich setzt Maßnahmen bei Konjunktur und Arbeitsplätzen

Das Land Oberösterreich hat auf die Wirtschaftslage schnell reagiert und Konjunkturpakete verabschiedet,

1. deren Impulse für regionale Beschäftigung sorgen sollen und
 2. die von besonderer Nachhaltigkeit geprägt sind, da insbesondere im Bildungsbereich der Schwerpunkt gesetzt wurde.
- Über 350 Mio. Euro hat das Land Oberösterreich mit dem Konjunkturpaket zusätzlich in die Hand genommen, tausende Arbeitsplätze können dadurch gesichert werden.

Das Paket umfaßt ein großes Bündel von Maßnahmen:

- So werden die Ausgaben für Landesinvestitionen sowie Forschung und Entwicklung um 73 Millionen steigen.
- Bei den Ordensspitälern werden Investitionen in der Höhe von rund 50 Millionen vorgezogen,
 - das Bauprogramm bei den Pflichtschulen wird beschleunigt und
 - die Landesbetriebe ziehen über 50 Bauprojekte in ganz Oberösterreich mit einer Investmentsumme von rund 100 Millionen vor.
- Weiters wird es für die thermische Wohnhaus-Modernisierung im Jahr 2009
 - eine Impulsförderung geben und
 - es werden zusätzliche 1.000 Wohnungen im mehrgeschossigen Wohnbau im Jahr 2009 gefördert.
- Der Bau des Machland-Damms wird schneller abgewickelt.
 - Die Heizkesseltauschaktion wird 2009 fortgesetzt, was insbesondere Klein- und Mittelbetrieben zugute kommt.
 - Durch das Hochbauprogramm des Landes OÖ werden Bauten in der Höhe von 100 Mio. Euro ins Jahr 2009 vorgezogen und schaffen so regionale Impulse.

Die Prioritäten liegen daher bei Ausgaben für die Bereiche Forschung und Entwicklung, Bildung, thermische Sanierung von öffentlichen Bauten oder Wohnbauten, Hochwasserschutzmaßnahmen, Klimaschutzmaßnahmen und Modernisierung der Spitäler.

Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz

In enger Kooperation mit dem AMS OÖ hat das Land OÖ bereits ein umfassendes

Unterstützungspaket für Unternehmen und Arbeitnehmer geschnürt.

1. Bildungskarenz plus

Das Modell Bildungskarenz wurde vom AMS OÖ gemeinsam mit dem Wirtschaftsressort des Landes OÖ erarbeitet. Mittlerweile haben fast alle Bundesländer das oö. Modell – zum größten Teil völlig ident – übernommen.

Bildungskarenz plus wurde in Oberösterreich im November 2008 gestartet, ist auf 18 Monate beschränkt und gilt für maximal die Hälfte der Mitarbeiter/innen eines Unternehmens bzw. max. 30 Mitarbeiter/innen. Die Qualifizierungen können maximal zwölf Monate dauern. Das Land OÖ refundiert dem Unternehmen 50 Prozent der Ausbildungskosten, maximal jedoch 3.000 Euro pro Person. Das AMS OÖ bezahlt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Bildungskarenz plus ein Weiterbildungsgeld in Höhe des fiktiven Arbeitslosengeldes.

Darüber hinaus kann während der Bildungskarenz plus zwischen Unternehmen und Arbeitskraft eine geringfügige Beschäftigung oder ein Stipendium (bis max. 349,01 Euro) vereinbart werden, sodaß die finanziellen Einbußen der Arbeitskräfte während der Qualifizierung sich in Grenzen halten, die Kosten für das Unternehmen aber gering sind. Darüber hinaus gilt für Oberösterreich: Treffsichere individuelle Lösungen für große Unternehmen.

2. Kurzarbeit

Für Zeiten vorübergehender Auftragschwankungen besteht für Unternehmen die Möglichkeit, die Arbeitszeit ihrer Mitarbeiter/innen zu reduzieren. Durch die Kurzarbeitsbeihilfe des AMS können Einkommenseinbußen für Mitarbeiter/innen weitgehend abgedeckt werden. Das Modell Kurzarbeit ermöglicht, daß Dienstverhältnisse aufrecht und somit Arbeitsplätze erhalten bleiben. Bezüglich der Behaltefristen wurde nun vereinbart, daß diese umso länger dauern, je länger die Kurzarbeit – nun bis zu 18 Monate möglich – zuvor war, jedoch maximal vier

Innenpolitik

Monate. Das gibt Unternehmen die Chance, wirklich zukunftsorientiert mit den Mitarbeiter/innen die Krise zu meistern, weil sie Personalkosten einsparen und wertvolle Fachkräfte behalten können, die sie nach der Krise wieder dringend brauchen. Die Mitarbeiter/innen wiederum bleiben in Beschäftigung, verlieren ihren Arbeitsplatz nicht und können sich auch weiterqualifizieren.

3. OÖ. Mittelstandspaket

Gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Oberösterreich und den oö. Banken hat das Land OÖ ein starkes Mittelstandspaket geschnürt, das über die Kredit-Garantie-Gesellschaft (KGG) und Unternehmensbeteiligungsgesellschaft (UBG) abgewickelt wird: Mit einer massiven Ausweitung der Mittel für Haftungen und Beteiligungen, einer Vereinfachung der Abwicklung, einer noch stärkeren Kooperation mit dem Bund und einem One-Stop-Shop Prinzip über die KGG/ UBG hilft Oberösterreich seinen KMUs.

Insgesamt stellen Land OÖ, Wirtschaftskammer OÖ und die oö. Banken rund 6,3 Millionen Euro zusätzliche Mittel für 2009 zur Verfügung (das Land OÖ steuert rund 3,3 Millionen Euro bei, die WKOÖ und die Banken gemeinsam verdoppeln diese Summe nahezu). Mit den regulären jährlich zugeführten Finanzmitteln des Landes OÖ in Höhe von 680.000 Euro für KGG/UBG stehen somit 2009 rund 7 Millionen Euro für Haftungen und Beteiligungen für die kleinen und mittleren Unternehmen parat.

4. Das OÖ. Haftungsmodell

Das Haftungsmodell sieht eine Haftungsübernahme für Kredite von Betrieben mit mehr als 100 Mitarbeitern bis zu 7,5 Millionen Euro vor. Diese soll dafür sorgen, daß Betriebe auch weiterhin die Kredite zur Verfügung gestellt bekommen, die sie für den Fortbestand ihrer Unternehmen brauchen.

5. Insolvenzstiftung

Für Mitarbeiter/innen von insolventen Betrieben übernehmen Land OÖ und AMS OÖ anstelle des Betriebes die Ausbildungskosten. Land und AMS steuern jeweils 2600 Euro bei, seitens des Wirtschaftsressorts wird zudem ein Stipendium in Höhe von 750 Euro innerhalb der ersten sechs Monate gewährt.

6. Jugendbeschäftigungsoffensive

- Ausbildungsgarantie für junge Menschen bis 18 Jahre gilt: Binnen 100 Tagen be-

kommt jeder ausbildungswillige Jugendliche auch ein Ausbildungsangebot. Derzeit nützen über 1000 Jugendliche das Angebot eines JASG-Lehrgangs.

- Zusätzlich zur Bundesförderung startete 2009 das Land Oberösterreich die Landesförderung NEU.
- Die Initiative „Perspektive Job – Jugend hat Vorrang“ wird fortgesetzt, Jugendcoaches in den Bezirken stehen kostenlos bereit für Beratungsgespräche, Potentialanalysen, professionelle und individuelle Begleitung in Bewerbungsprozessen.

Das Land Oberösterreich bietet somit für mehr als 9000 Jugendliche Angebote an Ausbildungs- und Arbeitsmarktmaßnahmen. Land Oberösterreich und AMS OÖ wenden für Jugendbeschäftigung mehr als 25 Millionen Euro auf.

7. Pakt für Arbeit und Wirtschaft 2009

Der Pakt für Arbeit und Qualifizierung wird auch 2009 die offensive Arbeitsmarktpolitik des Landes OÖ in Kooperation mit dem AMS OÖ und den Sozialpartnern fortgeführt. Von insgesamt 164 Mio. Euro profitieren konkret 75.000 Menschen in Oberösterreich.

8. Erhöhte Forschungs- und Bildungsausgaben des Landes OÖ

Mit dem Landesbudget wurde 2009 ein Budget vorgelegt, das der Krise entgegenwirken soll. Vor allem in der jetzigen Situation kommt Oberösterreich dabei zu gute, daß es seit Jahren komplett ohne Neuverschuldung auskommt und damit auch in schwierigen Zeiten voll handlungsfähig ist. Die Investitionsquote des Gesamtbudgets 2009 beträgt 21,33 Prozent, was einer Steigerung von 54,6 Mio. Euro gegenüber 2008 entspricht. Große Investitionen in Forschung, Entwicklung und Bildung sollen nachhaltigen Auftrieb geben.

Land OÖ investiert in seine Fachhochschulen

In den vergangenen Jahren investierte das Land OÖ in Bauten und moderne Infrastruktur insgesamt knapp 93 Millionen Euro, weitere 17,5 Millionen Euro sind in den Ausbaumaßnahmen in den nächsten Jahren geplant, davon drei Millionen am Campus Wels. In den Jahren 2003 bis 2008 wurden am Standort Wels insgesamt über 41 Millionen Euro investiert. Seit 2005 ist der FH-Campus Wels mit seinem Neubau und dem

wiedereröffneten generalsanierten FH-Gebäude in der Roseggerstraße auch einer der modernst ausgestatteten technischen Hochschulen. Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen an der FH Wels ist im Schuljahr 1996/1997 von 37 im Jahr 2007/2008 auf 163 angestiegen. Im Schuljahr 2008/2009 studieren 1.283 Studentinnen und Studenten am Campus Wels. Der FH-Campus Wels ist die Fakultät für Technik und Umweltwissenschaften der FH Oberösterreich und besteht seit 1994.

Neubau des Science Centers Wels

Mit Kosten von knapp mehr als 22 Millionen Euro wird das Science Center in Wels errichtet, davon bringen das Land Oberösterreich und die Stadt Wels je zehn Millionen Euro auf. Im September 2005 haben sich Land OÖ und Stadt Wels auf die Realisierung des Science Centers in Wels mit dem Schwerpunkt Energie geeinigt – eine inhaltliche Ausrichtung, die sowohl die Bemühungen der Stadt Wels unterstreicht, sich als Stadt der Energie zu positionieren als auch den des Landes Oberösterreich, das in Sachen erneuerbarer Energieträger bekanntlich eine Vorzeigeregion in Europa ist. Mittels „Learning by doing“, soll durch eigenständiges, spielerisches Experimentieren in „Mitmachausstellungen“ technische und naturwissenschaftliche Zusammenhänge und Phänomene den Besucherinnen und Besuchern näher gebracht werden.

Der geplante Zeitplan bis zur Fertigstellung des Science Centers sieht vor, daß bis Juni 2009 alle Widmungserfordernisse für das Baugrundstück und die Einreichplanung fertig sein sollen. Die Baubewilligung wird für August erwartet, unmittelbar darauf werden die Ausschreibungen der einzelnen Gewerke erfolgen. Mit dem Baubeginn ist im März 2010, mit der Fertigstellung bis Februar 2011 zu rechnen. Nach dem Probebetrieb ist die offizielle Eröffnung des ersten österreichischen Science Centers Mitte April 2011 vorgesehen.

Bildung schafft Arbeitsplätze

Durch die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 konnten in den letzten beiden Jahren 50 zusätzliche Dienstposten für die Anstellung von jungen Lehrer/innen im Allgemeinen Pflichtschulbereich in Wels Stadt und Land geschaffen werden: im Volksschulbereich 28, im Hauptschulbereich 20 und in den Polytechnischen Schulen zwei Lehrerinnen und Lehrer. ■

<http://www.land-oberoesterreich.gv.at>

Pensionsregelung für Kommunalpolitiker ist überfällig

Höchst komplexe Themen standen im Mittelpunkt des Antrittsbesuches der Gemeindebund-Spitzen bei Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Die soziale Situation der Gemeindepolitiker war ebenso ein Thema wie die Explosion der Sozialausgaben in den Gemeindebudgets.

Von Daniel Kosak *)

Mit offenen Armen wurden die Gemeindebund-Vertreter, an der Spitze Präsident Helmut Mödlhammer, begleitet von seinem Vize Alfred Riedl und Generalsekretär Robert Hink, von Sozialminister Rudolf Hundstorfer empfangen. Man kennt sich seit vielen Jahren. In seiner Funktion als langjäh-

mit den Prunkräumen anderer Minister. „Das paßt eben zu meinem Ressort. Die Probleme sind riesig, die Räume dafür klein.“

Mindestsicherung erst Mitte 2010

Die Atmosphäre beim Sozialminister ist höchst freundschaftlich, die Themen hingen-

Sozialfall Bürgermeister?

Ein für Gemeindevertreter brennendes Problem wird dann von Mödlhammer zur Sprache gebracht. „Die soziale Absicherung der Bürgermeister/innen und Gemeindevertreter/innen ist ein wirklich ernstes Problem“, erklärt der Präsident dem Minister. „Wenn es nicht bald gelingt, diese Absicherung zu verbessern, dann laufen wir sehenen Auges in ein massives demokratiepolitisches Problem hinein. Dann werden wir nämlich keine Kandidaten für das Bürgermeisteramt mehr finden.“ Das Problem betreffe im übrigen nicht nur die Ortschefs, sondern auch deren Stellvertreter, die Ortsvorsteher sowie geschäftsführende Stadt- und Gemeinderäte. „Wir haben eine lange Liste von Menschen, die Gefahr laufen zu Sozialfällen zu werden, nachdem sie viele Jahre ihres Lebens der Kommunalpolitik geopfert haben“, so Mödlhammer. „Noch größer ist nur noch die Anzahl derer, die sagen: ‚Unter diesen Umständen tu ich mir ein kommunales Amt bestimmt nicht an‘.“

Bei den jüngst stattgefundenen GR-Wahlen in Salzburg habe es schon 23 Gemeinden gegeben, in der nur noch ein Kandidat zur Wahl stand. „Neben der Tatsache, daß aus dem Amt des Bürgermeisters heraus kein Pensionsanspruch erwächst, gibt es noch ein weiteres Problem“, weiß Mödlhammer. „Wenn jemand in seinem Zivilberuf in Pension geht, dann legt er im Normalfall auch das Amt zurück, weil er sonst über der Zuverdienstgrenze liegt und seine Pension verlieren würde. Das sind abenteuerliche Zustände, mich wundert es nicht, daß wir politische Nachwuchsprobleme in der Kommunalpolitik haben.“

Regierung überlegt Änderungen

Der Sozialminister zeigt sich erstaunlich gut vorbereitet: „Ich kenne das Problem“, läßt er wissen. „Und im Regierungsprogramm ist auch vorgesehen, daß es zumindest im Be-



Fotos: Österreichischer Gemeindebund

v.l.: Generalsekretär Robert Hink, Präsident Helmut Mödlhammer mit »Vize« Alfred Riedl im 15 Quadratmeter-Büro von Sozialminister Rudolf Hundstorfer

riger Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten verfügt Hundstorfer über reichhaltige Erfahrung im kommunalen Bereich.

„Kommst rein und schauts euch das kleinste Ministerbüro Österreichs an“, begrüßt Hundstorfer seine Gäste launig. Und wirklich: Mit rund 15 Quadratmetern ist das Büro des Sozialministers kaum vergleichbar

gen sind ernst. Die Einführung der Mindestsicherung ist eines dieser heißen Eisen. „Ich fürchte, daß wir de facto erst Mitte 2010 soweit sein werden“, sagt Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Der technische Aufwand und die nötigen Vorbereitungen seien enorm und würden zumindest ein dreiviertel Jahr in Anspruch nehmen. „Bei der Vereinbarung mit den Ländern werden wir aber nichts mehr antasten. Wir hoffen auch, daß wir früher oder später die Kärntner an Bord holen können.“

*) Daniel Kosak leitet das Presse- und Öffentlichkeitsreferat des Österreichischen Gemeindebundes



v.l.: Generalsekretär Robert Hink, Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Präsident Helmut Mödlhammer und »Vize« Alfred Ried

reich der Zuverdienstgrenze für Kommunalpolitiker, die im Zivilberuf in Pension gehen, zu Änderungen kommen soll. Ich kann mir vorstellen, daß wir das im Rahmen einer ASVG-Novelle im Herbst ansprechen werden.“

Mödlhammer zeigt sich damit noch nicht ganz zufrieden: „Wir müssen beide Problemfelder rasch lösen. Der Gemeindebund erarbeitet derzeit gerade ein eigenes Pensionsmodell für Kommunalpolitiker. Dessen Umsetzung werden wir von allen Regierungsmitgliedern massiv einfordern“, kündigt er an.

Sozial- und Pflegekosten in den Gemeinden steigen rasant

Drittes heißes Thema beim Sozialminister: Die explosionsartigen Steigerungen bei den Sozialkosten der Gemeinden. „Wir reden hier von prozentuellen Jahreszuwächsen, die im zweistelligen Bereich liegen“, so die Gemeindebund-Vertreter. „Die Tatsache, daß in der letzten Zeit Dinge wie der Regreß abgeschafft wurden, bringt viele Gemeinden an den Rand der finanziellen Belastbarkeit.“ Allein in NÖ müsse man in den kommenden Jahren rund 1000 neue Pflegebetten bereitstellen, weiß Gemeindebund-Vize Alfred Riedl. „Es kann nicht sein, daß die Bundesebene Geld offenbar für abgeschafft erklärt, die Länder und Gemeinden dann aber mit den Kosten alleine läßt“, so Riedl. Mödlhammer sprach sich in diesem Zusammenhang auch für verstärkte Anreize zum Abschluß privater Pflegeversicherungen aus. „Dauerhaft wird die Gesellschaft die Pflegekosten nicht allein übernehmen können. Ich

kann mir vorstellen, daß die steuerliche Absetzbarkeit von Pflegeversicherungen das Problem zumindest teilweise entschärfen kann“, so Mödlhammer.

Gemeinden sollen Lehrlinge ausbilden

Zuguterletzt sprach der Sozialminister selbst noch ein Beschäftigungsthema an. „Es ist zu befürchten, daß aufgrund der wirtschaftlichen Lage im Herbst hunderte, wenn nicht tausende Lehrlinge auf der Strasse stehen. Hier sollten wir überlegen, ob die Gemeinden nicht einen stärkeren Beitrag dazu leisten könnten, jungen Menschen einen Ausbildungsplatz anzubieten“, so Hundstorfer. Bei den Gemeindevertretern ist das Verständnis für diese Idee groß, jedoch mit einer Einschränkung: „Es darf aber niemand fix erwarten oder damit rechnen, daß er danach eine Garantie auf Übernahme in den öffentlichen Dienst hat“, so Alfred Riedl. „Wir bilden gerne aus, wir können aber nicht jeden fertigen Lehrling danach übernehmen.“

Das Gespräch zwischen Hundstorfer und den Gemeindevertretern endet ebenso freundschaftlich wie es begonnen hat. Der Sozialminister verspricht, die vielen Notizen, die er sich gemacht hat, in seiner Arbeit zu berücksichtigen. Zudem werden zwischen den Experten schon erste Folgetreffen vereinbart.

Der Gemeindebund

vertritt die Interessen der österreichischen Gemeinden auf nationaler und internationaler Ebene. Er berät sie in allen grundsätzlichen kommunalen Fragen und bildet durch

Beziehungen zu ähnlichen Vereinigungen des In- und Auslandes, insbesondere zu den mit Kommunal- und Regionalfragen befaßten Organen und Institutionen der Europäischen Union, Netzwerke zur Durchsetzung ihrer Anliegen.

Ziel des Gemeindebundes ist es, den Bestand, die Selbstverwaltung und die wirtschaftliche Zukunft der Gemeinden in Österreich als Vorbild für ein subsidiär gestaltetes Europa zu sichern und mit der Unterstützung seiner Landesverbände gemeinsam erfolgreich weiterzuentwickeln.

Um seinen Zielsetzungen und den an ihn gestellten Anforderungen gerecht zu werden,
 ○ vertritt der Gemeindebund die Anliegen seiner Gemeinden vor den gesetzgebenden und vollziehenden Organen von Ländern, Bund und der Europäischen Union, soweit diese Aufgaben nicht von den Landesverbänden selbst wahrgenommen werden,

○ bringt sein politisches Gewicht und seine inhaltliche Kompetenz bei der Gestaltung der rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene unmittelbar zum Vorteil seiner Gemeinden ein,

○ unterstützt fachkundig, konsequent und loyal seine politischen Organe und kooperiert wechselseitig mit den Landesverbänden bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben sowie

○ koordiniert und bündelt die Initiativen seiner Mitglieder sowie jener Organe, Parteien und Institutionen, die mit dem Gemeindebund gemeinsame Zielsetzungen im Interesse seiner Mitgliedsgemeinden verfolgen.

Umgang mit der Öffentlichkeit

Durch eine kontinuierliche, partnerschaftliche und leistungsstarke Medienarbeit teilt der Gemeindebund der Öffentlichkeit seine Initiativen, Anliegen und Ziele mit. Inhalte werden fachlich kompetent, authentisch und konsequent vermittelt.

Die dazu eingesetzten Instrumente und Methoden orientieren sich an den Anforderungen einer modernen, sich ständig verändernden Kommunikationsgesellschaft.

Zu diesen Instrumenten zählt vor allem auch die Durchführung von kommunalpolitischen Veranstaltungen und Fachtagungen, die Herausgabe eines offiziellen Organs sowie von Fachpublikationen mit praxisorientiert-wissenschaftlichem Anspruch. ■

<http://www.gemeindebund.at>

Gemeinsam erfolgreich regieren

Halbzeit-Pressekonferenz der Innsbrucker Stadtregierung

Für ein gemeinsames Regierungs-Pressesgespräch zur Halbzeit der Legislaturperiode am 20. April hatten Bürgermeisterin Hilde Zach, Vizebgm. Eugen Sprenger und Stadträtin Marie-Luise Pokorny-Reitter das Panorama-Restaurant auf der Bergiselschanze mit guter Weitsicht auf Innsbruck gewählt. Sie brachten dabei unisono zum Ausdruck, daß mit der Unterzeichnung des Arbeitsübereinkommens zwischen den Gemeinderatsfraktionen „Hilde Zach – Für Innsbruck“, „Innsbrucker Volkspartei DI Eugen Sprenger“ und „Sozialdemokratische Partei – Dr. Marie-Luise Pokorny-Reitter“ nach der Wahl 2006 ein ehrgeiziges Programm gestartet und eine erfolgreiche Ära der Zusammenarbeit eingeleitet wurde.

Bürgermeisterin Hilde Zach hob hervor, daß in diesen drei Jahren gemeinsam viel in die Tat umgesetzt werden konnte und ließ auch den großen Einsatz von Vizebgm. Christoph Platzgummer, Stadträtin Christine Oppitz-Plörer und StR Walter Peer im Bereich ihrer Ressortverantwortungen nicht unerwähnt.

Die Verwirklichung großer Projekte wie z.B. die Erhaltung und der Ausbau der Daseinsfürsorge, die Wohnungsoffensive, die Erneuerung der Nordkettenbahnen, die Neugestaltung der Maria-Theresien-Straße, des Hauses der Musik, der Ausbau der Grassmayrkreuzung, die Straßen- und Regionalbahn, sei nur möglich, wenn auch Übereinstimmung, Ernsthaftigkeit, Konsequenz, eine entsprechende Mehrheit und die Budgetmittel vorhanden seien. Voraussetzung für Innsbrucks heutige immer noch gute Finanzsituation waren die vor 14 Jahren eingeleitete Verwaltungsreform, der intelligente Sparkurs und der verantwortungsvolle Umgang mit den vorhandenen Ressourcen. So konnten z.B. in den vergangenen drei Jahren 230 Mio. € in die Wirtschaft investiert werden. „Wichtig ist, daß sich die Menschen auf Politik und Verwaltung verlassen können und dass es Politiker gibt, auf die man sich verlassen kann“, so Zach.

Das Koalitions-Dreierteam zeigte sich fest entschlossen, weiter für Innsbruck mit voller Kraft arbeiten zu wollen und wies alle Spekulationen auf eine Vorverlegung der Innsbrucker Gemeinderatswahl zurück. Mit den Worten „never change a winning team – we



Foto: Rathaus Innsbruck Medienservice

Vizebgm. Eugen Sprenger, Bürgermeisterin Hilde Zach und StRin Marie-Luise Pokorny-Reitter (v.l.) vor dem atemberaubenden Panorama rund um Innsbruck

can“ brachte das Stadtoberhaupt zum Ausdruck, weiter gemeinsam regieren und noch viel realisieren zu wollen.

Auch für Vizebgm. Eugen Sprenger und StRin Pokorny-Reitter sind derzeit weder eine Veränderung noch Neuwahlen in Sicht. „Wir haben im Vergleich zu früheren Zeiten eine besonders gute und harmonische Regierung“, so Sprenger. Würde man ihn fragen, ob die Entscheidung vor drei Jahren eine Regierung in dieser Form zu bilden, richtig war, könne er mit einem klaren „Ja“ antworten. Sprenger verwies auf die Fortschritte im Sozialbereich mit dem Ausbau der sozialen Dienste, der Heim-Offensive, der Jugendwohlfahrt und auf die zahlreichen Verbesserungen und Maßnahmen bei den Spielplätzen, Radwegen, Promenaden der Grünraumgestaltung und der Schutzwaldsanierung. Auch im Bereich der Luftreinhaltung seien wieder Erfolge erzielt worden und vor allem auch für die Sicherheit sei in den vergangenen drei Jahren viel getan worden, wobei Sprenger u.a. die Schutzzonen im Stadtpark Rapoldi und am Bahnhof erwähnte. Bürgermeisterin Hilde Zach räumten ein, daß auch Innsbruck kein Paradies sei und es im Bereich der Sicherheit in Zukunft auch vermehrt auf Selbstverantwortung ankomme.

Stadträtin Marie-Luise Pokorny-Reitter betonte, daß es gelungen sei, das Gemeinsame vor das Trennende zu setzen. Wichtig für den Erfolg seien sozialer Zusammenhalt und Ausgewogenheit. Sie sprach mit Stolz u.a. über die vor drei Jahren eingeleitete neue Wohnungsoffensive mit 1174 neuen Wohnungen, über die Reform der Vergaberichtlinien mit Vorteilen vor allem für junge Familien, über den nachträglichen Lifteinbau in 53 Häusern, über die Instandhaltungen und Neubauten im Tiefbaubereich und die moderne und zeitgerechte Infrastruktur beim Straßen- und Gehwegeausbau. Ihre größten Anliegen seien, daß die Wohnbauoffensive weiter fortgesetzt werden könne, die Freizeiteinrichtungen leistbar bleiben und die Bildungschancen laufend verbessert werden. Sie sei zuversichtlich, daß auch in den kommenden drei Jahren viel weiter gebracht werden kann und hoffe, daß der Ausbau der Grassmayrkreuzung mit dem Anbau des Südrings gelingt.

„Gemeinsam erfolgreich regieren – entschlossen die Zukunft gestalten“, wird nach den Aussagen des Regierungsteams somit auch das Motto für die kommenden drei Jahre sein. ■

<http://www.innsbruck.at>

Fit fürs Wählen – Demokratie braucht dich!

Rund 134.500 junge Menschen in Oberösterreich, davon 34.500 16- und 17jährige, wählen im Herbst dieses Jahres zum ersten Mal bei Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen.



Foto: Land Oö/pichler

Die Jugendlichen informierten sich beim Redaktionsteam von »Fit fürs Wählen – Demokratie braucht dich« über Politik

Wählen heißt mitbestimmen. Es bedeutet nicht nur, aus mehreren Möglichkeiten auszusuchen, was einem am besten gefällt, sondern wählen heißt auch, etwas aktiv mit zu gestalten. Es ist schon etwas Besonderes, das ‚erste Mal‘ an einer Wahl teilzunehmen und seine Stimme abzugeben. Der Oö. Landtag will die jungen Leute fit machen, damit sie gut vorbereitet und informiert zur Wahl gehen können“, so Landtagspräsidentin Angela Orthner.

Der Leitfaden „Fit fürs Wählen – Demokratie braucht dich!“ ist in eineinhalbjähriger Arbeit entstanden und wurde vergangene Woche 150 Schulsprecherinnen und Schulsprechern im Landhaus vorgestellt. Demokratische Mitentscheidung setzt Information voraus. Alles über Land, Landtag, Landesregierung, Verwaltung, Parteien, Grundsätze des Wahlrechts, Wahlbeteiligung und politische Meinungsbildung haben wir in leicht verständlicher Sprache aufbereitet“, so Orthner.

In seinem Referat „Jung sein – politisch sein“ verwies Meinungsforscher Werner

Beutelmeyer auf die große Lernbereitschaft der Jugend für alle Themenfelder und folglich auch für die Politik. Über zwei Drittel der Jugendlichen in Oberösterreich beschäftigen sich zumindest hin und wieder mit Politik und politischen Inhalten. „Vor allem die unmittelbare regionale Politik interessiert die Jugend. Folglich ist der Hot Spot der Jugend-Politik in der Gemeindearbeit und in der Landespolitik zu finden. Immer wenn es um Bildung, Berufschancen und um generelle Zukunftsfragen geht, besteht von Seiten der Jugend besonderes politisches Interesse“, so Beutelmeyer.

Landtagspräsidentin Angela Orthner in ihrem Vorwort zur umfangreichen Broschüre; „Wahlen, Parteien, Gesetze, Landtag, ... – wenn man 16 Jahre alt ist, kommt so einiges auf einen zu. Schließlich darf man dann wählen gehen. Bei den EU-Wahlen, Bundespräsidenten-, Nationalrats-, bei Landtags- und Gemeinderatswahlen. Auch die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister in der eigenen Gemeinde kann man mitbestimmen. „Das klingt eigentlich sehr aufregend –

aber was habe ich davon?“ wirst du dir jetzt denken. Vielleicht mehr als es auf den ersten Blick scheint. Wenn man im Wahllokal seine Stimme abgibt, bestimmt man schließlich mit, wer die nächsten 6 Jahre im Landtag oder Gemeinderat sitzt – und in welche Richtung sich die Politik entwickelt. Das heißt, welche Gesetze und Regeln für die Menschen künftig gelten. Es hängt also viel dran an diesem kleinen Zettel mit dem Kreuzerl drauf! Vertreterinnen aller Landtagsparteien haben diesen Leitfaden gemeinsam erarbeitet. Dafür und für die Beratung durch das Institut Retzl und die Landtagsdirektion sage ich herzlichen Dank. Dieses Buch soll dich neugierig machen. Neugierig darauf, wie die ‚Räder‘ der Politik so laufen und wie die Entscheidungen gefällt werden, die für uns alle bedeutsam sind. Politik ist spannend und betrifft uns alle! Mit vielen Beispielen aus dem alltäglichen Leben wird erklärt, wie z. B., Gesetze entstehen oder wie ihr als Bürgerinnen und Bürger mitgestalten könnt“, so Ortner. ■

<http://www.fitfuerswahlen.at>

Asylfrage

EU-Mitgliedstaaten suchen nach einem gemeinsamen europäischen Asylsystem – im EU-Unterausschuß im Parlament in Wien wurde teils heftig darüber debattiert.

Die Zukunft der gemeinsamen Asylstrategie und deren konkrete Umsetzung waren am 17. April beherrschendes Thema im Ständigen Unterausschuß in Angelegenheiten der Europäischen Union des Nationalrats. Österreich hat sich in der Vergangenheit klar zum Ziel bekannt, ein gemeinsames europäisches Asylsystem zu schaffen. Aus heimischer Sicht werden daher auch die Pläne der EU-Kommission zur Standardisierung und Harmonisierung grundsätzlich begrüßt, insbesondere die Bemühungen um eine Stärkung der praktischen Zusammenarbeit unter den Mitgliedsstaaten. Einheitliche Entscheidungsgrundlagen und eine einheitliche Praxis seien entscheidend, um Anreize für Sekundärmigrationen zu minimieren, heißt es. Dennoch sehen die Bundesregierung wie auch die Abgeordneten von SPÖ und ÖVP die Vorschläge der Kommission zur konkreten Umsetzung teilweise sehr kritisch. FPÖ und BZÖ standen den Vorschlägen ablehnend gegenüber, nur die Grünen unterstützten die Kommissionsvorschläge uneingeschränkt.

Fekter: Dublin-Verordnung noch effizienter gestalten und nicht aufweichen

„Bereits unter der französischen Präsidentschaft ist den Themen Asyl, Migration und Harmonisierung sehr breiter Raum eingeräumt worden. Das hat die jetzige Präsidentschaft nun fortgesetzt, und die Kommission arbeitet diesbezüglich intensiv weiter. Österreich begrüßt, daß europäische Initiativen – vor allem zur Standardisierung und Harmonisierung – gesetzt werden, stellte Innenministerin Maria Fekter fest. Schließlich würden in Europa die Asylgründe oder die Bewertungen der Herkunftsländer noch unterschiedlich betrachtet und es kommt zu attraktiveren und weniger attraktiveren Asylländern. Österreich zählt dabei zu den attraktiven Ländern, und diese Unterschiede sollte

es in Europa nicht geben.

Österreich unterstütze grundsätzlich die Arbeit der Kommission auf diesem Gebiet und werde sich in die Diskussion aktiv einbringen. Kritische Anmerkungen gebe es allerdings bezüglich des Kommissionsvor-



schlages über eine neue Aufnahme richtlinie. Die darin enthaltenen Punkte „gehen weit über den derzeit hohen Standard hinaus und würden unser Land besonders belasten“, so Fekter, die auch eine gerechtere Verteilung der Lasten anstrebt.

Bezüglich der Dublin-Verordnung (*Anm.: diese regelt die Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens*) haben Malta, Zypern und Griechenland die Kommission gebeten, wegen Überbelastung von den Dublin-Pflichten befreit zu werden. Fekter dazu: „Das stimmt zwar für Malta und Zypern, die kleinere Länder sind, aber nicht für Griechenland. Wir sind wesentlich höher belastet und liegen bei einem Pro-Kopf-Ver-

gleich bei der Belastung bereits an vierter Stelle.“ Auch der Vorschlag der Kommission eines Moratoriums für diese drei Länder werde von Österreich nicht goutiert. Sie, Fekter, habe kein Verständnis dafür, daß die Dublin-Pflichten plötzlich von einzelnen Ländern nicht mehr eingehalten würden. „Wir verlangen, daß Dublin eingehalten wird und jene Dublinfälle, die etwa über Griechenland einreisen, auch dorthin zurückgeschickt werden können“, so die Innenministerin, die sich auch gegen ein „Asyl-shopping“ aussprach. „Wir müssen die Dublin-Verordnung noch effizienter gestalten und sie nicht aufweichen.“

Begrüßt werde von österreichischer Seite der Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung von „EU-RODAC“ für den Abgleich von Fingerabdruckdaten, verwies Fekter unter anderem auf die Debatte über Guantanamo. „Wenn einzelne Mitgliedsländer diese Häftlinge aufnehmen und diese internationalen Schutz genießen, dann ist es von höchstem Interesse zu wissen, ob sie sich im Schengenraum frei bewegen dürfen oder nicht.“

Der Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen werde von Österreich nicht abgelehnt. Asyl sei allerdings eine nationale Angelegenheit der Mitgliedsstaaten und „wir wollen kein zentrales europäisches Asylwesen, bei dem beispielsweise Brüssel die Asylwerber aufnimmt und dann im Schengenraum verteilt. Das können wir uns unter gar keinen Umständen vorstellen. Daher haben wir immer darauf gedrängt, daß dieses Büro ein reines Support-Büro ist, bei dem die Mitgliedsstaaten Informationen abrufen können.“

„Die künftige Asylstrategie muss aus unserer Sicht in der Harmonisierung und

Österreich und Europa

Effizienzsteigerung liegen.“ Bevor man neue Verpflichtungen eingehe, müsse es im operativen Bereich zu Effizienzsteigerungen kommen, verwies Fekter auf Dublin: „Wir haben in Österreich viele Dublin-Fälle, es gelingt aber nur mühsam, sie wirklich in jene Länder zu bringen, wo sie das Asylverfahren abwickeln müssen.“

Ein weiterer wichtiger Punkt in der Asylstrategie sei, den Mißbrauch und den illegalen Aufenthalt hintanzuhalten, schloß die Innenministerin.

Grossmann/Lueger: Faire Lastenaufteilung als Basis für EU-Asylsystem

„Die SPÖ unterstützt das Ziel der EU-Mitgliedstaaten, ein gemeinsames europäisches Asylsystem zu verwirklichen, jedoch auf Basis einer fairen Lastenaufteilung“, so SPÖ-Europasprecherin Elisabeth Grossmann. Eine faire Verteilung der Asylberechtigten auf alle Mitgliedsstaaten würde Österreich entlasten, „da wir derzeit im Spitzengebiet stehen, was die Aufnahme von Asylberechtigten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl betrifft. Österreich liegt bereits an 5. Stelle im europäischen Vergleich und gehört zu jenen Ländern, die am meisten belastet sind“, betonte Grossmann. Die SPÖ-Integrationsprecherin Angela Lueger ergänzte, daß alle EU-Mitgliedsländer ihrer Pflicht nachkommen und ihre Kapazitäten ausschöpfen müssen.

Generell stellten beide SPÖ-Abgeordneten fest, daß das vorgeschlagene Paket eine Reihe problematischer Punkte enthält, die insbesondere die finanziellen Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten und die möglichen Auswirkungen auf Sekundärmigration betreffen. Mit den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit unvereinbar erscheinen insbesondere die Vorschläge betreffend Zugang zum Arbeitsmarkt, betreffend die Höhe der zu erbringenden Sozial-beziehungsweise Versorgungsleistungen sowie die Ausweitung der Definition der Familienangehörigen. Lueger erklärte, daß gerade der Zugang zum Arbeitsmarkt in nationalstaatlicher Kompetenz bleiben müsse. Grossmann warnte vor dem Vorschlag hinsichtlich der Höhe der zu erbringenden Sozial- und Versorgungsleistungen: „Für einen Asylwerber soll allein die politische Lage im Herkunftsland entscheidend sein und nicht die soziale Lage eines potentiellen Aufnahmelandes“, so Grossmann und ergänzte, „Sogeffekte müssen verhindert werden“. Gleichzeitig sprachen sich Grossmann und Lueger gegen die Ausweitung der

Definition der Familienangehörigen aus.

Österreich erkennt die Bemühungen der Kommission, durch Intensivierung der praktischen Zusammenarbeit eine einheitlichere Anwendung von EU-Asylrechtsregelungen zu erreichen und hierdurch insbesondere zur Minderung der Sekundärmigration von Asylwerbern innerhalb der EU beizutragen, an. Die SPÖ-Abgeordneten sind aber der Auffassung, daß unnötige und kostenintensive bürokratische Strukturen zu vermeiden sind. In diesem Sinne müßte die Erforderlichkeit der Neuschaffung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen von der Kommission noch nachgewiesen bzw. konkret begründet werden. „Wir sehen hier dringenden Diskussionsbedarf“, so Grossmann abschließend.

Mölzer: EU will Massenzuwanderung aus Dritter Welt fördern

Europa sei kein Einwanderungskontinent und dürfe es auch nicht werden, sagt der freiheitliche EU-Abgeordnete Andreas Mölzer. „Was Brüssel plant, ist ein hinterhältiger Anschlag auf die europäischen Völker. Das Asylrecht soll zum Vehikel für eine Massenzuwanderung ungeahnten Ausmaßes werden“, kritisiert Mölzer.

Sollte diese Richtlinie eines Tages in Kraft treten, warnt der freiheitliche EU-Spitzenkandidat, dann würden sich für die Dritte Welt die Tore nach Europa sperrangelweit öffnen. „Geht es nach Brüssel, dann soll der Familienbegriff ausgeweitet werden, damit ganze Sippschaften problemlos zuwandern können. Außerdem soll die Möglichkeit der Schubhaft eingeschränkt werden und Asylanten Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten und die Grundversorgung ausgeweitet werden. Damit würde – gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise – der heimische Arbeitsmarkt noch mehr unter Druck geraten und die Steuerzahler ordentlich zur Kasse gebeten werden“, stellt Mölzer fest. Daher sei die Bundesregierung und insbesondere Innenministerin Fekter aufgefordert, den Richtlinienvorschlag mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Jedenfalls zeige der Vorschlag zur EU-Aufnahme-Richtlinie, wie weit sich Brüssel von den Menschen in Europa entfernt habe.

Strutz: BZÖ fordert schnellere Asylverfahren und strengeres Asylgesetz!

BZÖ-Generalsekretär Martin Strutz fordert eine grundlegende Reform des Asylwesens. „Über 25.000 Asylanten liegen den Österreicherinnen und Österreichern mittler-

weile in der Grundversorgung auf der Tasche. Auf der anderen Seite ist die Regierung – und hier insbesondere die Innenministerin – nicht fähig, für rasche Entscheidungen über eine Anerkennung des Asylstatus zu sorgen. Sowohl im Interesse der Steuerzahler, wie auch der Asylwerber fordert das BZÖ eine Beschleunigung der Asylverfahren, um hier binnen 48 Stunden Klarheit zu schaffen“, so Strutz. „Ja zu Asyl für wirklich verfolgte Flüchtlinge, aber nein zu Sozialtourismus und den von der NGO-Industrie unterstützten Hinhaltetenden.“

Strutz bezeichnet hier die Asylpolitik des Landes Kärnten als vorbildlich. „Die bisherige restriktive Politik zeigt deutlich Wirkung. Auch Landeshauptmann Gerhard Dörfler führt diese erfolgreiche Linie im Interesse der Kärntnerinnen und Kärntner weiter“, betont Strutz. Der BZÖ-Generalsekretär lehnt erneut das von der Großen Koalition geplante Erstaufnahmezentrum in Kärnten massiv ab. „Innenministerin Fekter soll dafür sorgen, daß das Asylrecht verschärft wird, daß Verfahren beschleunigt werden und kriminelle Asylwerber sofort abgeschoben werden. Dann ist sogar in den bestehenden Erstaufnahmezentren mehr als genug Platz. Wenn Fekter mehr Asylanten in Kärnten haben will, kann sie gleich wieder auf der Pack umdrehen“, so Strutz.

Korun: Fekter verweigert notwendige europäische Asylreformen

„Mit ihrer Verweigerungshaltung gegenüber EU-Kommissionsvorschlägen blockiert Innenministerin Fekter notwendige europäische Reformen im Asylbereich. Angeblich befürwortet sie eine Standardisierung, schon im nächsten Atemzug ist sie aber gegen EU-weit einheitliche Standards bei der Versorgung von AsylwerberInnen und lehnt Kommissionsvorschläge dazu ab. So schaut die Politik der ‚Europapartei ÖVP‘ aus“, kritisiert die Menschenrechtssprecherin der Grünen, Alev Korun Aussagen der Innenministerin im EU-Unterausschuß.

„Daß Scharfmacherin Fekter gegen die Einschränkung von Schubhaft von Asylsuchenden ist – wie in Kommissionsvorschlägen vorgesehen –, wundert eigentlich niemanden. Ihr Zynismus, Menschen auf Grund von Formalia in ein Land wie Griechenland abzuschieben, dessen Asylsystem zusammengebrochen ist und das AsylwerberInnen direkt in Verfolgerstaaten zurückschiebt, übersteigt jedes erträgliche Maß. Fekter hat jede Glaubwürdigkeit als Menschenrechtsministerin verloren“, schließt Korun. ■

Jean-Claude Juncker bei Bundeskanzler Faymann

Luxemburger Premierminister und Werner Faymann sind sich einig: Aktive Sozialpolitik ist unerlässlich, um der Krise gegenzusteuern

Im Mittelpunkt des Gesprächs zwischen dem Luxemburger Premierminister Jean-Claude Juncker und Bundeskanzler Werner Faymann am 17. April standen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. „In beiden Ländern sind wir vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise besorgt über die Situation am Arbeitsmarkt“, sagte Faymann. Trotzdem hätten sowohl Luxemburg als auch Österreich eine im EU-Vergleich gute Ausgangssituation. Wichtige Themen des Gesprächs waren zudem das Bankgeheimnis, die Konjunkturpakete und das Engagement der EU in Ost- und Südosteuropa.

„Wir sind beide der Meinung, daß der sozialen Frage in Europa eine zu untergeordnete Rolle beigemessen wird“, sagte Juncker. Beide Regierungschefs waren sich darin einig, daß ein Sozialabbau nicht die „plumpe Antwort auf die Krise sein kann“. Ganz im Gegenteil sei soziale Sicherheit gefragt, damit für die Menschen die Folgen eines Konjunkturrückganges nicht noch unerträglicher würden. Die erste Wirkung der geschnürten Konjunkturpakete der EU-Länder sei 2010 zu erwarten. Wichtig in diesem Zusammenhang sei auch die Budgetgestaltung. Das österreichische Budget sei, wie Faymann formulierte, „kein Sparbudget, das Sozialleistungen wegspar, aber ein sparsames Budget.“ Denn in der Krise sei es wichtig, aktiv gegenzusteuern, indem die Kaufkraft unter anderem durch Sozialleistungen gestärkt werde. Aus diesem Grund sei es zulässig, die Drei-Prozentgrenze beim Budgetdefizit temporär zu überschreiten. Als Vorsitzender der Eurogruppe unterstrich das Juncker und betonte, daß dies in Krisensituationen sogar explizit vorgesehen sei.

Ebenso sei das Engagement in Ost- und Südosteuropa unbedingt notwendig, vor allem auch aus Solidaritätsgründen. Denn „wir sind ein geeintes Europa. Blockaden hatten vor dem Fall der Berliner Mauer Konjunktur, aber nicht jetzt“, sagte Juncker.

Betreffend die „graue Liste“ der OECD, auf die beide Länder wegen ihres Bankgeheimnisses gesetzt worden sind, sagte Faymann, daß sich Luxemburg und Öster-



Foto: BKA/HBF

Bundeskanzler Werner Faymann (re.) empfing den Premierminister des Großherzogtums Luxemburg, Jean-Claude Juncker, zu einem Arbeitsgespräch in Wien.

reich auch hier eng abstimmen würden. „Das Bankgeheimnis ist nicht dazu da, Betrug und Illegalität zu decken, sondern um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu wahren“, sagte der Bundeskanzler. Steuerflüchtlinge dürften damit nicht geschützt werden. Über ein diesbezügliches Gesetz werde das österreichische Parlament demnächst abstimmen.

Abschließend betonten beide Regierungschefs den überaus freundschaftlichen Charakter ihres Arbeitsgesprächs. Diese Freundschaft beschränke sich nicht nur auf einzelne Gespräche wie dieses, sondern sei ein ständiger Dialog zwischen den beiden Ländern.

Ein entsprechend positives Resümee zog Faymann dann nach diesem „konstruktiven und freundschaftlichen“ Arbeitsgespräch: „Beide Länder sorgen sich um die Arbeitslosigkeit.“ Jetzt müsse man darangehen, „für mehr Beschäftigung und eine geringere Arbeitslosigkeit zu sorgen“, ist Faymann überzeugt, „wir müssen den Finanzmarkt sichern und dafür sorgen, daß Betriebe wieder Kredite bekommen“. Weiters unterstrich Faymann, daß beide Länder Energien für die Länder in Ost- und Südosteuropa aufwenden

müssen. Jetzt sei es ohnedies besonders wichtig, sich den „sozialen Fragen des sozialen Europas zu widmen“, so Faymann. Das positive und konstruktive Gesprächsklima zeige auch, wie nahe sich Christlichsoziale und Sozialdemokraten sein können, bekräftigte Faymann die Ergebnisse des Arbeitstreffens.

Was das drohende Defizitverfahren gegen Österreich anbelangt, fühlte sich Faymann von Juncker bestärkt: „Beim Gegensteuern kann man auch drei Prozent überschreiten, Modell ist das allerdings keines.“ Grundsätzlich sei eine Überschreitung des Budgets in schwierigen Zeiten aber eine „sinnvolle Sache.“

Zum Bankgeheimnis bestärkte Faymann den bisher beschrittenen Weg Österreichs: „Niemand hat was davon, wenn illegale Geldflüsse gedeckt werden.“ Das Bankgeheimnis sei dazu da, um Bürgerinnen und Bürger zu beschützen, so Faymann. Juncker, der auch Vorsitzender der Eurogruppe ist, fügte hinzu: „Das österreichische Defizit macht mir keine Sorgen.“ Und wenn jemand unser Bankgeheimnis nicht versteht, dann werden wir ihm das gemeinsam erklären“, so Faymann. ■

Europa-Wahl 7. Juni 2009

Europa wählt

Zum siebten Mal in der 50jährigen Geschichte des Europäischen Parlaments findet am 7. Juni eine gesamteuropäische Direktwahl statt.

In allen 27 EU-Mitgliedstaaten haben etwa 1375 Millionen wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union die Möglichkeit, die Politik auf europäischer Ebene entscheidend mitzubestimmen, indem sie ihre Abgeordneten in das Europäische Parlament wählen. Auch in Österreich findet die Wahl am 7. Juni 2009 statt, es ist dies nach der ersten Europawahl im Jahr 1996 – ein Jahr nach dem Beitritt Österreichs – bereits die vierte in Österreich abgehaltene Wahl zum Europäischen Parlament.

Nachdem eine Ratifizierung des Lissabonner Vertrages vor den Europawahlen nicht mehr zu erwarten ist, wird auf der Grundlage des Nizza-Vertrages die Zahl der Europaabgeordneten von derzeit 785 auf 736 verkleinert werden. Österreich wählt dann nur mehr 17 Abgeordnete ins Europäische Parlament. Der Vertrag von Lissabon sieht allerdings eine neue Zusammensetzung des Europäischen Parlaments vor, nach der Österreich 19 der insgesamt 751 Mandate zustünden. Gemäß einer Erklärung des Europäischen Rates vom Dezember 2008 könnte daher – nach Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages – die Zahl der österreichischen Mitglieder im EU-Parlament während der kommenden Legislaturperiode 2009-2014 auf 19 erhöht werden.

Außenminister Spindelegger bittet zur »Europa-Wahl 2009«

Außenminister Michael Spindelegger lädt alle Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher in einem persönlichen Schreiben ein, „sich an dieser für Österreich und Europa wichtigen Wahl zu beteiligen. Neue Erleichterungen bei der Briefwahl – einer vom Außenministerium aktiv unterstützten Forderung – machen es für Sie noch einfacher, von Ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen.“

Für diese „Europa-Wahl“ gilt – wie schon für die Nationalratswahl 2008 – das stark erleichterte AuslandsösterreicherInnen-Wahlrecht: Alle ÖsterreicherInnen ab dem 16. Geburtstag sind wahlberechtigt, für die Stimmabgabe ist die Briefwahl weltweit (d.h. auch innerhalb Österreichs) möglich und kein Zeuge mehr erforderlich. Wahlkarten können für maximal 10 Jahre im voraus beantragt werden. Die für die Wahlteilnahme von Aus-

landsösterreicherInnen notwendige Eintragung in die Europa-Wählerevidenz mußte bis zum 30. April 2009 durchgeführt worden sein. Die Beantragung der Wahlkarten ist – je nach Entfernung von Österreich und Qualität des Postdienstes – bis kurz vor der Wahl möglich.

Die Stimmabgabe kann sofort nach Erhalt der Wahlkarte erfolgen, muß jedoch spätestens vor Schließung des letzten Wahllokals in Österreich am Sonntag, 7. Juni 2009, (voraussichtlich) 17.00 Uhr durchgeführt werden. Bei längeren oder unsicheren Postwegen nach Österreich wird empfohlen, die Stimmabgabe sobald wie möglich durchzuführen. Unmittelbar nach der Stimmabgabe sollte die Wahlkarte direkt an die darauf an-

gegebene Adresse der zuständigen Bezirkswahlbehörde in Österreich abgeschickt werden, bei längeren Postwegen am besten per Schnellpostdienst (zB DHL, UPS, EMS, FedEx). Die Wahlkarte muß spätestens am Montag, 15. Juni 2009, um 14.00 Uhr bei der Wahlbehörde in Österreich einlangen.

Das Schreiben von Außenminister Spindelegger ist auch auf der AuslandsösterreicherInnen-Website des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten abrufbar.

<http://www.auslandsösterreicherInnen.at>

Alle Informationen zur Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen an der EP-Wahl 2009 finden Sie unter <http://www.ep2009.at>



Hannes Swoboda, Spitzenkandidat der SPÖ

Die SPÖ ist die soziale Kraft in Europa

Die Forderungen des „A-Teams“ für ein soziales Europa lauten Sicherung der Pensionen, Ausbildungsgarantie für Jugendliche, Kontrolle der Märkte sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Die SPÖ hat sich zum Ziel gesetzt, einen Kurswechsel der Europäischen Union hin zu mehr Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit einzuleiten. Die Wirtschaftskrise, die alle Staaten Europas erfaßt hat, hat uns gezeigt, daß ein grundlegendes Umdenken in wirtschaftlicher Hinsicht nötig ist. Zwar konnten die Mitgliedsstaaten dank der EU sehr rasch auf die Krise reagieren, jedoch hätte man bereits im Vorfeld durch stärkere Kontrollen des Marktes und Schutz vor risikoreichen Spekulationen der Krisen entgegenwirken können. Auch die härtesten Verfechter des Neoliberalismus müssen sich jetzt eingestehen, daß dieses System gescheitert ist. Nun ist es wichtig, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Wir wollen die Chance ergreifen und ein Europa aufbauen, das sich tatsächlich an den Anliegen und Bedürfnissen der arbeitenden Menschen orientiert. Ein Europa, das verbunden und geeint ist, durch den Gedanken der Solidarität und der gegenseitigen Hilfe.

Wohlstand und soziale Sicherheit für alle sind in Österreich und Europa möglich. Bei uns ist genug für die Bedürfnisse aller da, aber nicht genug für grenzenlose Profitgier. Weniger. Wir müssen soziale Sicherheit schaffen, damit nicht diejenigen die Folgen der Krise zu spüren bekommen, die am wenigsten dafür verantwortlich sind – die ArbeitnehmerInnen. Beispielsweise sind derzeit nahezu 20 Millionen Menschen in Europa arbeitslos. Die Aufgabe der Europäischen Union ist es dieser Entwicklung entgegen zu wirken. Damit diese und andere Folgen eines Europas der Neoliberalen überwunden werden können, hat die SPÖ ein Programm erarbeitet, um ein soziales und gerechtes Europa zu ermöglichen. Die Wählerinnen und Wähler haben es am 7. Juni in der Hand, die Zukunft Europas mitzugestalten.

Sicherung von Arbeitsplätzen und soziale Mindeststandards

Da durch die jüngsten Entwicklungen der europäischen Wirtschaft immer mehr Ar-

beitsplätze fordern, ist eine der zentralsten Forderungen der Sozialdemokraten die Sicherung von Arbeitsplätzen. Daher der klare Standpunkt: Arbeitsplätze dürfen nicht mehr länger der Profitmaximierung zum Opfer fallen.

Konkret sollen europäisch geförderte und beschäftigungswirksame Investitionsprojekte – etwa wichtige überregionale Vorhaben im Bereich Verkehr – vorgezogen und möglichst rasch umgesetzt werden. Auch der Europäische Sozialfonds soll für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und zur (Wieder-)



Foto: SPÖ

Hannes Swoboda
Spitzenkandidat der SPÖ

Eingliederung in den Arbeitsmarkt, gerade jetzt, intensiv genutzt werden. Für Maßnahmen, zur Sicherung von Arbeitsplätzen, muß genügend Geld vorhanden sein, und es muß auch für diesen Zweck verwendet werden. Ein weiterer Schritt muß sein, europaweit arbeitsrechtliche und soziale Mindeststandards zu etablieren, damit es zukünftig unmöglich ist, die ArbeitnehmerInnen der einzelnen Nationen gegeneinander auszuspielen. Denn es geht uns nicht nur darum, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wir wollen auch, dass die ArbeitnehmerInnen vom erarbeiteten Einkommen entsprechend leben können.

Ausbildungsgarantie und Pensionssicherung

Besonders Jugendliche haben es momentan enorm schwer in die Arbeitswelt einzusteigen. Deswegen kämpft die SPÖ für eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr einführen. Das bedeutet,

daß die nationalen Budgets EU-weit stärker ihr Augenmerk auf die Beschäftigung Jugendlicher richten müssen, sodaß allen dieses tragische Schicksal eines so schlechten Starts ins Leben erspart bleibt.

Ein weiterer Punkt des SPÖ-Programms ist die Vertretung der Interessen der PensionistInnen. Die SPÖ steht dafür ein, daß das, was ein Leben lang hart erarbeitet wurde, nicht durch risikoreiche Spekulationen verspielt werden darf. Deshalb geht von der SPÖ ein klares „Finger weg von den Pensionen!“ in Richtung der Kasino-Kapitalisten.

Bekämpfung der Kriminalität durch mehr soziale Sicherheit

Zeiten der wirtschaftlichen Unsicherheit, Krisen und soziale Ungleichheit fördern naturgemäß die (organisierte) Kriminalität. Um dieser vorzubeugen, ist es grundlegend mehr soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zu fördern. Damit das realisiert werden kann, sind sofortige EU-Maßnahmen gefragt. Da nur schnelle Hilfe eine wirksame Hilfe sein kann. Für die SPÖ ist klar: Es ist die Zeit des Handelns und nicht die Zeit leerer Phrasen und Lippenbekenntnisse.

Strikter Anti-Atom-Kurs auch auf europäischer Ebene

Doch nicht nur die Wirtschaftskrise ist ein Problem, daß nach internationalen Lösungen verlangt, auch der Klimawandel kann nur gemeinsam bekämpft werden. Während andere internationale Akteure wie etwa die USA oder China ihre Aufgaben in diesem Bereich noch nicht erfüllen, hat Europa eine Vorreiterrolle in diesem Bereich eingenommen. Auch weiterhin muß alles daran gesetzt werden, den Anteil erneuerbarer Energieträger weiter zu erhöhen. Es geht dabei nicht nur um den Umweltschutz, sondern auch um die Verringerung von Energieimporten. Wie etwa der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine gezeigt hat, birgt die Abhängigkeit von Energielieferungen ein nicht zu unterschätzendes Risiko. Für uns Sozialdemokraten steht aber auch fest, daß Atomenergie keine geeignete Lösung ist, um den wachsenden Energiebedarf zu decken. Auch auf europäischer Ebene wird Österreich daher an seinem strikten Anti-Atom-Kurs festhalten. ■

<http://www.spoe.at>

Ernst Strasser, Spitzenkandidat der ÖVP

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zum gemeinsamen Europa wie keine andere Partei in Österreich. Bürgersein in Europa ist etwas ganz Besonderes. Grenzen verschwinden und heute ist Europa das Zuhause von mehr als 500 Millionen Menschen. Dieses Haus gilt es zu gestalten. Viele wollen europaweit leben, vergessen aber dennoch ihre österreichischen Wurzeln nicht. Sie nehmen Verantwortung fürs Heimatland wahr. Mit der Heimat verbunden bleiben heißt, informiert zu sein, im Austausch zu sein, Interesse an der Entwicklung des Landes zu haben und auch vom Recht Gebrauch zu machen, wählen zu gehen. Die ÖVP hat daher für ein leichteres Wahlrecht der Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher immer gekämpft. Heute ist die Briefwahl im In- und Ausland wählerfreundlich gestaltet. Mit der Briefwahl, die auch am 7. Juni für die Europa-Wahlen möglich ist, rücken wir alle ein Stück zusammen.

Der gemeinsame Kontakt über Grenzen hinweg hat Europa stark gemacht. Weil die europäische Gemeinschaft heute nicht mehr Grenzen zieht, sondern Miteinander lebt. Dennoch stellen sich natürlich im Miteinander laufend Fragen, die es gilt, gemeinsam zu beantworten, sei es Antworten auf die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, sei es die soziale Absicherung, sei es die Sicherheitsentwicklung oder der gemeinsame Umweltschutz. Als ÖVP setzen wir uns dafür ein, daß grenzüberschreitende Fragen auch mit grenzüberschreitenden Lösungen beantwortet werden.

Wir können und wollen Österreich in Europa vertreten. Die ÖVP hat unser Land nach Europa geführt, beide österreichischen EU-Kommissare gestellt und ist tatkräftiges Mitglied der größten Fraktion im Europaparlament. Wir haben die Kompetenz und Erfahrung, um für Österreich das Beste Europas herauszuholen.

Unsere Vision: Ein Europa der Ökosozialen Marktwirtschaft

Die ÖVP kämpft für ein Europa der Freiheit und Sicherheit, der Chancen und Toleranz. Wir wollen kein rechtes Europa des ungezügelten Neoliberalismus, wir wollen kein linkes Europa der bevormundenden Zentralisten. Wir wollen ein „Europa der Mitte“, ein Europa des sozialen Ausgleiches, das den Menschen nützt.

Mit der ökosozialen Marktwirtschaft hat

die ÖVP ein gutes Rezept für Europa. Unser Ziel ist es, in Europa eine moderne Sozial- und Wirtschaftsordnung zu schaffen, in der die Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Unternehmen mit ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit in Einklang gebracht werden.

Die ÖVP ist die einzige Partei, die dafür Verantwortung übernehmen will. Die anderen Parteien in unserem Land sind primär damit beschäftigt, gegen Europa zu schimpfen statt für Österreich in Europa konstruktiv zu kämpfen. Man hat das Gefühl, sie haben sich gedanklich schon aus Europa verabschiedet.



Foto: ÖVP

Ernst Strasser
Spitzenkandidat der ÖVP

Die Zeiten werden härter. Europa wird wichtiger.

Im Augenblick steht Österreich vor der Herausforderung, die schwerste Wirtschaftskrise seit 1929 bewältigen zu müssen.

Die Bundesregierung hat eine Reihe von erfolgreichen Maßnahmen ergriffen, um die Konsequenzen für Österreich gering zu halten. Als oberstes Ziel wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen erhalten, um die Arbeitsplätze zu sichern. Aber: eine globale Krise können wir nicht alleine bewältigen. Es gibt zu Europa keine Alternative, der Austritt ist für Österreich keine Option. Er würde uns wirtschaftlich und politisch stark isolieren, unser Budget massiv belasten und das gute Image Österreichs in der Welt schädigen.

In Europa stark verankert und durchschlagskräftig

In der Vergangenheit waren es immer

wieder ÖVP-Politiker, die in Europa stark verankert waren, es weiterentwickelt bzw. österreichische Interessen am besten durchgesetzt haben. Die ÖVP ist die einzige Partei mit einem pro-europäischem Profil. Als Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit ist die Osteuropa-Initiative von Finanzminister Josef Pröll zu erwähnen, weiters die Verhinderung der Wiederinbetriebnahme des AKW Bohunice durch Außenminister Michael Spindlberger und Lebensminister Nikolaus Berlakovich, die Verhinderung von Genmais-Anbau in Österreich durch Berlakovich bzw. die neue EU-Bankenrichtlinie mit besserer Finanzmarktaufsicht durch ÖVP-Abgeordneten Othmar Karas, das Aus für hohe Roaming-Preise durch ÖVP-Abgeordneten Paul Rübiger und die Verhinderung von Le Pen als Altersvorsitz durch ÖVP-Spitzenkandidaten Ernst Strasser. Mit Strasser hat die ÖVP einen absoluten Vollprofi als Spitzenkandidaten, der Österreichs Interessen in Europa am besten durchsetzen kann. Ernst Strasser ist ein Vollblut-Politiker und Krisen-Manager, der in Österreich bekannt, in Europa anerkannt, wirtschaftlich kompetent und durchsetzungsstark ist.

Europa spannt sich als Schutzschirm über Österreich.

Österreich hat in den letzten Jahren seine Chancen in Europa gut genutzt und hat seit dem Beitritt von Europa enorm profitiert:

- ein Prozent zusätzliches Wirtschaftswachstum pro Jahr,
- Europa als Jobmotor: über 350.000 Arbeitsplätze wurden in Österreich geschaffen und
- über 70.000 Unternehmungen gegründet.

Auch deshalb steht Österreich heute stärker da als viele andere Staaten und kann der Wirtschaftskrise besser die Stirn bieten.

Europa hat uns in dieser Situation gezeigt, was es wert ist, eine Krise gemeinsam mit 26 anderen Staaten und gemeinsam mit 500 Millionen Menschen durchzustehen. Wir profitieren enorm von einer starken Gemeinschaftswährung, die garantiert, daß unsere Wirtschaft wachsen kann und diese Krise auch besteht.

Mehr Informationen Programm der Österreichischen Volkspartei zur Europawahl gibt es auf

<http://www.oevp.at>

Andreas Mölzer, Spitzenkandidat der FPÖ

Es geht um mehr als das EU-Parlament

Die Wahlen zum Europäischen Parlament waren für die Bürger quer durch die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union schon immer besonders uninteressant. Das letzte Mal haben in Österreich gerade 42 Prozent der Wahlberechtigten gewählt. Und gerade jene, die die EU kritisch sehen oder gar für eine Rückkehr zur österreichischen Eigenständigkeit sind, mögen sich dabei gesagt haben: Was interessiert mich diese Wahl? Wozu soll ich ein Europäisches Parlament wählen, wenn ich gegen die EU insgesamt bin?

Eine durchaus verständliche Einstellung, aber eine gefährliche! Allzumal es sich bei den kommenden EU-Wahlen vom 7. Juni wahrlich um Schicksalswahlen handelt, geht es doch um die Weichenstellung für den künftigen Weg der europäischen Integration. Und die EU – das müssen wir uns alle vergegenwärtigen – das ist nichts Fernes, nichts, das irgendwo da im fernen Brüssel existiert und kaum Einfluß auf uns hat. Nein, die EU, das ist längst der politisch und ökonomisch bestimmende Bereich, der über den Alltag und das Leben auch der Österreicher mehr Einfluß ausübt, als unsere Bundesländer, als die Kommunen, als die Republik selbst. Nicht nur daß mehr als 80 Prozent der Gesetze von Brüssel kommen und im österreichischen Parlament nur mehr durchgewinkt werden, nicht nur, daß wir durch Globalisierung und Europäisierung längst keine eigenständige Volkswirtschaft mehr haben und natürlich auch keine eigene Währung, nein, Europa ist tatsächlich der bestimmende Faktor für die politische, gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung in all seinen Mitgliedsländern, insbesondere auch in Österreich geworden. Das ist Faktum.

Superstaat?

Und da ist es dann natürlich von existentieller Bedeutung in welche Richtung sich dieses Europa entwickelt. Hin zu einem zentralistischen Superstaat, der mit einer Zentralbürokratie alle Lebensbereiche auch der entferntesten Mitgliedsregionen autokratisch durchdringt und bestimmt hin zu einem rein ökonomisch orientierten Moloch, in dem die Lobbyisten der multinationalen Konzerne und der internationalen Banken das Reden haben, hin zu einem multikulturellen „Melting pot“, in dem die Völker und Kulturen des

historisch gewachsenen Europas eingeschmolzen und vernichtet werden? Oder wird es ein Europa, in dem der geistige Reichtum dieses Kontinents, die Vielfalt der Nationen, der Völker und Kulturen, die historisch gewachsenen Regionen, die Heimatbereiche, die verschiedenen Lebensstile erhalten und bewahrt werden und sich fruchtbar weiterentwickeln können?



Foto: FPÖ

Andreas Mölzer
Spitzenkandidat der FPÖ

Über diese große Fragen wird tatsächlich bei den diesjährigen EU-Parlamentswahlen abgestimmt. Wenn nämlich jene Kräfte – wie die FPÖ – gestärkt werden, die als Patrioten ihre jeweiligen Identitäten und damit die nationale und kulturelle Vielfalt Europas bewahren wollen.

Demokratie: Stärkung der Mitbestimmung der Bürger

Wenn jene Kräfte gestärkt werden, die die Mitbestimmung der Bürger möglichst direkte Demokratie gewahrt wissen wollen, wenn jene Kräfte gestärkt werden, die gegen weitere Masseneinwanderung und Islamisierung auftreten, wenn jene Kräfte gestärkt werden, die für die Erhaltung der europäischen Arbeitsplätze und gegen die Gewinnmaximierung multinationaler Konzerne zu Lasten der Europäer auftreten, dann besteht die Chance auf eine Umkehr innerhalb der EU. Wer Europa liebt, muß die EU kritisieren und an Haupt und Gliedern reformieren.

EU-Skeptiker, EU-Kritiker sind keine Anti-Europäer, im Gegenteil: sie sind die besten Europäer. Das gilt in Österreich für die Freiheitlichen und in vielen anderen EU-Staaten für befreundete patriotische Bewegungen und Parteien.

Diesmal geht es darum, Europa auf den rechten Weg zu bringen

Gut abschneiden bei diesen Europawahlen werden jene politischen Kräfte, die in der Lage sind, ihre Sympathisanten zu mobilisieren und zur Urne zu bewegen. Deshalb ist es auch in Österreich so wichtig den Menschen zu sagen, daß sie wählen gehen müssen und daß sie ihre EU-Kritik, ihre Skepsis über die Sackgassen der etablierten europäischen Politik zum Ausdruck bringen müssen, indem sie entsprechend ihre Stimme bei den EU-Parlamentswahlen abgeben. Diesmal geht es darum, Europa auf den rechten Weg zu bringen und damit unsere österreichische Heimat zu retten. Gemeinsam verbunden im Kampf mit den Patrioten anderer Länder, die ebenfalls für ein Europa der Vaterländer eintreten.

Starkes Zeichen setzen

Und es wird darum gehen, ein starkes Zeichen zu setzen, daß dieses Europa in den Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise verpflichtet ist, europäische Arbeitsplätze zu sichern. Europa ist nicht verpflichtet, den Bankrott internationaler Banken zu verhindern. Es ist auch nicht verpflichtet, die Interessen multinationaler Konzerne zu schützen. Nein, Europa ist verpflichtet, die europäischen Menschen, die europäischen Völker, vor dem wirtschaftlichen Niedergang zu bewahren. Es ist verpflichtet, die Abwanderung von Arbeitsplätzen zu verhindern. Es ist verpflichtet, die klein- und mittelständigen Betriebe Europas zu fördern und zu beschützen. Wenn zig Millionen Arbeitslose quer durch Europa um ihre wirtschaftliche Existenz bangen müssen, dann gilt es dem politischen Establishment einen Denkkzettel zu verpassen. Jenem politischen Establishment, das wahrlich versagt hat und das dieses unser Europa den internationalen Spekulanten, den Börse-Betrügern und anderen zwielichtigen Elementen überlassen hat. Es ist also wahrlich eine Schicksalswahl, die am 7. Juni auch auf die Österreicher zukommt.

<http://www.fpoe.at>

Ewald Stadler, Spitzenkandidat des BZÖ

Das BZÖ steht für die Schaffung eines Bundes Europäischer Staaten

Nach dem Scheitern der Verfassung für Europa bzw. dem Vertrag von Lissabon ist eine ernsthafte Debatte über die Zukunft der EU notwendig. In diesem Zusammenhang bedarf es einer völligen Neuverhandlung eines Vertrags für die Bürger Europas mit dem Ziel der Schaffung eines Bundes Europäischer Staaten (Kerneuropa der Nettozahler) anstatt der derzeit stattfindenden Forcierung eines europäischen Superstaates. Daraus ergibt sich im Sinne eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten für die Mitgliedstaaten eine Zugehörigkeit zum Bund Europäischer Staaten, zum weiteren Kreis jener Länder mit entsprechenden Assoziationsabkommen oder zum äußersten Kreis der Länder mit besonderer Partnerschaft. Im Zuge der Schaffung eines Bundes Europäischer Staaten (Kerneuropa der Nettozahler) muß es zudem zu einer Neuordnung der Kompetenzen (Renationalisierung von Aufgaben), und einer tiefgreifenden und umfassenden Verschlinkung und Entbürokratisierung der Institutionen und Organe der EU sowie einem radikalen Privilegienabbau kommen.

Nationale Volksabstimmungen

Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Europäische Union wieder zu gewinnen, bedarf es einer nachhaltigen Einbindung der Bevölkerung in die Entscheidungsfindungsprozesse und damit der Notwendigkeit der EU-weit verpflichtenden Verankerung direktdemokratischer Elemente. Bis zu einer vertraglichen Normierung der Abhaltung zeitgleicher nationaler Volksabstimmungen in allen EU-Staaten sind in den genannten Fällen in Österreich jedenfalls nationale Volksabstimmungen durchzuführen. Europa hat räumliche, finanzielle und kulturelle Grenzen, Nein zu einem Beitritt der Türkei. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei wird aufgrund massiver Defizite in den Bereichen demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Menschenrechte, der Rechte und Gleichberechtigung von Frauen und der Meinungsfreiheit abgelehnt. Die Türkei kann die für einen Beitritt erforderlichen Kriterien eine EU-Mitgliedschaft nicht erfüllen und ist zudem nicht Teil Europas. Anstelle eines Beitritts erscheint eher eine Zusammenarbeit in Form einer Partnerschaft mit Europa vor dem Hintergrund der geopo-

litischen Bedeutung der Türkei als sinnvoller und realistischer.

Sicherung der Handlungsfähigkeit der EU

Wir fordern eine Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der EU nach außen, mit Sicherheitsgarantie für die Mitgliedstaaten nach innen, bei gleichzeitiger Wahrung der absoluten Neutralität Österreichs. Eine Europaarmee wird daher auch entschieden abgelehnt.



Foto: BZÖ

Ewald Stadler
Spitzenkandidat des BZÖ

Europa muß energieunabhängig werden

Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger treten wir daher für eine EU-weit akkordierte Erdgasbevorratung nach dem Vorbild Österreichs im Sinne der Einführung von Mindeststandards, sowie die Forcierung der Nutzung alternativer und erneuerbarer Energien durch die entsprechende Bereitstellung von finanziellen Mitteln und verstärkte Bewußtseinsbildung im Hinblick auf Energiesparmaßnahmen und der Nutzungseffizienz von Energie ein.

Einfrieren der EU-Beiträge...

Es muß in Fällen außergewöhnlicher ökonomischer oder nationaler Krisenfälle den Mitgliedstaaten möglich sein, die EU-Beiträge einzufrieren bzw. abzusenken um im eigenen Land die finanziellen Möglichkeiten zu haben, um entsprechend gegensteuern und helfend eingreifen zu können.

EU-weite Spekulationssteuer...

Wir wollen die Einführung einer EU-weiten Spekulationssteuer, mit der die kurzfristige Spekulation eingedämmt wird und die Wechselkurse von Handelspapieren wieder

stärker die langfristigen realwirtschaftlichen Phänomene als die kurzfristigen spekulativen Erwartungen widerspiegeln. Diese EU-Steuer soll die Beiträge der EU-Mitgliedsstaaten kompensieren und somit auch den österreichischen Budgethaushalt und damit den österreichischen Steuerzahler spürbar entlasten. Allein mit einem Steuersatz von 0,01 % auf den Transaktionswert wären über 80 Mrd Euro jährlich zu erzielen, was zwei Drittel des derzeitigen EU-Budgets entspricht.

Ausbau der Kontrolle

Der Steuerzahler hat ein Recht darauf, daß EU-Mittel ordnungsgemäß verwendet und wirtschaftlich verwaltet werden und die europäischen Institutionen effizient und kostensparend arbeiten.

Schutz mittelständischer Wirtschaft

Eine der dringlichsten Maßnahmen für KMU in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist die Ermöglichung des Zugangs zu Krediten und damit zu dringend notwendigem Investitionskapital. In diesem Zusammenhang ist die Abschaffung von Basel II, die Banken begünstigt, aber der Wirtschaft massiv schadet und damit Arbeitsplätze vernichtet, dringend erforderlich.

Einführung von Schutzzöllen...

Die steigende Kriminalität belegt: Schengen ist gescheitert, die Kontrolle der EU-Außengrenzen in den Oststaaten funktioniert nicht! Das BZÖ tritt daher im Sinne der Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher für die Wiedereinführung der Grenzkontrollen an Österreichs Grenzen ein, wie sie während der Fußball-Europameisterschaft bereits erfolgreich und effizient praktiziert wurden.

Bürokratie ab-, Bürgerrechte ausbauen

Für ein atomfreies Europa und eine Reform des Euratom-Vertrages, Für ein gentechnikfreies Österreich, Kein Zugriff auf unser Wasser

Das heimische Wasser muss in österreichischer Hand bleiben! Die EU und ausländische Investoren dürfen keinen Zugriff auf unsere Wasserressourcen bekommen, was durch eine rechtliche Absicherung der heimischen Wasserressourcen in Form entsprechender parlamentarischer Beschlüsse sicherzustellen ist.

<http://www.bzoe.at>

Ulrike Lunacek, Spitzenkandidatin der Grünen

Nur wer wählt, zählt!

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni wird die Weichen für die Zukunft Europas stellen. Die Zusammensetzung des Europäischen Parlamentes entscheidet: Bleibt es beim Verwalten der Krise mit derselben Politik, die sie verursacht hat? Oder gibt es neue Mehrheiten, die die Krise bewältigen und Europa neu gestalten können?

Das Europäische Parlament ist das einzige demokratisch legitimierte Organ der Union. Europapolitik ist mehr als Politik in Brüssel: Sie hat Einfluß auf die Entwicklungen auf diesem Planeten und beeinflusst ganz maßgeblich die Gesetzgebung in Österreich, den Ländern und den Gemeinden. Der Ausgang dieser Wahl ist entscheidend – für uns alle.

Die Grünen sprechen – im Gegensatz zu den anderen Parteien – europaweit mit einer Stimme und kämpfen im Europaparlament gemeinsam: Für einen Ausstieg aus der Atomkraft, für gentechnikfreie Lebensmittel, für krisensichere, grüne Arbeitsplätze, für eine Europäische Sozialunion mit Mindestlohn und Grundsicherung, für die Regulierung der Finanzmärkte und für den Schutz der Privatsphäre der BürgerInnen vor dem Überwachungsstaat.

Die Wirtschaftskrise: Ein Wendepunkt für Europa

Die Wirtschaftskrise führt die Schwächen der Europäischen Union drastisch vor Augen: Die nationalen Regierungen verhindern eine Wende zu einer gemeinsamen, zukunftsweisenden, grünen Wirtschaft. Die Entscheidungswege sind zu kompliziert für schnelle Reaktionen. Statt einer Europäischen Sozialunion sind Sparpakete zu befürchten.

Die EU-Kommission unter Kommissionspräsident Barroso hat durch ihre neoliberale Wirtschaftspolitik die Krise mit verursacht. Die nationalen Regierungen, egal ob schwarz oder rot haben bei der Krisenbewältigung nicht an einem Strang gezogen.

Nationale Alleingänge lösen die Krise nicht, bringen den Klimaschutz nicht voran und tragen nicht dazu bei, die europäische Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu sichern. Umso mehr braucht es ein starkes Parlament mit einer starken grünen Fraktion.

Erfolge der Grünen für Ökologie und Soziales

Grüne Arbeit in Europa nützt. Das zeigen unsere Erfolge:

- **Energie:** Wir haben das Energiepaket mit ambitionierten Zielen vorangetrieben und lehnen Atomenergie konsequent ab.
- **Verkehr:** Dank grüner Hartnäckigkeit entschied das EU-Parlament, daß künftig die Lärm- und Luftverschmutzungskosten in die LKW-Maut einberechnet werden.
- **Gentechnik:** Wir haben durchgesetzt, daß EU-Mitgliedstaaten ihre Landwirtschaft vor Gentechnik schützen können. Die österreichischen Bundesländer sind deshalb gentechnikfrei. Gentechnisch veränderte Lebensmittel sind nun kennzeichnungspflichtig.



Foto: Die Grünen

Ulrike Lunacek
Spitzenkandidatin der Grünen

- **Gegen Dumpinglöhne:** Auf Drängen der Grünen hat das Europäische Parlament das „Herkunftslandprinzip“ aus der Dienstleistungsrichtlinie gestrichen, um Lohn-dumping zu verhindern. Wir haben uns erfolgreich für die Rechte von LeiharbeiterInnen und BetriebsrätInnen eingesetzt.
- **Für öffentliche Dienste:** Große Teile der Daseinsvorsorge wurden auf unseren Druck hin vom Wettbewerb ausgenommen.
- **Für Gleichstellung:** Erst aufgrund des massiven Drucks von uns Grünen legte die EU-Kommission Vorschläge für Diskriminierungsschutz für alle vor – inklusive Lesben, Schwule und Trans-Gender.
- **Grundrechte:** Es waren wir Grüne, die die Grundrechte im Unionsrecht verankert haben. Wir haben die Vollbeschäftigung und die Bindung der Außen- und Sicherheitspolitik an die UN-Charta zu Zielen der Union gemacht.

Grüne Initiativen für Europa

Es gibt nicht zu viel, sondern zu wenig Europa für die großen entscheidenden Fragen. Wir Grüne sind die österreichische Partei im Europa-Parlament, die für mehr Europa eintritt – und zwar ein anderes, sozialeres, ökologisches und demokratischeres Europa.

Unsere Ziele

- „Grüner New Deal“: 5 Millionen neue Arbeitsplätze in Europa – mehr als 100.000 in Österreich – durch Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien,
- Vollbeschäftigung,
- ökologisches, soziales nachhaltiges Wirtschaften,
- Schließen der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern,
- europaweite Einführung von Grundsicherung und
- Stärkung der direkten Demokratie, etwa durch europaweite Volksbefragungen und Volksabstimmungen.

ÖVP und SPÖ stellen die Regierung und entscheiden im Rat mit. Sie präsentieren sich als Europa-Parteien – doch sie stehen weit entfernt von einem starken, sozialen und ökologischen Europa.

FPÖ und BZÖ wie auch Hans-Peter Martin haben keine Fraktion im Europaparlament und können deshalb Entscheidungen nicht beeinflussen. FPÖ und BZÖ wollen aus dem Europäischen Projekt austreten.

Die Grünen bekennen sich zu einem Europa der Zukunft: Ein Europa, das für Umwelt- und Klimaschutz, Bildung, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Gleichstellung eintritt.

Die Chance dazu ist jetzt größer denn je: Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise hat der Neoliberalismus einen schweren Rückschlag erlitten. Dies öffnet neue Möglichkeiten für die Durchsetzung von Grünen Konzepten für ein global gerecht agierendes, soziales und ökologisches Europa.

Ob diese Chance genutzt wird, entscheidet nicht zuletzt die Wahl zum Europäischen Parlament.

<http://www.gruene.at>

Wahlkalender für die Europa-Wahl 7. Juni 2009

Die Europawahl 2009 erfolgt nach folgenden Prinzipien:

- Verhältniswahl (die zu vergebenden Mandate werden mittels des d'Hondtschen Verfahrens ermittelt);
- das Bundesgebiet ist ein einheitlicher Wahlkörper; Österreich ist bei der Europawahl nicht in Wahlkreise eingeteilt;
- Vorzugsstimmen können durch Eintragung auf dem Stimmzettel vergeben werden; für eine Vorreihung sind Vorzugsstimmen im Ausmaß von 7 % der auf die

Parteiliste entfallenen gültigen Stimmen erforderlich;

- Wahltag ist ein Sonntag oder ein öffentlicher Ruhetag.

Aus organisatorischer Sicht gleicht eine Europawahl im wesentlichen einer Nationalratswahl. Dies betrifft – grundsätzlich – auch die Möglichkeit der Stimmabgabe mittels Briefwahl oder vor einer anderen Wahlbehörde mittels Wahlkarte, insbesondere auch durch Bettlägerige vor einer fliegenden Wahlbehörde. Für die Europawahl 2009

hat der Gesetzgeber in der Europawahlordnung allerdings Vereinfachungen bei der Briefwahl beschlossen, die derzeit bei Nationalratswahlen oder Bundespräsidentenwahlen nicht zur Anwendung kämen. Insbesondere wird bei der Europawahl 2009 die Angabe eines Ortes und Datums bei der eidesstattlichen Erklärung nicht mehr erforderlich sein und eine Übermittlung der Wahlkarte im Postweg ist nicht mehr zwingend vorgeschrieben. ■

<http://www.gemeindebund.at>

Bestimmungen der EuWO *)	Gegenstand	Befristung, Termin	Kalendertag
§ 30/1	Letztmöglicher Zeitpunkt für die Einbringung von Wahlvorschlägen bei der Bundeswahlbehörde	spätestens am 37. Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Freitag, 1. Mai 2009
§ 34/2	Zurückziehung von Unterstützungserklärungen	spätestens am 34. Tag vor dem Wahltag	Montag, 4. Mai 2009
§ 35	Letztmöglicher Zeitpunkt für die Vorlage von Ergänzungswahlvorschlägen sowie von Erklärungen bei der Bundeswahlbehörde	spätestens am 34. Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	
§ 17/1	Verständigung der Personen, gegen deren Eintragung in das Wählerverzeichnis Einspruch erhoben wurde	innerhalb von 4 Tagen nach Einlangen des Einspruchs; spätestens am 34. Tag nach dem Stichtag	
§ 18/1	Letztmöglicher Zeitpunkt für die Entscheidung über Einsprüche	9 Tage nach Ende des Einsichtszeitraumes	Samstag, 9. Mai 2009
§ 18/2	Mitteilung der Entscheidung an die Einspruchswerber(innen) sowie die von der Entscheidung Betroffenen	unverzüglich nach der Entscheidung; spätestens am 40. Tag nach dem Stichtag	Sonntag, 10. Mai 2009
§ 37	Zurückziehung eines Wahlvorschlags bei der Bundeswahlbehörde	spätestens am 27. Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Montag, 11. Mai 2009
§ 34/3 § 36/1	Zurückweisung von Wahlvorschlägen und Abschluss der Wahlvorschläge durch die Bundeswahlbehörde	spätestens am 24. Tag vor dem Wahltag	Donnerstag, 14. Mai 2009
§ 20/1	Letztmöglicher Zeitpunkt für die Einbringung einer Berufung (bei der Gemeinde) gegen eine Entscheidung über einen Einspruch gegen das Wählerverzeichnis	binnen 4 Tagen; spätestens am 44. Tag nach dem Stichtag	
§ 36/1	Verlautbarung der Wahlvorschläge im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“	nach Abschluss der Wahlvorschläge	

Wahlkalender für die Europa-Wahl 7. Juni 2009

Bestimmungen der EuWO *)	Gegenstand	Befristung, Termin	Kalendertag
§ 20/1	Verständigung des Berufungsgegners (der Berufungsgegnerin) durch die Gemeinde	unverzüglich nach dem Einlangen der Berufung; spätestens am 45. Tag nach dem Stichtag	Freitag, 15. Mai 2009
§ 39/2 § 39/5 § 45/1 § 58/1 § 59/1	Letztmöglicher Zeitpunkt für die Festsetzung der Wahlsprengel, der besonderen Wahlsprengel, der besonderen Wahlbehörden, der Wahllokale, Verbotszonen und der Wahlzeit durch die Gemeindevahlbehörden, in Wien durch den Magistrat, und ortsübliche Verlautbarung	spätestens am 21. Tag vor dem Wahltag	Sonntag, 17. Mai 2009
§ 27/2	Amtswegige Übermittlung der Wahlkarten an Auslandsösterreicher(innen), wenn diese ein „Wahlkartenabo“ (§ 4 Abs. 6 EuWEG) beantragt haben	nach Vorliegen der entsprechenden Drucksorten sowie der amtlichen Stimmzettel	ab Montag, 18. Mai 2009
§ 20/1	Letztmöglicher Zeitpunkt für die Einsichtnahme in eine Berufung bei der Gemeinde sowie für die Abgabe einer Stellungnahme	binnen 4 Tagen; spätestens am 49. Tag nach dem Stichtag	Dienstag, 19. Mai 2009
§ 20/2	Letztmöglicher Zeitpunkt für die Entscheidung über Berufungen durch die Bezirkswahlbehörde, in Wien durch die Landeswahlbehörde	binnen 6 Tagen; spätestens am 51. Tag nach dem Stichtag	Donnerstag, 21. Mai 2009
§ 19 § 22	Richtigstellung und Abschluss der Wählerverzeichnisse	54. Tag nach dem Stichtag	Sonntag 24. Mai 2009
§ 23/2 § 39/7	Bekanntgabe der Änderungen der Zahl der Wahlberechtigten Übermittlung in elektronischer Form der von den Gemeindevahlbehörden getroffenen Verfügungen, insbesondere die der Wahllokale und der Wahlzeiten, durch die Landeswahlbehörden an die Bundeswahlbehörde	nach Abschluß der Wählerverzeichnisse spätestens am 13. Tag vor dem Wahltag	Montag, 25. Mai 2009
§ 47/1	Letztmöglicher Zeitpunkt für die Namhaftmachung der Wahlzeugen (Wahlzeuginnen) bei der Bezirkswahlbehörde	spätestens am 10. Tag vor dem Wahltag	Donnerstag, 28. Mai 2009
§ 27/1	Letztmöglicher Zeitpunkt für schriftliche Anträge auf Ausstellung von Wahlkarten	spätestens am 4. Tag vor dem Wahltag	Mittwoch, 3. Juni 2009
§ 24/3	Letztmöglicher Zeitpunkt für die Zustellung der amtlichen Wahlinformationen in Gemeinden mit mehr als 1.000 Einwohnern	spätestens am 3. Tag vor dem Wahltag	Donnerstag, 4. Juni 2009

Wahlkalender für die Europa-Wahl 7. Juni 2009

Bestimmungen der EuWO *)	Gegenstand	Befristung, Termin	Kalendertag
§ 27/1	Letztmöglicher Zeitpunkt für mündliche Anträge auf Ausstellung von Wahlkarten; schriftliche Anträge sind nur mehr möglich, wenn eine persönliche Übergabe der Wahlkarte an eine vom (von der) Antragsteller(in) bevollmächtigte Person möglich ist	spätestens am 2. Tag vor dem Wahltag, 12.00 Uhr	Freitag, 5. Juni 2009
§ 28/3	Bekanntgabe der Zahl der ausgestellten Wahlkarten durch die Gemeinden an die Bezirkswahlbehörde	unverzüglich nach Beendigung der Ausstellung	
§ 28/3	Bekanntgabe der Zahl der ausgestellten Wahlkarten durch die Bezirkswahlbehörden an die	unverzüglich; spätestens am 2. Tag vor dem Wahltag Landeswahlbehörden	Freitag, 5. Juni
§ 28/3	Bekanntgabe der Zahl der ausgestellten Wahlkarten durch die Landeswahlbehörden an die Bundeswahlbehörde	unverzüglich; spätestens am Tag vor dem Wahltag	Samstag, 6. Juni 2009
§ 2/1	Wahltag		Sonntag, 7. Juni 2009
§ 72/3	Ermittlung eines Zwischenergebnisses nach Auszählung der eingelangten Briefwahlstimmen durch die Bezirkswahlbehörden	spätestens am 2. Tag nach dem Wahltag, ab 12.00 Uhr	Dienstag, 9. Juni 2009
§ 46/2 § 72/4	Auszählung der übrigen noch rechtzeitig eingelangten Briefwahlstimmen durch die Bezirkswahlbehörden	spätestens am 8. Tag nach dem Wahltag, ab 14.00 Uhr	Montag 15. Juni 2009
§ 79/1	Möglichkeit für Einsprüche bei der Bundeswahlbehörde gegen die ziffernmäßigen Ermittlungen	innerhalb von 3 Tagen nach der gemäß § 76/6 oder § 78/4 EuWO erfolgten Verlautbarung einer Landeswahlbehörde oder der Bundeswahlbehörde	
§ 80	Möglichkeit einer Anfechtung der gemäß § 78 EuWO erfolgten Feststellung der Bundeswahlbehörde wegen behaupteter Rechtswidrigkeit des Wahlverfahrens beim Verfassungsgerichtshof	innerhalb 1 Woche vom Tag der Verlautbarung im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“	
§ 85/3 § 85/4	Pauschalentschädigung an die Gemeinden im Weg der Landeshauptmänner (Landeshauptfrau)	innerhalb von 2 Jahren nach dem Wahltag	Dienstag, 7. Juni 2001
*) Europawahlordnung BGBl. Nr. 117/1996, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 11/2009 Quelle: Österreichischer Gemeindebund / Österreichische Staatsdruckerei 001179			

Europawahl am 7. Juni 2009 – Ihre Entscheidung!

Am 7. Juni 2009 sind rund 375 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, ihre Abgeordneten zum Europäischen Parlament zu wählen. Die Bevölkerung der Europäischen Union entscheidet dabei über die Zukunft und Ausrichtung der Europäischen Union für die nächsten 5 Jahre. Ihre Stimme ist gefragt!

Von Wolfgang Hiller^{)}*

In ungefähr einem Monat wird in der gesamten Europäischen Union gewählt. Es handelt sich dabei um ein herausragendes demokratisches Ereignis. Etwa 375 Millionen wahlberechtigte EU-BürgerInnen von Finnland bis Malta und von Portugal bis Rumänien wählen im gleichen Zeitraum in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten ihre Abgeordneten für das Europäische Parlament.

Warum ist dies von so großer Bedeutung? Es geht hier um die direkte Mitbestimmung jedes/r einzelnen Bürgers/In in der Europäischen Union. Jede(r) wahlberechtigte BürgerIn kann mit seinem Wahlzettel beeinflussen, wohin die Reise der EU in den nächsten 5 Jahren gehen soll. Als einziges direkt gewähltes Organ der EU vertritt das Europäische Parlament die Interessen der BürgerInnen Europas. Damit gibt es der europäischen Bevölkerung die Möglichkeit – aber auch die Verantwortung – Politik auf europäischer Ebene entscheidend und nachhaltig mitzubestimmen.

Schon allein die Dimension der Europawahl 2009 ist einzigartig. Es ist dies die größte länderübergreifende Wahl in der Geschichte. Nirgends auf der Welt nehmen mehr Menschen gleichzeitig an einer demokratischen Wahl teil. Dabei werden Vertreter für ein gemeinsames transnationales Parlament bestimmt, das tagtäglich Entscheidungen trifft, die für den Alltag der BürgerInnen von Bedeutung sind. Sowohl die Arbeit dieses Parlamentes als auch die Wahl selbst sind Teile einer beispiellosen Erfolgsgeschichte, in der Europäische Demokratie zur Realität wird.

Wenn man's recht bedenkt: Für einen Kontinent, auf dem sich die Leute vor nicht allzu langer Zeit noch beschossen haben oder durch einen eisernen Vorhang gesehen getrennt waren, einen Kontinent, auf dem viele unter totalitären Regimen leben muß-

ten, ist schon die Existenz eines gemeinsam demokratisch gewählten Parlaments eine erstaunliche Errungenschaft.

Bereits seit 1979 werden die Abgeordneten dieses Europäischen Parlaments alle fünf Jahre direkt gewählt. Die Österreicher-



Wolfgang Hiller

rinnen und Österreicher konnten nach dem Beitritt zum ersten Mal 1996 an den europäischen Wahlen teilnehmen. 2009 ist es nunmehr das vierte Mal. Rechtsgrundlage für die Abhaltung der Europawahl 2009 ist nach wie vor der Vertrag von Nizza. Dieser sieht vor, daß die Zahl der Europaabgeordneten von derzeit 785 auf 736 verringert wird. Österreich verliert damit eines seiner derzeit 18 Mandate und entsendet 17 Abgeordnete ins Europäische Parlament.

Sollte jedoch der neue Reformvertrag, der Vertrag von Lissabon, innerhalb der kommenden Legislaturperiode in Kraft treten, so würde die Anzahl der österreichischen Abgeordneten allerdings noch während der Legislaturperiode wieder von 17 auf die Österreich nach dem Vertrag von Lissabon zustehende Zahl von 19 steigen.

Die Stimme des Bürgers in der EU

Die Befugnisse des Europäischen Parlaments wurden über die Jahre kontinuierlich ausgeweitet. Heute ist es gemeinsam mit dem Ministerrat europäischer Gesetzgeber und entscheidet bei der Mehrzahl der europäischen Gesetze auf gleicher Augenhöhe mit den Regierungen. Und mit dem Vertrag von Lissabon wird das Europaparlament als Stimme der Bürger noch weiter gestärkt werden, sodaß es in Zukunft in nahezu allen Bereichen mit dem Europäischen Rat gleichberechtigt mitentscheiden wird.

Außerdem beschließt das Europaparlament über den EU-Haushalt, das heißt über die Ausgaben, die die Europäische Union machen darf. Es wählt auf Vorschlag der Europäischen Regierungen die Mitglieder der Europäischen Kommission einschließlich ihres Präsidenten und übt in der Folge über die EU-Exekutive die demokratische Kontrolle aus. Konkret heißt das, daß das Europaparlament die Europäische Kommission z.B. mittels eines Misstrauensvotums jederzeit zum Rücktritt zwingen kann.

Auch österreichische Gesetze beruhen zu einem sehr großen Teil auf europäischen Entscheidungen. Bei Gesetzen, die die Wirtschaft betreffen, sind es sogar in etwa 80 Prozent der Gesetze, die unter Mitwirkung der Europa-Abgeordneten durch das Europäische Parlament gemeinsam mit dem Ministerrat beschlossen werden. Das so beschlossene Europäische Gesetz muß dann zwar noch häufig in den einzelnen Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden, doch wurden die Grundzüge der jeweiligen Regelung auf europäischer Ebene verhandelt und entschieden. Das heißt, daß z.B. der österreichische Gesetzgeber nur mehr ein österreichisches Gesetz erlassen kann, daß inhaltlich dem zuvor beschlossenen EU Gesetz entspricht.

Häufig handelt es sich um Entscheidungen, die den Alltag der BürgerInnen di-

^{*)} Mag. Wolfgang Hiller ist Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments für Österreich

EU-Institutionen in Wien

rekt beeinflussen, sei es in Fragen der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, dem Verbraucherschutz oder der Umwelt- und Klimapolitik oder auch hinsichtlich des Themas Freiheit und Sicherheit. Fragen der inneren Sicherheit haben in den vergangenen Jahren im übrigen stets an Bedeutung gewonnen und haben in der letzten Legislaturperiode im Hinblick auf die zahlreichen Terroranschläge und damit einhergehenden Verhaftungen die Europaabgeordneten sehr beschäftigt.

Beispiel

Ein Thema im Europaparlament: Freiheit und Sicherheit verbinden - aber wie?

Nackt am Strand ist eine Sache, aber nackt auf dem Flughafen? 2008 haben die EU-Abgeordneten Pläne gestoppt, bei den Sicherheitskontrollen auf Flughäfen sogenannte Nackt-Scanner einzuführen. Sicherheit ist wichtig, aber ein derartiger Eingriff in die Persönlichkeitsrechte sei nicht verhältnismäßig, fanden die Europa-Abgeordneten.

Aber wo genau verlaufen die Grenzen der Verhältnismäßigkeit? Wem wird diese Entscheidung im Einzelfall anvertraut? Auch darum geht es bei der Europawahl am 7. Juni.

Beim Kampf gegen den Terrorismus steht viel auf dem Spiel: Leben und Sicherheit einerseits, aber oft auch die Frage, wie wir wichtige Rechte und Grundsätze verteidigen – Redefreiheit, Reisefreiheit, das Recht auf Privatsphäre – ohne den Terroristen in die Hände zu spielen.

Zum Beispiel im Strafrecht: Einerseits ist es ein wichtiges und legitimes Anliegen, Terroristen das Wasser abzugraben. Weshalb das Europaparlament den Vorschlag unterstützt hat, EU-weit Straftatbestände wie die Anstiftung zu terroristischen Handlungen, die Rekrutierung für terroristische Organisationen und die Ausbildung für Terroranschläge unter Strafe zu stellen.

Andererseits setzten sich die Europaparlamentarier dafür ein, durch die neuen strafrechtlichen Bestimmungen nicht den Grundrechtsschutz und die Grundrechte zu schmälern – wie das Recht auf Meinungs- Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Pressefreiheit und die Achtung der Privatsphäre. Ähnlich umstrittene Themen in den letzten fünf Jahren, die im Europaparlament entschieden wurden, sind die Vorratsdatenspeicherung oder die Weitergabe von Passagierdaten an die USA bei Transatlantikflügen.

Neugierig geworden? Mehr Informationen finden Sie zu diesem und anderen

Fotos: Europäisches Parlament



Der Sitz des Europäischen Parlaments in Brüssel

Beispielen unter <http://www.europarl.at> und <http://www.wahlen2009.eu>

Es ist also nicht egal, wer was in Ihrem Namen in Europa entscheidet. Daher ist es wichtig, wählen zu gehen! Es lohnt sich!

So macht es beispielsweise einen Unterschied, was wer in Sachen Klimawandel, Globalisierung, wirtschaftlicher Stabilität, Lebensmittel und Wasser, Spielzeug für Kinder, Fahrzeugsicherheit, Zuwanderung, Sozialschutz, oder zum Schutze vor Terrorgefahr entscheidet.

Wer nicht entscheidet, der läßt andere für sich entscheiden! Bei der Europawahl geht es also darum, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und darüber zu entscheiden, wer Sie in Straßburg in den nächsten Jahren vertreten soll – im Einklang mit Ihren Vorstellungen und Ihren Interessen.

Nützen Sie also Ihre Stimme – bei der Europawahl am 7. Juni. ■

Lesen Sie in unserer „Österreich Journal“-Ausgabe 72 einen Beitrag der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich.



Das Renner-Institut

Im August 1972 wurde der Verein Dr.-Karl-Renner-Institut gegründet und von der SPÖ als Träger der politischen Bildungsarbeit nominiert.

Von Brigitte Marcher *)



TeilnehmerInnen des 1. Workshops »Europa vermitteln« vom November 2008 mit MEP Jörg Leichtfried (in der Bildmitte, auf der Bank sitzend mit Krawatte).

Alle Fotos: Dr.-Karl-Renner-Institut

Das Renner-Institut ist die politische Akademie der österreichischen Sozialdemokratie. Seine zentralen Tätigkeitsfelder sind daher:

- Transmission zwischen Wissenschaft und SPÖ mit dem Ziel, Expertinnen und Experten stärker in Politikformulierung und -umsetzung einzubeziehen,
- Forum für politische Diskussion mit dem Ziel, sozialdemokratische Positionen in die öffentliche Diskussion einzubringen,
- Weiterbildung und Personalentwicklung für die SPÖ mit dem Ziel, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter optimal für gegenwärtige und zukünftige Aufgaben zu qualifizieren,
- Organisationsentwicklung für die SPÖ mit dem Ziel, dazu beizutragen, die Parteistrukturen offener und moderner zu gestalten.

Um diesen Aufgaben auf möglichst breiter Basis nachkommen zu können, bemühen sich das Renner-Institut und seine neun Landesstellen, die einzelnen Angebote an den unterschiedlichen Bedürfnissen und

Wünschen ihrer Kunden und Kundinnen zu orientieren und ständig weiterzuentwickeln: Eine breite Palette von Publikationen, Diskussionsveranstaltungen, Enqueten und Vorträgen richten sich an eine politisch interessierte Öffentlichkeit, Fachtagungen und Seminare besonders an ExpertInnen sowie MultiplikatorInnen. Einen wichtigen Stellenwert nimmt dabei die internationale Bildungsarbeit ein.

Darüberhinaus organisieren das Renner-Institut Workshops und individuelle Beratungen für FunktionärInnen, MandatarInnen und MitarbeiterInnen der SPÖ. Dabei geht es darum, konkrete Unterstützung für die lokale politische Arbeit zu bieten, unterschiedliche Positionen und Ansätze in den Diskussionen zu konkreten politischen Streitthemen auszuloten und gegeneinander abzuwägen sowie Hintergrundinformation zu aktuellen politischen Fragen zu vermitteln.

Die Einführung öffentlich finanzierter, parteipolitisch orientierter Bildungseinrichtungen Anfang der siebziger Jahre gründet in einer doppelten Absicht: Zum einen sollen diese Institutionen nach außen wirken, d. h., Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen Einsicht in politische und gesellschaftliche

zusammenhänge vermitteln und sie so zu politischer Aktivität animieren. Zum anderen sollen sie die Qualifikation der politischen AkteurInnen heben. In seinen Memoiren betonte Bruno Kreisky stärker den zweiten Aspekt: „Sehr viel habe ich zum Beispiel mit der Gründung der Politischen Akademien erreicht, die von allen drei Parteien angenommen wurden und die besonders bei jungen Leuten, die noch bildbar sind, manches Wunder vollbringen. In dem Maße, wie wir uns darum kümmern, aus den jungen Leuten herauszuholen, was in ihnen steckt, schaffen wir auch Hoffnung, die Hoffnung nämlich, daß sie eines Tages die notwendigen Reformbestrebungen einleiten. Parteireformen können immer nur von innen heraus verwirklicht werden, denn Parteien sind wie Muscheln, die sich dem Einfluß von außen am liebsten verschließen.“ Politische Akademien waren somit von vornherein auch als Agenturen der Veränderung und Weiterentwicklung für und innerhalb der österreichischen Parteien gedacht.

Im August 1972 wurde der Verein Dr.-Karl-Renner-Institut gegründet und von der SPÖ als Träger der politischen Bildungsarbeit nominiert. Basis dafür war – ebenso

*) Dr. Brigitte Marcher ist im Renner-Institut für den Fachbereich Europäische Politik zuständig.

Institutionen, die sich mit Europa auseinandersetzen



Das Paneel der Podiumsdiskussion in der Veranstaltungsreihe »Rußland – strategischer Partner der EU« mit (v.l.) MEP Hannes Swoboda, Eduard Steiner (Moskau-Korrespondent der Tageszeitung »Die Presse«, Brigitte Marcher (Moderation) und Petr Fedosov, Politologe am Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen vom 23. Jänner 2009

wie für die politischen Akademien der anderen im Nationalrat vertretenen Parteien (damals ÖVP und FPÖ) – das „Bundesgesetz über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik“.

Der Beitrag zur Europa-Diskussion

Nicht erst seit sich die österreichische Bundesregierung in ihrer Regierungserklärung vom Dezember 2008 zu einer „umfassenden und kontinuierlichen Informationsarbeit zur EU und zu einem intensiven Dialog mit den Bürgern“ verpflichtet hat, ist das Europa-Thema auf der Tagesordnung des Renner-Instituts. Schon seit 1992 gibt es dazu einen eigenen Arbeitsschwerpunkt.

Im laufenden Studienjahr hat das zentrale Renner-Institut unter dem Titel „Europa vermitteln“ neben langjährig bewährten Veranstaltungsformaten – wie z.B. die im

Verbund mit Partnern veranstaltete Seminarreihe „Politikberatung Europapolitik“ – einen eigenen Schwerpunkt für Europa-AktivistInnen angeboten. Ziel des Projekts war, MultiplikatorInnen für den Europa-politischen Diskurs mit den BürgerInnen fit zu machen. So wurden z.B. in Workshops die Vertragsgrundlagen der EU unter Berücksichtigung des Vertrags von Lissabon diskutiert, die Auswirkungen aktueller und zukünftiger Rahmenbedingungen der EU auf das Kultur- und Gesellschaftsleben in Österreich hinterfragt und Widersprüche zwischen sozialer Rhetorik und wirtschaftspolitischer Praxis aufgezeigt. Auch die Auswirkungen der „Europäisierung“ auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche standen am Prüfstand – Stichwort soziale Dimension, Grundrechte-Charta, transnationale Streitfälle im Lichte aktueller Rechtssprüche durch den



TeilnehmerInnen der Brüssel-Exkursion vom Dezember 2008 im Foyer der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU

Europäischen Gerichtshof und die Gefahren eines sozialen Dumpings.

Seit den ersten Europawahlen in Österreich im Jahre 1996 war es ein Anliegen, die Europaabgeordneten in besonderem Maße in den politischen Diskurs mit den BürgerInnen mit einzubinden und von ihrer Europa-Kompetenz zu profitieren. Zeugnis davon gibt das Kompendium von Resümées diverser Veranstaltungen in zwei „Europabüchern“ auf der Website des Renner-Instituts. ■

<http://www.renner-institut.at/>

<http://www.renner-institut.at/download/europabuch.htm>

Welche Sozialunion brauchen wir in der EU?

Politikberatungsseminar Europapolitik

Freitag, 8. Mai 2009

Diplomatische Akademie, Musikzimmer

Favoritenstraße 15a, 1040 Wien

Die Chancen, via Lissabon Vertrag die Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Sozialunion zu ergänzen, sind gegeben: Neben der Vollbeschäftigung als Ziel nennt der Vertrag den Grundsatz einer nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft. Er verweist weiters darauf, daß künftig alle Rechtsakte auf Sozialverträglichkeit geprüft werden sollen. In einem neuen Protokoll zur Daseinsvorsorge werden die „Dienstleistungen im öffentlichen Interesse“ unter besonderen Schutz gestellt.

Dennoch drängen sich Fragen auf – auch unabhängig davon, ob bzw. wann der Lissabon Vertrag in Kraft treten wird. Zumal in kaum einem anderen Politikfeld als dem „Sozialen“ Menschen unmittelbarer betroffen sind. Gelingt es z.B., die europäischen Wohlfahrtsmodelle entlang der aktuellen Wirtschaftskrise und absehbaren Herausforderungen – Stichwort „neue soziale Bruchlinien“, Stichwort „Wandel des Sozialen“ – weiter zu entwickeln? Sind in einer EU der 27 Mitgliedstaaten – und wahrscheinlich bald mehr – mit historisch unterschiedlich „gewachsenen“ wohlfahrtsstaatlichen Regelungen gemeinsame Mindeststandards möglich? Was bedeuten z.B. gemeinsame Mindeststandards für die Betroffenen in Mitgliedsländern mit höheren Standards? Kommen wir einer „Sozialunion“ näher – und wenn ja, was heißt das konkret? – oder bewegen wir uns eher in Richtung „Freihandelszone ohne soziale Haftung“?

Das Seminar versucht, die Schlüssel Fragen in diesem für die Bürgerinnen und Bürger zentralen Politikbereich zu thematisieren und Antworten zu finden. ■

<http://www.renner-institut.at/veranst/aktuell09.htm>

»Alte Nachbarn, junge Freunde – Österreich und Südosteuropa«

Österreich kann aufgrund geografischer, historischer und kultureller Gegebenheiten auf eine besondere Verbundenheit mit Südosteuropa verweisen, und die so oft zitierte österreichische »Balkankompetenz« wird international sehr geschätzt.

Von Susan Milford *)

Es ist daher kein Wunder, daß Österreichs Wirtschaftstreibende zu den Ersten gehörten, die nach der Wende die Chancen der neuen aufstrebenden Märkte erkannt und genutzt haben. Das mittlerweile seit Jahren anhaltende Engagement heimischer Unternehmen in den Ländern Südosteuropas bestätigt die Richtigkeit des österreichischen „Gespürs“ für diesen Teil Europas: Firmen und Unternehmen aus Österreich stehen nach wie vor an der Spitze der ausländischen Direktinvestoren in der Region.

Doch ist Österreich, gemessen an seinem Image, auch Spitzenreiter in Südosteuropa? Dieser Frage ist das Meinungsforschungsinstitut Fessel-GfK in sechs Repräsentativstudien (GfK, Image Austria, 2007), die im Frühsommer 2007 in den Ländern Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Serbien, Slowenien und Rumänien durchgeführt wurden, nachgegangen. Fazit: Österreich kann sich dort über ein positives Image freuen, und die Beziehungen zwischen Österreich und dem jeweils eigenen Land werden als „sehr gut“ oder „gut“ eingestuft. Trotz dieser vielen positiven Ergebnisse zeigt die Studie aber auch auf, daß wirtschaftliche Präsenz allein nicht alles ist. Länderübergreifende Initiativen in Form von gemeinsamen Projekten und der Austausch vor allem junger Menschen sind nach wie vor von enormer Bedeutung für die Region. An stabilen Verhältnissen und einem vernünftigen Miteinander in Südosteuropa muß uns schließlich allen gelegen sein. Gute nachbarschaftliche Beziehungen inkludieren aber auch Aufklärungsarbeit in Österreich, denn je besser man über ein Land informiert ist, desto positiver steht man diesem auch gegenüber. Es gilt, die Probleme, Erfolge, Fortschritte und Leistungen dieser Länder – auch unter besonderer Berücksichtigung des



Foto: Daniel Rosenauer/IDM

Die Generalversammlung des IDM 2008: Geschäftsführerin Susan Milford, Vorsitzender Erhard Busek und Generalsekretär Univ.-Prof. Leopold März

europäischen Integrationsprozesses – zu kommunizieren, zu diskutieren, aber vor allem auch wahrzunehmen.

Drehscheibe für den Donauraum

Das 1953 gegründete Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) mit Sitz in Wien arbeitet unter dem Vorsitz des ehemaligen Sonderkoordinators für Süd-

osteuropa, Vizekanzenler a.D. Erhard Busek, beharrlich daran, durch seine vielfältigen Publikationen, Veranstaltungen und Projekte Informationslücken in der österreichischen Öffentlichkeit zu schließen. In regelmäßigen Abständen werden daher verschiedensten Interessensgruppen und wichtigen Multiplikatoren wertvolle Informationsgrundlagen zu den Ländern des Donauraums sowie des übrigen Mittel- und Südosteuropas geboten. Der thematische Fokus liegt vor allem auf den aktuellen politischen, wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und ethnischen Entwicklungen. Dabei ist es dem IDM als österreichische wissenschaftliche Institution – die als gemeinnütziger Verein organisiert ist – immer ein ganz besonders wichtiges Anliegen, die im Zuge von Forschungsprojekten über gegenwartsbezogene Fragestellungen des Donauraums sowie des übrigen Mittel- und Südosteuropas gewonnen Erkenntnisse einem Fachpublikum, aber vor allem auch der allgemein interessierten



*) Dr. Susan Milford ist seit 1. Oktober 2007 Geschäftsführerin des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM).

Institutionen, die sich mit Europa auseinandersetzen

Foto: Astrid Wielach



Die TeilnehmerInnen des Universitätslehrgangs »Interdisziplinäre Balkanstudien« Jahrgang 2007/08

Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das geschieht im Rahmen einer sehr regen Lehr- und Veranstaltungstätigkeit, wobei international beschickte Seminare, Symposien, Fachtagungen, Konferenzen, Workshops, Summer Schools und Sommerkollegs mit verschiedenen Kooperationspartnern im In- und Ausland organisiert werden. Die zahlreichen Publikationen des Instituts erstrecken sich von einer wissenschaftlichen Quartalszeitschrift „Der Donauraum“ über ein Mitteilungs- und Informationsblatt des Vereins, der „IDM-Info“, dem Journal „Info Europa“ mit Themenbeilage, „IDM-Studien“, dem „Kulturführer Mitteleuropa“ bis hin zu Länderpublikationen, die gemeinsam mit der „Wiener Zeitung“ herausgegeben werden. So ist beispielsweise heuer pünktlich zum Auftakt der NÖ Landesausstellung 2009 „ÖSTERREICH. TSCHECHIEN. geteilt – getrennt – vereint.“ eine Länderpublikation zu Tschechien erschienen. Die in der ersten Jahreshälfte 2009 herausgegebenen Themenbeilagen des „Info Europa“ haben sich den aktuellen Themen Euro-Einführung in der Slowakei, ein Jahr Schengenerweiterung und fünf Jahre Osterweiterung gewidmet.

Dieses Jahr stehen mehrere Aktivitäten des IDM natürlich ganz im Zeichen der historischen Ereignisse rund um den Fall des „Eisernen Vorhangs“ vor 20 Jahren. So hat das IDM beispielsweise gemeinsam mit dem Interkulturellen Zentrum (IZ) ein Projekt im Auftrag des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten durchgeführt. Im Verlauf dieses Projekts wurden unter dem Motto „Aus Nachbarn werden Freunde“ Jugendkontakte in Mitteleuropa nach 1989 im schulischen, außer-

schulischen und universitären Bereich untersucht. Die wichtigsten Ergebnisse sind in einer (Wander-)Ausstellung zu sehen, die seit 28. April im Österreichischen Museum für Volkskunde in Wien zu besichtigen ist. Die Ausstellung läuft noch bis zum 13. September und soll dann in den Kulturforen der Nachbarländer sowie durch Schulen und Universitäten „wandern“. Das IDM wird im Herbst auch eine Studie mit den Interviews zum universitären Bereich herausgeben.

»Mittlerinstitution« und Clearinghouse

Das IDM leistet aber gerade auch als Schnittstelle und Mittler seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag zur Zusammen-



Soeben erschienen: das neue Länder-sonderheft des IDM zu Tschechien, das in bewährter Zusammenarbeit mit der »Wiener Zeitung« herausgegeben wurde – zu beziehen über idm@idm.at

arbeit in den Bereichen Wissenschaft, Kultur, Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Gleichzeitig versteht sich das Institut als Clearinghouse für die Belange des Donauraums sowie Mittel- und Südosteuropas und unterstützt Botschaften, Handelsvertretungen, Kulturinstitute und Fremdenverkehrsvertretungen der Länder des Donauraums sowie Mittel- und Südosteuropas in Österreich als auch der österreichischen Vertretungen dort.

Als Think Tank leistet das IDM weiters Grundlagenarbeit für Behörden und Institutionen aus Politik, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft und unterstützt das österreichische Engagement im Donauraum und im übrigen Mitteleuropa.

Das Institut verfügt auch über eine Dokumentationsstelle mit einschlägigen Publikationen zu den aktuellen Entwicklungen in den Ländern des Donauraumes, Mittel- und Südosteuropas, die ständig um für die Region wichtiges und interessantes Informationsmaterial erweitert wird.

Lernen Sie Balkan!

In letzter Zeit hat sich das Institut verstärkt der Nachwuchsförderung und Weiterbildung gewidmet. Zum Kernstück im Rahmen dieser Tätigkeit zählt ein vom Institut initiiertes und organisierter Postgraduierten-Lehrgang, der seit Oktober 2007 in Kooperation mit der Uni Wien als Universitätslehrgang »Interdisziplinäre Balkanstudien« angeboten wird. Das Masterprogramm wird nach vier Semestern und dem Verfassen einer Abschlusssarbeit mit dem Titel »Master of Arts (Balkan Studies)«, kurz: MA, abgeschlossen. Derzeit läuft die Bewerbungsfrist für den im Oktober 2009 beginnenden Lehrgang bis 1. Juni.

Ein wesentliches Ziel dieser berufsbegleitend konzipierten Ausbildung ist es, neben den wichtigen inhaltlichen und methodischen Kenntnissen auch analytische Fähigkeiten und notwendige Sozialkompetenzen zu vermitteln. Denn das positive Image Österreichs in Südosteuropa ist zwar ein riesiges Kapital, doch müssen wir stets daran arbeiten, um es bewahren und nutzen zu können.

Informationen zum Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) und seinen Tätigkeiten finden Sie im Internet unter <http://www.idm.at> – Informationen zum ULG »Interdisziplinäre Balkanstudien«: <http://www.idm.at/postgraduates/balkanstudies/> Bewerbungsformular: <http://www.idm.at/index.php?download=836.doc>

Außenminister lädt Allianz der Zivilisationen nach Wien ein

Der Dialog über kulturelle und religiöse Grenzen hinweg gehört zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Der Umgang mit der Vielfalt ist in unseren immer stärker globalisierten und vernetzten Gesellschaften lebensnotwendig. Dialog ist und bleibt dabei das wirksamste Mittel für Konfliktmanagement, Versöhnung und nachhaltige Friedenspolitik“, erklärte Außenminister Michael Spindelegger am 6. April bei der 2. Jahreskonferenz der Allianz der Zivilisationen in Istanbul. An dieser Konferenz nahmen rund 40 Staaten teil, darunter die spanischen und türkischen Regierungschefs, Premierminister Jose Luiz Zapatero und Recep Tayyip Erdogan, UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon sowie zahlreiche Außenminister insbesondere aus der arabischen Welt und der EU.

„Österreich kann auf eine lange Dialogtradition verweisen und hat einen anerkannten und bewährten Ruf als Ort der Begegnung, gerade auch mit der muslimisch geprägten Welt. Ich will diese Tradition fortsetzen und Wien als Ort des Dialogs und der Begegnung weiter ausbauen“, betonte Spindelegger. „Ich habe daher die Partner in der Allianz der Zivilisationen eingeladen, ihr Jahrestreffen im Jahr 2012 in Wien abzuhalten.“ Bereits Ende Juni wird das Außenministerium gemeinsam mit der Allianz der Zivilisationen ein Symposium in Wien zum Thema „Identität und Partizipation: Transkulturelle und muslimische Jugend in Europa“ veranstalten, an dem unter anderem der portugiesische Ex-Präsident Jorge Sampaio als Hoher Vertreter der UNO für die Allianz der Zivilisationen teilnehmen wird. Darüber hinaus plant Österreich im Rahmen seiner Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat für 2010 ein internationales Treffen zum Dialog der Zivilisationen und seiner Funktion in der internationalen Friedenspolitik.

Die Allianz der Zivilisationen, die 2005 von Spanien und der Türkei unter der Schirmherrschaft der UNO gegründet wurde, faßt derzeit 83 Staaten und 17 Internationale Organisationen zusammen. „Die Allianz bietet eine wertvolle multilaterale Dialogplattform und sorgt dafür, daß das Thema weiter auf der globalen Agenda bleibt“, so Spindelegger. Es seien aber weitere Anstrengungen



Außenminister Michael Spindelegger trifft u.a. mit UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon (oben) und seinem türkischen Amtskollegen, Ali Babacan (unten) zusammen.



Fotos: Bernhard J. Holzner / HOP-Media

notwendig, um diese Dialogplattform zu verbreitern und zu vertiefen: „Wir müssen über den Fokus auf die muslimische Welt hinaus auch Asien, Afrika, Zentralasien und den Kaukasus stärker in die Dialog-Aktivitäten einbeziehen. Darin sehe ich die zukünftige Herausforderung für das Forum. Auch muß es uns gelingen, den Dialog von der diplomatischen Ebene dorthin zu bringen, wo er am meisten Not tut – auf der Ebene der Gemeinden. Dort, wo die Menschen Tag für Tag mit den konkreten Problemen konfrontiert sind, etwa am Arbeitsplatz oder in der Schule, brauchen wir den un-

mittelbaren Dialog mit den Betroffenen.“ Außenminister Spindelegger nützte die Konferenz für zahlreiche bilaterale Treffen, unter anderem mit dem UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon, dem türkischen Außenminister Ali Babacan, dem türkischen EU-Chefverhandler Egemen Bagis, dem Generalsekretär der Arabischen Liga Amr Moussa sowie seinen montenegrinischen und mazedonischen Amtskollegen. Der Außenminister nahm zudem an einer Round Table Diskussion zum Thema „Public diplomacy – winning minds and hearts“ teil. ■

<http://www.bmeia.gv.at>

Der »Eiserne Vorhang« 20 Jahre danach

Die Initiative »Geteilt | Geeint. 1989 | 2009« des Außenministeriums

Im Rahmen seiner Initiative „Geteilt | Geeint. 1989 | 2009: Aufbruch in ein neues Europa“ hat das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten drei Ausstellungsprojekte initiiert, die am 28. und 29. April eröffnet wurden:

Die Ausstellung „Aus Nachbarn werden Freunde – Jugendkontakte in Mitteleuropa nach 1989“ versucht Zeitgeschichte zu „personalisieren“, um die vielfältigen Beziehungen, die sich zwischen Jugendlichen in Österreich und Mitteleuropa in den letzten 20 Jahren gebildet haben, zu dokumentieren. Im Mittelpunkt stehen Jugendaustauschprojekte im schulischen, außerschulischen und universitären Bereich zwischen Österreich und den Ländern Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Lebendig werden Eindrücke und Erfahrungen von ZeitzeugInnen in Erinnerung gerufen sowie ein kurzer Überblick über die Ereignisse von 1989 gegeben.

Die Ausstellung „Eiserner Vorhang – Reisen ins Niemandsland“ zeigt Fotos, die Kurt Kaindl entlang der vormaligen Grenze zwischen Ost und West von Lübeck bis Triest gemacht hat. Er berichtet von Menschen, die sich ins „Niemandsland“ zurückgezogen haben und hält Dörfer, Landschaften und Gedenkstätten sowie Initiativen mit seiner Kamera fest, die sich um die grenzüberschreitende Verständigung bemühen.

Die Ausstellung „Witz und (R)Evolution – 1989 – Davor/Danach“ ist ein Gemeinschaftsprojekt aller mitteleuropäischen Botschaften und Kulturinstitute in Wien. Witze und Karikatur werden als Seismograph gesellschaftlicher Entwicklungen vor dem Fall des Eisernen Vorhanges und im wiedervereinigten Europa der letzten 20 Jahren präsentiert. Das „erlösende Lachen“ aus den Ländern Bulgarien, Deutschland, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn ist in dieser Schau festgehalten. Es sagt oft mehr über die Befindlichkeiten der Menschen aus als umfangreiche Statistiken und Bücher.

1989 fiel der „Eiserne Vorhang“ und das Gesicht Europas veränderte sich von einem Tag auf den anderen radikal. Der „Aufbruch



Foto: Kurt Kaindl

»Eiserner Vorhang – Reisen ins Niemandsland« zeigt Fotos, die Kurt Kaindl entlang der vormaligen Grenze zwischen Ost und West von Lübeck bis Triest gemacht hat.

in ein neues Europa“ begann. „Österreich hat in diesem Epochenjahr die Öffnung seiner scheinbar toten Grenzen im Osten erlebt, mit einem Beitrittsansuchen zur EU und mit Investitionen in die Nachbarschaft die neuen Chancen für seine Politik und Wirtschaft genutzt und sich eine neue zentrale Position in Mitteleuropa erarbeitet. Wir laden ein, die-

sen Erfolgsweg mit uns im Rahmen dieser drei Ausstellungen nachzuvollziehen“, so Botschafter Emil Brix, Leiter der Kulturpolitischen Sektion im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten. ■

<http://www.volkskundemuseum.at/>

<http://www.bmeia.gv.at>

Klare Ergebnisse der AÖ-Prioritätenumfrage

Hohe Beteiligung, unmißverständliche Botschaften

Vom 1. März bis 20. April 2009 hat das Außenministerium gemeinsam mit dem Auslandsösterreicher-Weltbund (AÖWB) eine Internet-Umfrage unter AuslandsösterreicherInnen veranstaltet. Dabei sollten die Hauptinteressen der AuslandsösterreicherInnen in Bezug auf Österreich anonym festgestellt werden. Aus zehn vorgegebenen Themen konnten drei als wichtigste Prioritäten ausgewählt werden. Darüber hinaus war die Nennung eines weiteren, frei formulierten Prioritätenthemas möglich. Die ersten Auswertungsergebnisse liegen nun vor.

Die 2779 TeilnehmerInnen haben eine klare Botschaft vermittelt: Die wichtigsten Themen sind Staatsbürgerschaftsangelegenheiten, Pensions- und Versicherungsfragen mit Österreichbezug sowie die Beteiligung an österreichischen Wahlen. Und es gibt über die 10 vorgeschlagenen Themen hinaus weitere wichtige Themen.

Bewertet man die ausgewählten Prioritäten mit je 1-3 Punkten – d.h. 3 für erstgereichte, 2 für zweigereichte und 1 für drittgereichte –, ist ein klares Bild der AÖ-Prioritäten zu sehen: Staatsbürgerschaftsangelegenheiten führen absolut (3002 Punkte), sehr knapp gefolgt von Pensions- und Versicherungsfragen mit Österreichbezug (2961), und diese wiederum knapp gefolgt von der Beteiligung an österreichischen Wahlen (2538).

Dieses Bewertungsergebnis entspricht auch den Reihungen als 1. Priorität: 596 Personen haben Staatsbürgerschaftsangelegenheiten erstgereicht, 492 die Beteiligung an österreichischen Wahlen und 482 die Pensions- und Versicherungsfragen mit Österreichbezug. (Das nächste Thema folgt in deutlichem Abstand mit 239 Positionierungen als 1. Priorität.) – Zählt man die Erwähnungen ohne Gewichtung, auf welchen Platz sie gereicht wurden, ergibt sich wiederum ein sehr ähnliches Bild: Pensions- und Versicherungsfragen mit Österreichbezug führen mit 1407 Nennungen, gefolgt von Staatsbürgerschaftsangelegenheiten mit 1436 und der Beteiligung an österreichischen Wahlen mit 1197. (Auch bei dieser Darstellung folgt das viert-meistgenannte Thema mit deutlichem Abstand: 898 Nennungen.) Die nächsten

drei Prioritäten folgen mit großem Abstand zu den ersten drei, untereinander jedoch nur knapp: Rückkehr nach Österreich (1632 Punkte), soziale Unterstützung im Ausland (1619) und Informationen über Österreich (1552).

Auch die dritte und letzte Prioritätengruppe folgt mit einem erheblichen Abstand zur zweiten, untereinander jedoch mit geringem: Erbschaftsfragen mit Österreichbezug (967), Ausbildung in Österreich (843), AuslandsösterreicherInnen-Abgeordnete im österreichischen Parlament (831) und – zuletzt – Arbeitsvermittlung in Österreich (729).

350 Personen nannten – neben den zehn zur Auswahl vorgegebenen – als zusätzliche wichtige Themen folgende: ORF-(TV-)Empfang, Kulturthemen, Steuerfragen, Rechtslage im Aufenthaltsland (und deren Änderungen), Arbeitsvermittlung im Aufenthaltsland, EUThemen, Familienrechts- und Wehrdienstfragen, Anerkennung von ausländischen Ausbildungsabschlüssen, Fernstudien in Österreich, Stipendien ua Beihilfen, Wohnsitz und Grunderwerbsfragen, österreichische Visums- und Aufenthaltsfragen von ausländischen Angehörigen und Freunden, Paßfragen, AÖ-Networking, AÖ-Portal (mit Wiki-Technik, Blogs und Diskussionsforen), Österreich-bezogene Veranstaltungen (und Unterricht) im Aufenthaltsland, Notfallhilfe und Krisenvorkehrungen, Verwaltungsvereinfachungen, Zahl und Nähe der konsularischen Vertretungsbehörden, Modernisierung der AÖ-Vereinigungen.

Diese ersten Ergebnisse werden bei der AÖWB-PräsidentInnen-Konferenz am 2. Mai 2009 in Wien vorgestellt und in Workshops bearbeitet, danach Vorschläge zur Umsetzung durch den AÖWB erarbeitet und diese – samt der Endergebnisse der Umfrage – dem Auslandsösterreichertreffen am 4./5. September 2009 in Innsbruck vorgestellt. Auch das Außenministerium selbst wird die Ergebnisse – und Reaktionen der AuslandsösterreicherInnen darauf – genau analysieren und daraus Schlussfolgerungen ziehen.

Die große Beteiligung an der Umfrage, die hohe Zahl jener, die eine E-Mail-Adresse zwecks Information über weitere derartige Umfragen bekannt gegeben haben – fast die

Hälfte der TeilnehmerInnen – und die beachtliche Zahl jener, die weitere wichtige Themen frei formuliert haben – jede/r Achte – beweisen, daß AuslandsösterreicherInnen nicht nur gefragt werden wollen, sondern auch bereit und interessiert sind, auf elektronischem Wege zu antworten.

Mehr Daten aus der ersten Ergebnisauswertung sowie das weitere Follow-Up finden Sie auch in Zukunft auf der AuslandsösterreicherInnen-Website des Außenministeriums -

<http://www.auslandsoesterreicherInnen.at> unter „AuslandsösterreicherInnen“ / „AÖ-Prioritäten-Umfrage“, bzw. direkt unter <http://www.aoe-umfrage.at>

AÖ-Umfrage 2005

Bei der Internet-Umfrage des österreichischen Außenministeriums unter AuslandsösterreicherInnen zu Staatsbürgerschaftsthemen, die vom 10.10. bis 30.11.2005 stattfand, beteiligten sich damals 2300 AuslandsösterreicherInnen an der Bewertung der Wichtigkeit einzelner Themenbereiche, 1800 stimmten zu Detailfragen ab, und 1600 nahmen an der detaillierten Bewertung des Projekts teil.

Die inhaltlichen Ergebnisse wiesen auch damals klare Tendenzen auf.

Die sechs (von 150) Abstimmungsoptionen mit dem größten Zuspruch waren:

1. Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft beim Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit: **sehr wichtig**
2. Weitergabe der Staatsbürgerschaft an eheliche Kinder: **sehr wichtig**
3. Erleichterung der Doppelstaatsbürgerschaft: **sehr wichtig**
4. Die Herkunfts-Staatsangehörigkeit soll man immer beibehalten (können): **Ja**
5. Doppel- / Mehrfachstaatsangehörigkeit sollen verhindert werden: **Nein**
6. Wer die Frist des Erwerbs der österreichischen Staatsbürgerschaft durch seine Mutter übersehen hat, soll das nachholen können: **Ja**.

Alle TeilnehmerInnen, die ihre E-Mail-Adresse bekannt gegeben hatten, erhielten den Endbericht nach dessen Fertigstellung zugesandt. ■

Holocaust-Gedenken in Tel Aviv

Denkwürdige Veranstaltung anlässlich des Gedenktages an den Holocaust – veranstaltet vom Verein der Mitteleuropäer in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Kulturforum in Tel Aviv und der Israel-Österreich Gesellschaft in Haifa.

Ein außergewöhnliches Ereignis fand diesmal anlässlich des Erinnerungstages an den Holocaust (Shoah) in Haifa statt: Am Vorabend, also am 20. April, brachte der Verein der Mitteleuropäer, in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Kulturforum in Tel Aviv und der Israel-Österreich Gesellschaft in Haifa, das Stück „Schuldig geboren“ des österreichischen Schriftstellers, Journalisten, Publizisten und Ex-Politikers Peter Sichrovsky – in hebräischer Übersetzung. Das Stück wurde von dem „Theatron Hastudio“ (Studio Theater) unter der Leitung von Boas Trinker gebracht. Es handelt von der Aufarbeitung der zweiten und dritten Generation der Täter des Holocaust mit den Verbrechen ihrer Vorfahren. Das österreichische Kulturforum stellte eine großzügige Zuwendung zur Verfügung (Direktor Arad Benkö war Ehrengast bei der Aufführung), der Verein der Mitteleuropäer stellte kostenlos das Auditorium seines Seniorenheims „Pisgath Hen“ in Haifa bereit und die Mitglieder der Israel-Österreich Gesellschaft genossen, zusammen mit den Bewohnern des Seniorenheims, diese hochinteressante – wenn auch sehr ernste – Vorstellung.

Diesem ernsten Anlaß entsprechend, begann die Veranstaltung mit einem Chor, der das bekannte Lied von Hannah Senes (1921 - 1944, jüdische Fallschirmspringerin, die als britische Soldatin von den Ungarn als „Verräterin“ hingerichtet wurde) „Eli, Eli“ (Mein Gott, mein Gott) sang. Dann wurden die Verse „Yiskor“ (zum Gedenken) von Abba Kovner (selbst Überlebender des Holocaust) rezitiert, in denen er das schreckliche, grausame Schicksal der Opfer beschreibt.

Nach einem kurzen Gebet „El Male Rachamim“ („Ein Gott voll Erbarmen“) begann die Vorstellung – mit einem Schock: Jugendliche tanzen in einer Disko; dies paßte natürlich gar nicht in den erwarteten Rahmen, bis nach wenigen Sekunden der Hauptdarsteller (und Regisseur) Boas Trinker den fröhlichen Tanz unterbricht und in der Rolle des Autors, Peter Sichrovsky, seine TanzpartnerInnen daran erinnert – oder darauf aufmerksam macht – daß vor einer Generation ihre Eltern sehr eifrig bemüht waren, die seinigen zu erfassen und umzu-



Ensemble-Mitglieder des »Theatron Hastudio« bei der Aufführung von Peter Sichrovskys Stück »Schuldig geboren« in Tel Aviv.



Fotos: Ariela Horev pisgath-hen

bringen. Daraus entwickelt sich das Stück, dessen Botschaft es ist, darzulegen, daß die Kinder – und Enkel – der Täter nicht bereit oder nicht willens sind, sich mit den Verbrechen ihrer Väter und Großväter auseinanderzusetzen. Ebenso können diese Jugendlichen nicht begreifen – oder wollen es eben nicht –, daß das Familienhaus, in dem sie aufwuchsen, „arisiert“, also den rechtmäßigen, jüdischen Besitzern geraubt wurde.

Dem Inhalt des Stückes und dem Tag der Aufführung entsprechend, wurde vom Applaus Abstand genommen; es war eine schwere, ernste Veranstaltung und wir, die Zuschauer, haben allen Grund dem Verein der Mitteleuropäer, dem österreichischen Kulturforum und dessen Direktor, Arad Benkö, für diese dankbar zu sein. Wir werden diesen Abend bestimmt nicht vergessen. ■

Peter F. Michael Gewitsch

Außenwirtschaftliche Erfolge in turbulenten Zeiten

Die Oesterreichische Nationalbank präsentierte am 30.04. im Rahmen einer Pressekonferenz die Zahlungsbilanz Österreichs für das Jahr 2008. Trotz widriger Rahmenbedingungen erzielte die österreichische Außenwirtschaft mit einem Leistungsbilanzüberschuss von 9,8 Mrd Euro erneut ein Rekordergebnis.

Ausschlaggebend dafür waren die Überschüsse der Dienstleistungsbilanz. Die österreichische Volkswirtschaft war damit nicht auf Kapitalimporte angewiesen, sondern konnte ihre Nettoverschuldung im Ausland abbauen.

„Die Weltwirtschaft befindet sich in der schwersten Rezession nach Ende des Zweiten Weltkriegs und das makroökonomische Gefüge wird nach der Krise nicht mehr das gleiche sein“, sagte Gouverneur Nowotny im Rahmen der Pressekonferenz zur Zahlungsbilanz des Jahres 2008. Er nannte drei Entwicklungen, die nun korrigiert würden: Die unzureichende Sparneigung der US-Bürger und die damit verbundene Überschuldung der amerikanischen Haushalte, die Unterschätzung von Kreditrisiken, die nun einer grundlegenden Neubewertung unterzogen würden, und die überhöhten Ölpreise und die dadurch gewachsenen Leistungsbilanzungleichgewichte, wo es durch die Rezession nun zu einer zumindest temporären Verschiebung der „Terms of Trade“ zu Gunsten der Öl importierenden Länder komme.

„Man dürfe angesichts der aktuellen Krise, der sich Österreich natürlich nicht entziehen könne, aber nicht die gewohnten Stärken der heimische Wirtschaft aus den Augen verlieren“ erinnerte Gouverneur Nowotny. Dabei erwähnte er die Innovationskraft der kleinen und mittleren Unternehmen, das funktionierende Zusammenspiel der Sozialpartner und die anerkannt gute Ausbildung der Fachkräfte. Die hervorragende Wettbewerbsposition Österreichs sei das Ergebnis einer wohlüberlegten, langfristigen Strategie. Daher stehen die österreichischen Banken und andere Investoren auch zu ihrem Engagement in zentral-, ost- und südosteuropäischen Staaten. Das Entwicklungspotenzial dieser Region sei nach wie vor gegeben und werde nach der Krise wieder für überdurchschnittliches Wachstum sorgen.

Um einer möglicherweise verzerrten Wahrnehmung entgegenzutreten, betonte Gouverneur Nowotny, daß nach wie vor der

Euroraum der wichtigste Markt Österreichs sei: Etwa die Hälfte der österreichischen Exporte und knapp 60% der Importe entfielen 2008 auf unsere Partnerländer innerhalb der Währungsunion. Auch Österreichs Finanzaktiva sind fast zur Hälfte im Euroraum, d. h. in durchwegs stabilen Ländern und ohne Währungsrisiko veranlagt. Außerdem sei Österreich einer der ersten und erfolgreichsten, keineswegs aber der einzige Investor in den europäischen Wachstumsmärkten gewesen: Rund ein Zehntel aller Exporte der Währungsunion gehen in die neuen Mitgliedsländer der EU. Allein die Exporte Deutschlands in diese Region übertreffen die österreichischen um das Fünffache.

Schließlich warnte Gouverneur Nowotny vor den Gefahren eines Rückfalls in protektionistische Strategien, der gerade für eine kleine offene Volkswirtschaft wie Österreich fatale Folgen haben könnte.

Anschließend präsentierte Direktor Andreas Ittner, das für den Bereich Statistik zuständige Mitglied des Direktoriums der OeNB, die wichtigsten Ergebnisse der Zahlungsbilanz 2008.

„Trotz schwieriger Rahmenbedingungen hat die österreichische Außenwirtschaft im Jahr 2008 einen Rekordüberschuss der Leistungsbilanz in Höhe von 9,8 Mrd Euro bzw. 3,5% des BIP erwirtschaftet“, erklärte Direktor Ittner und stellte fest, daß dadurch „die heimische Volkswirtschaft nicht auf eine Finanzierung aus dem Ausland angewiesen sei, sondern vielmehr als Kapitalgeber an das Ausland auftreten könne.“

Im Außenhandel mit Gütern ergab sich 2008 eine „rote Null“, so daß der Leistungsbilanzüberschuß allein den Dienstleistungen zu verdanken war. Sowohl im Reiseverkehr, als auch bei den übrigen Dienstleistungen verzeichnete die Zahlungsbilanzstatistik für das Jahr 2008 Rekordüberschüsse. Die Reiseverkehrseinnahmen stiegen um 1 Mrd. Euro, was angesichts stagnierender Ausgaben zu einem noch nie dagewesenen Plus von 7,1 Mrd Euro führte. Aber auch bei den

übrigen Dienstleistungen konnte der Nettoertrag auf 6,3 Mrd Euro weiter gesteigert werden. „Österreich ist heute nicht nur das Land, in dem man auch in schwierigen Zeiten die Seele baumeln lassen kann, sondern auch ein erfolgreicher Anbieter vorwiegend unternehmensnaher Dienstleistungen“ hob Direktor Ittner hervor.

Trotz aller internationalen Erfolge könne sich die österreichische Volkswirtschaft aber nicht der Weltwirtschaftskrise entziehen. Die Güterexporte sind zum Jahreswechsel 2008/2009 dramatisch eingebrochen, bei den unternehmensnahen Dienstleistungen, wie etwa dem Transport oder den Forschungs- und Entwicklungsleistungen, sei man im 4. Quartal bei einem Nullwachstum angelangt und nur der Reiseverkehr konnte zumindest im Jänner 2009 noch positive Wachstumsraten ausweisen. Obwohl das Jahr 2009 für die Außenwirtschaft außerordentliche Herausforderungen mit sich bringen werde, sei er zuversichtlich, daß es auch im laufenden Jahr ein positives Leistungsbilanzergebnis geben werde, meinte Direktor Ittner.

Markant waren die Auswirkungen der Finanzkrise natürlich auch in der Kapitalbilanz: Der Forderungsaufbau war mit +48 Mrd. Euro der niedrigste seit 2003. Vor allem im 4. Quartal wurden ausländische Wertpapiere aller Arten abgestoßen, so daß es erstmals in einem Kalenderjahr zu Nettoverkäufen von ausländischen Wertpapieren kam. Eine besondere Rolle spielten dabei die inländischen Investmentfonds. Noch geringer war die Zunahme der Verpflichtungen mit +36½ Mrd Euro, ein Wert, der seit Österreichs Teilnahme an der Währungsunion vor 10 Jahren nur zwei mal unterboten wurde.

Abschließend präsentierte Aurel Schubert, Direktor der Hauptabteilung Statistik, weitere interessante Details der umfassenden Außenwirtschaftsstatistik: So betonte er einmal mehr die positive Rolle, die die engen Wirtschaftsbeziehungen Österreichs zu den Ländern Zentral-, Ost- und Südosteuropas hatten, haben und wohl auch in Zukunft

Wirtschaft

haben werden. Zwar sei Deutschland nach wie vor der mit Abstand wichtigste Handelspartner, doch sei der Großteil des Exportzuwachses von 2,65 Mrd. Euro im Jahr 2008 auf die Ausweitung der österreichischen Exporte in diese Region zurückzuführen. Ähnlich sei die Situation im Tourismus: Deutschland sei zwar nach wie vor für mehr als die Hälfte der Ausländernachtungen verantwortlich, die Dynamik sei in den letzten Jahren jedoch vor allem in den östlichen Herkunftsregionen gelegen, von wo die Gästezahlen zumeist mit zweistelligen Raten gewachsen seien. Auch bei den übrigen Dienstleistungen biete sich ein ähnliches Bild: Deutschland ist mit 30% Anteil an den Exporten und Importen wichtigster Geschäftspartner, im Jahr 2008 stagnierten jedoch die Dienstleistungsexporte in die 15 „alten“ EU-Mitgliedsländer, während beispielsweise gegenüber den 12 neuen Mitgliedsländern ein Plus von 12% zu verzeichnen gewesen sei. Ein Ausnahmeergebnis habe man 2008 mit +50% gegenüber Russland erzielt, das mittlerweile auf Platz 10 der wichtigsten Exportdestinationen liege, hob Direktor Schubert hervor.

Beim Kapitalverkehr ging Direktor Schubert zunächst auf die Direktinvestitionen österreichischer Investoren im Ausland ein. Mit 19,9 Mrd. Euro lag die investierte Summe nur 20% unter dem außerordentlichen Ergebnis des Jahres 2007: Die Investitionstätigkeit habe bis ins 4. Quartal angehalten und sei ein Beleg dafür, dass die Investoren an die wirtschaftliche Zukunft ihrer Beteiligungen – auch in Ost- und Südosteuropa – glauben. Umgekehrt habe auch Österreich seine Rolle als attraktiver Standort für ausländische Direktinvestitionen behaupten können. Zwar sei das Volumen gegenüber 2007 deutlich zurückgegangen, der Zufluß von 9,3 Mrd. Euro war aber immer noch das zweitbeste Ergebnis aller Zeiten.

Im Hinblick auf die Nettoverkäufe ausländischer Wertpapiere, vorwiegend durch heimische Fonds, ergänzte Direktor Schubert, daß die Bewertungsverluste um ein Vielfaches höher gewesen seien. „Zu Jahresbeginn 2008 war das Portfolio an ausländischen Wertpapieren noch 274 Mrd. Euro wert, zu Jahresende jedoch nur noch 230 Mrd. Euro; nur 10 Mrd. sind durch Verkäufe zu erklären, der Rest von 34 Mrd. Euro entfällt auf Bewertungsverluste.“ Umschichtungen innerhalb des Portefeuilles habe es zugunsten von Papieren der „neuen“ Mitgliedsländer der EU bzw. der Nichteuroländer

Schweden, Dänemark und Großbritannien gegeben, wobei allerdings vor allem in Euro denominierte Wertpapiere gekauft wurden. Der Absatz inländischer Wertpapiere ins Ausland war mit 16 Mrd. Euro gering: Aktien und Investmentzertifikate wurden abgestoßen, stark nachgefragt waren vor allem die kurzfristigen Austrian Treasury Bills (+7 Mrd. Euro).

Der aus dem Leistungsbilanzüberschuss resultierende Kapitalüberschuß wurde vor allem durch den Bankensektor im Ausland veranlagt (+30 Mrd. Euro), indem er langfristige Kredite an ausländische Nichtbanken gewährte und seine Einlagen bei ausländischen Banken erhöhte. Auch der Staat hatte

im 4. Quartal zusätzlich kurzfristige Auslandsforderungen von 7 Mrd. Euro aufgebaut. In der Statistik ist auch zu erkennen, daß die Banken nach Ausbruch der Krise das kurzfristige Interbankgeschäft mit ausländischen Partnerbanken beiderseits deutlich zurückgefahren haben. Besonders hoch war 2008 mit +21 Mrd. Euro die Netto-Kreditvergabe an ausländische Nichtbanken, wobei etwa die Hälfte auf verbundene Finanzholdings oder Leasinggesellschaften entfiel. Auch heimische Unternehmen konnten im ersten Halbjahr noch 5 Mrd. Euro an Krediten im Ausland aufnehmen, in der zweiten Jahreshälfte versiegte diese Finanzierungsquelle. ■

Verschärfung der Kreditbedingungen für Unternehmen etwas abgeschwächt

Die Refinanzierungsbedingungen und die Kreditvergabepolitik der österreichischen Banken blieben durch die Finanzkrise auch im ersten Quartal 2009 weiter beeinträchtigt. Allerdings waren die negativen Effekte schwächer als in den vorangegangenen Quartalen. Das zeigt die Umfrage über das Kreditgeschäft im April 2009, in der die Kreditmanager führender Banken ihre Einschätzung der Kreditentwicklung im ersten Quartal 2009 sowie einen Ausblick auf das zweite Quartal 2009 gegeben haben.

Weiterhin erschwerte die internationale Finanzkrise die Refinanzierungsmöglichkeiten der Banken deutlich, die Effekte waren aber nicht mehr so stark wie im zweiten Halbjahr 2008. Einen Beitrag zu dieser leichten Entspannung dürften nach Angaben der befragten Kreditmanager die im Herbst 2008 beschlossene staatliche Eigenkapitalzufuhr für die Banken sowie die Übernahme staatlicher Garantien für Bankschuldverschreibungen geleistet haben.

Im Firmenkundengeschäft haben die österreichischen Banken ihre Kreditrichtlinien im ersten Quartal 2009 zum siebenten Mal in Folge verschärft. Das Ausmaß der zusätzlichen Verschärfung war allerdings merklich geringer als in den Perioden zuvor. (Kreditrichtlinien sind die internen, schriftlich festgelegten und ungeschriebenen Kriterien, die festlegen, welche Art von Krediten eine Bank als wünschenswert erachtet.) Erstmals seit Beginn der Krise erwarten die befragten Banken für das laufende zweite Quartal keine wei-

tere Veränderung der Kreditrichtlinien für Unternehmenskredite mehr.

Auch bei den Kreditbedingungen fiel die Verschärfung etwas geringer als im Vorquartal aus. Trotzdem wurden im ersten Quartal 2009 zum siebenten Mal in Folge die Zinsspannen für risikoreichere Kredite und – in etwas geringerem Ausmaß – für Kreditnehmer durchschnittlicher Bonität angehoben. Ebenso wurden die anderen abgefragten Bedingungen für Unternehmenskredite, wie die Sicherheitenanforderungen, die Höhe und die Fristigkeit der vergebenen Kredite, die Zusatz- oder Nebenvereinbarungen sowie die Kreditnebenkosten für die Kreditnehmer ungünstiger gestaltet.

Im Privatkundengeschäft waren die Effekte der Finanzmarkturbulenzen deutlich weniger ausgeprägt. Sowohl für Wohnbaufinanzierungen als auch für Konsumkredite wurden die Kreditrichtlinien im ersten Quartal 2009 nur leicht verschärft.

Die Zentralbanken des Euroraums – in Österreich die OeNB – führen gemeinsam mit der EZB seit Anfang 2003 viermal jährlich eine Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum durch, um ihren Informationsstand über die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen und Haushalte zu verbessern. Dabei werden rund 110 führende Banken aus allen Ländern des Euroraums befragt, darunter fünf Institute aus Österreich. Erstmals nahmen im April 2009 auch Banken aus der Slowakei an der Umfrage teil. ■

<http://www.oenb.at>

Die Talfahrt geht weiter

Bank Austria Konjunkturindikator schlittert im März tiefer ins Minus – Konjunkturwende erst im Jahresverlauf 2010 – Auch nach der Krise nur zurückhaltende Wachstumsaussichten

Nach einer kurzfristigen Unterbrechung im Vormonat setzte sich die Talfahrt des Bank Austria Konjunkturindikators im März wieder fort. Mit dem Rückgang auf -2,2 hat der Indikator den tiefsten Wert seit Beginn seiner Erhebung vor 20 Jahren erreicht“, sagt der stellvertretende Chefökonom der Bank Austria, Stefan Bruckbauer. Die Abwärtsentwicklung vollzieht sich zudem weiterhin auf breiter Basis. Alle in die Berechnung eingehenden Komponenten tendierten schwächer. Insbesondere das internationale Umfeld hat sich wieder erheblich verschlechtert. Die Stimmung in der europäischen Industrie ist an einem neuen Tiefpunkt angelangt. Der mit den österreichischen Exportanteilen gewichtete Vertrauensindikator ist noch stärker gesunken als der ungewichtete Durchschnitt für die Eurozone. Das weist darauf hin, daß offenbar die wichtigsten Absatzmärkte der heimischen Industrie von der globalen Nachfrageschwäche stärker betroffen sind und sich besonders ungünstigen Geschäftsaussichten gegenüber sehen. Wie der jüngste Bank Austria EinkaufsManager Index mit seinem Rückgang im März bereits vermuten ließ, ist die Stimmung in der heimischen Industrie angesichts rasant sinkender Neuaufträge und abnehmender Auftragsbestände aus dem Ausland weiter gefallen. Die schlechteren Geschäftserwartungen sind allerdings nicht nur auf das schwierigere Exportumfeld zurückzuführen sondern zunehmend auch auf die ungünstigeren Aussichten für die heimische Nachfrage. Das österreichische Verbrauchervertrauen hat sich im März wieder verschlechtert und einen historischen Tiefpunkt erreicht. „Der aktuelle Bank Austria Konjunkturindikator zeigt, daß sich die österreichische Wirtschaft auf einer langen und steilen Talfahrt befindet. Der Konjunkturtiefpunkt ist bislang außer Sichtweite. Die heimische Wirtschaft wird ihren Wendepunkt daher nicht vor 2010 erreichen“, interpretiert Bruckbauer die aktuellen Zahlen.

Der globale Konjunktуреinbruch hinterläßt immer tiefere Spuren in der exportorientierten heimischen Industrie. Die jüngsten Daten machen deutlich, daß die Ausfuhren und als Reaktion auf die schrumpfende

Bank Austria Konjunkturindikator Österreich



Nachfrage auch die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr massiv sinken werden. Die Ökonomen der Bank Austria gehen für 2009 von einem Rückgang von jeweils zumindest 6 Prozent real aus. Aufgrund bislang fehlender Anzeichen für eine Trendwende ist auch für das nächste Jahr noch mit einem Rückgang der Investitionen zu rechnen und die Exporte werden bestenfalls stagnieren. Die einzelnen Industriebranchen werden von den Auswirkungen der internationalen Nachfrageschwäche sehr unterschiedlich betroffen sein. „Während die Fahrzeugindustrie und Zulieferbranchen in den nächsten beiden Jahren enormen Herausforderungen gegenüberstehen, werden stärker an die heimische Nachfrage gebundene Bereiche wie etwa die Elektroindustrie weit besser abschneiden“, meint Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl. So mußte die Fahrzeugherstellung in Österreich bereits 2008 deutliche Einbußen hinnehmen, die sich im laufenden Jahr noch erheblich verstärken werden. Ein Produktionsrückgang um mehr als ein Fünftel ist nicht auszuschließen und der Abschwung wird erst im Jahresverlauf 2010 stoppen. Den Maschinenbau, die Stahlindustrie und die Metallwarenerzeugung, die zum Teil wichtige Kfz-Zulieferer sind, erwarten im gesamten Jahresverlauf 2009 massive Nachfrageeinbußen. Eine Erholung im nächsten Jahr gilt

nach Einschätzung der Ökonomen der Bank Austria derzeit als eher unsicher. Andere Branchen, wie z.B. die Elektroindustrie, werden von den staatlichen Konjunkturmaßnahmen hingegen profitieren können und daher 2009 nur einen relativ moderaten Produktionsrückgang erleiden. Auch die Erholung wird hier 2010 rascher einsetzen.

Mit zunehmender Dauer und Intensität des Konjunktüreinbruchs spürt auch die Inlandsnachfrage immer mehr Gegenwind, was den Abwärtstrend weiter verstärkt. Deshalb wird auch die Bauproduktion sowohl 2009 als auch 2010 schrumpfen. In Teilbereichen, wie z.B. der Hochbausanierung und dem Tiefbau, sind dank der öffentlichen Konjunkturprogramme in beiden Jahren jedoch auch leichte Zuwächse möglich, sodaß der Rückgang am Bau mit 3 Prozent im laufenden Jahr und 1 Prozent 2010 insgesamt noch relativ moderat ausfallen sollte.

Im Dienstleistungsbereich leiden die wirtschaftsnahen Dienste, der Großhandel und das Transportgewerbe am stärksten unter den Schwierigkeiten in der Industrie und zumindest die industrienahen Sparten müssen mit ähnlich hohen Umsatzrückgängen wie manche Industriebereiche rechnen. Auch der Tourismus wird 2009 überdurchschnittlich von der internationalen Konjunkturschwäche betroffen sein, denn nur zum

Wirtschaft

Teil werden die Nächtigungsausfälle von zahlungskräftigen Gästen aus weiter entfernten Herkunftsländern durch eine stärkere Binnennachfrage kompensiert werden können. Der Einzelhandel wird durch die Steuerreform und die zusätzlichen Transferleistungen für Familien zwar stärkende Impulse erhalten, der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit um rund 100.000 Personen 2009/2010 sowie die steigende Sparneigung dämpfen jedoch die Aussichten und lassen leichte Umsatzeinbußen erwarten.

Unterstützt durch die sich abschwächende Inlandsnachfrage – der starke Rückgang der Investitionen wird von einem nur stagnierenden privaten Konsum begleitet – bleibt der Inflationsdruck gering. Auch externe preistreibende Faktoren fehlen vorerst, so daß sich der Rückgang der Teuerung, der im Herbst 2008 eingesetzt hat, sich in den nächsten Monaten fortsetzen wird. Im Sommer sind sogar leicht rückläufige Werte möglich. „Die Inflation sollte im Jahresdurchschnitt 2009 auf 0,4 Prozent sinken. Auch 2010 wird die Inflationsrate mit 1,1 Prozent im Jahresdurchschnitt niedrig bleiben, sofern keine externen Einflüsse zusätzlichen Preisauftrieb verursachen“, meint Pudschedl.

Die Auswirkungen des globalen Konjunktureinbruchs werden die österreichische Wirtschaftsentwicklung noch über das laufende Jahr hinweg beeinträchtigen und dabei letztlich alle Sektoren treffen. Die staatlichen Konjunkturpakete und die bisherige geldpolitische Lockerung sind zwar wichtige Gegenmaßnahmen, die in den kommenden Monaten die schwerwiegenden Folgen der globalen Nachfrageflaute abfedern werden, sie reichen aber nicht aus, um das Ruder nachhaltig herumzureißen. Alternative Maßnahmen, wie z.B. eine quantitative Lockerung mittels Aufkauf von Wertpapieren durch die EZB, könnten noch auf die Agenda gesetzt werden. „Der Traum einer kurzen konjunkturellen Schwächephase, die schmerzlos durchtaucht werden kann, ist jedenfalls endgültig ausgeträumt“, faßt Bruckbauer zusammen und ergänzt: „Nach einem Rückgang des BIP um 2,2 Prozent 2009 wird die österreichische Wirtschaft auch 2010 nicht wachsen.“ Außerdem werden die Wachstumsaussichten auch nach der Überwindung der aktuellen Schwierigkeiten und der Stabilisierung der Finanzmärkte längerfristig zurückhaltend bleiben. In den kommenden Jahren wird der öffentliche Sektor weltweit in einer

Gegenbewegung zur derzeitigen fiskalischen Expansion versuchen, den Gürtel deutlich enger zu schnallen und damit die Wirtschaftsdynamik dämpfen. Gleichzeitig werden die steigenden Sparquoten auch in jenen Ländern, die bisher deutliche Leistungsbilanzdefizite hatten, die globale Nachfrage zusätzlich erheblich dämpfen.

Österreich ist nicht von Pleite bedroht

Abschließend weisen die Ökonomen der Bank Austria auf eine aktuelle Analyse mit dem Titel „Hat sich Österreich übernommen?“ (*Report 1 2009*) hin. In dieser wird gezeigt, daß Spekulationen, Österreich könnte Pleite gehen, absolut überzogen sind. „Selbst wenn man die sehr pessimistischen Annahmen des IWF über die Kosten der Bankenpakete unterstellt, bleibt Österreichs öffentliche Verschuldung deutlich unter dem Durchschnitt und niedriger als jene Deutschlands oder Frankreichs“, analysiert Bruckbauer. Zudem weist Bruckbauer darauf hin, daß die Forderungen österreichischer Banken zu einem Großteil keine Auslandsforderungen sondern lokale Forderungen in Osteuropa sind, was von manchen oberflächlichen Betrachtern übersehen wird. ■

39 Insolvenzen pro Werktag

Die endgültigen Zahlen der Creditreform Privatsolvenzstatistik für das 1. Quartal 2009 zeigen ein überraschendes Ergebnis: Zwar ist die Anzahl der eröffneten Schuldenregulierungsverfahren weiterhin angestiegen (+3,9%, 2.148 Fälle), jedoch liegt das Wachstum nicht mehr im zweistelligen Bereich wie noch in den Jahren davor. Erklärbar ist das durch ein auf den ersten Blick scheinbares Paradoxon: Steigende Arbeitslosigkeit führt zu einer Stagnation bei den Privatsolvenzen. Durch die steigende Arbeitslosigkeit verfügen viele Privatschuldner nicht mehr über die Mittel zur Entschuldung mittels Insolvenzverfahren. Die Mindestquote von 10% im Abschöpfungsverfahren ist nur durch eine gesicherte Einkommenssituation erfüllbar. Schuldnerberater melden dementsprechend eine starke Zunahme von Schuldnern, wo sogar im Wege der Zwangsvollstreckung nichts mehr für die Gläubiger zu holen ist. Das heißt, es kommt zu einem 100%igen Forderungsausfall für die Gläubiger. Insgesamt ist der Zuwachs an Privatsolvenzen nach wie vor in Zusammenhang mit der stetigen Abarbeitung unerledigter Fälle seit

Einführung des Schuldenregulierungsverfahrens als Instrument zur privaten Entschuldung zu sehen.

Ein Blick auf die einzelnen Bundesländer zeigt ein West-Ost-Gefälle. Vor allem Vorarlberg (-16,9%, 162 Fälle) und Tirol (-15,9%, 191 Fälle) sowie Salzburg (-8,3%, 122 Fälle) melden ein deutliches Sinken der Schuldenregulierungsverfahren. Anders ist die Lage weiter im Osten Österreichs. Vor allem das Burgenland (+32,5%, 53 Fälle) und Oberösterreich (+14%, 366 Fälle) weisen stark ansteigende Privatsolvenzzahlen auf. Wien schneidet trotz eines Zuwachses von 9% auf 916 Insolvenzen relativ positiv ab, lag der Anstieg doch sowohl im 1. Quartal 2008 als auch im Gesamtjahresvergleich 2008 stets in einem Bereich von über 20%. Grund zur Euphorie besteht dennoch wenig, da die Wiener Insolvenzquote mit 6,7 Insolvenzen pro 10.000 Erwachsene nach wie vor österreichweit am höchsten ist.

Die Ursachen dieser ernüchternden Bilanz liegen nicht ausschließlich in der schlechter werdenden Wirtschaftslage, sondern schlicht in der Tatsache, daß viele Ös-

terreicher seit Jahren über ihren Möglichkeiten gelebt haben und es am privaten Finanzmanagement fehlte. Einerseits werden die aufgestauten Altlasten des seit 1995 bestehenden „Privatkonkurses“ sukzessive durch personell aufgestockte, anerkannte Schuldnerberatungsstellen abgebaut, andererseits sind unüberlegte Ratenvereinbarungen, leichtfertig aufgenommene Konsumentenkredite und mangelnde Kenntnis im richtigen Umgang mit Geld hauptverantwortlich für diese Entwicklung. Die Fehler der Vergangenheit rächen sich nun in der Krise bei ansteigender Arbeitslosigkeit doppelt. Ohne gesichertes Einkommen ist nicht einmal mehr der Privatkonkurs möglich, um aus der Schuldenfalle auszubrechen und einen Neustart zu beginnen. Auch bei Konsumenten müssen daher objektive Kriterien der Risikoprüfung und damit Kreditvergabe gelten. Kreditnehmer müssen einfach genauer unter die Lupe genommen werden. Wer nicht zahlt und bei wem die Forderung gerichtlich eingetrieben werden muß, soll nicht unendlich und ohne Konsequenzen weiter auf Kosten der Gläubiger leben können. ■

Industriekonjunktur: Leise Anzeichen für Bodenbildung auf niedrigstem Niveau

Beispielloser Rückgang des IV-Konjunkturbarometers – massive realwirtschaftliche Schrumpfung auf das Ausbringungsniveau vor einer Dekade

Seit Jahresbeginn hat sich die konjunkturelle Lage in der Industrie weiter verschärft. Die Indikatoren der gegenwärtigen Geschäftslage befinden sich nicht nur in tieferem Terrain, sondern weiter im freien Fall. Zugleich geht erstmals in diesem Zyklus von einzelnen erwartungsbezogenen Indikatoren ein erster Hoffnungsschimmer auf eine Stabilisierung der Lage auf niedrigstem Niveau aus – allerdings frühestens ab dem vierten Quartal des heurigen Jahres“, bringt der Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV), Markus Beyrer, das Hauptergebnis der IV-Konjunkturerhebung für das 1. Quartal 2009 auf den Punkt.

Gegenüber dem 4. Quartal 2008 fällt das IV-Konjunkturbarometer, das als Mittelwert aus den Beurteilungen der gegenwärtigen Geschäftslage und der Geschäftslage in sechs Monaten bestimmt wird, von -22 Punkten abermals auf -27 Punkte. Nachdem sich die Lagekomponente bereits zuvor in extremer Weise um 40 Punkte zurückgebildet hatte, verringert sie sich zu diesem Termin abermals um 30 Punkte (Saldo -36 nach -6) und damit zum siebten Mal in Folge. „Ein solcher Absturz um 70 Punkte binnen zwei Quartalen ist in der modernen Industriegeschichte beispiellos. Im Zuge dieses realwirtschaftlichen Schrumpfungsprozesses büßt die österreichische Industrie den realen Wertschöpfungszuwachs einer ganzen Dekade ein“, stellt IV-Chefökonom Christian Helmenstein fest. „Mit Blick auf den Sechs-Monats-Horizont werden die enorm schwierigen Marktbedingungen des ersten Halbjahres 2009 fortbestehen, doch verdichten sich angesichts der verbesserten Erwartungskomponente (Saldo -17 nach -38) die Chancen für einen unteren konjunkturellen Wendepunkt im Schlussquartal – allerdings nur unter der Voraussetzung, daß im internationalen Kontext keine weiteren systemischen Risiken schlagend werden und sich die Stimmungsaufhellung der vergangenen Wochen in den kommenden Monaten fortsetzt.“

Bei den Auftragsbeständen als dem singular wichtigsten Vorlaufindikator der IV-Konjunkturerhebung für die Entwicklung der Industriekonjunktur in den kommenden



IV-Generalsekretär Markus Beyrer (li.) und IV-Chefökonom Christian Helmenstein bei der Pressekonferenz zur Konjunkturmfrage

Monaten ist hingegen nach wie vor kein Anzeichen einer Bodenbildung zu erkennen. Auftragsflaute herrscht sowohl bei den Bestellungen aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Daher verminderten sich die Gesamtauftragsbestände weiter um 24 Punkte auf einen Saldo von -33 Punkten, wobei der Saldo der Auslandsaufträge in vergleichbarer Weise von -12 Punkten auf ebenfalls -33 Punkte abnahm.

Dementsprechend verharren die Produktionserwartungen in der Industrie in saisonbereinigter Betrachtung für die kommenden Monate auf niedrigstem Niveau. Die Folge ist – im Durchschnitt der österreichischen Industrie – eine drastische Unterauslastung der Produktionskapazität und eine anhaltende Investitionszurückhaltung.

Hiermit korrespondierend setzt sich der negative Beschäftigungstrend im Durchschnitt der Industriebranchen fort (Saldo -42 nach -49). Allerdings erwartet nahezu die Hälfte der Unternehmen, daß es gelingen wird, den jeweiligen Beschäftigtenstand in den kommenden Monaten zu halten, während jedes 16. Unternehmen eine Ausweitung der Personalstandes vorzunehmen beabsichtigt.

Der Anteil der Unternehmen, welcher in den kommenden Monaten mit einem absolu-

ten Rückgang der erzielbaren Verkaufspreise rechnet, nimmt rezessionsbedingt noch weiter zu (Saldo -30 nach -20). Die Mengenentwicklung in Verbindung mit dem enormen Preisdruck löst eine massive Ertragserosion aus (Saldo -27 nach -5), die sich mit Zeitverzögerung fiskalisch signifikant negativ bei dem Aufkommen an Unternehmenssteuern niederschlagen wird. Im Jahresverlauf erwarten die Unternehmen eine weitere Verschlechterung ihrer Ertragslage, doch sollte sich das Ausmaß der erforderlich werdenden Ertragsrevisionen allmählich verringern (Saldo -22 nach -32).

Zur Befragungsmethode

An der jüngsten Konjunkturmfrage der Industriellenvereinigung beteiligten sich 455 Unternehmen mit mehr als 304.000 Beschäftigten. Bei der Konjunkturmfrage der IV kommt folgende Methode zur Anwendung: den Unternehmen werden drei Antwortmöglichkeiten vorgelegt: positiv, neutral und negativ. Errechnet werden die (beschäftigungsgewichteten) Prozentanteile dieser Antwortkategorien, sodann wird der konjunktursensible „Saldo“ aus den Prozentanteilen positiver und negativer Antworten unter Vernachlässigung der neutralen gebildet. ■

<http://www.iv-net.at>

»Energiesstrategie Österreich«

Versorgungssicherheit, Energieeffizienz und erneuerbare Energie
sind die drei Säulen der Strategie

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Umweltminister Niki Berlakovich haben am 17. April in einer Pressekonferenz den Weg zur „Energiesstrategie Österreich“ präsentiert. „Österreich braucht eine Energiesstrategie. Bis zum Jahr 2020 müssen wir 34 Prozent unseres Endenergieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen decken – so lautet die EU-Vorgabe. Das bedeutet für Österreich: Es ist Zeit zu handeln. Wir müssen jetzt einen Weg einschlagen, der die Energieversorgung für Österreichs Bevölkerung und Unternehmen über das Jahr 2020 hinaus nachhaltig und sicher macht“, sagte Mitterlehner.

„Deshalb werden wir im Auftrag der österreichischen Bundesregierung die ‚Energiesstrategie Österreich‘ gemeinsam vorantreiben. Im Fokus steht die Umsetzung konkreter Maßnahmen und Projekte bis 2020. Durch den Umstieg auf erneuerbare Energieträger und konsequente Steigerung der Energieeffizienz können wir bis 2020 die EU-Vorgaben zu Energie und Klimaschutz zeitgerecht einhalten“, erklärt Berlakovich.

Drei Säulen der »Energiesstrategie Österreich«

Die „Energiesstrategie Österreich“ und deren Energieziele basieren auf den drei Säulen Versorgungssicherheit, Energieeffizienz und erneuerbare Energie. Es wird ein konkreter Maßnahmen- und Zeitplan zur Erreichung der EU –Energieziele und zur Umsetzung der Richtlinie zur Nutzung von erneuerbarer Energie erarbeitet. Besonderer Fokus wird auf die Einbindung von relevanten Stakeholdern und Unternehmen gelegt, die an der Umsetzung mitwirken sollen.

Langfristige Energieunabhängigkeit wird angestrebt

„Die Gaskrise zu Beginn des Jahres hat die Abhängigkeit von Energieträgern deutlich aufgezeigt. Durch den Umstieg auf erneuerbare Energieträger und konsequente Steigerung der Energieeffizienz können wir bis 2020 die EU-Vorgaben zeitgerecht einhalten. Österreich hat enormes Potenzial zur Nutzung erneuerbarer Energieträger. Unser Ziel muß es sein, unabhängig von Öl- und



Landwirtschaftsminister Niki Berlakovich (li.), Monika Langthaler (Brainbows) und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner

Foto: BMWF/HBF

Gasimporten zu werden und mithilfe moderner Umwelttechnologien langfristig Österreichs Energieautarkie anzustreben“, fordert Berlakovich.

„Die Energiesstrategie Österreich soll nicht verordnet werden, sondern als Prozeß in den nächsten Monaten erarbeitet werden. Dazu wurde von beiden Ministerien das Beratungsunternehmen brainbows mit der Koordination beauftragt. In der Strategie-Koordination wird bis Juni ein Entwicklungspfad erstellt, in dem auch Zielwerte für den energetischen Endverbrauch im Jahr 2020 dargestellt werden“, betont Mitterlehner.

Aufbau eines Energie-Netzwerks

Die erfolgreiche Umsetzung der Energiesstrategie – vor allem die Einigung auf konkrete Umsetzungsmaßnahmen – hängt von der aktiven und konstruktiven Beteiligung der Stakeholder im Energiefeld ab.

Im Regierungsprogramm ist eine energiepolitische Gesamtstrategie vorgesehen, die nicht vorgeschrieben werden soll, sondern mit den Stakeholdern erarbeitet werden

wird. Eine besondere Rolle nehmen dabei die Bundesländer ein.

Die Energiesstrategie soll durch eine Vielzahl von Organisationen aus dem öffentlichen und privaten Sektor getragen werden. Bund, Länder und vor allem die Unternehmen spielen auf allen Ebenen zusammen und bilden (inklusive Sozialpartner und NGOs) ein professionelles Energie-Netzwerk. Sie alle sind eingeladen, sich an Workshops und Arbeitsgruppen zu beteiligen.

Chance nutzen

„Wir müssen die Chancen nutzen, die Energieversorgung Österreichs auf zukunftsweisende, effiziente und erneuerbare Beine zu stellen – speziell auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten“, zeigt Berlakovich auf.

„Diese Energiezukunft muss einerseits leistbar sein und eine möglichst hohe Wertschöpfung für die österreichische Bevölkerung und die Unternehmen erzielen. Investitionen in das Energiesystem schaffen wichtige Arbeitsplätze“, schließt Mitterlehner. ■

<http://www.bmwfj.gv.at>

Oberösterreich ist erneut Patentkaiser in Österreich

LH Dr. Pühringer / LR Sigl: »Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind Innovationen von großer Bedeutung. Umso erfreulicher ist es, daß Oberösterreich wieder das Erfinderland Nummer 1 ist!«

Die aktuellen Zahlen des Österreichischen Patentamts bestätigen es: Die öö. Wirtschaft und die Industrie haben einmal mehr die Nase vorn, wenn es um die Schutzrechte für Patente geht. Von den 2298 Patenten, die 2008 in Österreich zur Anmeldung gebracht wurden (1104 Erteilungen), stammt mehr als ein Viertel (588) aus Oberösterreich. Davon wurden 322 erteilt. „Somit liegt Oberösterreich sowohl bei den Patentanmeldungen, als auch bei den Patenterteilungen an erster Stelle – mit großem Abstand vor Wien und der Steiermark“, geben Landeshauptmann Josef Pühringer und Wirtschafts-Landesrat Viktor Sigl bekannt. Oberösterreich ist damit 2008 mit den meisten Patenterteilungen seit 2004 zum 5. Mal in Folge rot-weiß-roter Patentkaiser.

Patente sind laut OECD der „wichtigste Maßstab für Innovationsergebnisse“. Sie spiegeln die erfinderische Leistung von Ländern, Regionen und Unternehmen sowie die Dynamik des Innovationsprozesses wider. Innovationsfähigkeit und die Anzahl von Patentanmeldungen beziehungsweise -erteilungen hängen damit untrennbar miteinander zusammen. „Umso erfreulicher ist es, daß unsere innovativen Geister auch in diesem schwierigen Jahr klar die Nase vorne haben“, so Pühringer und Sigl.

Oberösterreich liegt bei den Patentanmeldungen und -erteilungen bundesweit an der Spitze. Berechnet man die Patentanmeldungen pro 100.000 Erwerbstätige, so liegt Oberösterreich (83,35) auch hier an erster Stelle. Und zwar vor Vorarlberg (51,81) und der Steiermark (62,18).

ÖÖ auch bei erteilten Gebrauchsmustern auf Platz 1

Auch bei den „Gebrauchsmustern“, dem „kleinen Bruder des Patentes“, liegt ÖÖ mit 128 Erteilungen vor der Steiermark und Niederösterreich auf Platz 1. „Diese herausragenden Ergebnisse bei den Patenten und Gebrauchsmustern bestärken uns, in unserem wirtschaftspolitischen Kurs und in unserer Anstrengungen um jeden Arbeitsplatz. Denn

Innovationen und Erfindungen sind das beste Mittel gegen die Wirtschaftskrise und für Wachstum und Wohlstand in Oberösterreich“, so Landeshauptmann Josef Pühringer.

ÖÖ Unternehmen forschen trotz Wirtschaftskrise kräftig weiter

Und Oberösterreichs Unternehmen setzen trotz Wirtschaftskrise weiter stark auf Forschung und Entwicklung. „Das ist der richtige Weg. Denn nach der Krise ist es entscheidend, wer mit hoher Innovationskraft am schnellsten durchstarten, neue Märkte nützen und mit innovativen Produkten punkten kann“, betont Sigl. Im ersten Quartal dieses Jahres sei dies sehr gut gelungen, sagt er.

„Wir werden weiterhin auch von Seiten des Landes kräftig in Forschung und Entwicklung, in Innovation und Technologisierung investieren und unsere Unternehmen unterstützen. Wir wollen mit unseren ausgezeichneten Unternehmen und deren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weltweit mit Innovationen made in Upper Austria punkten“, betonten Pühringer und Sigl.

Was sind Patente und Gebrauchsmuster?

Ein Patent ist ein hoheitlich erteiltes gewerbliches Schutzrecht für eine Erfindung, das für einen begrenzten Zeitraum gilt. Der „kleine Bruder“ ist das Gebrauchsmuster, das einen geringeren Schutzzumfang bietet.

<http://www.patentamt.at>

Land ÖÖ unterstützt Unternehmen

Das Land Oberösterreich unterstützt Unternehmen, die Fragen bei der Patent- und Schutzrechtsverwertung haben. Interessierte können sich bei der CATT Innovation Management GmbH kostenfrei beraten lassen, denn als Beratungsunternehmen innerhalb der TMG-Gruppe im nationalen und internationalen Innovationsmanagement bietet CATT öö. Organisationen individuelle fachspezifische Beratung zu Schutzrechten und die qualifizierte Einbindung der Patentanwälte und -dienstleister im Rahmen der

Schutzrechtsanmeldung. Ebenso führt CATT Grobrecherchen zum Stand der Technik zur Beurteilung von Erfindungsideen durch und unterstützt bei der Verwertung von Schutzrechten über Lizenzen sowie Veräußerung.

<http://www.catt.at>

Der Spitzenplatz im Innovationswettbewerb der österreichischen Bundesländer geht auch 2008 an Oberösterreich, diesmal mit Respektabstand vor der Nummer zwei, der Bundeshauptstadt Wien. Die Steiermark entscheidet mit 469 Anmeldungen den Kampf um Platz drei gegenüber Niederösterreich mit 440 Anmeldungen knapp für sich. Mit ausschlaggebend für den Stockerplatz der Steirer sind sicher die Anmeldungen des Siegers der Einzelwertung AVL List. Ohne AVL läge die Steiermark deutlich auf Platz vier.

Auf den Plätzen dahinter herrscht Gedränge: Platz fünf geht 2008 an Vorarlberg (190 Anmeldungen), knapp gefolgt von Salzburg (189) und Kärnten (188). Das südlichste Bundesland hat gegenüber dem Vorjahr einen Platz gut gemacht und liegt nun auf Platz sieben, noch vor Tirol (164) und dem Burgenland (40 Anmeldungen).

Patentamts-Präsident Friedrich Rödler zu den Ergebnissen des Bundesländer-Rankings: „Es ist erfreulich, daß gerade von der Krise stark betroffene Bundesländer wie Oberösterreich oder die Steiermark nicht den Kopf in den Sand stecken. Diese Innovationskraft ist ein klares Signal und läßt für die Zukunft hoffen.“

Mißt man die Pro-Kopf-Erfindungsquote der Bundesländer und nicht die absolute Zahl der angemeldeten Erfindungen, bleibt Oberösterreich unangefochten auf Platz eins. Dahinter allerdings kommt es zu massiven Verschiebungen: Denn Vorarlberg kommt in dieser Statistik ob seiner geringer Bevölkerungsdichte auf Platz zwei. Die Steiermark liegt auch hier auf Platz drei und läßt Salzburg knapp hinter sich. Auf Platz fünf folgen Kärnten, das sich gegenüber dem Vorjahr um zwei Plätze verbessern konnte, und die Bundeshauptstadt Wien, die im Jahresvergleich deutlich zurückgerutscht ist. ■

Brauner: Erster Mingo Award für clevere Geschäftsideen



Alle Fotos: Schaub-Walzer

Die PreisträgerInnen des 1. Mingo Awards erhielten für ihre kreativen Projekte ein Preisgeld von jeweils 5.000 Euro.

Zum ersten Mal wurden am 20. April sechs Wiener Klein- und Mikrounternehmen mit dem Mingo Award des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) prämiert. GründerInnen, Jungunternehmen, Ein-Personen-Unternehmen, Neue Selbständige, Kleinbetriebe und Unternehmen mit Migrationshintergrund hatten bis 31. März die Möglichkeit, ihre innovativen Produkte und kreativen Geschäftsideen einzureichen. Über 500 Gäste ließen sich an einem glänzenden Abend in den Hofstallungen im Museumsquartier von den preisgekrönten Ideen überzeugen. Durch den Abend führte das österreichisch-deutsche Kabarettistenduo Stermann und Grisseemann.

Mingo Award als wirtschaftlicher Impuls

Vizebürgermeisterin, Finanz- und Wirtschaftsstadträtin Renate Brauner überreichte die Preisgelder von je 5000 Euro und zeigte sich beeindruckt von den eingereichten Projekten: „Ich gratuliere den Siegerinnen und Siegern des Mingo Award zu ihrer hochwertigen Arbeit. Mit dem Award wollen wir Anerkennung und Impulse geben für dieses ungeheuer kreative Potential der Wiener

Kleinstunternehmen. Sie stellen eine wichtige Stütze für die Wiener Wirtschaft dar. Mein Respekt gilt aber allen 110 BewerberInnen und ich bin zuversichtlich, daß es im kommenden Jahr noch mehr sein werden.“

Stadt Wien und WWFF als starke Wirtschaftspartner in der Krise

Brauner wies bei der Verleihung erneut auf die Wichtigkeit hin, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einen Schuttschirm für die Wiener Unternehmen zu spannen und diese zu unterstützen: „Die Stadt Wien und der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds tragen mit dieser Auszeichnung dazu bei, die Innovationskraft und das Kreativpotential der Wirtschaft in Wien weiterhin zu stärken. Gerade in der Krise hat dies besondere Bedeutung“, so Brauner. „Wir glauben nicht nur an die Wiener Unternehmerinnen und Unternehmer, wir sind für sie auch beständige Partner.“

Mingo, ein Projekt des WWFF, stellt neuen und kleinen Wiener Unternehmen umfassende Serviceleistungen zur Verfügung. Neben dem Gründungscoaching und dem Innovationsmanagement bietet die Mingo

Academy das nötige Know-how, um das eigene Unternehmen voranzutreiben. Weite Serviceeinrichtungen sind Mingo Migrant Enterprises speziell für Unternehmen mit Migrationshintergrund und das Grätzmanagement. Das Herzstück der Mingo Services stellen die Mingo Bueros dar: günstige und flexible Gemeinschaftsbüros ab 15 m² deren Motto lautet: „Move in and grow“.

Sechs Projekte ausgezeichnet

In sechs verschiedenen Kategorien wurde je ein Projekt von einer Jury ausgewählt. Bei der Auswahl wurde auf Originalität und Innovation, aber auch auf die wirtschaftlichen Effekte des Projekts Wert gelegt, wie Nachhaltigkeit oder die Auswirkung auf die Beschäftigung.

Sieger in der Kategorie Arbeitsorganisation und soziale Dimension wurde das in Gründung befindliche Unternehmen meublounge. Mit ihrer Online-Plattform wollen die JungunternehmerInnen außergewöhnliche Möbelstücke präsentieren und internationale DesignerInnen untereinander und mit deren PartnerInnen vernetzen.

Gewinnerin: Katharina Klausberger
<http://www.meublounge.com>

Wirtschaft

In der Kategorie Fortbildung und Wissenstransfer konnte sich das Projekt Digitalks! durchsetzen. Bei monatlichen Events und Workshops speziell für Frauen und Einzelunternehmen werden neue Medien in einfacher Sprache vermittelt.

Gewinnerin: Meral Akin-Hecke

<http://www.digitalks.at>

Hannovermarkt Catering wurde für seine Ideen im Bereich Vernetzung und Grätzeltaktivitäten ausgezeichnet. 30 MarkunternehmerInnen haben sowohl eine gemeinsame und erfolgreiche Catering GesbR gegründet, als auch einen Anreiz für KundInnen geschaffen, wieder öfter am Hannovermarkt einzukaufen.

Gewinnerin: Doris Knor

<http://hannovermarkt.einkaufsstrassen.at/catering.html>

Das Rennen in der Kategorie Produkt- und Leistungsangebot kreativ konnte Textildesignerin Veronika Persché für sich entscheiden. Sie produziert in ihrem Wiener Atelier Strickmodelle aus oftmals außergewöhnlichen Materialien. Die AuftraggeberInnen und KundInnen ihrer Unikate oder Kleinserien stammen aus der ganzen Welt. Das Design der Stoffmuster steht für Persché im Mittelpunkt.

Gewinnerin: Veronika Persché

<http://www.persche.com>

Das Siegerprojekt der Kategorie Produkt- und Leistungsangebot allgemein nennt sich Heel-Dice® und soll Menschen, die gerne hohe Absätze tragen, einen sicheren Stand ermöglichen. Die Heeldice GmbH entwickelt und vertreibt kleine Gummwürfel, die bei Bedarf am Stöckel von High-Heels befestigt werden und auf Schnee, Kies oder Gittern durch die verbreiterte Trittfläche sicheren Halt bieten.

Gewinner: Martin Müller

<http://www.heeldice.com>

Ebenfalls in der Kategorie Produkt- und Leistungsangebot allgemein ausgezeichnet wurde das Unternehmen Radlager. Das Unternehmen hat sich als bislang einziges in Österreich auf Recycling und Neuaufbau von Rennrädern des 20. Jahrhunderts spezialisiert. Gebrauchte Rennradstahlrahmen und -komponenten werden detailgenau restauriert und in bestmöglichem Zustand als einsatzfähige Rennräder wieder auf die Straße gebracht.

Gewinner: Markus Böhm

<http://www.radlager.at>

<http://www.mingo.at>



Hans Staud, Finanzstadträtin Renate Brauner, WWFF-Geschäftsführer Bernd Rießland und Monika Unterholzner, WWFF Abteilungsleiterin



Christoph Grisseman, Doris Zaiser und Wolfgang Böhm (radlager.at), Dirk Stermann und Finanzstadträtin Renate Brauner

Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) ist das zentrale wirtschaftspolitische Instrument der Stadt Wien. Sein Ziel ist die Stärkung der Wiener Unternehmen und deren Innovationskraft sowie die nachhaltige Modernisierung des Wirtschaftsstandortes, um seine internationale Wettbewerbsfähigkeit auszubauen. Sein Leistungsangebot erstreckt sich von der professionellen Beratung von UnternehmerInnen, GründerInnen und InvestorInnen über die zielgerichtete

Vergabe monetärer Förderungen, die Bereitstellung und Erschließung von geeigneten Grundstücken bis hin zum weltweiten Standortmarketing für den Wirtschaftsstandort Wien. Der WWFF wird vorwiegend aus öffentlichen Mitteln der Stadt Wien dotiert.

Mit rund 3,5 Millionen Quadratmetern gehört der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds außerdem zu den größten Liegenschaftseigentümern der Stadt.

<http://www.wwff.gv.at>

Vier Gemeinden, ein Ziel

Betriebe im »Zukunftsraum Eferding« ansiedeln – OÖ Wirtschafts-Landesrat Sigl lobt Vorzeigemodell: Eferding, Hinzenbach, Puppung und Fraham teilen sich den Steuerkuchen



Foto: Land OÖ/Cernjak

v.l.: Bgm. Johann Stadelmayer (Eferding) Bgm. Hubert Schlucker (Puppung) Wirtschaftslandesrat Viktor Sigl, Bgm. Erwin Hartl (Fraham), Vzbgm. Egolf Richter (Eferding) und Bgm. Wolfgang Kreinecker (Hinzenbach)

Die Ansiedlung der Firma Fleischanderl Landmaschinen in Puppung ist eine der ersten Betriebsansiedlungen, die im Rahmen des Projekts „Zukunftsraum Eferding“ abgewickelt wurden. „Der ‚Zukunftsraum Eferding‘, zu dem sich die Gemeinden Eferding, Puppung, Fraham und Hinzenbach zusammengeschlossen haben, ist eine oberösterreichweit einzigartige Gemeindekooperation“, sagt Wirtschaftslandesrat Viktor Sigl. Die Bürgermeister der vier Gemeinden haben vereinbart, daß die Kommunalsteuereinnahmen aller zukünftigen Betriebsansiedlungen nach einem fixen Schlüssel auf die vier Gemeinden aufgeteilt werden.

„Das Einzigartige an der Kooperation ist“, erklärt Sigl, „daß die Aufteilung der Steuereinnahmen nicht nur bei neuen Betriebsbaugeländen in Kraft tritt, sondern auch bei bereits bestehenden. Ein Teil der Kommunalsteuereinnahmen wird außerdem in einen gemeinsam verwalteten ‚Zukunftsfonds‘ eingespeist, aus dem wiederum gemeinsame Raumplanungen sowie Marke-

ting- und Standortentwicklungsmaßnahmen mitfinanziert werden. So gelingt es, Arbeit zu den Menschen zu bringen.“ Begleitet wird das Projekt von der Regionalmanagement OÖ GmbH (RMOÖ), der Technologie- und Marketinggesellschaft (TMG) und der Wirtschaftskammer Eferding.

Von der Ansiedlung der Firma Fleischanderl Landmaschinen in Puppung beispielsweise profitiert somit nicht nur die Standortgemeinde, die Kommunalsteuereinnahmen werden nach einem fixen Schlüssel auch auf die Partnergemeinden Eferding, Fraham und Hinzenbach aufgeteilt. Die Vereinbarung sieht folgenden Aufteilungsschlüssel vor: Die Standortgemeinde erhält 49 %, die weiteren drei Gemeinden erhalten je 15 %, die restlichen 6 % werden in den Zukunftsfonds eingezahlt.

Die Kooperation „Zukunftsraum Eferding“ gilt seit 1. Jänner 2009. Ziel der Kooperation zwischen den Gemeinden ist es, neue Betriebe anzusiedeln und bestehende Betriebe zu halten. Die Wirtschaft in der Re-

gion soll dadurch gestärkt und Arbeitsplätze sollen gesichert und neu geschaffen werden. Entscheidend bei der Betriebsansiedlung soll nicht sein, in welcher Gemeinde ein Grundstück liegt, sondern allein der aus der Sicht des Unternehmens ideale Standort. Die Bürgermeister der vier Gemeinden, Johann Stadelmayer (Eferding), Erwin Hartl (Fraham), Wolfgang Kreinecker (Hinzenbach) und Hubert Schlucker (Puppung) haben in Zusammenarbeit mit der RMOÖ, der TMG und der Wirtschaftskammer Eferding diese zukunftsweisende Vereinbarung getroffen.

Landesrat Sigl begrüßt das Engagement der vier Gemeinden: „Mit dieser neuartigen Kooperation können den Betrieben bestmögliche Standorte angeboten werden. Das Hauptaugenmerk liegt nicht auf den Interessen der Gemeinde, sondern auf den Interessen der Firma und darauf, für jede Firma individuell den bestmöglichen Standort zu finden. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen wir den Unternehmen optimale Voraussetzungen für Neuansiedlungen

Wirtschaft

und Erweiterungen anbieten können. So können die Unternehmen Arbeitsplätze vor Ort schaffen und sichern. Die TMG und das Regionalmanagement OÖ stehen den Firmen weiterhin als Ansprechpartner zur Verfügung.“

Die Ansiedlung der Firma Fleischanderl Landmaschinen ist ein gutes Beispiel für den „Zukunftsraum Eferding“ – und zwar im doppelten Sinn: Die Firma hat ihren Stammsitz mit zehn Mitarbeitern in Waizenkirchen und versorgt in der Region Wels die Landwirte mit den nötigen Landmaschinen. In der Region Eferding wurde ein Betriebsgebiet für einen Filialstandort gesucht. Für die neue Filiale in Popping – wo fünf Mitarbeiter beschäftigt sind – wurde schließlich das ehemalige Firmengelände des Transportunternehmens Neuhuber gepachtet. Die Firma Neuhuber wiederum wollte sich ursprünglich im Stadtgebiet von Eferding ansiedeln, in Gesprächen konnte der Eferdinger Bürgermeister Johann Stadelmayer die Firma aber überzeugen, daß das Transportunternehmen im Stadtgebiet verkehrstechnische Probleme bekommen würde. Für die Firma Neuhuber wurde dann ein neuer Standort in der Gemeinde Fraham gefunden. Insgesamt ist die Ansiedlung von Fleischanderl Land-

maschinen also ein doppeltes Beispiel für den „Zukunftsraum Eferding“. Einerseits wird die Kommunalsteuer aus der Ansiedlung auf die vier Gemeinden aufgeteilt – obwohl es sich um ein bereits bestehendes Betriebsbaugelände handelt. Andererseits zeigt sich, daß bei der Suche von neuen Standorten die Interessen der Firmen im Vordergrund stehen, und nicht jene der Gemeinde.

Anstatt gegeneinander zu arbeiten, haben die vier kooperierenden Gemeinden ihre Kräfte gebündelt, um sich für den Wettbewerb mit anderen Regionen zu rüsten. Gleichzeitig geht es um den gezielten Einsatz vorhandener Ressourcen, um auch für künftige Generationen ein lebenswertes Umfeld zu schaffen.

Regionalmanager Franz Tauber, der das Projekt begleitet: „Die Gemeinden des Eferdinger Zukunftsraumes lassen durch ihre Kooperation erkennen, daß sie gemeinsam viel mehr erreichen und voneinander profitieren können, als wenn sich jeder nur für sich allein engagiert. Es ist ein Signal für die wachsende Bedeutung der interkommunalen Zusammenarbeit, die ein Schwerpunktthema des Regionalmanagements für Kommunales & Wirtschaft darstellt.“ ■

<http://www.eferding.ooe.gv.at>

Historik-Hotel-Hallstatt

Für die Errichtung des Historik-Hotel-Hallstatt hat die Oö. Landesregierung die erste Förderrate in der Höhe von 165.000 Euro genehmigt. Die Hallstatt Hotelerrichtungs GmbH errichtet in Hallstatt zur Zeit ein 4-Sterne Hotel. Das Besondere daran: Die 106 Betten sind auf drei Objekte – das Haus Seethaler, das Heimathaus (voraussichtliche Eröffnung August 2009), das Haus Kainz alt und neu (voraussichtliche Eröffnung Oktober 2009) – aufgeteilt. Betrieben und vermarktet wird das dezentrale Hotel von der AZALEA Hotelmanagement GmbH.

Das Projekt Historik-Hotel-Hallstatt beabsichtigt als Brücke zwischen der außerordentlichen und traditionsreichen Baukultur des Ortes und den Anforderungen des gehobenen Kulturtourismus zu fungieren. Unersetzliches Kulturgut wird vor dem Verfall gerettet und einem internationalen Hallstatt-Publikum als Herberge mit 4-Sterne-Standard angeboten. Die gehobene einheimische Gastronomie und bestehende Dienstleistungen werden in das touristische Gesamtkonzept des Inneren Salzkammerguts eingebunden. ■

<http://www.hallstatt.at/>

Austrian Know-How in Detroit

Mit AVL CEO Helmut List und dem kalifornischen Gouverneur Arnold Schwarzenegger trafen einander zwei bedeutende Persönlichkeiten aus Österreich auf dem SAE World Congress in Detroit. Dabei verkündete Helmut List die Fortsetzung des Ausbaus von AVL-Anlagen für alternative Antriebe in den USA. Helmut List betonte die Verantwortung der AVL, noch intensiver an umweltfreundlichen Technologien zu forschen: „Mit der offiziellen Eröffnung des AVL California Technology Centers und der Erweiterung des Ann Arbor Technical Centers wird AVL ihre führende Rolle im Bereich der Antriebsstrangentwicklung weiter ausbauen.“

Schwarzenegger zeigte sich erfreut über die Leistungen der AVL im Bereich der alternativen Antriebssysteme und über die Technologieinitiativen des Unternehmens für saubere und erneuerbare Lösungen für die internationale Automobilindustrie. Er betonte weiters, daß es ihn mit Stolz erfülle, daß ein Unternehmen aus seiner Heimatstadt Graz als einer der weltweiten Treiber der



Helmut and Kathryn List mit Gov. Arnold Schwarzenegger am AVL-Messestand

technologischen Entwicklung in der Automobilindustrie fungiere.

SAE steht für die weltgrößte Vereinigung von Ingenieuren im Automobilsektor, die „Society of Automotive Engineers“. Der jährlich stattfindende World Congress mit gleichzeitiger Fachmesse bietet eine Plattform für die Entwicklungsabteilungen der Automobilhersteller wie auch für die Unternehmen aus der Zulieferindustrie.

AVL ist das weltweit größte private Unternehmen für die Entwicklung von Antriebssystemen (Verbrennungsmotoren, Hybrid Systemen, elektrischen Antrieben) sowie Simulation und Prüftechnik für PKW, LKW und Schiffsmotoren. Im Jahr 2007 beschäftigte das Hochttechnologieunternehmen AVL weltweit 4100 Mitarbeiter bei einem Umsatz von 625 Millionen Euro. ■

<http://www.avl.com>

Québec und Oberösterreich

Weiterentwicklung der Beziehungen: Minister für Internationale Beziehungen von Québec, Pierre Arcand, war zu Besuch in Linz



Foto: Land OÖ/Stinglmayr

Minister für Internationale Beziehungen von Québec, Pierre Arcand, und Landeshauptmann Josef Pühringer bei ihrem Zusammentreffen in Linz

Der Minister für Internationale Beziehungen von Québec, Pierre Arcand, ist am 23. April im Rahmen seines Besuchs in Linz mit Landeshauptmann Josef Pühringer zusammengetroffen. Québec, die größte Provinz Kanadas, und Oberösterreich sind Mitglieder der Konferenz der Regierungschefs der Partnerregionen, zu denen ebenso Bayern, Georgia, São Paulo, Shandong und das Westkap gehören.

Vor allem in diesem Rahmen haben Québec und Oberösterreich an unterschiedlichen Projekten in den Bereichen Bildung, erneuerbare Energien und nachhaltige Entwicklung teilgenommen. Unternehmen, Energiesparverbände und Energiecluster beider Regionen tauschen auf Markterkundungsreisen, Messen und gemeinsamen Veranstaltungen regelmäßig ihre Erfahrungen aus.

Im Hinblick auf die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise sprachen sich Landeshauptmann Pühringer und Minister Arcand für eine nachhaltige Entwicklung und gegen protektionistische Maßnahmen aus. Sie vereinbarten die Wirtschaftsbeziehungen einschließlich des bilateralen Handels und der Investitionen in gemeinsam interessierenden Branchen zu vertiefen, mit dem Ziel, Arbeitsplätze in Québec und in Oberösterreich zu schaffen und zu erhalten.

Beide Seiten sprachen sich zudem dafür aus, die bereits bestehenden Kooperationen

in den Bereichen nachhaltige Entwicklung und erneuerbare Energien weiterzuentwickeln. Als besonders interessant wurde das Thema Biomasse identifiziert. Die anerkannte Expertise Oberösterreichs in diesem Bereich kann ohne Zweifel dazu beitragen, gemeinsam neue grüne Technologien insbesondere für die Papierindustrie zu entwickeln.

Die Handelsbeziehungen zwischen Oberösterreich und Québec sind primär durch Hochtechnologie-Produkte bestimmt, die knapp 90 Prozent des Handelsvolumens ausmachen. Québec und Oberösterreich spielen darüber hinaus eine herausragende Rolle in den Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Kanada: 55 Prozent der kanadischen Exporte nach Österreich kommen aus Québec, und 33 Prozent der österreichischen Exporte nach Kanada kommen aus Oberösterreich.

Im Rahmen seines Besuches übergab Minister Arcand den SchülerInnen des Linzer Lycée Danube eine Sammlung französischsprachiger Bücher. Zudem nahm Arcand an einem Konzert des Orchestre Symphonique de Montréal im Brucknerhaus in Linz teil, wo das Symphonieorchester im Rahmen seiner Europatournee gastiert. Die Regierung von Québec unterstützt die Präsenz des Orchestre Symphonique de Montréal anlässlich der Feierlichkeiten zu „Linz 2009 – Kulturhauptstadt Europas“. ■

Österreichisches Tourismus Know-how international gefragt!

Internationalisierung ist für eine kleine offene Volkswirtschaft wie Österreich von größter Bedeutung. Nicht nur im Produktions- sondern auch im Dienstleistungsbereich liegen hier große Potentiale. Für Österreich, ein Tourismusland mit einem hervorragenden Ruf, liegt es nahe, diesen Wettbewerbsvorteil auch im Bereich des Know-how-Exports noch besser zu nutzen.

Am 22. April 2009 fand deshalb im BMWFJ zum dritten Mal ein Netzwerktreffen von <http://www.tourism-knowhow.at> statt, der Export- und Kooperationsplattform für österreichisches Tourismus-Know-how. Im Zentrum stand diesmal das Thema „Förderung von internationalen touristischen Projekten mit Schwerpunkt Ost- und Südosteuropa“. Neben der Vorstellung von Möglichkeiten für touristische Projekte im Rahmen von EU-Programmen und der Entwicklungszusammenarbeit präsentierten der rumänische Staatssekretär für Tourismus, Sorin Munteanu, und der österreichische Botschafter in Bukarest, Martin Eichinger, Kooperationspotenziale mit dieser wachsenden Tourismusdestination direkt aus erster Hand.

Die Plattform wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend ins Leben gerufen, um das österreichische Know-how im Tourismus international umfangreich darzustellen, internationale Kooperationen zu fördern und die Information und Kommunikation zu verbessern. Gemeinsam mit der Krems Research Forschungsgesellschaft mbH wurde ein zweisprachiges (EN, DE), benutzerfreundliches Instrument für österreichische Anbieter und internationale Nachfrager nach touristischem Fachwissen geschaffen.

Die Internetplattform ist seit April 2007 erfolgreich in Betrieb, und mehr als 35 namhafte, international tätige österreichische Anbieter von touristischem Know-how nutzen das Forum, um ihre Kompetenzen national und international zu präsentieren und sich besser zu vernetzen.

Für Interessenten aus dem Ausland, die auf der Suche nach tourismusspezifischer Expertise sind, ist es nun sehr einfach, mögliche Partner zu finden. Die Plattform führt über unterschiedliche Suchmasken direkt zu österreichischen Organisationen oder Unternehmen mit entsprechenden Kompetenzen, die umgehend kontaktiert werden können. ■

Bei Kaiserwetter in die neue Saison

Twin City Liner: Start in die vierte Saison – 400.000ster Passagier wird heuer erwartet – Die Donauboliden pendeln bis zu fünf Mal täglich zwischen Wien und Bratislava

Fotos: Central Danube Region Marketing & Development GmbH / Matus Lago, W. Rada



Die Twin City Liner haben zwischen den Hauptstädten Wien und Bratislava bereits mehr als 250.000 Kilometer zurückgelegt.

Gerade rechtzeitig, mit dem Eintreffen des Frühlings in Wien, startet auch der Twin City Liner in seine neue – mittlerweile vierte – Saison. Ganz ruhig schaukelt der Donaubolide im Wasser bei seiner Anlegestelle am Donaukanal, gleich bei der Schwedenbrücke, mitten in der Stadt. Am Kai herrscht reges Treiben. Rund 100 Passagiere wollen einchecken. Eine Dixieland Band sorgt für die musikalische Umrahmung. Und die Damen in der Reisegesellschaft wurden mit einem Frühlingsgruß in Form bunter Tulpen überrascht. Gute Laune und gute Stimmung beim Saisonstart, zu dem die Wien Holding, die Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien und die Central Danube Region eingeladen haben.

Begrüßt wurden die Fahrgäste von den Geschäftsführern der Central Danube Region Ronald Schrems und Andreas Hopf sowie Georg Kraft-Kinz, Vorstandsdirektor der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien.

400.000ster Passagier wird für heuer erwartet

Seit Juni 2006 verbindet der Twin City Liner die beiden Städte Wien und Bratislava auf dem Wasserweg miteinander und das mit so großem Erfolg, daß seit Mitte 2008 bereits zwei Twin City Liner unterwegs sind. Bis zu fünf Mal täglich pendeln die Schnellkatamarane zwischen den beiden Hauptstädten. Insgesamt wurden bis dato über 340.000 Menschen befördert. „Der tolle Erfolg des Twin City Liners liegt weit über unseren ursprünglichen Erwartungen“, erklärt Schrems, Geschäftsführer der Central Danube Region GmbH, die den Twin City Liner betreibt. Allein im Jahr 2008 waren es rund 150.000 Passagiere bei einer durchschnittlichen Jahresauslastung von 73 Prozent mit beiden Schiffen“, so Schrems. Insgesamt waren die beiden Schiffe rund 3800 Mal zwischen Wien und Bratislava unterwegs und haben dabei über 250.000 Kilometer zurückgelegt.

Für die Saison 2009 wird bereits der 400.000ste Passagier erwartet.

„Für uns ist der Twin City Liner ein beispielhaftes Erfolgsprojekt und ein Meilenstein in der Zusammenarbeit mit der Stadt Wien. Wir sind ein Partner der Stadt und auch Investor, wenn es um Stadtentwicklung geht, um Förderung der Wiener Wirtschaft und Entwicklung der Region. Mittlerweile gilt der Twin City Liner als Symbol für das Zusammenrücken zweier Hauptstädte. Er ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie gut gelebte Nachbarschaft in der Praxis funktionieren kann“, erklärt Georg Kraft-Kinz, Vorstandsdirektor der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien, die gemeinsam mit der Wien Holding Eigentümer der Twin City Liner ist.

Auf Hochglanz poliert von der Linzer Werft in die neue Saison

In den letzten Wochen vor dem Saisonbeginn lagen die beiden Twin City Liner in

Wirtschaft

einer Linzer Werft im Trockendock. Denn wie jedes Flugzeug oder jedes Auto brauchen auch die beiden Twin City Liner ihr regelmäßiges Service. Egal ob Bordelektronik, Navigationssystem, Schiffssteuerung oder Antrieb – die Technik und Ausstattung der beiden Schiffe wurde auf Herz und Nieren geprüft. Zum Beispiel die mächtigen 1000-PS-Dieselmotoren. Sie sind das Herzstück der Twinnis gemeinsam mit den zwei Waterjets, die bei Fullspeed rund 1000 Liter Wasser pro Sekunde herausblasen und so die beiden 34 Meter langen und acht Meter breiten Schiffe auf bis zu 70 km/h beschleunigen.

Viel Neues bei den Twin City Linern

In Design und Ausstattung sind heuer beide Donauboliden richtige Zwillinge. Dafür sorgt die einheitliche, elegante weiß/rote Lackierung. Beide Schiffe verfügen über eine besonders bequem ausgestattete Zusatzkabine mit acht Plätzen, die sogenannte Captain's Lounge, die sich direkt hinter der Kapitänsbrücke befindet. Zusätzlich zu den knallroten Sitzen im Inneren der Schiffe gibt es am Oberdeck auch Sitze im Freien. Speziell bei schönem, sonnigem Wetter sind diese Plätze besonders heiß begehrt. Beide Schiffe verfügen insgesamt über eine Kapazität von 126 Sitzplätzen. Über den Winter hat die gesamte Rumpfkonstruktion der beiden Schiffe auch eine ganz spezielle, vier Millimeter starke Kevlar-Beschichtung erhalten. Kevlar ist ein extrem leichter, zäher und elastischer Kunststoff, der sich durch besondere Widerstandsfähigkeit auszeichnet. Dieses Material wird zum Beispiel auch bei kugelsicheren Westen, im Flugzeugbau, als

Raketentriebwerksverkleidung verwendet. Beim Twin City Liner schützt die Kevlar-Schicht den Rumpf der Schiffe zum Beispiel vor Treibgut, das in der Donau schwimmt. Selbst eine Vollstrandung auf Donaukies würde dank Kevlar-Schicht lediglich ein paar Dellen am Rumpf verursachen.

Neue Schiffstation wird für Twinny & Co bis 2010 gebaut

Für den Twin City Liner errichtet die Wien Holding bis Mitte 2010 über eines ihrer Tochterunternehmen – die Wiener Donauraum GmbH – einen komplett neuen Terminal. Das Gebäude, geprägt von viel Glas und Stahl, soll sich dort, wo jetzt die großen Doppelpontons liegen, über eine Länge von 126 Metern erstrecken. Acht Meter weit wird das Bauwerk über die Wasseroberfläche in den Donaukanal hineinreichen. Das Besondere an dem Konzept: Das Bauwerk steht sozusagen auf „Stelzen“. Das hat den Vorteil, daß Radfahrer und Fußgänger wie bisher auf den Kaivorflächen entlang des Donaukanals ungehindert unterwegs sein können. Insgesamt wird der neue Terminal über drei Geschosse mit großzügigen Bereichen für Gastronomie, Handel, Ausstellungen und Veranstaltungen verfügen. Das Investvolumen beträgt 6,25 Millionen Euro. Beginnend mit der Saison im Jahr 2010 werden neben den Twin City Linern auch die DDSG Ausflugsschiffe am neuen Terminal an- bzw. ablegen.

Reise mit dem Twin City Liner ist ein ganz besonderes Erlebnis

Die Reise mit dem Twin City Liner ist ein ganz besonderes Erlebnis. Das beginnt schon beim Betreten des Schiffes. Die

Passagiere nehmen Platz in den bequemen Polstersesseln im weitläufigen Innenraum des Schiffes. Rundherum große Glasfenster, die jeden Platz zu einer kleinen Aussichtsplattform machen. Und dann legt der Schnellkatamaran auch schon ab, schippert zuerst etwas langsamer den Donaukanal abwärts, nimmt bei der Urania bereits Fahrt auf bis er den Donaustrom erreicht, wo er dann richtig Gas gibt. Es dauert nur ein paar Sekunden, bis er fünfzig oder gar sechzig Stundenkilometer erreicht hat, die „Reisegeschwindigkeit“, wie der Kapitän über Lautsprecher verkündet. Nach kurzer Zeit hat das Schiff die Bundeshauptstadt auch schon hinter sich gelassen. Am Ufer – Idylle pur: dichte Auwälder, die bis ans Wasser reichen. Da und dort ein anderes Schiff, ein Schleppkahn oder ein Donaukreuzfahrtschiff, die einfach überholt werden. Auf der rechten Seite kommt das Städtchen Hainburg immer näher, dann die stolze Burg-Ruine Theben auf der linken Seite – und schon ist das Ziel in Sicht: Bratislava mit seinen Donaubrücken. Nach 75 Minuten Fahrzeit legt das Schnellboot am Donaukai an, nur ein paar Gehminuten von der Altstadt der slowakischen Hauptstadt entfernt.

Infos und Kartenreservierungen bzw. Buchung von Sonderfahrten

Der Twin City Liner fährt in Wien von der Anlegestelle beim Schwedenplatz (Abgang Marienbrücke, 1010 Wien) ab. Bis zu fünf Mal täglich im Jahr 2009. Kartenreservierungen sind unter der Telefonnummer ++43 / (0)1 / 58880 bzw. im Internet möglich. ■

<http://www.twincityliner.com>



Nach kurzer Zeit hat das Schiff die Bundeshauptstadt auch schon hinter sich gelassen. Am Ufer – Idylle pur: dichte Auwälder, die bis ans Wasser reichen.

800 Jahre Neusiedl am See

Bundespräsident Fischer: Seit 800 Jahren ein Ort der Menschen zusammenbringt

Die Stadt Neusiedl am See feierte mit einem Festakt ihren 800. Geburtstag. „Geadelt“ wurden die Feierlichkeiten durch die Anwesenheit vieler prominenter Gäste, allen voran die Spitzen von Bund und Land, Bundespräsident Heinz Fischer, Landeshauptmann Hans Niessl und Landeshauptmann-Stv. Franz Steindl, die am 24. April der Stadt ihre Aufwartung machten.

Bei seinem ersten offiziellen Neusiedl-Besuch wurde der Bundespräsident unter

20jährige Jubiläum des Falls des Eisernen Vorhangs: „Die Wichtigkeit dieses Ereignisses läßt sich heute wohl noch nicht abschätzen. Als aus einem getrennten Europa ein vereintes Europa wurde. Ein Ereignis, das sich gerade hier im Burgenland, in Neusiedl am See manifestierte. Ich bin überzeugt, das ist ein Weg nach vorne, ein wichtiger Weg gewesen“, so Fischer, der sich neuerlich an der Gastfreundschaft im Burgenland erfreute und feststellte, gerne wiederzukommen.

Auch Landeshauptmann Hans Niessl bezeichnete den Fall des Eisernen Vorhangs als „historisches Ereignis“ und meinte weiter: „Wir sind in diesen zwei Jahrzehnten von einer Randlage ins Zentrum gerückt. Der Nachteil der Randlage entlang einer toten Grenz konnte überwunden werden. Diese erfolgreiche Entwicklung spiegelt sich in Gemeinden wie Neusiedl am See wider. Der Wirtschaftsraum Neusiedl / Parndorf war in den letzten Jahren Motor des wirtschaftlichen Aufstiegs.“ Niessl lobte auch ganz besonders die vielfältig positive Entwicklung der Stadt Neusiedl am See: „Neusiedl ist eine Stadt mit sehr viel Lebensqualität. Sie ist ein wichtiges wirtschaftliches und touristisches Zentrum, eine wichtige Schul- und Einkaufsstadt“, so der Landeshauptmann, der der Stadt zu ihrem 800 Jahr-Jubiläum herzlich gratulierte.

Die Stadt Neusiedl am See wurde erstmals vor 800 Jahren urkundlich erwähnt, damals noch unter dem Namen „Sumbotheil“. Die erste Schreibform des heutigen Namens ist aus dem Jahr 1282 überliefert. In den Anfangsjahren der Stadt lebten hier rund 400 Menschen, heute sind es etwa 6500. Eine erfolgreiche Entwicklung, auf die LH-Stv. Franz Steindl in seiner Festrede einging: „Wenn man sich die letzten Jahrzehnte anschaut, dann hat sich dieses Burgenland sehr gut entwickelt. Gerade auch hier in Neusiedl, wo das Miteinander ein Markenzeichen geworden ist.“ ■

<http://www.neusiedlamsee.at>



Fotos: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: ÖVP-Klubobmann Rudolf Strommer, LH Hans Niessl, Bgm. Kurt Lentsch, Bundespräsident Heinz Fischer mit seiner Frau Margit, LH-Stv. Franz Steindl beim Anschneiden der Geburtstagstorte auf dem Hauptplatz von Neusiedl am See.

anderen vom Neusiedler Bürgermeister Kurt Lentsch sowie zahlreichen Neusiedlern empfangen. Im Anschluß an einen Ehrensallut vor dem Rathaus nahmen Fischer, Niessl und Steindl an der Festsitzung des Gemeinderates teil. Danach ging die ranghohe Delegation zu Fuß zum „haus im puls“, um – einen Tag vor der offiziellen Eröffnung – die Ausstellung zur Stadtgeschichte zu besichtigen. Der eigentliche Festakt fand dann am Abend in der Halle der Sporthauptschule Neusiedl am See statt.

„Neusiedl am See hat allen Grund, ein solches Jubiläum in diesem freundlichen und kulturellen Rahmen zu feiern. Es ist diese Stadt ein Ort, der nicht an einer toten Grenze liegt, sondern ein Ort, der Menschen zusammen bringt“, erklärte Bundespräsident Heinz Fischer in seiner Festrede mit Blick auf das



LH-Stv. Franz Steindl, LH Hans Niessl, Bundespräsident Heinz Fischer, Bgm. Kurt Lentsch und Vize-Bgmin. Monika Rupp bei der Festsitzung des Gemeinderats (v.l.)

3000 € für Erdgas-Taxis in Wien

Stadt Wien und Wien Energie starten Erdgas-Förderaktion für Wiener Taxiunternehmen

Mit 3000 Euro pro Wagen fördert die Stadt Wien gemeinsam mit Wien Energie ab 1. Juni 2009 die Anschaffung von Erdgastaxis.

Die Vorteile von Erdgasautos in Sachen Feinstaub und CO₂ liegen auf der Hand: „Wir fördern schon seit zwei Jahren Erdgasautos und wollen nun mit der Taxiförderung neue Zielgruppen erschließen und somit zu einer weiteren Reduktion der Umweltbelastung im Verkehrsbereich beitragen“, so Umweltstadträtin Ulli Sima bei der Präsentation der Aktion am 15. April. In Vorgesprächen mit der Taxiinnung wurde das Interesse der Taxiunternehmen für die Veränderungen im Fuhrpark eruiert: „Das Interesse des Wiener Taxigewerbes nach Förderungsmaßnahmen zum Ankauf von umweltschonenden CNG-Neufahrzeugen ist groß. Diese Technologie ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung und Innovation des Fuhrparks der Wiener Taxis“, so KR Heinrich Frey, Chef der Taxiinnung Wien.

„Diese Förderung soll Taxiunternehmen bei ihrer Entscheidung für den sauberen Kraftstoff Erdgas unterstützen. Unsere zahlreichen Erfahrungen aus dem Fuhrparkbereich zeigen, daß Erdgas-Fahrzeuge nicht nur die Umwelt sondern auch das Budget entlasten“, so Wolfgang Altmann, Geschäftsführer von Wien Energie Vertrieb.

In Wien sind derzeit 4000 Taxis unterwegs, 50 sind bereits mit Erdgas betriebene Fahrzeuge. Durch den ständigen Ausbau des Tankstellennetzes wird das Service für die Kundinnen und Kunden permanent erhöht. Derzeit gibt es in Wien 15 Tankstellen.

Erdgas: Weniger CO₂, weniger Stickoxide und kein Feinstaub

Im Gegensatz zu Benzinmotoren sparen Erdgasautos rund 20 % CO₂, 85 % Stickoxide und 90 % ozonbildende Emissionen. Auch im Vergleich mit Dieselfahrzeugen ist der Ausstoß von umweltbelastenden Abgasen von Erdgasmotoren wesentlich geringer (80 % weniger Stickoxide und Ozonbildungspotentiale). Im Unterschied zum Dieselmotor emittiert ein Erdgasmotor keine Rußpartikel und damit keinen Feinstaub. Erdgasautos tragen somit entscheidend zur Verbesserung der Luftqualität in Wien bei.



Foto: Pressefoto Votava

Umweltstadträtin Ulli Sima, KR Heinrich Frey, Chef der Taxiinnung Wien, und Wolfgang Altmann, Geschäftsführer von Wien Energie Vertrieb (v.l.)

Die geförderten Taxis werden mit einem gut sichtbaren Aufkleber „Ich fahre mit Erdgas“ versehen. Damit erkennen auch die Kundinnen und Kunden das umweltfreundliche Fortbewegungsmittel sofort. Die Förderaktion läuft von 1. Juni 2009 bis Ende Mai 2010. Gefördert werden im ersten Jahr 100 Fahrzeuge, zwei Fahrzeuge pro Taxiunternehmen. In den Erdgastaxis werden auch Infos über Erdgasautos und die Förderaktion der Stadt Wien aufliegen, denn auch die Taxikundinnen und -kunden können auf die Förderung der Stadt Wien und der Wien Energie zurückgreifen.

Bisher 224 Erdgasautos gefördert – Förderaktion für Private verlängert

Seit zwei Jahren fördert die Stadt Wien in einer Kooperation mit Wien Energie die Anschaffung von neuen Erdgasautos. Bisher wurde die Förderung für 224 Fahrzeuge in Anspruch genommen. Die Förderaktion für Private wird mit 1. Juni 2009 wieder um ein weiteres Jahr verlängert, die Förderhöhe beträgt 1000 Euro pro Wagen.

Erdgasbetriebene Fahrzeuge werden derzeit von allen führenden Automobilherstellern angeboten. Die Palette der Modelle wächst ständig und reicht vom Kleinwagen bis zur Familienlimousine. Durch das ständig wachsende Angebot der Modelle sind Erdgasautos mittlerweile auch für Taxiunternehmen, die spezielle Anforderungen an die Größe und den Komfort ihrer Passagiere haben, immer attraktiver.

Unbürokratisch und rasch zur Erdgasauto-Förderung

Mit einer Kopie des Zulassungsscheins und dem Antragsformular (gibt es unter <http://www.natuerlich.wien.at> zum Downloaden) können Förderungsnehmer persönlich oder per Post um die Förderung bei der Wiener Umweltschutzabteilung ansuchen. Die Förderung wird dann innerhalb von vier Wochen abgewickelt. Es handelt sich um ein kundenfreundliches System, das einfach und unbürokratisch ist und hoffentlich auf reges Interesse stoßen wird. ■

<http://www.wienenergie.at>

Drachenbootcup & Festival

Salzburger Drachenbootcup & Festival geht mit Highlights wie der bekannten Band »Die Seer« und dem »Red Bull Skydive Team« in die vierte Runde

Spannende Rennen, ein buntes Musikfestival und Partystimmung pur: Vom 12. bis zum 14. Juni 2009 geht es beim 4. Salzburger Drachenbootcup & Festival im und um den Bürmooser See wieder rund. Veranstaltet wird das alljährliche Spektakel, das sich bereits zum größten Sport- und Fun-event im Salzburger Land entwickelt hat, auch in diesem Jahr wieder von den lokalen Fußballvereinen, dem 1. Oberndorfer Sportklub 1920 (OSK) und dem Sportverein Bürmoos 1927 (SVB). Unterstützt werden die beiden Vereine erneut von der Berliner Unternehmensberatung Walter Junger & Friends, Ltd. die der gebürtige Salzburger Walter Junger leitet. Er ist übrigens auch Ideengeber dieses Events. Die gesamten Erlöse der dreitägigen Veranstaltung fließen in die Nachwuchsförderung der beiden Vereine und dienen damit einem guten Zweck.

Los geht es am Freitagabend um 19 Uhr mit der offiziellen Eröffnungsfeier, zu der wieder zahlreiche Ehrengäste erwartet werden: von der Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller über den frischgebackenen Bürmooser Bürgermeister Peter Eder bis hin zu Größen der österreichischen Sportszene. Nach der traditionellen Erweckung der Drachen und der Vorführung des österreichischen Wushu Verbandes in einer der ältesten Kampfsportarten, folgt ein absolutes Highlight: Das Red Bull Skydive Team präsentiert sich dem Publikum mit waghalsigen Stunts wie dem Basejump und eindrucksvollen Formationssprüngen. Die offizielle Feier endet mit dem Entzünden des Drachenfeuers und einem grandiosen Feuerwerk, bevor die Kult DJs von Radio Antenne Salzburg das „Paddel“ übernehmen und bis Mitternacht die Plattenteller kreisen lassen.

Während der Samstag für die Rennteilnehmer noch einmal ganz im Zeichen des Trainings steht, wird den Besuchern ein buntes Rahmenprogramm geboten: Bands wie Extra Stout, die AC/DC Cover Band „Gimme A Bullet“ und viele mehr bieten den ganzen Tag über ein abwechslungsreiches Programm. Die Zuschauer können sich darüber hinaus beim Seefest mit zahlreichen Kunst-, Handwerks- und Gastronomiezelten die Zeit vertreiben. Bei Teilnehmern und Zuschauern gleichermaßen beliebter Eventbestandteil ist

der Kreativitätscup, der am Samstag um 14 Uhr auf dem Marktplatz von Bürmoos startet. Von dort ziehen die verkleideten Teams in einer Art Karnevalsumzug durch die Gemeinde, bis sie gegen 15 Uhr die große Bühne am See erreichen und sich den kritischen Augen der Jury stellen. Um 16:30 Uhr wird es dann zum ersten Mal richtig ernst, wenn der Nachwuchs beim Jugencup um den

Am Sonntag wird es richtig spannend: Ab neun Uhr morgens kämpfen die Teams in den Cuprennen um den Einzug in das große Finale – kurzzeitig unterbrochen durch den VIP Cup um 13 Uhr, bei dem die Prominenz ihr Können zeigen darf. Um 19 Uhr treten schließlich die Sieger der Renn cups im Finaallauf gegeneinander an. Im Anschluß daran findet auf der Bühne die große Sieger-



Am 14. Juni wird es richtig spannend: Ab neun Uhr morgens kämpfen die Teams in den Cuprennen um den Einzug in das große Finale...

ersten Pokal wetteifert und darauf hofft, bei der Ehrung um 18:30 Uhr der strahlende Sieger zu sein.

Um 21 Uhr ist es dann Zeit für den musikalischen Höhepunkt des Wochenendes: Die auch weit über die Landesgrenzen hinaus bekannten „Seer“ machen Zwischenstation beim Drachenbootcup und haben sich vorgenommen, ihrem Ruf als Stimmungsgaranten alle Ehre zu machen. Die neunköpfige Band aus der Steiermark ist seit 1996 mit ihren eingängigen Melodien und tiefgründigen Texten in österreichischer Mundart auf dem Weg nach ganz oben, wie die zahlreichen Gold- und Platinauszeichnungen für Hits wie „Hoamatg'fuhl“ oder „Nie mehr ohne di sein“ beweisen. Mit diesem Paukenschlag neigt sich auch der zweite Festivaltag seinem Ende entgegen.

ehrung statt und nach Auslosung der Tombola mit Reisegutscheinen und weiteren attraktiven Preisen endet der 4. Salzburger Drachenbootcup & Festival 2009.

Natürlich erhoffen sich die beiden Veranstalter gemeinsam mit den rund 200 freiwilligen Helfern auch in diesem Jahr an den Erfolg der letzten Veranstaltungen anknüpfen zu können: 2008 folgten rund 30.000 Zuschauer dem Ruf der Drachen und verwandelten das Festivalgelände am See drei Tage lang in eine Partymeile. Über 125 Teams mit mehr als 2300 Teilnehmern kämpften in dramatischen Rennen um die begehrten Trophäen. Und auch mit dem finanziellen Ergebnis konnten die Veranstalter zufrieden sein, denn der in die Jugendarbeit fließende Gesamterlös betrug 40.000 Euro. ■

<http://www.drachenbootcup.at>

Botanica in Bad Schallerbach

Bei optimalen Wetterbedingungen startete am 23. April die OÖ. Landesgartenschau in Bad Schallerbach.



Foto: Land OÖ/Kraml

Botanica-Veranstalter Dir. Markus Achleitner, Landesrat Josef Stockinger, Landeshauptmann Josef Pühringer und der Bürgermeister von Bad Schallerbach und Botanica-Veranstalter Gerhard Baumgartner (v.l.)

Ein farbenfrohes Blütenmeer soweit das Auge reicht, eine herrliche Naturlandschaft mit vielen spannenden Details an jeder Ecke: Die OÖ Landesgartenschau 2009, die „Botanica“, präsentiert sich vom 23. April bis zum 11. Oktober im Park des EurothermenResorts in Bad Schallerbach als Erlebnis für die ganze Familie.

Rund um die Themen Garten, Gesundheit und Wasser wird auf einer Fläche von 200.000 m² eine unglaubliche Vielzahl an Attraktionen geboten. Alle Gäste sind herzlich eingeladen, diese Pracht mit allen Sinnen zu erleben, Neues zu erfahren, vieles auszuprobieren oder einfach einen herrlichen Tag in einem blühenden und entspannten Umfeld zu verbringen. Für das kulinarische Erlebnis sorgen Cafés und das Gartenrestaurant sowie mancher „Naschgarten“.

Spannend für die ganze Familie

Familien mit Kindern finden auf der Botanica eine einzigartige Erlebniswelt. Ein

eigenes Kinderveranstaltungsprogramm sorgt dafür, daß den Kleinen mit Sicherheit nie langweilig wird. Märchenerzähler, Animatoren, viele Tiere zum Streicheln und zahlreiche Betätigungsmöglichkeiten am eigens gebauten Kinderbauernhof bringen den kleinen Gästen die Natur spielerisch näher. Richtig austoben können sie sich auf diversen Erlebnisspielplätzen, im Irrgarten oder bei der riesigen Spiellandschaft rund um den größten Gartenzwerg der Welt.

Grasi – der weltgrößte Gartenzwerg

Er ist einfach nicht zu übersehen und überragt selbst die höchsten Bäume um Zipfelmützen-Länge: Das Maskottchen der Botanica ist unglaubliche 25 Meter hoch – so groß wie ein achtstöckiges Haus – und thront als weltgrößter Gartenzwerg imposant mitten im Gartenschau Gelände. Um ihn herum können sich Kinder in einer einzigartigen, luftgepolsterten Spiel Landschaft mit 12 Meter hohen Rutschen, Kletterwand und riesigem Sprungberg nach Herzenslust austoben.

„Grasi“, wie ihn die Bad Schallerbacher liebevoll nennen, wurde als Sonderanfertigung gigantischen Ausmaßes extra für die Botanica entworfen und von der Produktionsfirma bereits für das Buch der Rekorde angemeldet. Beim Proberutschen zeigten sich alle Kinder ebenso wie die staunenden Erwachsenen restlos begeistert von dieser tollen Kinderattraktion.

Während der Landesgartenschau wird Grasi neben dem Kinderbauernhof das Highlight schlechthin für Familien mit Kindern sein. Im Miniaturformat kann man ihn auch als Maskottchen kaufen und mit nach Hause nehmen.

Mekka für alle Gartenliebhaber

Gartenfreunde finden unzählige Tipps und Anregungen in den kunstvoll gestalteten Gartenflächen: vom Apothekergarten mit der größten homöopathischen Pflanzensammlung Österreichs, bis zum Naschgarten zum Anbeissen, vom idyllischen Seerosenteich bis zur kunstvoll gestalteten Wassergärten-

Chronik



»Grasi« ist einfach nicht zu übersehen, überragt selbst die höchsten Bäume um Zipfelmützen-Länge: Das Maskottchen der Botanica ist unglaubliche 25 Meter hoch

achse, von der Erdpyramide bis zu aufwendigen Grasskulpturen. In der zur Blumenhalle umfunktionierten früheren Tennishalle wird in 14 Sonderschauen das Können heimischer Gärtner und Floristen sowie von SchülerInnen oberösterreichischer Fachschulen in eindrucksvoller Weise gezeigt.

Ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm mit vielen gärtnerischen, musikalischen und künstlerischen Höhepunkten sorgt dafür, daß an den 172 Veranstaltungstagen immer etwas los ist.

Die Oö. Landesgartenschauen haben sich zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt, die alle zwei Jahre stattfindet: Die Landesgartenschau 2005 „Bad Hall – Ein Park blüht

auf“ haben von Mai bis Oktober 2005 insgesamt 400.000 Besucher gesehen, die Landesgartenschau 2007 „Vöcklabruck – Wo Gärten Brücken schlagen“ verzeichnete durchschnittlich 1500 Besucher pro Tag.

Diese Erfolgsgeschichte wird weitergeführt: Nach der Landesgartenschau „Botanica“ 2009 wird 2011 die Landesgartenschau in Ansfelden/Ritzlhof unter dem Titel „Blühende Gärten an der Krems“ stattfinden, die Landesgartenschau 2013 in Bad Ischl unter dem Titel „... des Kaisers neue Gärten“ und 2015 in Wels/Schleißheim unter dem Titel „Blühende Fantasien“.

Grundlage für die Ausrichtung einer Oö. Landesgartenschau sind langfristige Nutzungskonzepte im Sinne einer Nachhaltigkeit des investierten Geldes. Darauf wurde bei der Neuausrichtung der Landesgartenschauen großer Wert gelegt. Demnach müssen 70 Prozent der Einrichtungen und Infrastruktur einer Landesgartenschau für mindestens fünf Jahre für die Besucher erhalten bleiben und zugänglich sein (Beispiele: Parkanlagen, Wege, Spielgeräte, Erholungseinrichtungen, Sitzgruppen, Gartenbeete). Die eingesetzten Landesmittel tragen so Rechnung.

„Landesgartenschauen haben einen Dreifachnutzen: Sie sprechen Gartenfreunde an, sorgen für Nachhaltigkeit der Parkanlagen und bringen Wertschöpfung in die Region“, betont der Landeshauptmann. „Eine Landesgartenschau ist nicht nur volkswirtschaftlich ein Plus, sondern löst auch wirtschaftliche Impulse aus. Es gibt Folgeinvestitionen bei Gärtnern, Landschaftsgestaltern, in der Bauwirtschaft sowie für den Handel mit Gartengeräten und Gartenmöbeln. Pühringer zeigt sich überzeugt, daß auch die Botanica die Erfolgsgeschichte der Landesgartenschauen weiterschreiben wird. ■

<http://www.botanica.at>



Wien überholt Zürich als Stadt mit der höchsten Lebensqualität

Foto: Österreich Journal / Michael Mössner



Wien hat Zürich vom ersten Platz verdrängt und gilt nun als die Stadt mit der weltweit höchsten Lebensqualität. Dies ist das Ergebnis der Mercer-Lebensqualitätsstudie 2009. Genf behält seinen dritten Platz, Vancouver und Auckland teilen sich gemeinsam den 4. Platz.

Im Gesamten gesehen liegen die europäischen Städte laut der diesjährigen Studie weiterhin ganz vorn. In UK liegt London an 38. Stelle, Birmingham und Glasgow teilen sich den 56. Platz. In den USA erzielte Honolulu mit Platz 29 das beste Ergebnis. Singapur (26) ist die bestplatzierte Stadt in Asien, gefolgt von Tokio auf Platz 35.

Die Rangliste ergibt sich aus einem Punktbewertungsverfahren, demzufolge Wien 108,6 Punkte und Bagdad 14,4 Punkte erzielt. Ausgangsstadt dieses Bewertungsverfahrens ist New York mit einem Index von 100 Punkten. Die Mercer-Lebensqualitätsstudie umfaßt 215 Städte und soll Regierungen und Großunternehmen bei den Auslandseinsätzen ihrer Mitarbeiter unterstützen.

Slagin Parakatil, Senior Researcher bei Mercer, meinte: „Als Ergebnis der derzeitigen Finanzkrise überdenken nun multinationale Konzerne ihre Auslandsentsendungs politik besonders im Hinblick auf Kosteneinsparungen. Viele Firmen planen die

Anzahl der Auslandseinsätze mittel- bis langfristig zu reduzieren und grenzen ihr Zulagenpaket für im Ausland arbeitende Mitarbeiter ein, wo immer dies möglich ist, dennoch bleibt die Erschwerniszulage, die aufgrund der Lebensqualitätsmaßstäbe berechnet wird, ein wesentlicher Bestandteil des Pakets.“

Die diesjährige Vergleichsstudie ermittelt auch die Städte mit der besten Infrastruktur anhand von Stromversorgung, Wasserverfügbarkeit, Telefon- und Postleistungen, Bereitstellung öffentlicher Verkehrsmittel, Verkehrsbelastung und Anzahl internationaler Flüge von örtlichen Flughäfen. Singapur führt diesen Index mit 109,1 Punkten an, gefolgt von München an 2. Stelle und Kopenhagen an 3. Stelle. Die japanischen Städte Tsukuba (4) und Yokohama (5) belegen die nächsten beiden Plätze, Düsseldorf und Vancouver teilen sich gemeinsam den 6. Platz. Bagdad bildet mit nur 19,6 Punkten das Schlußlicht.

Parakatil erklärte: „Die Infrastruktur spielt bei der erlebten Lebensqualität von im Ausland lebenden Personen eine wichtige Rolle. Oft ist man an einen hohen Standard gewöhnt und nimmt einen solchen als gegeben an, wenn jedoch die Infrastruktur einer Stadt diesen Standard nicht erfüllt, kann dies eine

große Erschwernis bedeuten. Firmen müssen für ihre im Ausland lebenden Arbeitnehmer ein angemessenes Zulagensystem bereitstellen, um sie für diese und andere Erschwernisse entsprechend zu entschädigen.“

Die europäischen Städte beherrschen auch dieses Jahr wieder die Top-10-Platzierungen für weltweit höchste Lebensqualität. Wien gilt neu als die Stadt mit der höchsten Lebensqualität und hat sich damit um einen Platz verbessert. Ausschlaggebend dafür waren Verbesserungen im politischen und sozialen Gefüge. Die weiteren Top-10-Plätze für Europa gehen an Städte in Deutschland und in der Schweiz, die meisten von ihnen konnten ihren Platz und die Punktezahl aus dem Vorjahr halten. Zürich liegt an 2. Stelle, gefolgt von Genf (3), Düsseldorf (6), München (7), Frankfurt (8) und Bern (9).

Viele osteuropäische Länder haben ihre Lebensqualität verbessert. Einige Länder, die im Jahr 2004 der EU beitraten, haben sich durch höhere Stabilität, höheren Lebensstandard und bessere Verfügbarkeit internationaler Konsumgüter konstant verbessert. Ljubljana in Slowenien hat sich zum Beispiel um vier Plätze verbessert und liegt nun auf Platz 78, Bratislava rückt 3 Plätze vor auf Rang 88, Zagreb hat ebenfalls 3 Plätze wettgemacht und belegt nun Platz 103. ■

Frühling in Wien

Wien-Impressionen von Michael Mössmer



Der erste – nach vielen trüben und regnerischen Tagen – wirklich schöne Frühlingsnachmittag im Rathauspark



Die Stadtgärtnerinnen und Stadtgärtner der Magistratsabteilung 42 sorgen in ganz Wien für eine wahre Blumenflut

Chronik



Der Stadtpark mit seiner Blütenpracht lädt Blumenfreunde und Sonnenhungrige zum ersten Sonnenbad des Jahres ...



Chronik



Bild oben: Blick auf das Schloß Schönbrunn; Bild unten: »Herkules mit dem Nemischen Löwen« im Burggarten (um 1760)



Sehen Sie eine Auswahl an HDR-Fotos in – derzeit vier – »Abteilungen« unter der Adresse <http://www.moessmer.at>

»Österreich Journal« – <http://www.oesterreichjournal.at>

Österreicher im Rathauskeller

Am 16. April eröffneten der Bürgermeister der Stadt Wien, Michael Häupl, und der Koch des Jahrzehnts, Helmut Österreicher, das á la carte-Restaurant »Österreicher im Wiener Rathauskeller« im traditionsreichen Ambiente des Salon Ziehrer.



Alle Fotos: KULINARIK Gastronomie und Frischküche GmbH

Helmut Österreicher wird sein gastronomisches Erfolgskonzept aus dem MAK auch im Wiener Rathauskeller umsetzen.

Die Wiener Küche hat eine lange Tradition. Entstanden aus den kulinarischen Einflüssen der ehemaligen Kronländer, präsentiert sie sich heute in einer zeitgemäßen, leichten und auch innovativen Form. So bieten „Österreicher im MAK“ und „Österreicher im Wiener Rathauskeller“ sowohl die „Klassische“, als auch eine „Moderne Wiener Küche“. Klare Geschmacksrichtungen und perfekt abgestimmte Komponenten machen die Gerichte von Helmut Österreicher einzigartig.

Helmut Österreicher wird sein gastronomisches Erfolgskonzept aus dem MAK, gestartet 2006, auch im Wiener Rathauskeller umsetzen. „Die Verbindung von klassischer und neu interpretierter Wiener Küche und dem traditionsreichen Ambiente des Wiener Rathauskellers ist spannend und einzigartig“, so Helmut Österreicher.

Michael Häupl, Bürgermeister der Stadt Wien, sagt dazu: „Helmut Österreichers Ta-

lent, althergebrachte Rezepte innovativ zu interpretieren, paßt ausgezeichnet zur Tradition des Wiener Rathauskellers. Ich bin überzeugt, daß dieses Konzept nicht nur Gäste aus aller Welt, sondern ganz besonders auch die Wienerinnen und Wiener begeistern wird.“

Gelebte Gastfreundschaft

Die Zufriedenheit des Gastes steht im Vordergrund. Er soll sich wohlfühlen und perfekt betreut werden, seinen Besuch in guter Erinnerung behalten und gerne wiederkommen.

„Der Gast will verwöhnt werden. Ein Fünkchen Sehnsucht nach Heimat, nach Ehrlichkeit und Transparenz steckt in jedem Menschen“, so Helmut Österreicher. „Sich wohlfühlen heißt speziell im ‚Österreicher im Wiener Rathauskeller‘ Tradition und Moderne in einer Atmosphäre zu genießen, die sich durch den Charme des historischen

Bauwerkes und der neu interpretierten Wiener Küche ausdrückt. Die Verbindung der beiden Elemente bringt den Sitz des ‚guten Geschmacks‘ dahin, wo er seinen Ursprung hat, in den Wiener Rathauskeller. Seit 1899 gilt der Wiener Rathauskeller als Stätte für ‚Speis und Trank‘.“

Neuinterpretation des Wiener Gasthauses

Helmut Österreicher versteht es, aus althergebrachten Rezepturen innovative, zeitgemäße Gerichte zu interpretieren, ohne die traditionellen Wurzeln zu vernachlässigen.

„Neben der Pflege unseres österreichischen kulinarischen Erbes basiert die Philosophie unserer Gasthäuser auf Einfachheit und Unkompliziertheit. Die Partnerschaft mit dem Wiener Rathauskeller bereitet mir sehr viel Freude. Ich bin stolz, in diesem ehrwürdigen, traditionsreichen Haus mein zweites ‚Österreicher-Lokal‘ gefunden zu

Gastronomie & Kulinarisches



Helmut Österreicher versteht es, aus althergebrachten Rezepturen innovative, zeitgemäße Gerichte zu interpretieren, ohne die traditionellen Wurzeln zu vernachlässigen

haben“, erläutert Helmut Österreicher. In Zukunft sollen weitere Gasthäuser in und um Wien folgen.

Blick in die Karte verheißt garantierten Genuß

Damit der Aufenthalt im „Österreicher im...“ bei jedem Besuch kulinarisch zum Erlebnis wird, ist der Koch des Jahrzehnts, Helmut Österreicher, um Abwechslung und Vielseitigkeit bemüht. Die saisonale Speisekarte variiert mit Qualitätsprodukten vom Markt. „Saisonale Zutaten sind essenziell für die Wiener Küche, sie ist ohne sie nicht denkbar. Sie geben den Takt vor und spielen eine wichtige Rolle“, erläutert Österreicher.

In der klassischen Wiener Küche werden österreichische Spezialitäten völlig unverändert nach alten Rezepten zubereitet. Die moderne Wiener Küche behält den Stil und den Geist traditioneller Gerichte bei, greift auf regionale Produkte zurück und erweitert sich durch den Einfluß der Kronländer der ehemaligen Donaumonarchie, die die Küche Österreichs maßgeblich bereichert haben.

Eine Inszenierung für alle Sinne

Es genügt heute nicht mehr, dem Gast „nur“ gute Küche zu bieten, auch der passende Rahmen im Restaurant muss geschaffen werden: Farbe, Form, Musik, Geruch und Geschmack – eine Inszenierung für alle

Sinne. „Entscheidend ist die Harmonie: Speisenkreationen, Einrichtung, Design, Stimmungsmacher wie Licht und Farben müssen aufeinander abgestimmt sein“, betont Österreicher. Ein harmonisches Zusammenspiel aus Farben und dynamischen Lichtelementen mit verschiedenen Helligkeitsstufen überrascht im Wiener Rathauskeller ab sofort die Gäste.

So sind beispielsweise im Foyer die Leuchten bzw. Appliken mit plissierten aber leicht durchsichtigen champagnerfarbenen Organza-Schirmen verkleidet worden. Das á la carte-Restaurant wurde champagnerfarben ausgemalt. Mit dieser neuen Farbwelt wird Reinheit, Leichtigkeit und Vollkommenheit symbolisiert.

Ein klares und zeitloses Design zeichnet das neue á la carte-Restaurant „Österreicher im Wiener Rathauskeller“ aus: Porzellan, Gläser, Besteck und Tischwäsche ergeben ein harmonisches Ganzes. So ist etwa die Tischwäsche hell-champagnerfarben, eine kunstvolle Glasvase auf jedem Tisch rundet das Bild ab. „Selbst die Mitarbeiter sind Botschafter unseres á la carte-Restaurants. Dazu gehört ein stilgerechtes Outfit mit der typischen roten Linie, die für „Österreicher im...“ steht“, so Helmut Österreicher, Küchenchef im Wiener Rathauskeller. ■

<http://www.oesterreicherim.at>



Alt-Landeshauptmann feiert 80er

Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer zum 80. Geburtstag von Landeshauptmann a.D. Josef Ratzenböck: »Großer Impulsgeber unseres Landes, der – wie nur wenige Persönlichkeiten – den Mut zur großen Perspektive mit dem Gespür für die Sorgen der Menschen vereint.«



Foto: OÖEVP

Landtagspräsidentin Angela Orthner, OÖVP-Klubobmann Thomas Stelzer, LH Josef Pühringer, Neues-Volksblatt-Chefredakteur Werner Rohrhofer, Anneliese Ratzenböck, WK-Präsident Christoph Leitl, LH a.D. Josef Ratzenböck, LR Viktor Sigl, Innenministerin Maria Fekter, OÖVP-Landesgeschäftsführer Michael Strugl und LH-Stv. Franz Hiesl (v.l.)

Als „großen Impulsgeber für ein modernes Oberösterreich, der, wie nur ganz wenige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in unserem Land den Mut zur großen Perspektive mit dem Gespür für die Sorgen der Menschen in unserem Land vereint“, würdigt Landeshauptmann Josef Pühringer seinen Vorgänger Landeshauptmann a.D. Josef Ratzenböck aus Anlaß dessen 80. Geburtstags am 15. April 2009.

„Ratzenböck hat in vielen Bereichen maßgeblich dazu beigetragen, daß Oberösterreich heute zu den starken Regionen in Europa zählt. Ein gemeinsames Europa, dessen überzeugter Anhänger Josef Ratzenböck seit jeher war. Hier geht es ihm vor allem um die Friedenssicherung als zentrale Leitidee des europäischen Einigungsgedankens. Euro-

pa war für Ratzenböck bereits in jenen Zeiten, in denen noch der Eiserner Vorhang durch unseren Kontinent ging, mehr als nur Westeuropa. Er gehört zu den wenigen westeuropäischen Politikern, die lange vor dem Fall des Eisernen Vorhangs Kontakte nach Osteuropa knüpften. Hier wird deutlich, daß Ratzenböck immer die großen Perspektiven gesehen hat – daher war er ein wichtiger Vorkämpfer eines Europas der Regionen, zuerst in der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria, zu deren Gründern er gehört. Vor 20 Jahren ist seine Vision eines ‚Europas ohne Mauern und Stacheldraht‘ Wirklichkeit geworden.“

Als Beispiele für die Nachhaltigkeit der Ära von Landeshauptmann Ratzenböck (1977 bis 1995) in Oberösterreich selbst, nannte Pühringer drei Beispiele: Der seit vielen Jah-

ren zu beobachtende Trend, wonach sich die Arbeitslosenquote immer mehr vom Bundeschnitt wegorientiert, hat in der Ära Ratzenböck seinen Ausgang genommen. Der Name Ratzenböck ist untrennbar mit seinem erfolgreichen Bemühen für die Umstrukturierung der verstaatlichten Industrie, aber auch für seine erfolgreichen Industrieansiedlungsprojekte, wie BMW in Steyr oder seinen Einsatz für Klein- und Mittelbetriebe verbunden.

Gleichzeitig gehört Ratzenböck zu den großen Sozialpolitikern dieses Landes, obwohl er selbst nie Sozialreferent war. Eines der wichtigsten Beispiele dafür ist etwa das Pflegegeld, wo Oberösterreich gemeinsam mit Vorarlberg Vorreiter für diesen mittlerweile bundesweit geltenden Meilenstein der Sozialpolitik war.

Personalia

Sein Wirken als Kulturreferent hat ebenfalls bleibende Spuren in unserem Bundesland hinterlassen. Markantestes Zeichen dafür ist das Oö. Musikschulwesen, das heute nationalen und internationalen Modellcharakter hat.

„Josef Ratzenböck hat durch all das bisher Geleistete bereits jetzt einen fixen Platz in den Geschichtsbüchern unseres Landes. Alle, die heute Verantwortung tragen, können auf dem von ihm gelegten guten Fundament aufbauen“, so Pühringer.

400 Gratulanten bei Geburtstagsfeier

Fast 400 Gratulantinnen und Gratulanten feierten am Abend des 14. April im Raiffeisen-Forum in Linz auf Einladung der OÖVP, des oö. Seniorenbundes und des OÖVP-Landtagsklubs den 80. Geburtstag von Landeshauptmann a.D. und Seniorenbund-Landesobmann Josef Ratzenböck. OÖVP-Landesgeschäftsführer LAbg. Michael Strugl konnte neben dem Jubilar, dessen Gattin Anneliese und ihren Kindern zahlreiche prominente Gäste aus Politik, Wirtschaft und Kirche begrüßen: An der Spitze Landeshauptmann Josef Pühringer, Bundesministerin Maria Fekter, Landtagspräsidentin Angela Orthner, LH-Stv. Franz Hiesl, LR Viktor Sigl, LR Josef Stockinger, OÖVP-Klubobmann Thomas Stelzer, Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl, Vizebürgermeister Erich Watzl, Seniorenbund-Landessekretär Franz Wolfinger, Landeschulrats-Präsident Fritz Enzenhofer, Rot-Kreuz-Präsident Leopold Pallwein-Prettnr, Landarbeiterkammer-Präsident Eugen Preg, WKOÖ-Vizepräsidentin Ulrike Rabmer-Koller, Landwirtschaftskammer-Vizepräsident Franz Reisecker, Alt-Bischof Maximilian Aichern, Prälats Josef Ahammer und Superintendent i.R. Hansjörg Eichmeyer. Stellvertretend für Ratzenböcks ehemalige politische Weggefährten begrüßte Strugl LH-Stv. a.D. Karl Eckmayr und Landeschulrats-Präsident a.D. Johannes Riedl. Für den musikalischen Auftakt sorgte der Musikverein aus Ratzenböcks Heimatgemeinde Neukirchen am Walde mit Kapellmeister Wolfgang Gfellner und Obmann Paul Humer.

»Einer der großartigsten Sozialpolitiker unseres Landes«

„Josef Ratzenböck hat sich durch seine Arbeit einen besonderen Platz in der Geschichte des Landes und in den Herzen der Menschen erworben“, hob Landeshauptmann Josef Pühringer in seiner Laudatio hervor. Er würdigte seinen Amtsvorgänger als



Foto: OÖEVP

LASK-Legende Helmut Köglberger mit Josef und Anneliese Ratzenböck

„einen der großartigsten Sozialpolitiker, die es in unserem Land jemals gegeben hat“. Ratzenböck habe vorgelebt, daß die Politik in erster Linie für die Kleinen und Schwächeren der Gesellschaft da zu sein habe, „für die großen Probleme und die kleinen Sorgen“. Dieser Weg, so Pühringer, werde in Oberösterreich konsequent fortgesetzt, gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten: „Nichts ist unsozialer als Arbeitslosigkeit“, zitierte Pühringer seinen Amtsvorgänger, „daher kämpfen wir heute und auch in Zukunft um jeden Arbeitsplatz in diesem Land.“

Ratzenböck sei nicht nur ein Verfechter des „Friedensprojektes Europa“, sondern auch ein großer Kulturpolitiker gewesen: Pühringer erinnerte an die Gründung des oö. Landesmusikschulwerks auf Ratzenböcks Initiative; mit dem „Dr. Josef-Ratzenböck-Stipendium“ für herausragende Musikschüler, das Pühringer nun ins Leben gerufen hat, würden die oö. Musikschulen immer mit ihm verbunden bleiben. Es sei nicht selbstverständlich, daß sich Ratzenböck auch nach seiner Amtszeit als Landeshauptmann nun als Landesobmann des Seniorenbundes, den er selbst 1956 gegründet habe, weiterhin in den Dienst der Öffentlichkeit stelle, unterstrich Pühringer. Ratzenböck habe damit in den vergangenen 14 Jahren als „Landeshauptmann in besonderer Verwendung“ gewirkt, er sei für ihn aber auch künftig ein „Landeshauptmann in jeder Verwendung“, würdigte Pühringer seinen Vorgänger, der sich am Landtag des Oö. Seniorenbundes erneut der Wiederwahl zum Landesobmann

gestellt hat: Rund 1100 Delegierte bestätigten Ratzenböck für weitere vier Jahre mit 100 Prozent (!) in geheimer Wahl eindrucksvoll als Landesobmann.

Doch zurück zur Geburtstagsfeier: Ratzenböck selbst betonte in seinen Dankesworten, daß sämtliche seiner politischen Erfolge die Erfolge aller gewesen seien, „sie wurden miteinander gemacht und jeder war daran beteiligt“. Der größte Erfolg seiner Karriere sei allerdings gewesen, daß er in Josef Pühringer seinen idealen Nachfolger gefunden habe.

Die OÖVP und der OÖVP-Landtagsklub stellten sich bei Josef Ratzenböck mit einer Sonderausgabe des „Neuen Volksblattes“ sowie Reisegutscheinen ein. Als besondere Überraschung überreichte LASK-Legende Helmut Köglberger auf Initiative des Seniorenbundes dem Jubilar ein LASK-T-Shirt mit der Spielernummer „80 RATZI“ sowie Autogrammen des Teams.

Bundespräsident Heinz Fischer hat Josef Ratzenböck ein Glückwunschschreiben übermittelt, in dem er ihm seinen Dank für dessen engagierte politische Arbeit ausspricht. „Als Landeshauptmann von Oberösterreich haben Sie 14 Jahre lang Ihr Bundesland überzeugend repräsentiert und viele Initiativen gesetzt, die immer mit Ihrem Namen verbunden bleiben werden. Oberösterreich hätte den heutigen Stand seiner Entwicklung nicht erreicht, wenn es nicht Ihre jahrelange, energische und erfolgreiche Tätigkeit als Landeshauptmann gegeben hätte“, so der Bundespräsident in seinem Schreiben. ■

Wiener Ehrenzeichen für Herbert Tumpel und Johanna Ettl

Der Präsident der Bundesarbeitskammer, Herbert Tumpel, und die stellvertretende Direktorin der Arbeiterkammer Wien, Johanna Ettl, wurden durch Vizebürgermeisterin Renate Brauner mit dem Großen Silbernen bzw. dem Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien ausgezeichnet.

Brauner würdigte Tumpel in ihrer Laudatio als einen „mit allen Wassern gewaschenen und mit lauter Stimme ausgestatteten Arbeitnehmervertreter“, der die Arbeiterkammer in seiner Amtszeit insbesondere als Serviceeinrichtung weiterentwickelt und noch stärker positioniert habe. Tumpel sei ständig um eine breite Palette von Themen bemüht, „vom Einsatz für die Pendlerinnen und Pendler bis hin zur dringend gebotenen Stärkung des Binnenkonsums und der Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen, vom Eintreten für eine neue Mindestsicherung und eine vernünftige Pensionsregelung für schwer arbeitende Menschen, von der Kinderbetreuung bis hin zur infrastrukturellen Weiterentwicklung Österreichs und der verstärkten Integration von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Migrationshintergrund.“ Tumpel sei zudem ein entschiedener Verfechter der österreichischen Sozialpartnerschaft, die gerade jetzt in krisenhaften Zeiten eine zentrale Rolle für den Standort Österreich spiele. Johanna Ettl wurde von Brauner vor allem als entscheidende Weichenstellerin für die Positionierung der Arbeiterkammer mit Blick auf die Integration Österreichs in die EG bzw. EU gewürdigt. Gerade in ihrer Zeit als Leiterin der Abteilung für Außenwirtschaft und Integration der AK Wien seien wichtige Entscheidungen getroffen worden, „wo es auch innerhalb der Arbeiterkammer notwendig war, die Mitglieder und Funktionäre zu informieren, intensiv zu diskutieren und dann natürlich auch die Positionen der Arbeiterkammer in den innerstaatlichen Entscheidungsprozeß einzubringen“.

Johanna Ettl habe in ihrer späteren Funktion als Leiterin der Abteilung für Wirtschaftspolitik entscheidend dabei mitgeholfen, den Standort Wien beim Übergang von einer sachgüterorientierten Industriestruktur hin zu einer dienstleistungs- und produktionsbasierten Wissensökonomie zu unterstützen.

Herbert Tumpel

wurde am 9. März 1948 in Wien geboren und besuchte hier die Volksschule. Zwischen 1958 bis 1962 absolvierte er die AHS-Unterstufe. Zwischen 1962 und 1967 erhielt er seine Berufsausbildung als Textilingenieur an der HTL für Textilindustrie in Wien. Nach der Matura und der Ableistung des Präsenzdienstes nahm er das Studium der Nationalökonomie an der Universität Wien auf, das er 1973 mit der Sponson zum Magister abschloß. Tumpel wurde 1973 Mitarbeiter im Volkswirtschaftlichen Referat des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, dessen Leitung er 1983 übernahm. 1987 wurde Tumpel zum Leitenden Sekretär im ÖGB bestellt, mit der Zuständigkeit für Grundsatzpolitik und Finanzen. Zu diesem Zeitpunkt übernahm Tumpel auch zahlreiche weitere Funktionen, u.a. die Mitgliedschaft im Generalrat der Österreichischen Nationalbank sowie im ERP-Fonds. Im Februar 1997 wurde Herbert Tumpel zum Präsidenten der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien sowie im März 1997 zum Präsidenten der Bundesarbeitskammer gewählt.



Vize-Bgmin Renate Brauner mit Präsident Herbert Tumpel



Vize-Bgmin Renate Brauner mit Johanna Ettl

Johanna Ettl

wurde am 26. November 1948 in Innsbruck geboren hat und dort auch ihre Schullaufbahn absolviert. Nach der Matura nahm Ettl das Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Innsbruck auf, das sie 1971 erfolgreich abschloß. Es folgte eine wissenschaftliche Tätigkeit als Vertragsassistentin bei Prof. Andreae am Institut für Finanzwissenschaft an der Universität in Innsbruck. 1974 trat Ettl in die Arbeiterkammer Tirol ein und übernahm Aufgaben im Bildungsbereich bzw. im Bereich der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. 1976 wechselte Ettl ins Staatsschuldensekretariat bei der Postsparkasse in Wien. Ab 1976 war sie als Direktionsassistentin in der CA tätig. Nach einer mehrjährigen Karenzzeit kehrte Ettl 1983 in die AK zurück und wurde Mitarbeiterin im Referat für Außenwirtschaft und Integration der AK Wien, deren Leitung sie 1990 übernahm. 1993 wurde Ettl mit der Leitung der Abteilung für Wirtschaftspolitik betraut. 1998 wechselte Ettl in die Geschäftsführung von Sozial Global. Ab 1999 war Ettl als Bereichsleiterin für Bildung, Kultur, KonsumentInnen sowie als Bereichsleiterin für Wien in der AK tätig. 2003 wurde Ettl zur stellvertretenden Direktorin der AK Wien bestellt. ■

Fotos: Schaub-Walzer

Lebenserwartung steigt an – auch bei Quantenzuständen

Erstmals ist die Messung und Kontrolle der Lebensdauer von Quantenzuständen gelungen

Konkret wurde in Silizium-Germanium-Strukturen (SiGe) die sogenannte Inter-subband-Relaxationszeit von Ladungszuständen gemessen, die im Bereich von Pikosekunden liegt. Gleichzeitig gelang es, diese experimentell zu kontrollieren und zu verlängern. Die jetzt in *Physical Review Letters* publizierte Arbeit geht somit, auch dank Unterstützung des Wissenschaftsfonds FWF, einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer Datenverarbeitung durch optoelektronische Chips. Informationen per Lichtquanten (Photonen) zu versenden ist nichts Neues. In jedem Glasfaserkabel geschieht dies mit hoher Effizienz. Doch was über große Distanzen rasend schnell und zuverlässig funktioniert, scheitert im Kleinen. Eine chip-to-chip-Kommunikation mittels Photonen ist derzeit für die Datenverarbeitung noch nicht machbar. Das Problem: die Photonenquelle. Das heutige Ausgangsmaterial für Computerchips – Silizium – erlaubt aufgrund seiner Halbleiterstruktur keine Erzeugung von Photonen auf konventionellem Weg. Unkonventionell könnte es aber schon gehen – und an genau dieser Lösung arbeitet ein Team des Instituts für Halbleiter- und Festkörperphysik der Universität Linz.

Eine mögliche Lösung des Problems stellt der Quantenkaskadenlaser auf Basis einer Silizium-Germanium-Heterostruktur (SiGe) dar, der die Erzeugung von Laserlicht im Infrarotbereich durch quantenphysikalische Effekte erlauben könnte. „Derzeit gibt es noch viele grundlegende Fragen zur Wirkungsweise und zur Kontrolle von SiGe-Heterostrukturen zu klären“, erläutert Patrick Rauter, der in der Gruppe von Thomas Fromherz an der Nutzung dieser Strukturen arbeitet. Ein wesentlicher Parameter dabei ist die sogenannte Inter-subband-Relaxationszeit. Diese gibt den Zeitraum an, in dem angeregte Ladungsträger des SiGe auf einem höheren Energieniveau verbleiben, bevor sie in den Ausgangszustand zurückkehren. Die Länge dieses Zeitraums gilt als wichtige Größe für den Quantenkaskadenlaser, da die Verweildauer der Ladungsträger im angeregten Zustand mit der Möglichkeit zur Emission von Licht eng zusammenhängt.



Foto: C. Lackner

Der Leiter der Forschungsgruppe, Prof. Rudolf Grimm vom Institut für Experimentalphysik der Universität Innsbruck

Rauter gelang es nun mit KollegInnen, diesen Zeitraum exakt zu messen. Dabei unterstützte sie auch die Foundation for Fundamental Research Matter – FOM im niederländischen Rijnhuizen mit ihrem Freielektronen-Laser FELIX. Dessen Laserstrahl kann in Pikosekundenlänge gepulst werden und ermöglicht dadurch die Messungen von sehr schnellen Vorgängen.

Tatsächlich konnte die Gruppe in ihrem experimentellen Design messen, daß die Inter-subband-Relaxationszeit zwischen 12 und 25 Pikosekunden dauert, also 12 bis 25 billionstel Sekunden. Zur Messung dieser kurzen Zeiträume wurde der Laser-Strahl von FELIX gesplittet. Ein Strahl wurde zum Anregen der Ladungsträger im SiGe verwendet, der andere diente – mit einer Zeitverzögerung – der eigentlichen Messung. Gemessen wurde dabei ein photoelektrischer Strom, der in Abhängigkeit zur Inter-subband-Relaxationszeit steht.

Zu den Messungen meint Rauter weiter: „Wir konnten die intersubband relaxation lifetime sogar kontrolliert verlängern. Dazu legten wir ein äußeres elektrisches Feld an die Probe an, dessen Veränderung es erlaubte, die Relaxationszeit zwischen 12 und 25 Pikosekunden stufenlos zu regulieren.“ Tatsächlich konnte die Relaxationszeit verdoppelt werden.

Die nun in *Physical Review Letters* publizierte Arbeit ist auch Teil des FWF-Spezialforschungsbereichs IR-ON (InfraRed Optical Nanostructures). In diesem befassen sich insgesamt zehn Arbeitsgruppen aus Österreich und Deutschland mit SiGe-Verbindungen, deren Nanostrukturen den Einsatz optoelektronischer Chips ermöglichen sollen. Diesem ist man nun durch die Arbeit von Rauter und seinen KollegInnen einen Quantensprung – also, einen kleinen Schritt – näher gekommen. ■

Prostata, Protein & Proliferation

Eine jetzt vom American Journal of Pathology auch als »Featured Article« publizierte Arbeit legt den Gedanken nahe, bei der Erforschung des Prostatakrebses das Augenmerk verstärkt auf die Zusammenhänge mit entzündungsrelevanten Vorgängen zu legen.

Ein in Zellen des Prostatakrebs nachgewiesenes Protein kann das Tumorwachstum einschränken. Das als SOCS-1 bezeichnete Protein gehört zur Klasse der sogenannten Suppressor of Cytokine Signaling (SOCS)-Proteine, die in verschiedenen Tumorarten sehr unterschiedliche Wirkungen bedingen. Die vom Wissenschaftsfonds FWF unterstützte und jetzt im American Journal of Pathology veröffentlichte Arbeit zeigt weiter, daß die wachstumshemmende Wirkung von SOCS-1 durch Einfluss auf die Zellteilung erfolgt.

Für Männer ist das Prostatakarzinom, nach Lungen- und Darmkrebs, die Krebserkrankung mit der höchsten Sterblichkeit. Aber in einem frühen Entwicklungsstadium des Tumors bietet neben der Strahlentherapie auch das chirurgische Entfernen des Tumors eine gute Aussicht auf erfolgreiche Behandlung. In einem späteren Entwicklungsstadium ist die Chemotherapie zwar zunehmend erfolgreich, derzeit ist aber die Hormonbehandlung noch das erste Mittel der Wahl. Denn als eine der Hauptursachen für das Entstehen und die Entwicklung des Prostatakarzinoms gilt eine Aktivierung der Rezeptoren für männliche Sexualhormone auf den Zellen der Prostata. In den letzten Jahren mehren sich aber die Hinweise, daß auch chronische Entzündungen zur Entstehung des Krebses beitragen können. Zum besseren Verständnis dieser Zusammenhänge werden derzeit die dabei ablaufenden Signalübertragungswege im Detail analysiert.

Signalwirkung

Mit einer ganz speziellen Klasse an Schlüsselproteinen dieser Signalwege befaßt sich das Team um Prof. Zoran Culig von der Universitätsklinik für Urologie der Medizinischen Universität Innsbruck. Die als SOCS – Suppressor of Cytokine Signaling – bezeichneten Proteine wirken hemmend auf jene Signale, die von wichtigen entzündungsrelevanten Botenstoffen, den Zytokinen, ausgehen. Dazu Prof. Culig: „Derzeit wissen wir von sieben verschiedenen SOCS-Pro-

teinen, die in Tumorzellen unterschiedlicher Krebsarten nachgewiesen werden können. Nun haben wir auch in Zellen des Prostatakrebses das SOCS-1 eindeutig belegen können. Neben sechs verschiedenen Zelllinien verwendeten unsere Kooperationspartner

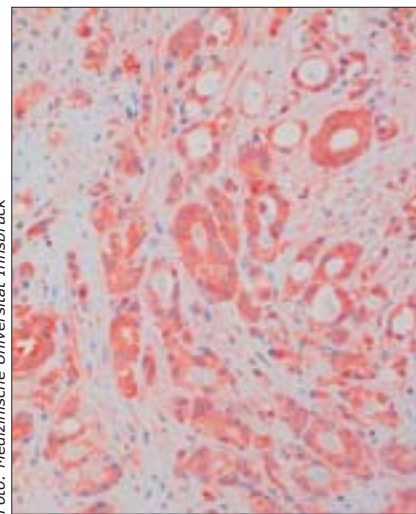


Foto: Medizinische Universität Innsbruck

Signalfarbe: SOCS-1 (Suppressor of Cytokine Signaling) kommt auch in Zellen des Prostatakarzinoms vor und schränkt dessen Wachstum ein.

und Kooperationspartnerinnen von der Medizinischen Universität Wien und vom Ludwig Boltzmann Institut für Krebsforschung, L. Kenner, M. Susani und M. Schleder, für diese Untersuchung auch Gewebeproben von Tumorpatienten vor und nach einer Hormontherapie sowie von Patienten, die auf eine solche Therapie nicht mehr ansprechen. In allen Fällen gelang es uns, SOCS-1 nachzuweisen.“

(Ent-)zündende Wirkung

Zum weiteren Verständnis der Zusammenhänge zwischen SOCS-1 und den entzündungsrelevanten Signalübertragungsweisen der Krebszellen wählte Prof. Culig ein elegantes Experiment: Prostatakrebs-Zelllinien wurden mit IL-6, einem Interleukin, das bei der Entstehung von Entzündungen eine maßgebliche Rolle spielt, behandelt. Interessanterweise bewirkte dies zwar keine Erhöhung der zur Herstellung von SOCS-1

notwendigen mRNA – trotzdem stieg die Konzentrationen an SOCS-1 deutlich an. Dazu Prof. Culig: „Obwohl das Ergebnis zunächst überrascht, kann dessen Erklärung recht einfach sein. Denn es ist durchaus vorstellbar, dass IL-6 stabilisierend auf die mRNA wirkt und somit SOCS-1 über einen längeren Zeitraum hergestellt werden kann. Auch das führt zu einer erhöhten Konzentration in den Zellen.“

Da die Wirkungen der bisher bekannten SOCS-Proteine in den verschiedenen Krebsarten deutlich voneinander abweichen, wurden die Wirkungen von SOCS-1 von Prof. Culig in Prostatakrebszellen näher analysiert. Dafür wählte er zwei weitere aussagekräftige Experimente, wobei in einem die Konzentration des SOCS-1 in den Zellen erhöht und in dem anderen reduziert wurde. So konnte gezeigt werden, dass SOCS-1 über einen hemmenden Einfluß auf die Zellteilung der Tumorzellen das Wachstum des Tumors einschränkt. Speziell konnte ein Einfluß von SOCS-1 auf die Synthese der Proteine Cyclin und CDK gezeigt werden, die beide zur Initiierung der Zellteilung beitragen.

Insgesamt legt diese jetzt vom American Journal of Pathology auch als „Featured Article“ publizierte Arbeit den Gedanken nahe, bei der Erforschung des Prostatakrebses das Augenmerk verstärkt auf die Zusammenhänge mit entzündungsrelevanten Vorgängen zu legen. Denn, so deutet das vom FWF unterstützte Projekt an, Signalübertragungswege, die für Entzündungen verantwortlich sind, könnten das Fortschreiten des Tumorwachstums bei Prostatakrebs beeinflussen.

Originalpublikation: Suppressor of Cytokine Signaling (SOCS)-1 is Expressed in Human Prostate Cancer and Exerts Growth-inhibitory Function through Down-regulation of Cyclins and Cyclin-dependent Kinases. H. Neuwirt, M. Puhr, F. R. Santer, M. Susani, W. Doppler, G. Marcias, V. Rauch, M. Brugger, A. Hobisch, L. Kenner and Z. Culig. Am. J. Path., DOI 10.2353/ajpath.2009.080751. ■

Europaweite Zertifizierung für das »Lipometer«

Spin-off der Med Uni Graz entwickelte marktreifes medizintechnisches Gerät für einfache Körperfettmessung

Rund zwei Jahre hat die Entwicklung des Lipometers vom Forschungstool zum marktreifen Serienprodukt in Anspruch genommen. Das Lipometer des Spin-offs „Möller Messtechnik“ wurde Anfang April 2009 als Medizinprodukt europaweit zertifiziert. Das Spin-off wird von der Med Uni Graz und dem Science Park Graz unterstützt. Mit der Zertifizierung öffnet sich ein größerer Markt, da das Lipometer nun von niedergelassenen Ärzten, Diätassistenten oder Fitness- und Wellnessbetrieben eingesetzt werden kann und damit weit über den wissenschaftlichen Sektor hinausgeht.

Zahlreiche internationale Studien belegen den Zusammenhang zwischen erhöhtem Krankheitsrisiko und verkürzter Lebenserwartung im Falle von Übergewicht und Fettleibigkeit. Die gleiche Fettmenge kann unterschiedlich verteilt sein und somit zu einem höheren oder niedrigeren Risiko von metabolischen und hormonellen Erkrankungen wie Typ 2 Diabetes, koronare Herzkrankungen und Fertilitätsstörungen führen. Die meisten Geräte zur Messung des Körperfettes sind nicht in der Lage, die individuelle Verteilung des Körperfettes zu beschreiben und geben lediglich Auskunft über den gesamten Körperfettanteil. „Das Lipometer eröffnet eine völlig neue Dimension und Sichtweise auf die menschliche Körperzusammensetzung und Fettverteilung. Es ist ein optisches Computermeßsystem zur präzisen Bestimmung der Schichtdicke des subkutanen Fettgewebes in Millimetern. Die Evaluierung und Kalibrierung des Lipometers erfolgte mittels Computertomographie als Referenzmethode“, erklärt Univ.-Prof. Reinhard Möller von der Med Uni Graz, Erfinder und Entwickler des Lipometers.

Ein Standardset von 15 anatomisch eindeutig definierten Meßpunkten vom Nacken bis zur Wade ergibt die vollständige Subcutaneous Adipose Tissue-Topography (SAT-Top) Information der individuellen Körperfettverteilung. Das SAT-Top Profil der gemessenen Person ist wie ein „persönlicher Fingerabdruck“ der eigenen Fettverteilung. Einflußfaktoren sind genetischer



Das Lipometer: Ein neuartiges Messsystem zur exakten Bestimmung der Körperfettverteilung und zur Risikoerkennung bei Stoffwechselstörungen



Univ.-Prof. Reinhard Möller

Hintergrund, Geschlecht, sowie Alter, Ernährungszustand und Lebensstil. Bis heute wurden 25.000 gesunde Personen aller Altersgruppen und Patienten mit verschiedenen metabolischen und hormonellen Störungen untersucht. Diese Datensätze bilden die Grundlage statistischer Analysen und

sind Teil einer Datenbank die es ermöglicht, zwischen den individuellen

Meßdaten einer Person und gesunden Probanden desselben Alters und Geschlechts als auch erkrankten Personen Vergleiche zu ziehen. „Rund 30 wissenschaftliche Publikationen wurden bisher über das und mit dem Lipometer veröffentlicht und unterstreichen damit die wissenschaftliche Relevanz dieser innovativen, patentierten Technologie“, betont die Vizerektorin für Forschung der Med Uni Graz, Univ.-Prof. Irmgard Th. Lippe.

<http://www.lipometer.com>

Firmengründungen

Die Medizinische Universität Graz setzt mit der Beteiligung am akademischen Gründerzentrum einen weiteren Schritt im Bereich der Technologieverwertung. Der Science Park unterstützt innovative Geschäftsideen von Studierenden und ForscherInnen und hilft auf dem Weg in die Selbstständigkeit. Interessierte AkademikerInnen profitieren von praxisrelevanten und bedarfsgerechten Informationen für eine zukünftige selbständige Tätigkeit. Konkrete Unterstützung wird in Form von Infrastruktur/Büroflächen, Darlehen und Unternehmer-spezifischen Schulungen (z.B. Verkauf, Projektmanagement) angeboten. Weitere Partner der gemeinnützigen Einrichtung sind die TU Graz und die Karl-Franzens-Universität Graz.

<http://www.meduni-graz.at>

Aberglaube? Nicht mit uns!

Die Gesellschaft für kritisches Denken wendet sich gegen betrügerische Esoterik und wissenschaftsfeindliche Schwindelei.



Foto: Ecowin Verlag, Martin Vukovits

Prof. Heinz Oberhummer und seine »Gesellschaft für kritisches Denken« versuchen gegen Aberglauben anzukämpfen.

Große Tageszeitungen drucken täglich Horoskope ab, WahrsagerInnen und WünschelrutengeherInnen machen Geld mit unhaltbaren Behauptungen, dubiose AlternativmedizinerInnen behandeln PatientInnen oft mit wissenschaftlich längst widerlegten Methoden. Noch immer stehen Esoterik und Aberglaube bei vielen Menschen hoch im Kurs. Prof. Heinz Oberhummer von der Technischen Universität (TU) Wien und seine „Gesellschaft für kritisches Denken“ versuchen dagegen anzukämpfen und aufzuzeigen, wo die Grenzen zwischen echter Erkenntnis und Vermutung, zwischen Wissenschaft und esoterischem Hokuspokus verlaufen.

Angriff gegen die Wissenschaft

Wissenschaftler zu sein bedeutet für Prof. Heinz Oberhummer, bekannt als Astrophysiker, Buchautor und Wissenschaftskabarettist, auch eine soziale Verantwortung: „Wenn jemand etwas behauptet, das wissenschaftlich längst widerlegt und offensichtlich falsch ist, kann man das als Wissenschaftler nicht einfach unwidersprochen hinnehmen.“ In esoterischem Aberglauben sieht Oberhummer einen bedenklichen Angriff auf die Wissenschaft. „Hier sind auch die Universitäten gefragt: Wir müssen klarstellen, daß Wissenschaft und Esoterik nicht zwei

gleichberechtigte Sichtweisen sind. Wissenschaft beruht auf intensiver Forschung, auf Messung und Beobachtung. Esoterik stellt Behauptungen auf, die sich bei näherer Betrachtung als falsch herausstellen.“

Wissenschaftliche Methoden gegen Schwindelei

Die Gesellschaft für kritisches Denken, deren Vorsitz Oberhummer führt, gehört der weltweiten Skeptiker-Bewegung an und ist die Wiener Regionalgruppe der GWUP (Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften). Sie ist interessiert an einem Beweis für außergewöhnliche Phänomene: Wer der Meinung ist, über unerklärbare, übernatürliche Fähigkeiten zu verfügen, kann seine Begabung von der GWUP näher untersuchen lassen. Gemeinsam einigen sich dann EsoterikerInnen und WissenschaftlerInnen auf eine Untersuchungsmethode, die entscheiden soll, ob an den behaupteten Fähigkeiten wirklich etwas dran ist. Ein breites Spektrum von übernatürlichen Phänomenen wurde von der GWUP bereits untersucht – von Wasserader-MuterInnen bis zu GeistheilerInnen. Echte übernatürliche Fähigkeiten wurden allerdings bisher nicht entdeckt: „Bei sauber durchgeführten Untersuchungen stellte sich jedes Mal wieder heraus, daß die ange-

lichen, übernatürlichen Phänomene Einbildung und Selbsttäuschung waren“, erklärt Oberhummer.

Verstärkung jederzeit willkommen

Die Gesellschaft für kritisches Denken möchte ein naturwissenschaftliches Weltbild nun auch in Österreich stärker als bisher verankern. „Vielleicht gelingt es uns ja gerade heuer im Darwin-Jahr, in dem wieder über Evolution und Kreationismus diskutiert wird, viele neue Mitglieder anzuwerben und einer breiteren Bevölkerung klarzumachen, was von unwissenschaftlichem Aberglauben zu halten ist“, hofft Oberhummer. Einmal im Monat treffen sich die Mitglieder an der TU Wien zum Informationsaustausch. Zu den prominenten Mitgliedern gehören Ulrich Berger, Wirtschaftsmathematiker an der WU Wien und bekannter Science-Blogger, Erich Eder, Biologe an der Universität Wien, der sich als Kritiker von „Wasserbelebungsverfahren“ einen Namen gemacht hat, sowie Krista Federspiel, die sich als Medizinjournalistin gegen wirkungslose und manchmal sogar gefährliche „alternative“ Heilmethoden einsetzt. „Wer sich für uns interessiert, ist herzlich eingeladen, ganz unverbindlich bei uns vorbeizuschauen“, erklärt Heinz Oberhummer. ■

<http://www.scienceblogs.de/kritisch-gedacht/>

2000 Jahre altes Haus gefunden

Ein über 2000 Jahre altes Gebäude aus der Eisenzeit konnten Archäologen der Universität Innsbruck auf der »Hohen Birga« in Birgitz freilegen.

Bei der „Hohen Birga“ handelt es sich um einen kleinen bewaldeten Hügel, der sowohl Schutz gegen Vermurung und Hochwässer als auch gegen mögliche menschliche Feinde bietet. Im Jahre 1937 waren dort die Überreste einer alten Siedlung, bestehend aus einigen Gehöften, entdeckt worden, aber erst nach dem Krieg konnten von 1949-1956 die archäologischen Ausgrabungen fortgesetzt werden. Dabei wurden eine Reihe von Gebäuden sowie zahlreiche Funde, wie keramische Gefäße, aber auch Schmuck und Werkzeuge aus Metall sowie Objekte aus Glas und Bein entdeckt.

In den folgenden Jahrzehnten geriet der Platz aber zunehmend in Vergessenheit, die bislang entdeckten Überreste verfielen und wucherten zu. 2001 wurde schließlich der „Verein Archäotop Hohe Birga“ gegründet, um die zugewachsenen und verwilderten Fundstätte zu sanieren und dringende Restaurierungsmaßnahmen einzuleiten.

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Archäologien der Universität Innsbruck konnten daher die archäologischen Arbeiten wieder aufgenommen werden. Auf der obersten Terrasse des Hügels gelang es den Archäologen, unter tatkräftiger Unterstützung zahlreicher Mitglieder des Vereines, in den letzten beiden Wochen die Überreste eines in den Hang eingetieften eisenzeitlichen Hauses freizulegen. „Das aus behauenen Steinen in Trockenbauweise errichtete Gebäude weist einen rechteckigen Grundriß auf und besitzt an der Westseite einen langen Korridor der in den eigentlichen Innenraum mündet“ berichtet der Grabungsleiter Florian Müller. Die Wände waren teilweise noch bis zu 2 Meter hoch erhalten, das anzunehmende obere Stockwerk bestand aber wahrscheinlich aus Holz.

Zahlreiche Funde belegen die Datierung des Gebäudes in die jüngere Eisenzeit, also vor mehr als 2000 Jahren. Bei der Siedlung auf der „Hohen Birga“ handelt es sich um die älteste und größte geschlossene rätorische Siedlung in Tirol. Die Rätor bewohnten seit dem Ende des 6. Jh.v.Chr. den Alpenraum vom Unterengadin im Westen bis in das Virgental im Osten und im Süden bis an den Gardasee. 15 v. Chr. begannen die Römer ihren Feldzug, um die Alpen zu erobern. Im Zuge der



Foto: F.M. Müller, Innsbruck

Archäologische Ausgrabungen auf der »Hohen Birga«

militärischen Besetzung des heutigen Nordtirol dürfte auch die Siedlung auf der „Hohen Birga“ niedergebrannt worden sein.

„Das Kulturdenkmal ‚Hohe Birga‘ wird nun nach Jahrzehnten endlich den Stellenwert bekommen, den es auch verdient“,

betont Prof. Kurt Haselwandter, der Obmann des Vereines, die Bedeutung des Platzes. Die zahlreichen bedeutenden archäologischen Funde sollen zudem in einem eigenen Museum in Birgitz präsentiert und öffentlich zugänglich gemacht werden. ■

Macht des Wortes – Mönchtum im Spiegel Europas

Wörter sind Meilensteine der Geschichte. Sie können vernichten und aufbauen, bewegen und verändern. Und in ihnen spiegelt sich das Wissen vieler Epochen. Wissen ist Macht. So ist es und so war es.



Alle Fotos: <http://www.europaausstellung.at>

Das Stift St. Paul, seit über 900 Jahren ein Ort des Glaubens, bewahrt eine der wertvollsten Kunstsammlungen Österreichs auf.

In Umberto Ecos Roman „Der Name der Rose“ steht diese Welt des Wissens und der Bücher im Mittelpunkt einer Geschichte, die „unter die Haut“ geht.

Die Europaausstellung im Benediktinerstift St. Paul beleuchtet dieses Ringen um Wissen und Macht neu und versucht, alle Facetten aufzuzeigen – vom ältesten Buch Österreichs (Anfang 5. Jahrhundert) bis hin zu den verbotenen Manuskripten, die einer strengen Zensur unterlagen. Heute wird gezeigt, was im „finsternen“ Mittelalter verboten war.

Die Merseburger Zaubersprüche, zwei Zauberformeln, welche die einzigen, erhaltenen Zeugen germanisch-heidnischer Religiosität in althochdeutscher Sprache sind, die Geschichte des Lachens von Aristoteles oder alte irische Zauberformeln sind ebenso zu sehen wie Prachtkodices aus dem Vati-

kan. So bekommt der Besucher zu sehen, was vielen Generationen zuvor verwehrt war und begibt sich auf die Spuren des Mönchtums im Spiegel Europas. Vieles, was unsere Geschichte prägte, hat seinen Ursprung im Mönchtum.

Viele beeindruckende Bauwerke entstanden, die heute noch das Mühen der Gottsuche als steingewordenes Credo darstellen. Neben herausragenden Werken der europäischen Buchkunst sind Kostbarkeiten des Kunsthandwerks und der Malerei zu sehen.

Namen wie Albrecht Dürer, Peter Paul Rubens, Tilman Riemenschneider und Anthonis van Dyck sind ebenso vertreten wie Ribera, Lukas Cranach oder Kremser Schmidt.

Eine atemberaubende Welt öffnet sich den Sinnen. Gewaltige Gewölbe, geheime Gänge und prachtvolle Säle bilden die

Kulisse einer einmaligen Schau. Was in Ecos Roman als Fantasiegebilde entstand, ist in St. Paul durch die bauliche Adaptierung verschütteter Räume Wirklichkeit geworden. Ein Eldorado für den Bücherfan ist die neue Bibliothek in den uralten Gewölben unter den bisher bekannten Räumen des Klosters.

Kostbarkeiten der Gold- und Silberschmiede runden das Angebot für den Betrachter ab und sind Teil der über 1000 Exponate aus ganz Europa, die es auf einer riesigen Ausstellungsfläche zu bestaunen gibt.

Kristalldom

Die Inszenierung der Schöpfungstage und des Lebens des Hl. Benedikt durch Peter Hans Felzmann in einer atemberaubenden Kellerwelt versetzt den Besucher in Staunen und entführt ihn in eine andere Zeit. Der Kristalldom stellt sich als eines der High-

lights der Europaausstellung dar und lädt im Planetarium zum Träumen ein und gebietet Ehrfurcht vor der Virtuosität der Architektur des Mittelalters.

Barockgarten und Kräutergarten

Wer jedoch dem Streß des Alltags entfliehen möchte, kann sich im historischen Barockgarten bei einer Tasse Kaffee im Gartenschloß Belvedere erholen und den Ausblick und die Ruhe im „Paradies Kärntens“ genießen. Bestimmt ist gegen die Hektik dieser



»Krümme« eines Abtstabes – eine Augsburger Arbeit um 1800

Zeit auch ein Kraut gewachsen, vielleicht findet man dieses sogar im neu angelegten Kräutergarten oder in einem der Tees, welche in der eigenen Kräuterapotheke zum Verkauf angeboten werden.

Kinderprogramm

Nicht vergessen hat man im Stift St. Paul auf die kleinen Gäste, so begeben sich die Kinder gemeinsam mit dem Klosterkobold Muki auf Entdeckungsreise und können nach erfolgreicher Rätselrallye eine kleine Überraschung im Museumsshop abholen. Und während die Erwachsenen durch die spannende Ausstellung spazieren oder bei einem guten Gläschen Stiftswein im Restaurant entspannen, können sich die ganz



Die Gutenberg-Bibel aus dem Stift St. Paul ist eines der ersten gedruckten Bücher der Welt

Kleinen in der Kinderbetreuungsstätte vergnügen.

Macht des Bildes

Der „Macht des Wortes“, wird im Werner Berg Museum in Bleiburg die „Macht des Bildes“, die Fähigkeit der Bilder in der Erscheinung Sinn und Bedeutung zu schaffen, gegenübergestellt.

Herausragende Kunstwerke unserer Zeit bieten eine anschauliche Ergänzung zu den in St. Paul behandelten historischen Zeiträumen.

Der Besucher erfährt, wie große österreichische Künstler des 20. Jahrhunderts Visionen von Transzendenz und Göttlichkeit in ihren Bildern zu zeigen vermochten. Der Bogen der über 50 ausgewählten Künstler reicht von Alfred Kubin, Egon Schiele und Oskar Kokoschka über Herbert Boeckl, Max Weiler

und Arnulf Rainer bis zu Hermann Nitsch. Die Fülle der ausgewählten Werke ergibt gleichzeitig einen eindrucksvollen Überblick über die Geschichte der österreichischen Moderne. Wie haben die Künstler, jeder einzelne von Ihnen, Göttlichkeit erlebt? Dies wird zur zentralen Frage der Ausstellung.

Besondere Berücksichtigung erfährt dabei das im Museum sonst beheimatete Werk Werner Bergs. Erstmals zeigt der neue Skulpturengarten Meisterwerke zeitgenössischer Bildhauerkunst.

Tanzfestival

Beim Tanzfestival, in dem ein eigens für diesen Zweck geschaffenes Werk von Johann Kresnik und Karlheinz Miklin zur Uraufführung kommt, wird Bleiburg zum Zentrum aktuellster performativer Kunst.



»Altar der Heiligen Familie«, zu sehen im Werner Berg Museum Bleiburg

Kultur

Europafeste sowie kulinarische Kostbarkeiten veredeln das Angebot der Europa-ausstellung, die auf diesem Wege zwei Regionen miteinander verbindet und den Begriff Europa neu interpretiert.

Feierliche Eröffnung

Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler, LHStv. Reinhart Rohr und Landesrat Josef Martinz kamen am 26. April 2009 nach St. Paul, dankten und gratulierten allen Beteiligten, allen voran dem Gesamtleiter der Ausstellung, Pater Gerfried Sitar. Sie alle wünschten der Ausstellung viele Besucher und auch viel wirtschaftlich-kulturtouristischen Erfolg.

„Zur Macht des Wortes gehört die Kunst des Schweigens“, waren die knappen Worte von LH Dörfler, als er die Ausstellung für eröffnet erklärte. Der Grund dafür, es gab bereits viele Vorredner und lange Ansprachen. LHStv. Reinhart Rohr sprach von einem Fest- und Freudentag für St. Paul. Mit dieser Europaausstellung werde ein Bildungsauftrag umgesetzt, so Rohr.

Landesrat Martinz sagte, daß mit der Macht des Bildes und der Macht des Wortes verantwortungsvoll umzugehen sei. Es handle sich hier um eine Europa- und Landesausstellung und die Kraft Europas werde eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht.

Der Gesamtorganisator der Ausstellung, Pater Sitar, sagte, dass die Europaausstellung aus einer Vision gewachsen sei. Er brachte seinen Dank gegenüber dem verstorbenen Landeshauptmann Jörg Haider zum Ausdruck. Haider sei ein wesentlicher Motor des Projektes gewesen und habe wie er selbst immer an die Realisierung geglaubt, so Sitar.

Der deutsche Kulturwissenschaftler Matthias Wemhoff und der Kunsthistoriker und Jesuit Friedhelm Mennekes hielten Festvorträge. Wemhoff hob die Prägekraft des klösterlichen Lebens für Europa hervor. Er unterstrich die Notwendigkeit, das kulturelle Erbe darzustellen. Beten, arbeiten, lesen und hören sei im Sinn des heiligen Benedikts und im Sinne dieser Regel sollte sich auch der Besucher mit Verstand und Herz der Ausstellung zuwenden.

Der St. Pauler Bürgermeister Hermann Primus hob ebenfalls den enormen Mut und den Elan des Benediktinerstiftes bzw. aller Organisatoren und Mitarbeiter hervor. Der Bleiburger Vizebürgermeister Michael Jernej sprach die Einladung aus, den Ausstellungsteil „Macht des Bildes“, der am 1. Mai in Bleiburg eröffnet wird, ebenfalls zu besu-



Große Eröffnung im Stift St. Paul (v.l.): Pater Gerfried Sitar, LH Gerhard Dörfler mit Gattin Magreth, Diözesanbischof Alois Schwarz, Bürgermeister Hermann Primus und Superintendent Manfred Sauer



Pater Gerfried Sitar in der Ausstellung mit LH Gerhard Dörfler und Gattin Magreth

chen. Bleiburg freue sich, „mit St. Paul in einem Boot sitzen zu können“, so Jernej.

Überaus groß war der Andrang bei der Eröffnung und dem vorausgehenden Festgottesdienst mit Abt Heinrich Ferency und Bischof Alois Schwarz. Unter den vielen Gästen sah man weiters LH-Gattin Margreth Dörfler, Superintendent Manfred Sauer, Landtagspräsident Johann Gallo, Landesamtsdirektor-Stv. Dieter Platzer, Europaparlamentarier Hubert Pirker, NRBg. Peter Stauer, Alt-Landtagspräsident Jörg Freunschlag, ORF-Landesdirektor Willy Haslitzer, Landesmuseumsdirektor Erich Wappis, Architekt Josef Klingbacher, Cornelia Hai-

der sowie mehrere Bürgermeister und viele Pilger aus St. Blasien – von dort aus wurde das Stift St. Paul vor 200 Jahren wiederbesiedelt – und aus Spital/Phyrn, die auf dem sogenannten „Benedikt-Pilgerweg“ rechtzeitig zur Eröffnung nach St. Paul gekommen waren.

Die Europaausstellung dauert bis 8. November 2009.

<http://www.europaausstellung.at>

<http://www.wernerberg.museum>

Lesen Sie einen „Österreich Journal“ Bildbericht über das Stift St. Paul, der in der Ausgabe 10 vom 2. Mai 2003 erschienen ist. <http://www.oesterreichjournal.at>

Linz: Spatenstich für das Musiktheater

Der 15. April 2009 ist für das neue Musiktheater ein Meilenstein: Mit dem Spatenstich erfolgte der offizielle Startschuß für die eigentlichen Bauarbeiten für das Zukunftsprojekt des Landestheaters Linz.



So wird der Vorplatz des neuen Musiktheaters Linz aussehen – die Visualisierung stammt von Terry Pawson Architects

Das Musiktheater Linz wird eine neue „landmark“ für die Linzer Innenstadt. Es bildet einerseits mit dem Volksgarten einen neuen, südlichen Abschluß der Landstrasse, andererseits rundet es das neue Stadtviertel zwischen Wissensturm, Landesdienstleistungszentrum, Hauptbahnhof, Landesbibliothek und Power Tower ab. Damit entsteht in diesem Bereich von Linz innerhalb von rund 10 Jahren ein völlig neues Stadtviertel, zu dem auch das Musiktheater einen wesentlichen Impuls liefert.

Theater für das 21. Jahrhundert

Ab sofort entsteht am Volksgarten eines der modernsten Theater Mitteleuropas: mit höchstem Besucherkomfort, moderner Bühnentechnik und besten Arbeitsbedingungen für alle MitarbeiterInnen des Landestheaters und des Bruckner Orchesters Linz:

- Im Mittelpunkt der Projektentwicklung steht der Besucher: große Beinfreiheit und gute Sichtlinien sorgen dafür, daß das Publikum im Zuschauerraum Opern- und

Ballettaufführungen bestmöglich genießen wird können, das zum Park hin orientierte Foyer und der Opernplatz am Eingang vom Volksgarten sorgen ebenso für einen adäquaten Rahmen wie das Restaurant im Dachgeschoß und das Café.

- Kernstück der Bühnentechnik ist der Bühnenraum mit dem mehr als 30 Meter hohen Bühnenturm, einer Transportdreh-scheibe mit 32 Metern Durchmesser sowie geräumigen Seiten- und Hinterbühnen: Regisseure und Bühnenbilder haben hier künftig die Möglichkeit, sowohl mit den Drehbewegungen einer Doppelstock-Drehbühne als auch mit den Vertikalbewegungen dreier Doppelstock-Hubpodien beeindruckende Verwandlungseffekte zu inszenieren. Zudem will das Landestheater das Opernhaus durch den Einsatz interaktiver Technologien als Theater des 21. Jahrhunderts positionieren.
- Die MitarbeiterInnen des Theaters finden im Nordteil des Neubaus einen modernen Proben- und Garderobentrakt vor, wäh-

rend im Südteil die neuen Werkstätten für alle Spielstätten des Landestheaters entstehen. Die Räume sind so angeordnet, daß die einander zuarbeitenden Abteilungen einander möglichst nahe sind, Vertikaltransporte werden im Arbeitsfluß vor allem für Deko- und Kulissenelemente weitgehend vermieden.

Die Architekturplanung

Mit der Architekturplanung ist nunmehr das Büro ArchitekturConsult aus Graz beauftragt, das unter anderem die Sanierung des Ronacher in Wien geplant hat, das in Graz nach dem Entwurf eines ebenfalls britischen Architekten das Kunsthause geplant hat, und das – gemeinsam mit „coop himmelb(l)au“ – die Europäische Zentralbank in Frankfurt geplant hat. Unterstützt soll das Büro von Hermann Eisenköck durch das Linzer Büro Dworschak - Mühlbacher werden. Der bisherige Generalplaner, Terry Pawson Architects aus London, soll das Projekt als Konsulent weiterhin beratend begleiten.

Kultur



Foto: Land OÖ/Haider

Generaldirektor Ludwig Scharinger, Bgm. Franz Dobusch, LH Josef Pühringer, Vzbgm. Erich Watzl, Intendant Rainer Mennicken und Otto Mierl, Geschäftsführer der OÖ. Theater- und Orchester GmbH. beim Spatenstich (v.l.)

Projektsteuerung und Örtliche Bauaufsicht werden von der Ziviltechnikergesellschaft Spirk & Partner wahrgenommen, die auch etwa die Projektsteuerung für das Innsbrucker Tivoli-Stadion zur EURO 08 sowie für das neue Fußball-Stadion in Salzburg durchgeführt hat, und die im Kulturbereich auch die Projektleitung beim Haus für Mozart und beim Museum der Moderne in Salzburg innehatte. Als Fachplaner wurden bisherige Subplaner von Terry Pawson Architects übernommen – für Statik Tragwerks-

planung das Büro Schimetta Consult aus Linz, für die Technische Gebäudeausstattung das Büro Wagner & Partner aus Linz, sowie für die „Bühnentechnik“ die deutsche Niederlassung von „Theatre Projects Consultants“ gemeinsam mit der deutschen Ingenieurgruppe GCA.

Finanzierungsrahmen von 150 Mio. Euro

Der Oberösterreichische Landtag hat in seiner Sitzung vom 4. Dezember 2008 ein

Finanzierungsvolumen von 150 Mio. Euro (exkl. Indexanpassung und exkl. Zwischenfinanzierungskosten) beschlossen. In diesem Finanzierungsvolumen sind auch jene 36,3 Mio. Euro enthalten, die von der Stadt Linz in das Projekt eingebracht werden.

Förderer der Wirtschaft unterstützen das Projekt

Welche Bedeutung das Projekt des Opernhauses für die Region hat, unterstreicht auch eine in dieser Form bislang einzigartige Initiative der Oberösterreichischen Wirtschaft: unter Federführung von Ludwig Scharinger (er ist Generaldirektor der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, Anm.) hat sich der Verein der „Förderer des Musiktheaters“ gegründet, der sowohl in der Bau- als auch in der Eröffnungsphase das Projekt tatkräftig unterstützen will.

Weiterer Zeitplan

Die Arbeiten der Baugrubenumschließung, des Baugrubenaushubs sowie der Baugrubensicherung sollen bis Ende des Sommers 2009 abgeschlossen sein, danach folgt der Rohbau. Ab dem Frühjahr 2010 werden die ersten oberirdischen Geschoße „aus der Baugrube herauswachsen“. Im ersten Halbjahr 2012 sollen die Bauarbeiten abgeschlossen sein, danach folgt die Inbetriebnahme des neuen Hauses mit den nötigen Vorlaufzeiten der Werkstätten und der akustischen Feinjustierung. Mit der Saison 2012/2013 soll das neue Haus eröffnet werden. ■

<http://www.musiktheater-linz.at>



Beeindruckende Montage der Visualisierung von Terry Pawson Architects des Linzer Musiktheaters in ein Luftbild

Hofer Wanted

Schon der Titel der Ausstellung »Hofer Wanted« weist darauf hin, daß Andreas Hofer »gesucht« werden soll. Von 24. April bis 14. November 2009.

Wer war der Mensch hinter dem „Helden“ der „Tiroler Freiheitskämpfe“, der 1809 Schlachten gewonnen und verloren hat und 1810 in Mantua erschossen wurde?

Aber Hofer Wanted spielt im Sinn von „Hofer gewünscht“ auch darauf an, für wie Vieles der Mann vom Sandhof im Passeiertal im Lauf der Zeit vereinnahmt wurde: als Symbol für die Freiheit und als Souvenir, als Vorkämpfer verschiedener Ideologien und als Werbeträger für Feigenkaffee, Schokolade, Bier oder Käse. Was wissen wir über diesen „Hofer“ nun eigentlich wirklich? Und vor allem: Was wurde in den vergangenen 200 Jahren aus ihm gemacht?

Die Ausstellung begibt sich zunächst auf eine Spurensuche und versucht, das nebulöse Bild, behaftet mit Geschichten und Erinnerungen, die am Beginn der Ausstellung von Martin Gostner in seiner Wattarbeit Matrix Mantua ganz bewußt thematisiert werden, zu schärfen.

Versteckt zwischen „Bergsplittern“ sind Objekte und Informationen zu finden, die Andreas Hofer zunächst als jungen Mann zeigen, der das verschuldete Wirtshaus seines Vaters übernahm, mit Pferden und Wein handelte und weit herumkam. Selbstverständlich beteiligte sich der Sandwirt an den Schießübungen der Scharfschützen. Später sollte er als Kommandant der Passeierer Schützen zum kaisertreuen Oberkommandanten der aufständischen Tiroler Landesverteidiger des Jahres 1809 avancieren und nach seinem Tod zum Mythos werden.

Das 1823 gegründete Ferdinandeum bemühte sich, „Reliquien“ des Freiheitskämpfers für seine Sammlung von „Patriotika“ zu erwerben und leistete damit einen wesentlichen Beitrag zu Hofers „Mythifizierung“.

In den nächsten beiden Jahrhunderten wurde der Sandwirt zur Spielfigur der Politik. Einmal galt er als Märtyrer für die Freiheit Tirols, dann stand plötzlich seine Kaisertreue im Vordergrund, er wurde zum deutschen Nationalhelden, um im Ständestaat zum heimatstreuen, gottesfürchtigen Österreicher zu mutieren. Die Nationalsozialisten sahen ihn als „deutschen Kämpfer“, und in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er zum Symbol für den Kampf um Südtirols Freiheit.



Franz von Defregger - Tiroler Helden, 1894 / Tiroler Landesmuseum

Der „Kunsttisch“ zeigt einerseits die Entwicklung des Hoferporträts, andererseits die Historienmalerei rund um den „Helden“ Hofer. Während Franz von Defregger mit seinen Bildern den heute noch gültigen Prototypen des Andreas-Hofer-Porträts schuf, setzen sich die modernen Künstler des 20. und 21. Jahrhunderts mit dem Mythos Hofer auch ironisch und kritisch auseinander.

Die Flut von Erzählungen, Gedichten und Dramen, die sich im 19. Jahrhundert mit Andreas Hofer und seiner Geschichte befaßten, ist kaum überschaubar.

Auch das am Beginn des 20. Jahrhunderts neue Medium „Film“ bediente sich der Thematik der Tiroler Freiheitskämpfe. In den

eingebauten Mikrokinos sind neben Auschnitten aus Theateraufführungen auch Szenen aus älteren und neueren Filmproduktionen wie „Die Freiheit des Adlers“ oder „Ach Himmel, es ist verspielt“ zu sehen. Wie sich der Mythos Andreas Hofer im Alltag dargestellt hat, wird in der Ausstellung im wahrsten Sinne des Wortes als „schräge Sache“ auf einer schiefen Ebene präsentiert.

Das Rahmenprogramm umfaßt Vorträge, Szenischen Lesungen, Symposien, Künstlergespräche, Liederabende, Spezialführungen und eine Theateraufführung. ■

<http://www.tiroler-landesmuseen.at>

In den nächsten „Österreich Journal“-Ausgaben lesen Sie mehr über Andreas Hofer!

50 Jahre Wien Museum Karlsplatz

Am 23. April 1959 wurde das Historische Museum der Stadt Wien von Bundespräsident Adolf Schärf feierlich eröffnet – ein bedeutendes Ereignis im Kulturleben der Nachkriegszeit.



Mit dem Neubau am Karlsplatz erhielt das »Historische Museum der Stadt Wien« mehr als 70 Jahre nach seiner Gründung ein eigenes Gebäude (1958).
Alle Fotos: Wien Museum

Das von Oswald Haerdtl entworfene Gebäude war der erste und bis in die 90er-Jahre hinein einzige Museumsneubau der Zweiten Republik. Haerdtl, ein langjähriger Partner von Josef Hoffmann, gilt als einer der bedeutendsten Architekten der vorsichtigen und moderaten Moderne nach 1945.

Mit dem Neubau am Karlsplatz erhielt das Historische Museum der Stadt Wien mehr als 70 Jahre nach seiner Gründung (1887) ein eigenes Gebäude. Davor waren die Städtischen Sammlungen im Rathaus untergebracht, allerdings in zunehmend beengten Verhältnissen. Ein spektakulärer Jugendstil-Entwurf von Otto Wagner für ein Stadtmuseum am Karlsplatz sorgte um 1900 für heftige Diskussion, blieb aber letztlich unrealisiert.

Bundespräsident Körner wünscht sich ein Stadtmuseum

Daß es in den 50er-Jahren überhaupt zu einem Neubau kam, hatte vor allem mit dem Bundespräsidenten und ehemaligen Wiener Bürgermeister Theodor Körner zu tun, der sich für ein eigenes Stadtmuseum eingesetzt hatte. Am 24. April 1953 – anlässlich des 80. Geburtstages des Staatsoberhauptes – beschloß der Wiener Gemeinderat den Neubau am Karlsplatz. Am 2. Oktober 1954 erfolgte die Grundsteinlegung, am 28. Dezember 1955 die Dachgleichenfeier. Fertiggestellt wurde das Gebäude 1958, die Baukosten betrugen 39 Millionen Schilling. Die Eröffnung erfolgte am 23. April 1959 mit einer Präsentation der Neuankäufe und der Ausstellung »Hieronymus Löschenkohl«. Der damalige Eintrittspreis: 5 Schilling.

Bundespräsident Körner erlebte die Eröffnung nicht, er starb 1957. Daß das Museum zur Eröffnung auch als »Theodor Körner-Museum« bezeichnet wurde, bestätigte jedoch sein politisches Gewicht bei dem Projekt. Mit dem Umzug vom Rathaus in ein eigenes Gebäude eng verbunden war ein Professionalisierungsschub in der musealen Arbeit. Der damalige Direktor Franz Glück ließ die antiquierte Präsentation der Objekte in einer Art »Wunderkammer« hinter sich und hatte das Ziel, das Museum durch gezielte Auswahl der qualitativ besten Objekte zu einer »echten Bildungsstätte« zu machen.

Die Reaktionen der Zeitgenossen

Die zeitgenössische Presse äußerte sich überwiegend positiv: Die Aufstellung sei

Kultur

„glücklich gelöst“ („Wiener Zeitung“) und von „erfreulicher Sachlichkeit“ („Kurier“), das „Neue Österreich“ jubelte über die „vortreffliche Synthese“ aus „ehrwürdigen“ Objekten und moderner Architektur („das modernste Museum unseres Landes, und vielleicht von ganz Europa“). Zur Lage des Museums schrieb Thomas Chorherr in der „Presse“, daß „der Bau von Prof. Oswald Haerdtl in seiner Gesamtform und besonders mit der Front zur Karlskirche hin so kultiviert [sei], daß die Atmosphäre des Platzes nicht gestört, sondern nur bereichert wird.“ Und weiters: „Die Wanderung durch die Jahrhunderte ist so interessant, daß man von der Fülle des Gebotenen einfach überwältigt wird.“ Auch Kritik wurde geäußert: Die „Kleine Zeitung“ bezeichnete den Haerdtl-Bau als weiteren „Schandfleck“ einer „Baugesinnung, die Wien jahrelang mit Bauwerken verschandelt hat“ und bemängelte den Platzmangel („um ein Stockwerk zu niedrig“). In eine ähnliche Kerbe schlug das „Kleine Volksblatt“: „Die Gestaltung der Innenräume ist zwar wesentlich glücklicher, als jene der sichtbaren Fronten, doch ergibt sich eine Diskrepanz zwischen dem Raum und den Ausstellungsobjekten.“

Vom Wettbewerb zum fertigen Bau

Dem Bauauftrag an Oswald Haerdtl war ein Architekturwettbewerb vorausgegangen, der allerdings in wesentlichen Aspekten (ungeklärte Verkehrssituation am Platz etc.) problematisch war. Das Ergebnis, das die Jury unter dem Vorsitzenden Franz Schuster präsentieren konnte, fiel entsprechend unbefriedigend aus, obwohl 102 Projekte von 84 Teilnehmern eingereicht worden waren. Oswald Haerdtl lag beim Wettbewerb von 1954 nur an vierter Stelle, wurde aber letztlich direkt mit der Planung beauftragt. Wahrscheinlich wollte man den namhaften Architekten, dessen Renommee vor allem auf Innenarchitektur und Design beruhte, endlich mit einem bedeutenden Hochbau betrauen, allerdings nicht ohne ihn zu starken Änderungen zu zwingen.

Vor allem die Innengestaltung des Haerdtl-Baus ist kulturhistorisch von Bedeutung, handelt es sich doch um einen der wenigen öffentlichen Bauten der 1950er-Jahre, dessen Interieur in großen Teilen originalgetreu erhalten ist. Viele hatten eine radikalere Modernität erhofft. Doch in jüngster Zeit hat die Wertschätzung zugenommen, repräsentiert der nüchterne und zurückhaltende Bau doch genau jene moderate Moderne, die für die öffentliche Architektur



Dachgleichenfest des Historisches Museums im Jahr 1955



Blick auf die Karlskirche, 1959

der Wiederaufbaujahre prägend war. Die Qualität liegt in den Details und in den subtil ausgewählten Materialien, wie den roten und sandfarbenen Marmorplatten im Foyer oder den farblich changierenden Eloxaloberflächen.

Oswald Haerdtl (1899-1959) war Allrounder, so wie sein Mentor Josef Hoffmann, dessen Assistent und Büropartner er war. Haerdtl entwarf in seinem Leben so ziemlich alles – von Großausstellungen bis zu eleganten Gebrauchsgegenständen wie Gläsern für Lobmeyr, von Zigarettenpackungen („Smart Export“) bis zu Geschäfts- und Lokaleinrichtungen. Legendar sind das 1999 demolierte Espresso „Arabia“ am Kohlmarkt und der Tanzpavillon im Volksgarten, beides

Zeugnisse der beschwingten Fifties. Im Vergleich dazu ist Haerdtls Museumsgestaltung gravitätischer, aber das feine Spiel mit Wirkungen findet sich auch hier. Haerdtls entwerferische Maßarbeit war allumfassend. Sie betraf den Aschenbecher im holzgetäfelten Büro des Direktors ebenso wie eine speziell entwickelte Typografie für die Beschriftungen. Ein Höhepunkt der Gestaltung ist sicherlich das Stiegenhaus, beispielhaft für die sensible Gestaltungskunst der Wiener Moderne ist der dunkel lackierte Handlauf, der über alle Geschosse führt: Hier spürt man Haerdtls „Handschrift“ so unmittelbar wie vielleicht nirgendwo sonst im Museum. ■

<http://www.wienmuseum.at>

Zwischen Tränen und Gelächter

Unterhaltungskultur im Wiederaufbau

Auf Befehl der Besatzungsmächte wurden nach Kriegsende im zerstörten Österreich Theater und Unterhaltungsetablissemments wieder geöffnet. Kritische Haltung war nun wieder erlaubt, ja sogar erwünscht. Doch wie gestaltete sich die Unterhaltungskultur unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges? Setzte man sich mit der Rolle des Landes während der vergangenen Jahre auseinander oder versuchte man vornehmlich, die erlittenen Wunden durch „vorgestrigen“ Humor zu heilen? War Kabarett in dieser Zeit die schlichte Fortsetzung von Altbekanntem, respektive die Wiederholung der Vorkriegsqualität? Oder bemühte man sich um einen reflektierenden Neubeginn? Und: Wie ging die Republik mit den Tätern und mit ihren Opfern, den toten oder vertriebenen Komödiant/innen und Exilant/innen um? Wie war es um die Spielstätten, um deren „Arisierung“



Szenenfoto aus dem »Igel« mit Sepp Trummer und Silvio Carli

und Restitution bestellt? Das Österreichische Kabarettarchiv, das nunmehr seit fünf Jahren im südoststeirischen Straden beheimatet ist, widmet seine diesjährige Ausstellung dem Nachkriegskabarett in Österreich als Nachfolge von „Verdrängte Jahre. Unterhaltungskultur im Schatten der Krisen“ im Jahr 2008.

Ein kleiner Rundgang durch die Ausstellung

Im „Simpl“ tritt Ernst Waldbrunn auf die kleine Bühne und gedenkt Fritz Grünbaum – stellvertretend für viele andere Opfer der NS-Zeit. Vertriebene Unterhaltungsgrößen kehren nach Österreich zurück, unter anderen Karl Farkas, Armin Berg, Hermann Leopoldi, Hugo Wiener, Cissy Kraner oder Stella Kadmon. Ihre Chancen, nach langer Exilzeit im Nachkriegskabarett zu reüssieren, sind ungewiss, und was aus ihrem Publikum geworden ist, ist ebenfalls offen ... Wiedereröffnungen und Neugründungen prägen die unmittelbare Nachkriegszeit.

Als weitere wichtige Punkte der Ausstellung, die ab 15. Mai 2009 in der Galerie in der Kirchenmauer in Straden bei freiem Eintritt zu sehen ist, werden auch vor dem Hintergrund der vier Besatzungsmächte die Kabarett- und Kleinkunsthöfen außerhalb der Bundeshauptstadt, in Linz, Graz und Innsbruck, sowie die wichtige Unterhaltungsfunktion der verschiedenen Rundfunksen-

dergruppen (hier vor allem Radio Wien und der Sender Rot-Weiß-Rot) beleuchtet. Das Ende dieser Ära ist zugleich der Beginn des später sogenannten „namenlosen Ensembles“, das zum großen Teil im Studio der Hochschulen bei Michael Kehlmann und Helmut Qualtinger seinen Anfang genommen hat. ■

<http://www.kabarettarchiv.at>



Titelblatt des »Kleinen Brettl«-Programmheftes, Dir. Rolf Olsen, 1945-1948



Simpl-Programmzettel aus dem Nachlaß Wester vom September 1949

Die Welt auf dem Mond

Opernprojekt im HAYDN-JAHR auf Schloß Tabor

Foto: K. Forster



Die Vorjahres-Produktion »Zar und Zimmermann« auf Schloß Tabor zog 3400 Besucher ins burgenländische Jennersdorf.

Im HAYDN-JAHR 2009 bringt der Jennersdorfer Festivalsommer J:opera die Oper „Die Welt auf dem Mond“ auf Schloß Tabor im südburgenländischen Neuhaus am Klausenbach zur Aufführung. „Mit dieser Neuinszenierung soll eine außergewöhnliche Facette des Gesamtportraits geboten und eine umfassende Wahrnehmung des ‚Phänomens Haydn‘ ermöglicht werden“, betonte Kulturlandesrat Helmut Bieler. Die Premiere ist für den 6. August 2009 angesetzt.

„Il Mondo della Luna“, so der italienische Originaltitel der komödiantischen Geschichte über Geheimnisse der Mondwelt und des Hauses Gutglauben, wird zum ersten Mal seit 1777, als es auf Schloß Esterháza zur Aufführung gelangte, im Burgenland in deutscher Sprache gezeigt. Die Bearbeitung und Übersetzung der Librettovorlage nach Carlo Goldoni, als auch die Regie übernimmt Dominik Wilgenbus. Für die musikalische Leitung konnte die britische Star-dirigentin Julia Jones, für das Bühnenbild Johannes Leitgeb gewonnen werden.

Bemerkenswerte Entwicklung

Auf Initiative des international engagierten Tenors Dietmar Kerschbaum wurde 2003 der Jennersdorfer Festivalsommer J:opera gegründet. Seither bietet das Opernfestival seinen Gästen jedes Jahr höchste künstlerische Qualität vor der bezaubernden Kulisse von Schloß Tabor. International renommier-

Foto: BLMS



LR Helmut Bieler, Johannes Leitgeb, Dietmar Kerschbaum mit Gattin, Franz Patay, BH WHR Hubert Janics, und Bgm. LAbg. Helmut Sampt (v.l.) präsentierten Details zur Produktion »Die Welt auf dem Mond« mit Premiere am 6. August 2009.

te Akteure kommen hier zusammen, um auf höchstem internationalem Niveau zu wirken. Das bisher gezeigte Repertoire umfaßt traditionelle Werke wie Mozarts „Zauberflöte“ und „Don Giovanni“, Donizettis „L’elisir d’amore“, sowie Beethovens „Fidelio“, „Die lustigen Weiber von Windsor“ von Otto Nicolai und Albert Lortzings „Zar und Zimmermann“. J:opera blickt innerhalb weniger

Jahre auf eine bemerkenswerte Entwicklung zurück. Auch die Zahlen belegen den Erfolg. So lag die Auslastung der Produktion „Zar und Zimmermann“ im letzten Jahr bei 94 Prozent. Insgesamt 3400 Besucher aus ganz Österreich, Deutschland und der Schweiz ließen sich vom Zauber und dem Flair der südburgenländischen Festspiele begeistern. ■

<http://www.jopera.at>

Kompetenzzentrum für Volksmusik

Die Geschichte des österreichischen Volksliedwerkes beginnt Anfang des 20. Jahrhunderts.

Das österreichische Volksliedwerk ist der Verband der Volksliedwerke der Bundesländer. Die Volksliedwerke in den Bundesländern sind seit 1974 eigenständige unterschiedlich strukturierte Einrichtungen getragen von den Bundesländern. Das Österreichische Volksliedwerk im Verbund mit den zuständigen Organisationen in den Bundesländern versteht sich als kompetente Anlaufstelle zur regionalen Musikkultur in Österreich. Seit seiner Gründung 1904 liegen die Hauptaufgaben in der Sammlung, Archivierung, Dokumentation, Forschung und Vermittlung der musikalischen Volkskultur in vergangenen und gegenwärtigen Erscheinungsformen, um so zur Erhaltung und Verlebendigung des kulturellen Erbes unseres Landes beizutragen.

Die Funktion des Österreichischen Volksliedwerkes als Dachverband der Bundesländer liegt in der Schaffung von Rahmenbedingungen und der Koordination gemeinsamer Anliegen und Projekte auf regionaler und internationaler Ebene, wie Veranstaltungen, Ausstellungen, Fortbildungen und Publikationen. Basis der Arbeit stellen die Sammelbestände der Archive dar. Dabei ergeben sich für die Zentrale spezifische Aufgaben im Bereich der Sammlungsstrategien, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung sowie auch in wissenschaftlich-konzeptionellen Belangen. So steht das Österreichische Volksliedwerk seit vielen Jahren als Mittler zwischen angewandten und wissenschaftlichen Aspekten zur Volkskultur.

Über das OÖ. Volksliedwerk

Die Geschichte des österreichischen Volksliedwerkes beginnt Anfang des 20. Jahrhunderts. Mit der Errichtung des Arbeitsausschusses für OÖ. und Salzburg unter der Leitung von Anton Matosch entstand eine rege Sammeltätigkeit aufbauend auf den historischen Sammlungen von W. Pailler und A. Ritter von Spaun. Hans Commenda, der bedeutendste oö. Volksmusiksammler und -forscher, der dieses Archiv führte, wirkte rund 50 Jahre. 1971 wurde sein Nachlaß, die eigenen umfangreichen Sammlungen



Landeshauptmann Pühringer (Präsident des Österreichischen Volksliedwerkes) mit MusikantInnen aus Oberösterreich

Foto: Land OÖ/Kraml

und die Fachbibliothek vom Land OÖ als Grundstock des Archives erworben und im Museumsdepot Panzaglgut untergebracht, ehe 1974 das Oö. Volksliedwerk gegründet wurde. Das Oö. Volksliedarchiv findet im Landeskulturzentrum Ursulinenhof in Linz eine Bleibe. 2001 wurde es in die Oö. Landesmusikdirektion eingegliedert. Das OÖ. Volksliedwerk hat im gesamten Alpenraum rund 2000 Mitglieder.

Die Aufgaben des OÖ. Volksliedwerkes

- Förderung der Gemeinschaft durch miteinander Singen, Tanzen und Musizieren,
- Sammeln und bewahren unwiederbringlicher Zeugnisse der musischen Volkskultur,
- Verbreitung heimischer Lieder, Tänze und Weisen und Bewahrung der regionalen Vielfalt,
- Beratung und Organisation,
- Information im Medium „Vierteltakt“ und im Internet,
- Archiv- und Feldforschung,
- Regionale und überregionale Kontaktpflege,
- Aufbereitung von neuen und alten In-

halten in den Publikationen für den praktischen Gebrauch.

Bestände des heutigen OÖ. Volksliedarchivs

Oberösterreich hat eines der drei reichsten Bundesländerarchive.

- Handschriften: über 35.000 Titel (ohne Spiele und Reime),
- Bibliothek: 409 Reihen, 5251 Fachbücher mit 7187 Artikeln,
- 15.417 Titel Instrumentalnoten (112.006) und Liederbücher(3411) – mit allen Titeln erfaßt,
- 1530 AV-Medien inkl. sämtlicher Tracks,
- EDV-erfaßt: 29.850 Datensätze.

Die Serviceleistungen

Vielfältige Serviceleistungen werden allen volksmusikalisch Aktiven, Interessierten, Student/innen, usw. geboten. Jedem Besucher steht eine „Gebrauchsbibliothek“ zur Verfügung. Lieder und Volksmusiknoten (nach Besetzungen oder Instrumenten geordnet) können durchgesehen werden. Eine umfangreiche CD-Sammlung zum „Hineinhören“ vervollständigt das Angebot. Auch die Biblio-

Kultur

Foto: Oberösterreichisches Volksliedwerk



thek des Landesmusikschulwerks ist hier eingegliedert (vorwiegend Noten und CDs).

Publikationen: Praktische Reihe

Fürs Musizieren werden laufend Noten aus Archivmaterial zusammengestellt und bearbeitet – für Flöten, Klarinetten, Blechbläser, Saiten-, Streich- und Hosensackinstrumente, Schwegeln und Steirische. Auch Behelfe für den Musikunterricht mit CDs werden erstellt. Notenhefte mit leicht Spielbarem sind begehrt. Die Palette ergänzen Wirtshaus-Lieder, Almlieder (mit Rezepten), Passions-Lieder und Kinderliederbücher: „Reserl mitn Beserl“, „Hans, bleib da“, „Kikerikiki“, „Spitzbuam...“, Umfangreiche Liederbücher wie „Hoamatland“ und Lois Neupers Lieder und Jodler aus den Goiserer Singstunden. Die über 100 Titel umfassende Angebotsliste ist im Internet unter <http://www.ooe-volksliedwerk.at> mit Bestellmöglichkeit zu finden. Sie wird auch auf Wunsch zugeschickt.

„Feldgeforscht“ wird in den verschiedenen Regionen Oberösterreichs, aufgearbeitet und publiziert, zuletzt 2008: HÖLLGANG. Sprache und Musik (mit CD). Fünf Bände der COMPA-Reihe wie „Der Landler“ (Derschmidt/Deutsch), die „STREIFZÜGE - Beiträge zur oö. Musikgeschichte, eine Bibliographie zur musikalischen Volkskultur in Oberösterreich“ und die „BRUCKNER“-LANDLER zeigen eine breite Streuung.

Aus- und Weiterbildung, Veranstaltungen

Im Angebot sind vorwiegend Wochenendseminare für Musikanth/innen, Sänger/innen und Tänzer/innen sowie Fortbildungen für Lehrer/innen und eine Kinder- und Jugendtanzleiterausbildung.

Die Seminare der Mühlviertler Volksmusikanten bürgen für Qualität. Dazu kommen die „Renner“ Jugendmusiktage in Holzschlag und die Volksmusikwoche in Kirchschlag. Offene Singen sind in ganz Oberösterreich beliebt. Stark frequentiert ist der Volksliedwerkstand bei der Europäischen Musikmesse in Ried oder beim bayrischen Volksmusikspektakel drumherum in Regen, ...

Zusammenarbeit

Zusammenarbeit gibt es mit dem Österreichischen Volksliedwerk, der Oö. Landesmusikdirektion, dem Oö. Landesmusikschulwerk, dem Chorreferat der Landeskulturdirektion, dem Stifterhaus, dem Anton Bruckner Institut, der Anton Bruckner Privatuniversität, dem Forum Volkskultur und dem Pädagogischen Institut (jetzt Päd. Hochschule).

Wer einschlägige Fragen hat, mehr als einen Liedanfang wissen will, eine Volksmusikgruppe braucht, ein Stück in einer bestimmten Instrumentalbesetzung, zu offenen Singen gehen will, guten Rat für seine Musikgruppe oder Literatur braucht ... oder gar Mitglied werden will, der wendet sich an <http://www.volksliedwerk.at>

OÖ. Volksliedwerk im größten Datenbankverbund der Volksmusik

Die Voraussetzungen für den Datenbankverbund der Volksliedarchive Österreichs schuf bereits Ende der 1970er Jahre Gerlinde Haid in ihrer damaligen Funktion als Generalsekretärin des Österreichischen Volksliedwerkes. Sie initiierte eine jahrelange Diskussion unter Fachleuten aus dem In- und Ausland, die zum Ziel hatte, eine einheitliche Archivierung der vielfältigen Sammelbestände der Volksliedarchive in Öster-

Kinder der Volksschule Aschach beim Singen oberösterreichischem Liedguts

reich mittels wissenschaftlichen Definitionen zu erreichen. Seit 1994 wird der Archivbestand aller Volksliedwerke unter diesen Gesichtspunkten in Datenbanken erfasst. Um jedoch in alle Materialien der Volksliedarchive Einsicht nehmen zu können, kam es in den Jahren ab 2000 zur Entwicklung eines Verbundsystems aus den Datenbanken der Kataloge der Volksliedarchive von Salzburg, Wien, Niederösterreich, Tirol, Burgenland, Vorarlberg, Kärnten, Steiermark und des Zentralarchivs. Das Archiv des Referates Volksmusik im Institut für Musikerziehung in deutscher und latinischer Sprache ist der erste Partner im Ausland. Die Bruckneruniversität stellt einen verwandten Partner im Verbund dar.

Seit kurzem ist nun die Archivdatenbank des Oö. Volksliedwerks angeschlossen. Gemeinsam mit der Bruckneruniversität kann somit auch nach spezifisch oö. musikalischen Materialien recherchiert werden. Der virtuelle Datenbankverbund aller Archive erlaubt nun eine Recherche in allen angeschlossenen Katalogen. Es besteht die Möglichkeit in 600.000 Datensätzen nach bestimmten Liedern, Liedtitel, Inhalten, Noten, Tänzen, Tonaufnahmen, Bildern, Fachartikeln und Büchern zur Volksmusik bzw. -kultur zu suchen. Die eingangs erwähnte Systematisierung zur österreichischen Volksmusik bietet die notwendige Basis und die Datenbank spiegelt den aktuellen Forschungsstand wider. Der Datenbankverbund ist somit das vielseitigste und breiteste Nachschlagewerk zur Volksmusik in Österreich und im benachbarten Ausland. OÖVLA: dzt. 20.000 Datensätze. ■

<http://www.dabis.org>

CROSSING EUROPE

Am letzten Tag von CROSSING EUROPE 2009 konnte Festivalleiterin Christine Dollhofer erneut eine Erfolgsbilanz ziehen.



Foto Francesca Thurner

Seit der Eröffnung der sechsten Festival-Ausgabe am 20. April durch Landeshauptmann Josef Pühringer und den Linzer Kulturstadtrat Vizebürgermeister Erich Watzl haben trotz durchgehendem Schönewetter in der Festivalwoche knapp 18.000 Festivalgäste, Film- und Musikbegeisterte (2008: 16.000) Filmvorstellungen, Diskussionsveranstaltungen & Präsentationen und die Nightline des Festivals besucht. Mit 570 akkreditierten internationalen und nationalen Festivalgästen war das Interesse von Filmbranche und Medien an CROSSING EUROPE so hoch wie noch nie. Erfreulich war auch der Zuwachs an Veranstaltungsstätten – u.a. die Arbeiterkammer OÖ, das Jugendzentrum Ann und Pat, das neue AEC sowie das Lentos Kunstmuseum.

Im Kultur-Ausnahmejahr 2009 präsentierte sich CROSSING EUROPE um einen Tag länger und mit insgesamt 177 Filmen aus 33 Ländern, die in 180 Programmen zu sehen waren, wobei rund 130 RegisseurInnen und Filmgäste persönlich anwesend waren und dem Publikum Rede und Antwort

standen. Ganz besonders schätzte das Festivalpublikum erneut die entspannte Atmosphäre im „Festivalbezirk“ rund um das Festivalzentrum OK Offenes Kulturhaus Oberösterreich und in den Kinos.

Überaus erfreulich hat sich die Kooperation mit Linz 2009 Kulturhauptstadt Europas gestaltet, die heuer zum dritten und gleichzeitig letzten Mal zustande kam und zum Erfolg der so positiv verlaufenen Festivalwoche beigetragen hat. 2010 steht Linz09 naturgemäß nicht mehr als Hauptpartner zur Verfügung, und so gilt Christine Dollhofers Sorge der Zukunft von CROSSING EUROPE. Grundsätzlich gibt es aber kulturpolitischen Zuspruch und die Hoffnung, daß der bisher von Linz09 getragene Anteil kompensiert werden wird. Am Eröffnungsabend bekannten sich erneut alle vertretenen Politiker dazu, das Festival über das Jahr 2009 hinaus erhalten zu wollen.

Bei der Preisverleihung am 25. April wurden Preise im Gesamtwert von 21.000 Euro vergeben: Den CROSSING EUROPE Award European Competition powered by Linz

2009 Kulturhauptstadt Europas in der Höhe von 10.000 Euro erhielt der türkische Regisseur Mahmut Fazil Coskun für UZAK İHTİMAL/WRONG ROSARY (TR, 2009). Eine Special Mention ging an den schwedischen Regisseur Ruben Östlund für DE OFRIVILIGA/INVOLUNTARY (SE, 2008). Mit dem ray Publikumspreis im Wert von 5000 Euro wurde Alexis Dos Santos für UNMADE BEDS (GB, 2008) ausgezeichnet.

Der von Land Oberösterreich/Kultur (4000 Euro) und Synchro Film- und Videobearbeitung (2000 Euro) gestiftete CROSSING EUROPE Award Local Artist im Gesamtwert von 6000 Euro wurde dieses Jahr geteilt. Martin Music erhält für DRAUF den Geldpreis (4000 Euro). Der Sachpreis (2000 Euro) geht an den Film DROPPING FURNITURE von Harald Hund und Paul Horn. Eine Special Mention sprachen die JurorInnen Barbara Musil (A), Edith Stauber (A) und Hermann Greuel (NO) dem Animationsfilm ROMEO UND JULIA (Franz und Rosi) der HS Steinerkirchen zu. ■

<http://www.crossingeurope.at>

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In dieser Folge portraitiert er

Vicki Baum

Autorin



Alle Fotos: Archiv Rudolf Ulrich

Vicki Baum und Helmut Dantine bei den Dreharbeiten zum Anti-Nazi-Film »Hotel Berlin« (1945). Der Wiener Emigrant übernahm eine der Hauptrollen.

Hedwig (Vicki) Baum, Tochter des Kaufmanns Hermann Baum und seiner Frau Mathilde (geb. Donath), wurde am 24. Jänner 1888 in Wien geboren. Sie wurde ab 1901 in einem sechsjährigen Studium am damaligen Konservatorium zur Konzertharfenistin ausgebildet und gab im November 1907 als einziges weibliches Mitglied des ersten hochqualifizierten Berufsorchesters der Stadt, dem Concertverein, ihr Debüt. Zwei Jahre später zählte sie als Künstlerin zu den Bedeutendsten ihres Fachs und zur kulturellen Elite Wiens, die Reichsmetropole war damals ein europäisches Zentrum der Moderne.

Im März 1909 heiratete Vicki Baum den freien Redakteur und Schriftsteller Max Prels, unter dessen Aegide entdeckte sie ihre literarischen Fähigkeiten. Erste Arbeiten erschienen noch unter dem Namen ihres Mannes, sie verfaßte, ohne sich als Autorin zu fühlen, die ersten Kapitel ihres Konversationsromans »Eingang zur Bühne« und veröffentlichte in Magazinen Gedichte, Erzählungen und Miniaturen. Nach der Scheidung von Prels Anfang 1913 verpflichtete sie sich für drei Jahre an das Darmstädter Hoftheater. 1916 heiratete

Vicki Baum den Wiener Musiker Richard Johannes Lert (eigentlich Hannes Löw), der als Kapellmeister gleichfalls in Darmstadt tätig war, unmittelbar danach beendete sie ihre musikalische Karriere. Der berufliche Aufstieg ihres Mannes führte Vicki Baum für Jahre nach Kiel, Hannover und Mannheim.

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg brachte ein kleiner Verlag ihren ersten Roman »Frühe Schatten« heraus, im Dezember 1919 machte Vicki Baum, deren frühe Intentionen nicht der Literatur galten, Schreiben offiziell zu ihrem neuen Metier. Von 1926 bis 1931 gehörte die Wienerin in Berlin zum Redaktionsstab des Ullstein-Verlags. 1927 bis 1930 wurden in Deutschland drei Romane Baums verfilmt, »Feme«, »Die drei Frauen von Urban Hell«, wofür sie nach ihrem Roman »Hell in Frauensee« selbst das Drehbuch schrieb und »stud. chem. Helene Willfüer«. 1929 publizierte Ullstein ihr bekanntestes Werk, »Menschen im Hotel«, das sie in eleganter Leichtigkeit in nur sechs Wochen zu Papier brachte. Ihr zehnter Roman, ein Genremix im unvergleichlichen Berliner Milieu und ein Erfolg in jeder Hinsicht, mit dem sich Vicki Baum auf dem Höhepunkt ihres Wirkens befand, erschien zunächst als wöchentliche Fortsetzung in der »Berliner



Vicki Baum 1931 in Hollywood

Serie »Österreicher in Hollywood«

Illustrierten Zeitung“, später als Buch und 1930, nach dem Erwerb der exklusiven Bühnen- und Filmrechte durch den ungarischen Theaterverleger Gyuri (Georg) Marton, in der Umarbeitung für das Theater unter der Regie von Gustaf Gründgens.

Im April 1930 erwarb Martons Geschäftspartner Edmond Pauker von Ullstein, Baum und Marton die Bühnen-Weltrechte und Weltverfilmungsrechte. Die Produktionsfirma Metro-Goldwyn-Mayer erkannte das Kinopotential der „group novel“ und des inzwischen übersetzten Stückes und beteiligte sich finanziell an der in New York geplanten Bühnenproduktion. Die Inszenierung besorgte der Theaterproduzent Herman Shumlin. Die Erstaufführung am 13. November 1930 im National Theatre geriet zum strahlenden Triumph, New York feierte ein überragendes Theaterereignis. „Grand Hotel“ hielt sich 13 Monate am Broadway bei stets ausverkauften Vorstellungen, das Stück war der Hit des Jahres 1931 und wurde später in vielen amerikanischen Städten aufgeführt. Vicki Baum, seit April desselben Jahres in den USA, erreichte damit in der Neuen Welt über Nacht außergewöhnliche Berühmtheit.

Der Broadway-Erfolg katapultierte sie in den Kreis der von Hollywood Umworbenen, zumal in der Filmmetropole der Bedarf an Film- und Dialogautoren vor allem nach dem Siegeszug des Sprechfilms entsprechend groß war. Edmond Pauker, inzwischen ihr neuer Agent, verschaffte Baum einen Kurzzeitvertrag bei Paramount, in dessen Rahmen sie



Die Erfolgsautorin mit dem Komponisten Oscar Straus, der in Hollywood zu ihrem Freundeskreis zählte.

zuerst in New York mit Ernst Lubitsch einen Filmstoff erarbeiten sollte. Die Verpflichtung der Bestsellerautorin durch Paramount erfolgte auch aus Publicitygründen. Das von ihr in zwei Wochen gefertigte Exposé verfiel jedoch der Ablehnung. Nach der Vertragsverlängerung sollte Vicki Baum in Hollywood an einem anderen Projekt Lubitschs mitwirken, einem Musical, das den Franzosen Maurice Chevalier als Star und den Wiener

Oscar Straus als Musical Director vorsah. Vicki Baum traf dazu im Juni 1931 in der Filmmetropole ein. Da das Studio ihr 40seitiges Treatment erneut als unpassend empfand, wurde der Vertrag mit Hilfe geschickter Juristen aufgelöst. Es war Vicki Baums erste Erfahrung mit dem kompromißlosen Geschäftsgebaren der Filmmetropole, das sie 1932 in ihrem programmatischen, indes hommageartigen Roman „Leben ohne Geheimnis“ über das „Schlachtfeld Hollywood, das im Paradies liegt“ literarisch verarbeitete.

Trotz des Desasters huldigte Vicki Baum der glamourösen Arbeitswelt. Sie akzeptierte das Angebot von MGM, am Drehbuch für „Grand Hotel“ mitzuwirken. In Culver City gehörte sie für einige Zeit zur illustren Schar bestverdienender Autoren. MGMs Kreativchef Irving Thalberg räumte „Grand Hotel“ innerhalb des Studios absolute Priorität ein und war dabei willens, den „besten Film der Welt“ zu machen. Vicki Baum sah ohne Zweifel insgesamt die glänzenden Aussichten, die ihr die USA boten. Sie war als einzige Nichtamerikanerin 1931 auf der US-Jahresbestsellerliste gelandet, ein Verlag plante Übersetzungen einiger ihrer Werke auf den Markt zu bringen. Darüber hinaus hatte ihr MGM ein neues Angebot unterbreitet, das sie noch nicht annahm. Sieben Monate nach ihrer ersten Ankunft in den USA kehrte Vicki Baum nach Berlin zurück.

Der Entschluß zur endgültigen Emigration war nicht nur eine Reaktion auf die po-



Der amerikanische Psychologie Professor Dr. Cecil Reynolds, Vicki Baum und Regisseur Edmund Goulding in einer Diskussion über »Grand Hotel«

Serie »Österreicher in Hollywood«

litische Situation in Deutschland, sondern auch ein karrierebezogener Schritt. Ende März 1932 schiffte sich Vicki Baum auf dem Dampfer „Europa“ zur Überfahrt nach Amerika ein. Die Weltpremiere von „Grand Hotel“, vom englischen Regisseur Edmund Goulding als großartige Allstar-Produktion mit Greta Garbo, Joan Crawford, John und Lionel Barrymore sowie Wallace Beery in Szene gesetzt, fand damit am folgenden 12. April im Astor Theatre in New York in Anwesenheit der Autorin statt. Nur vier Tage später lief der danach in der Kategorie „Best Picture“ mit dem Oscar prämierte Film, dessen Weltserfolg das Buch überschattete, in Sid Grauman's Chinese Theatre in Hollywood an. Mitte Juli etablierte sich Vicki Baum mit ihrer mittlerweile aus Europa nachgekommenen Familie (ihr Mann und zwei Söhne) in Santa Monica, dem später Umzüge nach Pacific Palisades und Pasadena folgten.

Wieder in Hollywood, akzeptierte Baum einen Kontrakt, der ihr erlaubte sich sechs Monate im Jahr der eigenen literarischen Tätigkeit zu widmen. Im MGM-Script-Department zählte sie zu den „celebrity writers“. Um diese Zeit machte sich allerdings auch in der Filmbranche die Wirtschaftskrise bemerkbar. Vicki Baums Hollywood-Optimismus wandelte sich bald in Enttäuschung, zumal sie Filmarbeit weniger freudvoll als Zwang und Streß empfand. 1933/34 arbeitete sie hauptsächlich an Filmadaptionen von Werken anderer Autoren, 1934 wechselte sie kurzfristig zu Samuel Goldwyn, kehrte aber unter veränderten bzw. verschlechterten Konditionen wieder zu MGM zurück. Ende 1935 erhielt sie vom Studio ihren letzten 6-Monatsvertrag, danach bot sie ihre Filmideen über wechselnde Agenten an. Sie lieferte bis in die 50er-Jahre Storys zu Filmen, wie „The Night Is Young“ (1935), „Dance, Girl, Dance“ (1940), für das Stroheim-Melodram „The Great Flamarion“ (1945) oder „Honeymoon“ (1947) und wirkte an Scripts mit, verfaßte aber niemals ein komplettes Drehbuch. Es war ihr bewußt, daß sie keine ausgesprochene Filmautorin war, Hollywood voll zu erobern oder für sich einzunehmen, blieb ihr versagt. 1945 brachte erst Warner Brothers ihren 1944 in New York erschienenen fiktional analytischen Roman „Hotel Berlin“ als Anti-Nazi-Film mit einer Reihe österreichischer Exil-Schauspieler auf die Leinwand, danach folgte MGM in guter Besetzung mit „Week-End at the Waldorf“, einer Neuproduktion des alten „Grand Hotel“-Stoffes, 1949 verfilmte RKO den Roman „Mortgage on Life“ von 1946, der unter



dem Titel „A Woman's Secret“ in die Kinos kam. Vicki Baum war an keinem der Drehbücher beteiligt, erhielt aber „credits“ als Autorin der Originalvorlagen.

Vicki Baum, deren Werke von den Nationalsozialisten verbrannt und verboten wurden, gilt als eine der erfolgreichsten und meistübersetzten deutschsprachigen Autorinnen des Jahrhunderts, die auch in der Sprache ihres Exillandes schrieb. Nach dem



Foto: <http://www.kiwi-verlag.de>

Zweiten Weltkrieg wurden einige ihrer Werke in Frankreich und Deutschland verfilmt, nochmals auch „Menschen im Hotel“ durch Gottfried Reinhardt. Baums Schaffen umfaßt fast 30 Romane, darunter „Die Tänze der Ina Raffay“ (1921), „Hotel Shanghai“ (1939), „Marion Alive“, mit dem sie 1942

nach Pearl Harbor in den USA ein Zeichen gegen die allgemeine Niedergeschlagenheit setzte, „Kautschuk“ (1945), „Vor Rehen wird gewarnt“ (1951) und die posthume Autobiografie von 1962 „Es war alles ganz anders“ (englischsprachige Fassung: „It was all quite different“, 1964).

Richard Lert war Leiter des Pasadena Symphony Orchesters und einer Musikschule, das Haus Lert-Baum war ein gefragter Platz für die Prominenz der Emigrantenzene. Zum Freundeskreis der Familie zählten die Musiker Arnold Schönberg, Oscar Straus und Ernst Toch, dazu viele aus Österreich stammende Filmschaffende, darunter Salka Viertel, wie Vicki Baum als Autorin bei MGM tätig, Gina Kaus, Karl Freund, Peter Lorre und Walter Slezak. Vicki Baum, seit 1938 US-Bürgerin, eine Frau mit großen Ambitionen und einem facettenreichen Leben, starb am 29. August 1960 im Presbyterian Hospital in Hollywood. Richard Lert erfüllte den letzten Wunsch seiner Frau, als er ihre Asche über den kalifornischen Redwoods verstreuen ließ. ■

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über 12jährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüberhinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.



Rudolf Ulrich
„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1; <http://www.filmarchiv.at>

Wien ist groß in Mode

Der typische Wiener Mix aus Tradition und Moderne gilt auch für die Modeszene. Haben vor Jahrzehnten klangvolle Namen wie Knize oder Adlmüller von Wien aus die internationale Modewelt erobert, so beeindruckten heute junge Designer wie Anna Aichinger oder Petar Petrov. In ihrem Sog sind auch die Kleidermacher drauf und dran, ihrer Branche ein neues Image zu geben.

Von Erika Spitaler und Petra Backes.



Foto: Weinkim

Die Wiener Modeszene lebt. Und sie ist jung: Zwei Drittel aller Betriebe im Bereich Modedesign wurden nach 2000 gegründet.

Es sei ja nicht gerade so, daß einem alles in den Schoß falle, gibt Designerin Anna Aichinger zu bedenken: „Das ist eine Idee, an die du glauben mußt – vor allem auch daran, daß du besser als die anderen bist.“ Die 30jährige studierte in Wien Modedesign, unter anderem bei Jean Charles de Castelbajac. 2005 stellte sie ihre Kollektion erstmals in einem Pariser Showroom einem internationalen Publikum vor. „Das klingt exklusiver als es wirklich ist, denn es bedeutete vor allem viel Warterei und Platzprobleme“, beschreibt sie. Und dann hieß es laut

Aichinger zittern, daß man von den internationalen Einkäufern und Modejournalisten überhaupt wahrgenommen wird. Letztlich war es doch mehr als nur Glück, daß Aichinger international punkten konnte und sich langsam, aber sicher auch der geschäftliche Erfolg einstellte.

Eindrücke verarbeiten

Ein Geheimrezept habe sie nicht, sagt Aichinger: „Ich versuche immer, alle Eindrücke um mich herum aufzusaugen und in die Arbeit einfließen zu lassen.“ Mittlerweile

konnte sie auch in London Fuß fassen. Für ihre internationalen Erfolge wurde sie gerade erst mit dem „go international“-Award der Wirtschaftskammer Österreich bedacht. Aichingers Erfolgsstory zeigt, daß der Weg zur internationalen Anerkennung nicht von heute auf morgen zu schaffen ist. Dennoch: Die Wiener Modeszene lebt. Und sie ist jung: Zwei Drittel aller Betriebe im Bereich Modedesign wurden nach dem Jahr 2000 gegründet. Ob Ursache oder Folge dessen – Wien hat sich jedenfalls in den vergangenen Jahren zur Modemetropole entwickelt. Rund

Kultur

Foto: Jork Weismann



Elementarer Bestandteil in der Kommunikation des festival for fashion & photography ist eine jährliche Imagekampagne.

um Kohlmarkt und Graben haben sich viele internationale Trend- und Luxuslabels niedergelassen. Die zeitgenössische Mode junger, heimischer Designer findet man in den Boutiquen und Shops im siebenten Bezirk. Von Wien aus haben es Labels wie elfenkleid, Wendy & Jim oder Eva Blut in kurzer Zeit zu beachtlichem Bekanntheitsgrad gebracht.

Tradition trifft Design

„Um international erfolgreich zu sein, sind Arbeit, Ausdauer und starke Nerven gefragt – und die Bereitschaft, ordentlich zu investieren“, sagt Klaus Mühlbauer, Chef des gleichnamigen Wiener Traditionsbetriebes. Kopfbedeckungen made by Mühlbauer sind weltweit heiß begehrt, vor allem in Japan. Exportquote: 80 Prozent. Den Erfolg der Wiener Mode sieht er in der Vielfalt der Kulturen, die aufeinander stoßen: „Wir sind ein Schmelztiegel der Regionen. Westliche Werte, östliche Ästhetik, südlicher Charme und nördliche Kühle kommen in der Wiener Mode zum Ausdruck“, sagt der Unternehmer. Auch die Exportdachmarke der WK Wien, WIEN PRODUCTS, half ihm, internationale Märkte zu erschließen. „Neue Ansätze sind gerade für Traditionsbetriebe der einzige Weg zum Überleben“, so Mühlbauer.

Starthilfe für Designer

Professionelle Unterstützung macht es jungen Designern leichter, sich einen Namen zu machen. Die Wirtschaftskammer Österreich organisierte zuletzt den Austrian

Fashion Day, ein groß angelegtes Business-to-Business-Meeting zwischen heimischen Designern und ausländischen Einkäufern der Modebranche.

Die Stadt Wien hat gemeinsam mit dem Kunst- und Kulturministerium eine eigene Förderschienen für Modedesigner eingerichtet: Der Verein „Unit F büro für mode“ hat die Aufgabe, Förderungen zu vergeben und eine Infrastruktur zu entwickeln, die Designer für ihren Erfolg brauchen. Zusätzlich wird das Thema Modedesign auch in der Öffentlichkeit gepusht – durch die Organisation von Modefestivals, Ausstellungen und der Vergabe des Austrian Fashion Awards.

Neben fachlichem Rat in unternehmerischen Fragen bietet die WK Wien Modedesignern vor allem die Kreativplattform CREATIVESPACE. Auch das von Unit F organisierte Verkaufskonzept Guerilla Store, das heuer zum dritten Mal stattfindet, findet die Unterstützung der Interessenvertretung. Dabei werden temporäre Verkaufsflächen für junge Designer geschaffen, wo diese ihre Kollektionen der Öffentlichkeit vorstellen können. Auch die Wiener Modemacher sollen stärker dafür gewonnen werden.

Denn: Die nur zaghafte Vernetzung zwischen Design, Handel und den Produktionsbetrieben ist eine Schwäche der Wiener Modeszene. Anfang Mai startet die WK Wien deshalb eine Kooperationsbörse für Designer und Wiener Modemacher. Beide Branchen ergänzen einander ideal. In der Praxis zeigt sich, dass der Übergang zwischen Design und Fertigung ohnehin fließend ist.

Gegen Berührungsängste

„Im Sog der Designszene wird Mode stärker zum Thema, und das ist gut so“, sagt Maria Smodics-Neumann, Innungsmeisterin der Wiener Modemacher. Während Designer eigene Kollektionen entwerfen, liegt die Stärke ihrer Branche in der Fertigung von Einzelstücken. „Der Modemacher muß handwerklich top sein, gute Beratung und exzellentes Design bieten“, sagt die Unternehmerin, die im sechsten Bezirk ein Modeatelier betreibt. Der Markt für jene Kunden, die in erster Linie auffälliges Design suchen, sei überschaubar.

„Unser Kern-Kundensegment schätzt in erster Linie die Qualität der Arbeit und Beratung. Das Design spielt dabei natürlich eine große Rolle. Wir machen ja Einzelstücke, die die Authentizität des Trägers unterstreichen sollen“, bestätigt auch Patrizia Fürnkranz-Markus, die in ihrem Atelier pollsiri seit zwei Jahrzehnten alles produziert, was aus Stoff machbar ist. Kreativität ist dabei ständig gefragt. Fürnkranz-Markus versteht etwaige Berührungsängste zwischen Designern und Modemachern nicht. Sie selbst habe schon öfter für die Universität für angewandte Kunst Modelle gefertigt und das immer sehr anregend gefunden: „Jeder kann ja vom anderen lernen.“

<http://www.modemacher.at>

<http://www.creativespace.at>

<http://www.unit-f.at>

festival for fashion & photography

Vom 28. Mai bis 10. Juni 2009 geht das von Unit F büro für mode initiierte und organisierte festival for fashion & photography in seine vierte Runde. Als jährlich stattfindender Fixpunkt ist das Festival für die österreichischen ModedesignerInnen und Modeinteressierten als integratives Element der Modeszene in Österreich nicht mehr wegzudenken.

Seit neun Jahren begleitet Unit F büro für mode als international vernetzte Förder- und Präsentationsplattform die Professionalisierung und Internationalisierung der österreichischen Modeszene. Angeregt und vorangetrieben wird diese konsequente Entwicklung und Unterstützung der heimischen Modelandschaft durch das Team von Ulrike Tschabitzer-Handler und Andreas Oberkanins.

An zehn Tagen wird Wien zur Modedreh-scheibe, auf der sich die österreichische und

Kultur

internationale Modeszene in ihrer zeitgenössischen Vielfalt zeigt. An verschiedenen Orten der Stadt finden Fashion Shows, Präsentationen aktueller Kollektionen, Ausstellungen zum Thema Modefotografie, aber auch ein Symposium zum Thema Mode und Wirtschaft, Fashion Tours durch ausgewählte Wiener Modeläden sowie die bereits traditionellen Verleihungen der AFA-Austria Fashion Awards statt. Neben dem eigenen Programm, das Unit F büro für mode speziell für das 9 festival for fashion & photography konzipiert und organisiert, wird durch die verstärkte Kooperation von Unit F mit verschiedenen Medien, Mode- und Kunstinstitutionen sowie Partyveranstaltern das Modefestival in seiner Vielfalt erweitert.

Imagekampagne

Um die Bedeutung der heimischen Modeszene noch stärker ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken, ist die Imagekampagne jedes Jahr ein elementarer Bestandteil in der Kommunikation des festival for fashion & photography. Die Kampagne wurde heuer von dem Kreativteam – dem Art Director Albert Handler, moodley brand identiy, dem Fotografen Jork Weismann, Shotview Photographers Mngt. Caroline Strobl, verantwortlich für Make-up Hair, und dem Stylisten Markus Ebner, „ACHTUNG Zeitschrift für Mode“, umgesetzt.

Eines der Faces der Kampagne ist heuer Patrick Kafka, Shootingstar unter den männlichen österreichischen Models, der u.a. auch für die neue Kampagne von Trussardi abgelichtet wurde.

Modepreise

Für die interessantesten und spannendsten Modekreationen werden neben den AFA-Austria Fashion Awards und dank des großen Engagements der Privatwirtschaft Modepreise im Gesamtwert von bis zu 60.000 Euro vergeben.

Shows

so fresh. the jewellery award by Pierre Lang, einer der höchstdotierten und mittlerweile bekanntesten Schmuckpreise im europäischen Raum wird 2009 bereits zum vierten Mal an ein herausragendes Talent im Bereich des zeitgenössischen Schmuckdesigns vergeben. Die von einer internationalen Fachjury gekürten Arbeiten werden im Rahmen einer Live-Präsentation vorgestellt.

departure – wirtschaft, kunst und kultur gmbh, Kontaktstelle und Förderagentur für



Festivalorganisatoren Ulrike Tschabitzer-Handler und Andreas Oberkanins

Unternehmen der Kreativwirtschaft in Wien, präsentiert im Rahmen des 9 festival for fashion & photography bereits zum fünften Mal die departure fashion night. Zu sehen sind Kollektionen von ModedesignerInnen, die im Rahmen der Förderprogramme von departure unterstützt werden.

Im Rahmen der Show Angewandte 09, die seit langem ein fester Bestandteil der Wiener Kulturszene ist, werden die Abschlusarbeiten der Modeklasse von Veronique Branquinho präsentiert. Die Universität für angewandte Kunst Wien organisiert die Show Angewandte 09 als unabhängiger Einzelveranstalter im Rahmen des 9 festival for fashion & photography.

Symposium Fashion 2.0

Angesichts wirtschaftlich schwieriger Zeiten und auch einer jungen aufstrebenden und international hoch anerkannten Modeszene möchte Unit F büro für mode im

Rahmen des 9 festival for fashion & photography erstmals die neuen wirtschaftlichen Herausforderungen im Modemarkt in zwei Symposien thematisieren. In Zeiten der Krise, in denen althergebrachte Wege in Frage gestellt und neue Modelle erörtert werden, gilt es gerade für kleinere, am Markt nicht sehr stark verankerte Unternehmen kreativ zu sein und für ihre Produkte neue Absatzwege und -märkte jenseits der großen Konzerne zu eröffnen. Gemeinsam mit dem Wirtschaftsmagazin „FORMAT“ geht Unit F büro für mode der Frage nach, welche Rolle das Internet heute bereits bei der Kommunikation und der Vermarktung von Mode spielt und vor allem wo das Potenzial für die Zukunft liegt. Als Partner für die Unterbringung der Gäste konnte Unit F The Ring, Vienna's Casual Luxury Hotel gewinnen.

Das komplette „festival for fashion & photography“-Programm finden Sie unter <http://www.unit-f.at>

Mit bestem Gebäck im Gepäck

Alle Bäcker in Oberösterreich stehen sehr zeitig auf und backen gutes Brot. Ein paar davon sind noch dazu besonders innovativ und der Natur verbunden. Der gutgemeinte Gruß »Guten Morgen« um 10 Uhr vormittags könnte für Dieter Hofmann, den Obmann der »Troad Bäcker«, ein Affront sein. Er aber lächelt milde und erzählt, was diese Initiative zu bedeuten hat.

Von Susanne Mitterbauer.



Foto: ÖÖ. Werbung

Das Körberl aus dem Genußland Oberösterreich: Troadbäcker Dieter Hofmann ist – zu Recht – stolz darauf.

Dieter Hofmann, Obmann der „Troad Bäcker“, erzählt, was diese Initiative zu bedeuten hat: Sie steht für einen Lebensmittel-Cluster, der nur oberösterreichisches Getreide verarbeitet. Und mit natürlichem Sauerteig, besten Zutaten, viel Fantasie und alter Handwerkskunst arbeitet. Und genauso schmeckt das Endprodukt. Beim „Troad Bäcker“ dabei sind 11 Bäcker, fünf Mühlen und eine Gewürzmühle. Ein nettes Emblem auf dem Schaufenster kennzeichnet die Betriebe, in denen der Kunde mit ruhigem Gewissen einkaufen kann und immer beste Qualität bekommt.

Weiter auf der Tour in Sachen Brot und Bio. In Sarleinsbach, mitten im Mühlviertel, einsam in der typischen Hügellandschaft liegt die große Mauracher Hofbäckerei. Biobauer Josef Eder hat seinen Hof bereits im Jahr 1980 umgestellt und arbeitet hier nach dem Prinzip „von der Ähre bis zum Brot“. Seit Generationen wird hier Brot gebacken,

seit 1998 ausschließlich mit biologischen Zutaten. „Ich lasse die Bakterien im Boden leben, ich weiß um die natürliche Ordnung der Natur, ich habe alles Notwendige am heimischen Hof“. Und so verarbeitet er nicht nur die bekannten Getreide wie Roggen, Purpurweizen (eine besonders kostbare und gesunde Sorte), Hafer und Dinkel, sondern auch Exoten wie Pharaonenkorn (eine besonders alte und wertvolle Sorte) und Einkorn. Kultiviert auf eigenen Äckern oder zugekauft von Vertragsbauern, schonend vermahlen in der eigenen Mühle und bestens verarbeitet. Das Mauracher Brot und das Gebäck schmecken fantastisch anders, ursprünglicher, bisshart, mit einer ordentlichen Kruste und vollem Geschmack. Da muss das Brotmesser schon scharf sein, um an den typischen Genuß zu kommen.

„Ich möchte das lebendige Wesen Korn als ein lebendiges Produkt weitergeben. Ich möchte das Wertvolle unserer Urahren bei-

behalten“, sagt Josef Eder und zeigt uns begeistert seinen Betrieb.

Quer durch das Mühlviertel landen wir bei unserer Genußreise schließlich in Liebenau, einem kleinen Ort im Norden der Region, ganz nah an der Grenze zu Südböhmen. Hier finden sich hauptsächlich Wanderer, Biker und Wanderreiter wieder, die die Einsamkeit und Schönheit der Natur suchen. Im Dorfzentrum steht der Gasthof Neulinger, wo sich die Wirtsleute ebenso wie die Hofbäckerei Mauracher der Bio-Philosophie verschrieben haben. Hier wird seit Jahren ausschließlich mit Bioprodukten gekocht. Und das ist keine Selbstverständlichkeit inmitten einer ländlichen, nicht gerade aufgeschlossenen Bevölkerung und ein gewisses Risiko. Carola und Walter Neulinger sind stolz und können es auch sein. „Am Anfang hatten wir Schwierigkeiten, die notwendigen Produkte zu bekommen und die Bevölkerung zu überzeugen. Unsere auswärtigen

ÖJ-Reisetip

Gäste haben unsere Ideen aber sofort begeistert angenommen. In Oberösterreich und speziell im Mühlviertel gibt es so gute Bio-Lebensmittel, wie zum Beispiel Brot und Gebäck vom Honeder und wenn diese dann liebevoll und mit viel Können verarbeitet werden, sind sie ein reines Vergnügen“, sagt die Wirtin und serviert einen herrlichen Hirschbraten.

Zehn Minuten von Liebenau entfernt treffen sich Einheimische und Auswärtige im kleinen Ort Weitersfelden in der Bäckerei Honeder. Der Duft ist verführerisch, das Angebot macht den Mund wässrig. Seit 1893 wird beim „Honeder“ Brot gebacken, zuerst nur für den Lehrer, den Pfarrer, den Apotheker, den Arzt, also die „oberen Zehn“ des Dorfes, die das nicht selber konnten. Dann wurde mit dem Pferdewagen und später mit dem Auto in die weitere Umgebung geliefert. 1995 übernahm Sohn Reinhard den Betrieb und stellte ihn sofort auf Bio um.



Das Team der Biobäckerei Honeder bei der Arbeit.



Alle Fotos: Biobäckerei Honeder

Saftig und gesund: Das Bio-Roggen-Dinkel-Brot der Biobäckerei Honeder.

„Das entsprach unserer Lebenseinstellung“, sagt Ehefrau Helga, die aus der Hotellerie kommt. Die Beiden haben sich beruflich auf einem Kreuzfahrtschiff kennen gelernt und sind heute so etwas wie ein Powerpaar. 1995 war auch der Beginn der Regionalentwicklung Mühlviertler Alm zur Verbesserung und Aufwertung der gewachsenen, lokalen Strukturen. Die Honeders haben von Anfang an voll mitgemacht, nicht ohne ein gewisses Risiko. Es hat viel Durchhaltevermögen gekostet und viel Nerven, um aus den kleinen Strukturen heraus zu kommen.

Heute werden große Handelsfirmen beliefert, die Firma ist auf 11 Filialen angewachsen. Das Ehepaar träumt von „Landbackstuben“, vielleicht auch von einer internationalen Ausbreitung. „Man wird sehen“, sagt Helga Honeder, „wichtig ist die Kontinuität und die Regionalität.“ Insgesamt eine schöne Bilanz für ehemalige Kleinstbäcker, wo der Urgroßvater noch „Gai gefahren“ ist, also mit dem Gaul ins Nachbardorf.

Und abschließend, Wochen nach dieser Recherche – das Tiefkühlfach macht es möglich – erfreut das herrlich schmeckende, sät-

tigende, duftende Brot den Gaumen und das Gemüt. Und wie sagt der Gourmetpapst Wolfram Siebeck so richtig, „für natürliches Brot mit erstklassiger Butter laß' ich jedes Schicki-Micki-Menü leichten Herzens stehen“.

<http://www.genussland.at>



Einzigartig im Geschmack – Bio-Brot aus dem Holzofen.

Ein reicher Quell der Inspiration

Oberösterreichs vielfältige »Landschaften für Leidenschaften« sind ein reichlich sprudelnder Quell der Inspiration für Kunst und Kultur. Zahlreiche Festivals beleben Jahr für Jahr das Kulturleben und rücken dabei nicht zuletzt immer wieder jene großen Künstler in den Mittelpunkt, die eben diese Quelle zu nutzen wußten.



Gmunden am Traunsee ist auch einer der kulturellen Hotspots des Salzkammergutes, zum Beispiel mit den Salzkammergut Festwochen, Oberösterreichs größtem Sommerfestival.

Foto: OÖ. Tourismus/Weissenbrunner

Oberösterreichs vielfältige „Landschaften für Leidenschaften“ sind ein reichlich sprudelnder Quell der Inspiration für Kunst und Kultur. Zahlreiche Künstler, vom Maler bis zum Komponisten, fanden hier den idealen Platz, um ihre heute weltberühmten Werke zu schaffen. Einer der berühmtesten Söhne des Landes ob der Enns, Anton Bruckner, zog aus, um mit seinen Kompositionen die Symphonik zu revolutionieren. Gustav Mahler kam an den Attersee, um hier zu komponieren. Ebenfalls am Attersee schuf Gustav Klimt seine bedeutendsten Landschaftsbilder. Franz Schubert schrieb in Steyr sein weltberühmtes Forellenquintett. Adalbert Stifter rückte immer wieder seine engere Heimat, den Böhmerwald, in den Mittelpunkt seines Schaffens. Und Thomas Bernhard fand sein persönliches Refugium in Ohlsdorf bei Gmunden.

Zahlreiche Festivals beleben Jahr für Jahr Oberösterreichs Kulturleben und rücken dabei nicht zuletzt immer wieder jene großen Künstler in den Mittelpunkt, die eben diesen Quell der Inspiration zu nutzen wußten. Damit eröffnet sich die einzigartige Chance, jene bezaubernden Landschaften und historischen Städte kennen zu lernen, die einst Autoren, Maler und Komponisten beeindruckten und gleichzeitig vor dieser Kulisse hautnah die passenden Werke zu erleben.

Eine Reise zu Oberösterreichs größtem Sommerfestival

Die Salzkammergut Festwochen Gmunden sind Oberösterreichs größtes Sommerfestival. Der landschaftliche Reiz des Traunsees mit dem darüber thronenden Traunstein bietet hier die Kulisse für ein inhaltlich breit angelegtes Programm. Von Literatur bis Musik,

von Klassik bis Jazz spannt sich ein breiter Bogen.

Ganz der Operette verschrieben hat sich dazu das Lehár-Festival in Bad Ischl. Und welche Kulisse wäre dafür besser geeignet, als die Kaiserstadt im Herzen des Salzkammergutes, die nach wie vor imperiales Flair atmet? Im Jahr 2009 stehen hier die Operetten „Wiener Blut“ von Johann Strauß und „Land des Lächelns“ von Franz Lehár auf dem Programm. Drei Übernachtungen mit Frühstück in Bad Ischl, eine Operettenkarte des Lehár Festivals, eine Führung in der Lehár Villa sowie ein geführter Stadtrundgang in Bad Ischl und eine Zaunerjause im Café Zauner kosten ab 179 Euro pro Person.

Operngenuß Open Air

Für Operngenuß unter freiem Himmel garantiert das Musikfestival Steyr. Die histo-

rische Innenstadt der Romantikstadt am Zusammenfluß von Enns und Steyr zeugt von Jahrhunderten im Zeichen des Eisenhandels. Über der Stadt wacht das Schloß Lamborg, in dessen Schloßgraben das Musikfestival Jahr für Jahr für exquisite Open Air Opernaufführungen sorgt. Im Jahr 2009 steht in dieser romantischen Kulisse George Bizets „Carmen“ auf dem Programm. Zwei Übernachtungen mit Frühstück in Steyr, einen geführten Stadtrundgang sowie eine Karte für „Carmen“ im Schloßgraben gibt's zum Preis ab 143 Euro pro Person.

Die Landschaft des oberösterreichischen Donautales ist besonders geschichtsträchtig. Vor allem der Strudengau ist ob seiner früheren Gefährlichkeit für die Schifffahrt bekannt. Heute glänzt der Strudengau kulturell, mit den jährlichen „donauFESTWOCHEN im strudengau“. Musikalische Kleinode des Barock kommen von 31. Juli bis 16. August 2009 ebenso zur Aufführung wie moderne Werke. Vor allem der romantische Arkadenhof der Greinburg steht Jahr für Jahr im Zeichen einer Opernproduktion. In diesem Sommer wird „Almira“ von Georg Friedrich Händel zur Aufführung kommen.

Linz und St. Florian feiern Anton Bruckner

Jahr für Jahr feiert Oberösterreichs Landeshauptstadt den großen Komponisten Anton Bruckner mit dem Brucknerfest, das gilt natürlich besonders, wenn Linz im Jahr 2009 Kulturhauptstadt Europas ist. Insgesamt 17 Veranstaltungen von Orchesterkonzerten bis hin zu Orgelabenden stehen unter dem Motto „klassisch anders“. Dabei stehen natürlich immer wieder die Werke des in Ansfelden geborenen Meisters im Mittelpunkt. Ein Erlebniswochenende in Linz an der Donau gibt es übrigens zum Preis ab 96 Euro pro Person. Dieses Paket umfaßt zwei Übernachtungen mit Frühstück in einem und eine „Drei-Tages Linz09 Card“ mit freiem Eintritt in eine Reihe von Museen und Ausstellungen, Ermäßigungen bei Bahnreisen innerhalb Österreichs und Benützung der Linien der Linz AG.

Die barocke Kulisse des Stiftes St. Florian prägte den jungen Anton Bruckner nachhaltig. Seine Beziehung zu dem Augustiner Chorherrenstift blieb zeitlebens so eng, daß er in der Krypta, direkt unter seiner geliebten Orgel, die letzte Ruhestätte fand. Die Brucknertage St. Florian stellen jedes Jahr ein Werk Bruckners besonders in den Mittelpunkt, heuer die 7. Sinfonie in E-Dur. ■

<http://www.oberoesterreich.at>

Foto: OÖ Tourismus/Schwager



Jahr für Jahr feiert Oberösterreichs Landeshauptstadt den großen Komponisten Anton Bruckner mit dem Brucknerfest und der »Klangwolke«.

Foto: OÖ Tourismus/Fersterer



Die Brucknertage St. Florian stellen jedes Jahr ein Werk Anton Bruckners besonders in den Mittelpunkt.